

# WIRTSCHAFT UND STATISTIK

1963

Herausgeber: Statistisches Bundesamt

Heft 4, April

## Zusammenfassende Übersicht

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Bundesgebiet ohne Berlin

### Einkommensverhältnisse privater Haushalte

Auf Grund der Ergebnisse von Stichprobenerhebungen 1957, 1960 und 1961 wird die Schichtung der Einkommen privater Haushalte dargestellt. U. a. zeigt sich, daß auch noch im Oktober 1961 die relativ stärkste Gruppe von Haushalten über ein monatliches Nettoeinkommen von 300 bis unter 600 DM verfügte, der Anteil dieser Gruppe jedoch gegenüber dem Frühjahr 1957 von 48 auf 39% gesunken ist. Ebenfalls gesunken ist der Anteil der Gruppe von weniger als 300 DM von fast 24% 1957 auf knapp 15% 1961. Die Anteile der Gruppe von 600 bis unter 800 DM sind im gleichen Zeitraum von 16 auf 23%, die der Gruppe von 800 bis unter 1 200 DM von 10 auf 16% und die der Gruppe von 1 200 und mehr DM von knapp 3 auf mehr als 7% gestiegen. Die Verschiebung der Einkommenspyramide privater Haushalte nach oben ist innerhalb der verschiedenen sozialen Schichten und Haushaltsgrößen mit unterschiedlicher Intensität erfolgt.

### Bevölkerung

Von 1946 bis 1962 sind über 1,5 Mill. Personen aus der Bundesrepublik nach Übersee ausgewandert, davon waren 810 000 Deutsche und 730 000 Ausländer und Staatenlose. Die Vereinigten Staaten nahmen seit Kriegsende 401 000 Deutsche auf, Kanada 239 000, Australien 83 000, Brasilien 23 000 und Südafrika 21 000. In diese Länder gingen seit Kriegsende rd. 90% aller Auswanderer.

### Gesundheitswesen

Unter den meldepflichtigen Krankheiten hat im Jahre 1962 der Rückgang der Erkrankungen an übertragbarer Kinderlähmung überragende Bedeutung, 1961 waren noch 4 376 Erkrankungen gemeldet worden gegenüber 291 im Jahre 1962. Während Diphtherieerkrankungen weiterhin abnahmen, erfolgte 1962 eine gewisse Zunahme von Scharlachfällen.

Am 31. Dezember 1961 standen in 3 476 Krankenanstalten 564 061 planmäßige Betten oder 104 je 10 000 Einwohner zur Verfügung. Das sind 10 Betten mehr je 10 000 Einwohner als 1938 im Reichsgebiet. Die Krankenanstalten sind größer geworden, auch die Entwicklung von Fachabteilungen nimmt zu.

### Erwerbstätigkeit

Nach einer bis 1966 führenden Vorausschätzung wird die aus dem derzeitigen Bevölkerungsstand und aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung abzuleitende Erwerbspersonenzahl abnehmen. Auch unter der Annahme, daß die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern etwa den jetzigen Stand beibehält, würde die Zahl der Erwerbspersonen 1966 mit 26,2 Mill. nur um 60 000 über dem Stand von 1962 liegen.

Am 2. Oktober 1962 waren bei Bund, Ländern und Gemeinden 2,74 Mill. Beamte, Richter, Angestellte und Arbeiter tätig, und zwar beim Bund 229 000, den Ländern und Stadtstaaten 918 000, Gemeinden 547 000, rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen 185 000, der Bundesbahn und Bundespost 864 000. Gegenüber 1961 ist die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten um 1,7% und damit weniger als von 1960 auf 1961 (2,1%) angewachsen.

### Landwirtschaft

Nach den Ergebnissen der Gartenbauerhebung 1961 umfaßte die gärtnerische Nutzfläche rd. 141 000 ha, die von 176 000 Betrieben bewirtschaftet wurde. Gegenüber 1950 hat sich die Nutzfläche insgesamt um 30% erhöht. Die Obstflächen haben mit einer Zunahme von 26 500 ha (73%) den größten Zugang, während die Gemüseflächen sich nur geringfügig ausdehnten. Bemerkenswert sind weiter die Zunahmen der Glasflächen um 38% sowie der Rückgang der Samenaufläufen.

Am 4. März 1963 wurden 15,83 Mill. Schweine gezählt, das sind 4% weniger als im März 1962, aber nur 8% mehr als im Märzdurchschnitt der Jahre 1957/62.

### Unternehmen

Die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften für das Geschäftsjahr 1961 waren durch das hohe Ausmaß der Investitionen gekennzeichnet. 1 844 Aktiengesellschaften aller Wirtschaftsgruppen hatten 1961 rund 15 Mrd. DM an Anlagezugängen zu verzeichnen, das sind 20% mehr als 1960. Dagegen ergab sich bei den Abschreibungen nur eine Zunahme um 5% auf 8,6 Mrd. DM. Zur Finanzierung der Investitionen wurden deshalb in weit stärkerem Maße als im Vorjahr langfristige Kredite aufgenommen. Die Bilanzen und Erfolgsrechnungen für 1961 lassen vielfach auf eine leichte Einengung der Ertragslage schließen. So ist, bei einer Umsatzzunahme um durchschnittlich 6%, der Personalaufwand um 10% gestiegen, der Aufwand an Gewinnsteuern aber geringfügig zurückgegangen. Auch die Durchschnittsdividende hat sich 1961 bei den 1 844 Aktiengesellschaften leicht von 10,4% auf 10,0% ermäßigt.

### Industrie

Die industrielle Produktion hat im März 1963 beachtlich zugenommen. Der arbeitstäglich berechnete Index der industriellen Nettoproduktion lag mit einem Stand von 274 (1950 = 100) um 6,1% höher als im Vormonat und um 4,7% über dem entsprechenden Vorjahresmonat.

### Bautätigkeit und Wohnungen

Im Jahre 1962 wurden Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand im Gesamtbetrag von rd. 7,2 Mrd. DM erfaßt, das sind 23% mehr als 1961. Auf den Straßenbau entfielen 57,6 gegenüber 56,5% im Vorjahr. Die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten erforderten 20,8 gegenüber 21,0% 1961. Die Auftragswerte für sonstige Tiefbauten sind von 16,9 auf 17,2% leicht gestiegen.

Der auf der Grundlage der Gebäudezählung 1961 fortgeschriebene Wohnungsbestand erreichte am Jahresende 1961 fast 16 Mill. Wohnungen; das sind 3,4% mehr als am Jahresbeginn. Auf 1 000 Einwohner kamen am 31. Dezember 1961 293 Wohnungen. Die Zahl der Wohngebäude hat sich von 7 196 000 am 31. Dezember 1960 auf 7 404 000 am Jahresende 1961 erhöht.

### Außenhandel

Der Wert der Einfuhr der Bundesrepublik einschl. Berlin (West) lag im 1. Vierteljahr 1963 mit 12,2 Mrd. DM um 1,1% über dem Wert des 1. Vierteljahres 1962. Der Wert der Ausfuhr betrug 12,7 Mrd. DM und übertraf damit leicht den Vorjahreswert von 12,6 Mrd. DM. Die Außenhandelsbilanz ergab einen Ausfuhrüberschuß von 575 Mill. DM gegenüber 619 Mill. DM im Vorjahr.

Mit Inkrafttreten des neuen Zollgesetzes zum 1. Januar 1962 wurde die Abgrenzung des Lagerverkehrs in der Außenhandelsstatistik geändert. Die für das Jahr 1962 nunmehr vorliegenden Jahreszahlen über den Lagerverkehr lassen jetzt die eingetretenen Änderungen des Umfangs und der Struktur der einzelnen Verkehrsarten des Lagerverkehrs erkennen.

### Verkehr

Die beförderten Gütermengen im Verkehr über See sind 1962 gegenüber dem Vorjahr um 5,6% auf 85,7 Mill. t gestiegen. Im Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen wurden 1962 mit rd. 170 Mill. t um 1,3% weniger Güter befördert als im Vorjahr; die tonnenkilometrischen Leistungen verminderten sich ebenfalls um 1,5%. Diese Rückgänge sind in der Hauptsache eine Folge der ungünstigen Wasserstände im letzten Jahresdrittel.

### Geld und Kredit

Im Jahr 1962 wurden von Boden- und Kommunalkreditinstituten 6,85 Mrd. DM Hypotheken-, Schiffspfandbriefe und Kommunalobligationen abgesetzt; das sind 7% mehr als im Vorjahr. Der Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen, die von den Realreditinstituten seit der Geldumstellung von 1948 ausgegeben wurden, beliefen sich Ende 1962 auf 36,5 Mrd. DM; davon waren 21,4 Mrd. DM oder knapp 59% Hypothekenspfandbriefe, 14,5 Mrd. DM oder fast 40% Kommunalobligationen und 561 Mill. DM bzw. 1,5% Schiffspfandbriefe. Der gesamte Darlehensbestand der Bodenkreditinstitute stellte sich am 31. Dezember 1962 auf 62,3 Mrd. DM und war um 22% höher als am Jahresende 1961 (50,8 Mrd. DM).

### Preise

An den internationalen Rohstoffmärkten sind die Preise von Mitte März bis Mitte April 1963 weiterhin leicht gestiegen. Am deutschen Binnenmarkt zeigt in der Zeit von Februar bis März 1963 der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte eine leichte Erhöhung, während der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte nahezu unverändert blieb. Der Preisindex für die Lebenshaltung ist leicht gestiegen.

### Löhne und Gehälter

Eine Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau wurde erstmalig für den Monat Mai 1962 durchgeführt, deren Ergebnisse nunmehr vorliegen. Von insgesamt 9 905 erfaßten Beschäftigten wurden 66% nach Stunden und 31% monatlich entlohnt, 3% standen im Angestelltenverhältnis. Den im Stundenlohn stehenden männlichen Arbeitern wurden im Mai 1962 durchschnittlich 228 Stunden, den weiblichen Arbeitern 219 Stunden bezahlt, der Durchschnittsverdienst betrug 250 Pf bzw. 188 Pf in der Stunde und 570 DM bzw. 399 DM im Monat. Die männlichen Monatslöhner erzielten einen Verdienst von 510 DM, die weiblichen von 355 DM.

Im Handwerk sind in der Zeit von Mai bis November 1962 die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Voll-Gesellen um 4,3% auf 3,45 DM, die der Jung-Gesellen um 5,4% auf 2,71 DM und die der „Übrigen Arbeiter“ um 4,5% auf 2,94 DM gestiegen. Die Bruttowochenverdienste erhöhten sich — nach geringfügiger Abnahme der bezahlten Wochenstunden — bei den Voll-Gesellen um 4,1% auf 160 DM und den Jung-Gesellen um 4,8% auf 124 DM.

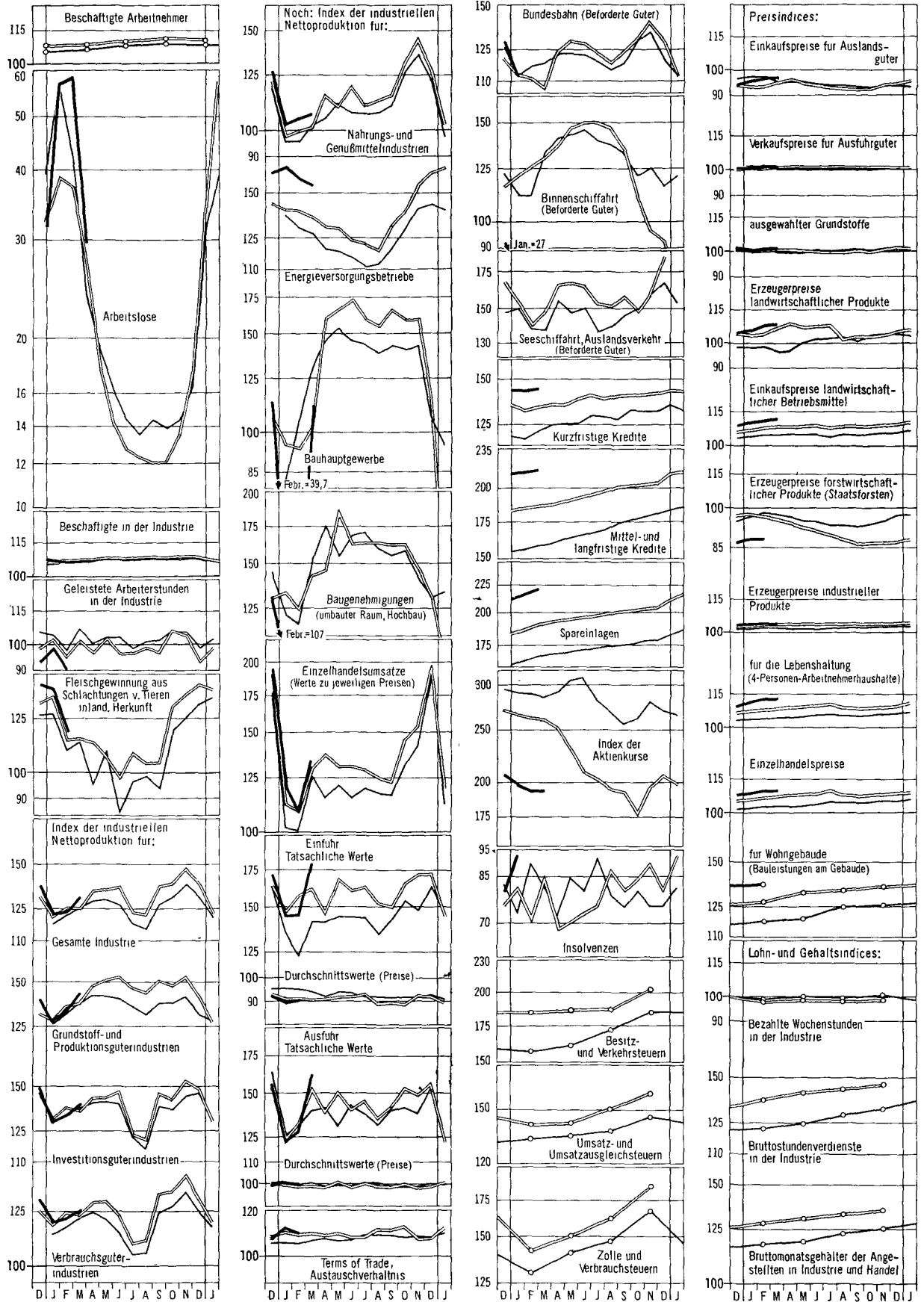
### Verbrauch

Bei den Arbeitnehmerhaushalten einer mittleren Verbrauchergruppe ist im Jahre 1962 eine weitere Steigerung der realen Lebenshaltung um 7% eingetreten. In den einzelnen Bedarfsgruppen der Lebenshaltung hat sich der Verbrauch recht unterschiedlich verändert.

F. J. M. G.

KURVEN ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG  
1958 = 100; Logarithmischer Maßstab

— 1961 — — 1962 — — 1963 —







# Die Schichtung der Einkommen privater Haushalte in der Bundesrepublik

Stichprobenergebnisse 1957, 1960 und 1961

## Vorbemerkung

In der amtlichen Statistik sind bis zum Jahre 1957 im wesentlichen nur Einkommen von Einzelpersonen, zudem meist Einkommen aus einer ganz bestimmten Einkommensquelle, nachgewiesen worden<sup>1)</sup>. Wenn man einmal von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen absieht, in denen die Einkommen privater Haushalte (zusammen mit den Einkommen privater Organisationen ohne Erwerbscharakter) erscheinen, hatten lediglich die Wirtschaftsrechnungen und die Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Rentner- und Unterstütztenhaushalte (sogenannte L-Erhebung) Ergebnisse über die Haushaltseinkommen einzelner Bevölkerungsgruppen gebracht. Es war also unmöglich, auch nur eine grobe Schichtung der Einkommen aller privaten Haushalte vorzulegen.

Diese offensichtliche Lücke ist selbstverständlich nicht etwa darauf zurückzuführen, daß die amtliche Statistik die Bedeutung aller in einem Haushalt zusammenfließenden Einkommen, d. i. das Haushaltseinkommen, verkannte. Die Höhe des Haushaltseinkommens bestimmt weitgehend das Konsumverhalten des Haushalts. Beziehen mehrere Haushaltsmitglieder Einkommen, so wird eine ganze Reihe von Ausgaben von den Haushaltsmitgliedern gemeinsam finanziert; nicht der einzelne, sondern der Gesamthaushalt tritt vielfach am Markt als Nachfrager in Erscheinung. Man denke z. B. an die Anschaffung von größeren Gebrauchsgütern, an erhebliche Teile der Käufe von Nahrungs- und Genußmitteln und an die Aufwendungen für die Wohnung. Allerdings ist einschränkend darauf hinzuweisen, daß häufig für derartige gemeinsame Anschaffungen nicht die Summe der von allen Haushaltsmitgliedern erzielten Einkommen, sondern nur die Summe der in Form von Wirtschaftsgeld, Kostgeld o. ä. an die Haushaltskasse abgegebenen Teilbeträge zur Verfügung steht. Neben dem „Wirtschaftsplan“ des Haushalts, der aus der Haushaltskasse finanziert wird, bestehen also „Einzelwirtschaftspläne“ der Haushaltsmitglieder, die aus der Differenz zwischen dem selbst erworbenen Einkommen und den an die Haushaltskasse abgeführten Beträgen bestritten werden.

Diese Aufteilung in verschiedene Wirtschaftspläne ist vor allem bei Haushalten zu finden, in denen erwachsene und bereits erwerbstätige Kinder leben. Hier geben die Kinder meist erhebliche Teile ihres Einkommens, manchmal sogar das gesamte Einkommen, auch selbst für eigene Zwecke wieder aus, so daß in die Haushaltskasse im wesentlichen nur die Einkommen des Haushaltsvorstandes bzw. der Ehefrau einfließen. Die finanzielle Belastbarkeit derartiger Haushalte müßte also bei Waren und Dienstleistungen, die für den Haushalt in seiner Gesamtheit bestimmt sind, theoretisch in erster Linie an der Höhe der in die Haushaltskasse fließenden Beträge und nur bedingt am Haushaltseinkommen gemessen werden, da es fraglich ist, ob etwa bei Preiserhöhungen die Mehrkosten auf die Kinder „überwälzt“ werden können.

Bisher war es freilich nicht möglich, die in die Haushaltskasse fließenden Beträge zu ermitteln, so daß in jedem Fall auf das Haushaltseinkommen als Bezugsgröße zurückgegriffen werden muß.

Wenn also trotz dieses auf der Hand liegenden Wertes von Angaben über Haushaltseinkommen vor 1957 nur sehr zaghafte Versuche zur Ermittlung von Haushaltseinkommen gemacht worden sind, so ist dies einmal dadurch zu erklären, daß eine exakte Ermittlung der Haushaltseinkommen bei einer ausreichend großen und repräsentativen Zahl von Haushalten ein sehr kostspieliges und kompliziertes Erhebungsverfahren erfordert, zum andern fürchtete man, die Haushalte könnten

konkrete Fragen über ihre Einkommensverhältnisse als Eingriff in die „Intimsphäre“ ansehen und grundsätzlich jede weitere freiwillige Mitarbeit an statistischen Erhebungen, gleichgültig welcher Art, ablehnen.

Die im Frühjahr 1957 durchgeführte 1%-Zusatzerhebung zur Wohnungsstatistik 1956/57 hatte — ebenso wie die zweite, im Frühjahr 1960 durchgeführte — zunächst nur die Aufgabe, Fragen über die Ausstattung der Wohnungen, Höhe der Mieten, Wohnungswünsche usw., die weder im Rahmen der Totalzählung noch der 10%-Stichprobe der Wohnungsstatistik 1956 aus erhebungstechnischen und finanziellen Gründen gestellt werden konnten, zu klären. Um jedoch Aussagen über die Mietbelastung der Haushalte machen zu können, mußten auch Angaben über die Haushaltseinkommen beigebracht werden. Diese quasi als „Nebenprodukt“ angefallenen Angaben sind bereits für die verschiedensten Haushaltsgruppen ausgewertet worden<sup>2)</sup> und gestatteten einen Einblick in Höhe und Zusammensetzung der Haushaltseinkommen. Die Selbständigenhaushalte wurden allerdings bei den bisherigen Auswertungen wegen der hohen Ausfallquote nicht berücksichtigt.

Zur Vorbereitung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962<sup>3)</sup> fand in Zusammenhang mit dem Mikrozensus vom Oktober 1961, in dem ebenfalls 1% der Haushalte in der Bundesrepublik erfaßt wurde, eine Vorerhebung über die Schichtung der Einkommen der am Mikrozensus beteiligten Haushalte statt. Die Vorerhebung hatte den Zweck, bei einem repräsentativen Querschnitt der Gesamtbevölkerung Schichtungsmerkmale zu gewinnen, um auf Grund dieser Angaben die an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 zu beteiligenden Haushalte auswählen zu können. Das Material der im Jahre 1960 durchgeführten 1%-Wohnungserhebung war als Auswahlgrundlage wenig geeignet, weil die Angaben insbesondere in den Anschriftenlisten bereits weitgehend veraltet waren und man außerdem den gleichen Haushalten eine erneute Befragung nicht zumuten wollte.

Die Ergebnisse der drei genannten Stichproben werden im folgenden dargestellt.

## Methodische Hinweise

Die methodischen Erläuterungen zur Einkommensermittlung durch die 1%-Wohnungserhebungen sind weitgehend in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 8/1959, gegeben worden. Sie werden daher hier nur ergänzt und zusammengefaßt.

Bei den 1%-Wohnungserhebungen wurden die Haushalte von geschulten Interviewern über die monatlichen laufenden, d. h. regelmäßig wiederkehrenden Einkommen aller Haushaltsmitglieder befragt. Es wird also in der Regel nicht ein Zwölftel des Jahreseinkommens, sondern das im Erhebungsmonat tatsächlich in den Haushalt geflossene Einkommen nachgewiesen, das höher oder niedriger als ein Zwölftel des Jahreseinkommens sein kann. Die Angaben über das Einkommen waren freiwillig.

Das Haushaltsnettoeinkommen wurde durch Addition der Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder ermittelt.

Es wurde sowohl nach dem Brutto- als auch nach dem Nettoeinkommen gefragt. Da die meisten Befragten nur die Nettobeträge angeben konnten, wurde nur das monatliche Haushaltsnettoeinkommen (Bruttoeinkommen abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) aufbereitet.

<sup>2)</sup> Vgl. WiSta 1959/8, S. 405 ff., 1962/1, S. 13 ff., 1962/7, S. 390 ff., 1962/9, S. 530 ff., 1962/10, S. 581 ff., 1962/11, S. 633 ff., 1963/1, S. 19 ff., ferner Horstmann, K.: „Die Einkommen von Arbeitnehmerhaushalten 1957 in ihrer Differenzierung nach Haushaltgröße und Kinderzahl“, Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft, Akademie-Veröffentlichung, Reihe A, Nr. 6, Hamburg 1961. — <sup>3)</sup> Vgl. Horstmann, K.: „Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962“ in WiSta 1961/10, S. 563 ff.

<sup>1)</sup> Z. B. durch laufende Verdiensterhebungen, Erhebungen über Gehalts- und Lohnstrukturen, öffentliche Sozialleistungen, Lohn- und Einkommensteuerstatistiken usw.

## Die Haushalte insgesamt

Die Einkommen der Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen wurden an Hand der vom Befragten zur Verfügung gestellten Angaben in der Steuererklärung des Jahres 1955 bzw. 1958 errechnet. Auch hier wurden Netto-Einkommen angestrebt, also die Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge der Handwerker u. ä. abgesetzt. Eine völlig gleiche Abgrenzung der Einkommen für Selbständige und für Abhängige ließ sich allerdings nicht erreichen, weil die unterschiedliche Behandlung der Werbungskosten, der private Verbrauch auf Geschäftskosten und dergleichen nicht in voll befriedigender Weise in Rechnung gestellt werden konnte. Als Monatsnettoeinkommen wird — im Gegensatz zu den übrigen Haushalten — ein Zwölftel des Jahresnettoeinkommens nachgewiesen.

Befanden sich im Haushalt eines Selbständigen Hausgehilfinnen oder Gewerbegehilfen, so wurden deren Einkünfte nur dann zum Haushaltseinkommen gerechnet, wenn sie nicht aus Mitteln des Haushalts abgeleitet waren. Die Haus- und Gewerbegehilfen zählen im übrigen als Haushaltsmitglieder.

Bei der Aufbereitung der Ergebnisse des Jahres 1960 wurden die so ermittelten Einkommen pauschal um 10% erhöht, um den Periodenunterschied zu den Einkommen der übrigen Haushalte auszuschalten und insofern die Vergleichbarkeit mit den Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit, Renten usw. zu verbessern.

Die Einkommen von selbständigen Landwirten wurden nicht erfragt.

Die Ergebnisse beziehen sich 1957 auf das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), 1960 auf das Bundesgebiet ohne Berlin.

Bei der Vorerhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurde den beim Mikrozensus vom Oktober 1961 erfaßten Haushalten, soweit sie ihre Einkünfte nicht ausschließlich oder überwiegend aus einem landwirtschaftlichen Betrieb bezogen, lediglich folgende Frage vorgelegt: „Würden Sie bitte angeben, wie hoch etwa im Monat das Nettoeinkommen des Haushalts, also die Summe der Nettoeinkünfte aller Haushaltsmitglieder ist? Unter 300 DM? 300 bis unter 600 DM? 600 bis unter 800 DM? 800 bis unter 1 200 DM? 1 200 DM und mehr?“ Auf die bei einem solchen Verfahren bei der Feststellung der Einkommen der Selbständigen auftretenden ganz besonderen Schwierigkeiten wird weiter unten noch eingegangen. Haushalte, die ihre Einkünfte ausschließlich oder überwiegend aus einem landwirtschaftlichen Betrieb bezogen, wurden nicht nach der Höhe des Einkommens gefragt.

Im Gegensatz zu den Wohnungserhebungen sind die Haushaltseinkommen bei der Vorerhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe also nicht durch Addition der exakt ermittelten Einkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder errechnet, sondern vom Haushaltsvorstand geschätzt worden. Die Interviewer sollten lediglich den Haushalt über den Begriff des Haushaltsnettoeinkommens aufklären und die Angaben des Haushalts in eine der genannten fünf Einkommensgruppen eingliedern. Die Einkommensgruppen wurden so abgegrenzt, daß insbesondere unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Haushalten verschiedener sozialer Schichten eine einigermaßen gleichmäßige Verteilung zu erwarten war.

Voraussetzung für einen Vergleich der Ergebnisse der drei Stichproben für die Haushalte insgesamt ist neben der einheitlichen begrifflichen Abgrenzung der Erhebungsmerkmale eine gleichmäßige Erfassungsgenauigkeit für die relevanten Haushaltsgruppen. Die zahlenmäßige Besetzung der Gruppen kann sich selbstverständlich von Erhebung zu Erhebung auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Veränderung der Bevölkerungsstruktur ändern.

Im Einzelfall wäre es außerordentlich schwierig, die Tendenzen, die auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen sind, von den auf Zufalls- und systematischen Fehlern beruhenden Abweichungen zu trennen. Wie die Tabelle zeigt, sind die Abweichungen in den Relationen im allgemeinen jedoch so gering, daß eine umfassende Untersuchung müßig erscheint. Die größten Abweichungen hinsichtlich der Haushaltsgröße zeigen sich einmal bei den Nichterwerbstätigen, bei denen der Anteil der Einpersonenhaushalte von 34,9% im Frühjahr 1957 auf 38,5% im Frühjahr 1960 und auf 40,3% im Oktober 1961 gestiegen ist. Das unter Berücksichtigung der zwischen den Erhebungen liegenden Zeiträume völlig gleichmäßige Anwachsen des Anteils der alleinlebenden Nichterwerbstätigen läßt darauf schließen, daß es sich hier um eine sozial und bevölkerungsmäßig bedingte echte Entwicklung handelt. Wenn man bedenkt, daß insbesondere bei den Rentnern und Pensionären etwa 60 von 100 Haushaltsvorständen 65 Jahre und älter sind, ist eine der Ursachen für diese Entwicklung darin zu suchen, daß durch Ausscheiden erwachsener Kinder aus dem Haushalt bzw. Tod des Ehepartners die Zahl der Mehrpersonenhaushalte stärker abnimmt, als sie durch Mehrpersonenhaushalte, deren Haushaltsvorstände in den Ruhestand treten, aufgefüllt wird. Auch dürfte die Verbesserung der Wohnverhältnisse zu Haushaltsteilungen geführt und damit zu einer Erhöhung der Zahl der Einpersoner-Rentnerhaushalte beigetragen haben. Weitere Abweichungen größeren Umfangs ergeben sich bei den Selbständigenhaushalten mit zwei Personen sowie mit fünf und mehr Personen. Hier lassen sich Aussagen über die Gründe deshalb nicht machen, weil der bei den Stichproben verwendete Haushaltsbegriff die im Haushalt lebenden Hausgehilfinnen, Lehrlinge, Gesellen usw. einschließt und also nicht zu unterscheiden ist, ob die Zunahme des Anteils der Zweipersonenhaushalte und die Abnahme der Fünfpersonenhaushalte auf Veränderungen des Kernhaushalts (Familie) oder der Zahl der im Haushalt lebenden Haus- und Gewerbegehilfen zurückzuführen ist.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Haushalte nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände ohne Rücksicht auf die Haushaltsgröße ergeben sich zwischen den drei Stichproben nur ganz geringfügige Unterschiede in den Relationen.

Vergleicht man die Erhebungen, die in der zeitlichen Folge am nächsten zusammenliegen, den gleichen Gebietsstand und etwa die gleiche Ausfallquote aufweisen, also die 1%-Wohnungserhebung 1960 und die Vorerhebung zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vom Oktober 1961, so ergibt sich eine Übereinstimmung nicht nur hinsichtlich der Relationen, sondern auch der tatsächlich erfaßten Erhebungseinheiten. Eine

Tabelle 1: Gliederung der in den Stichproben erfaßten Haushalte insgesamt nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und nach Haushaltsgröße  
Stichprobenergebnisse 1957<sup>1)</sup>, 1960<sup>2)</sup> und 1961<sup>3)</sup>

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Haushalte insgesamt			Davon Haushalte mit ... Personen														
	1957 <sup>1)</sup>	1960 <sup>2)</sup>	1961 <sup>3)</sup>	1			2			3			4			5 und mehr		
				1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961
	Anzahl			%														
Selbständiger <sup>4)</sup>	18 525	16 687	17 593	8,0	7,9	8,7	21,0	23,6	24,6	23,1	24,3	25,0	21,1	21,7	21,4	26,8	22,5	20,3
Beamter	8 893	10 195	10 396	9,3	8,2	8,0	19,8	19,2	19,3	27,6	28,0	28,3	24,2	25,2	26,1	19,1	19,4	18,3
Angestellter	22 583	24 981	25 151	17,4	16,8	16,1	23,9	23,3	23,7	27,0	27,9	27,6	19,5	20,2	20,5	12,2	11,8	12,1
Arbeiter	53 894	57 522	58 683	10,3	9,7	9,5	22,3	22,5	23,5	28,2	28,8	28,4	21,3	21,8	21,7	17,9	17,2	16,9
Nichterwerbstätiger	43 883	52 357	51 879	34,9	38,5	40,3	35,7	37,0	37,4	15,4	13,7	12,6	7,4	5,9	5,5	6,6	4,9	4,2
Insgesamt	147 778	161 742	163 702	18,3	19,9	20,1	26,2	27,2	27,7	23,6	23,2	22,9	17,0	16,6	16,6	14,9	13,1	12,7

<sup>1)</sup> Ohne Landwirte. — <sup>2)</sup> Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — <sup>3)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin.

Tabelle 2: Die bei den Stichproben 1960 und 1961 erfaßten Haushalte insgesamt nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes und der Haushaltsgröße  
Bundesgebiet ohne Berlin

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Haushaltsgröße	Erfaßte Haushalte		
		1960		1961 = 100
		Anzahl		
Selbständiger <sup>1)</sup>	1 Person .....	1 319	1 527	115,8
	2 Personen .....	3 944	4 335	109,9
	3 Personen .....	4 062	4 390	108,1
	4 Personen .....	3 615	3 765	104,1
	5 und mehr Personen ..	3 747	3 576	95,4
	Insgesamt .....	16 687	17 593	105,4
Beamter .....	1 Person .....	841	835	99,3
	2 Personen .....	1 951	2 006	102,8
	3 Personen .....	2 858	2 936	102,7
	4 Personen .....	2 569	2 714	105,6
	5 und mehr Personen ..	1 976	1 905	96,4
	Insgesamt .....	10 195	10 396	102,0
Angestellter .....	1 Person .....	4 208	4 052	96,3
	2 Personen .....	5 816	5 952	102,3
	3 Personen .....	6 961	6 951	99,9
	4 Personen .....	5 036	5 164	102,5
	5 und mehr Personen ..	2 960	3 032	102,4
	Insgesamt .....	24 981	25 151	100,7
Arbeiter .....	1 Person .....	5 555	5 586	100,6
	2 Personen .....	12 917	13 769	106,6
	3 Personen .....	16 539	16 703	101,0
	4 Personen .....	12 516	12 718	101,6
	5 und mehr Personen ..	9 995	9 907	99,1
	Insgesamt .....	57 522	58 683	102,0
Nichterwerbstätiger ..	1 Person .....	20 167	20 888	103,6
	2 Personen .....	19 400	19 379	99,9
	3 Personen .....	7 161	6 557	91,6
	4 Personen .....	3 079	2 889	93,8
	5 und mehr Personen ..	2 550	2 166	84,9
	Insgesamt .....	52 357	51 879	99,1

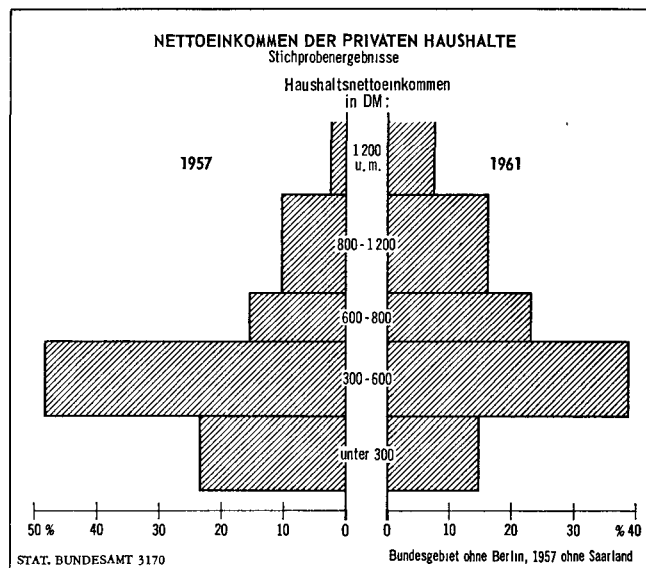
<sup>1)</sup> Ohne Landwirte.

derartige Übereinstimmung ist angesichts der unterschiedlichen Zielsetzung der beiden Erhebungen und der damit verbundenen verschiedenen Erhebungstechnik und -organisation keineswegs so selbstverständlich, wie man annehmen könnte. Sie beweist, daß die Stichproben innerhalb der amtlichen Statistik zu einem zuverlässigen „Instrument zur Erfassung sozial-ökonomischer Tatbestände“ entwickelt worden sind und nunmehr bei Beachtung der methodischen Grundlagen hinreichend genaue Ergebnisse liefern können<sup>4)</sup>. Für die empirische Sozialforschung bieten diese Erhebungen eine Fülle von neuen und grundlegenden Informationen.

#### Die Haushalte ohne Einkommensangaben

Bei jeder Erhebung, insbesondere bei Interviewerhebungen, gibt es eine nicht unerhebliche Zahl von Erhebungsausfällen, d. s. Haushalte, die sich in der Auswahl befanden, aber aus den verschiedensten Gründen von den Interviewern nicht erreicht werden konnten oder grundsätzlich jede Auskunft verweigerten. Bei der ersten Zusatzerhebung der Wohnungsstatistik im Jahre 1957 handelte es sich um etwa 8% der ausgewählten Haushalte, bei der zweiten im Jahre 1960 um rund 5% und bei der Mikrozensuserhebung im Oktober 1961 um 3 bis 4%.

Zu diesen Ausfällen kommen für die vorliegende Untersuchung die Fälle hinzu, in denen entweder ganze Haushalte oder einzelne Haushaltsmitglieder die Angaben über das Einkommen, die nicht der Auskunftspflicht unterlagen, nicht gemacht hatten, sei es, weil ihnen die Ermittlung ihrer Einkommen tatsächlich nicht möglich war (Selbständige), sei es, weil sie aus den verschiedensten Gründen die Auskunft verweigerten. Im allgemeinen ist die Auskunftsbereitschaft der Bevölkerung auch hinsichtlich der Einkommen größer als manche Skeptiker glauben; häufig lassen sich zudem Bedenken durch den Hinweis ausräumen, daß die Angaben rein statistischen Zwecken dienen und keiner anderen Behörde zur Verfügung gestellt werden und daß Interviewer und Mitarbeiter der Statistischen Ämter kraft Gesetzes zur Geheimhaltung verpflichtet sind. Verstöße hiergegen sind strafbar<sup>5)</sup>. Ein gewisses Mißtrauen gegen Einkommensermittlungen jedweder Art ist in



bestimmten Bevölkerungsgruppen natürlich vorhanden. Das gilt vor allem dann, wenn exakt nach Höhe und Art der Einkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder gefragt wird (1%o-Wohnungserhebungen), während die Ausfälle bei einer unverfänglich formulierten Frage nach der Gruppe des Haushaltseinkommens um die Hälfte niedriger sind; insbesondere die Selbständigenhaushalte sind wesentlich eher geneigt, eine grobe Einordnung vorzunehmen, als einen genaueren Einblick in ihre Einkommensverhältnisse zu gewähren.

Am auskunftswilligsten sind die Arbeiterhaushalte, von denen nicht einmal jeder zehnte Haushalt selbst bei den genauen Feststellungen im Rahmen der 1%o-Wohnungserhebungen die Angaben verweigerte; nur unwesentlich höher liegt die Quote bei den Beamtenhaushalten. Zur Auskunftswilligkeit kommt freilich in diesen Fällen dazu, daß an Hand der nachgewiesenen Berufe und Tätigkeiten ohnehin zumindest die Höhe des Arbeitseinkommens grob geschätzt werden könnte und daher kein besonderes Interesse daran besteht, diese Einkommen nicht oder unrichtig anzugeben. Für die Nichterwerbstätigen und die Angestellten liegen die Ausfallquoten bei exakten Einkommensermittlungen zwischen 15 und 19%. Diese spürbare Zunahme der Ausfälle ist bei den Angestellten wohl z. T. darauf zurückzuführen, daß infolge der rein arbeitsrechtlichen Abgrenzung des Angestellten gegenüber dem Selbständigen<sup>6)</sup> auch Bezieher hoher und höchster Einkommen, deren Auskunftsbereitschaft in der Regel gegenüber derjenigen von Beziehern durchschnittlicher Einkommen kleiner ist, in diese Gruppe einbezogen werden.

Bei den Nichterwerbstätigen, insbesondere bei Beziehern öffentlicher Renten bzw. öffentlicher Fürsorge, ist vor allem dann mit Ausfällen zu rechnen, wenn — immer bei einer exakten Einkommensermittlung — auch Nebeneinkommen aus Untervermietung, Gelegenheitsarbeit u. ä. angegeben werden müßten. Auch stehen oft ältere Menschen einer derartigen statistischen Untersuchung mit mehr Mißtrauen gegenüber als etwa die 30- bis 50jährigen, während die Heranwachsenden wiederum häufig deshalb ihre Einkommen ungenau angeben, weil sie in der Regel nur Teile ihres Einkommens an den Haushalt abführen und über die von ihnen verwendeten Einkommensbestandteile nicht einmal dem Haushaltsvorstand Rechenschaft geben wollen.

Die höchste Ausfallquote weisen erwartungsgemäß die Selbständigenhaushalte auf. Inwieweit diese Ausfälle auf mangelnde Auskunftswilligkeit, fehlende Zeit oder fehlende Unterlagen zurückzuführen sind, läßt sich natürlich nicht feststellen. Es kann aber keinen Zweifel darüber geben, daß gerade freiberuflich Tätige kaum exakte Angaben über ihr tatsächliches Einkommen machen können, ohne auf Steuererklärungen, Steuerbescheide u. ä. zurückzugreifen oder sich mit

<sup>4)</sup> Vgl. auch „Stichproben in der amtlichen Statistik“, 1960, Teil II. — <sup>5)</sup> § 13 Stat. Ges. vom 3. September 1953 (BGBl. I S. 1314).

<sup>6)</sup> Als Angestellte gelten im Sinne dieser Erhebung alle nicht-beamteten Gehaltsempfänger.

ihrem Steuerberater in Verbindung zu setzen. Dieser Mühe haben sich verständlicherweise nur wenige unterzogen. Zu einer groben Schätzung sind aber immerhin fünf Sechstel der Selbständigenhaushalte bereit gewesen.

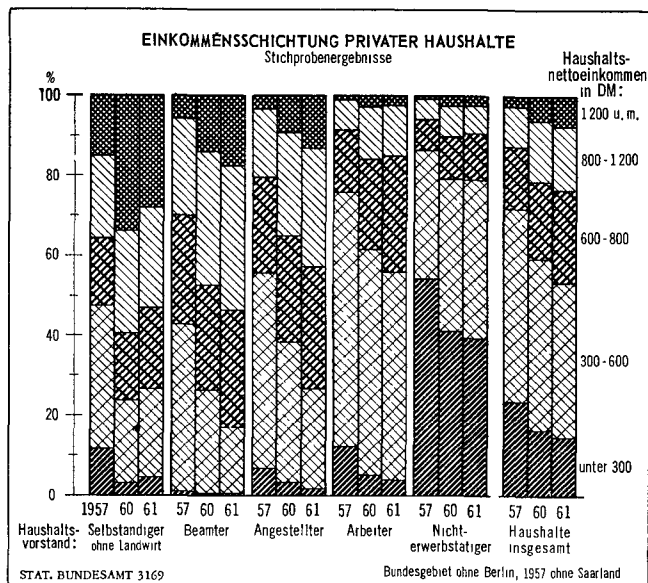
Auch die Größe des Haushalts wirkt sich auf die Ausfallquote aus. Man sollte annehmen, daß die Auskunftsbereitschaft mit zunehmender Haushaltsgröße abnimmt, vor allem deshalb, weil die Zahl der weniger auskunftswilligen heranwachsenden Kinder von Haushaltsgröße zu Haushaltsgröße ansteigt. Tatsächlich findet sich auch die höchste Ausfallquote bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen. An zweiter Stelle stehen aber die Einpersonenhaushalte; der Grund dafür ist darin zu sehen, daß die Nichterwerbstätigen weit mehr als die Hälfte der Einpersonenhaushalte ausmachen und bei den Nichterwerbstätigen die Auskunftsbereitschaft (vielfach auch die Auskunftsfähigkeit, wie bei älteren Leuten), unter dem Durchschnitt liegt. Überhaupt zeigt sich bei einer Aufgliederung nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes, daß die Haushaltsgröße nur bedingt und unter Einbeziehung anderer Faktoren als Kriterium für Ausfallquoten angesehen werden darf. Als Faustregel läßt sich auf Grund der gewonnenen Erfahrungen sagen, daß die Auskunftsbereitschaft mit sinkendem Pro-Kopf-Einkommen zunimmt

### Die Haushalte mit Einkommensangaben

Wenn man die Schwierigkeiten berücksichtigt, die einer Ermittlung von Haushaltseinkommen auf Grund statistischer Erhebungen naturgemäß entgegenstehen, ist absolut und relativ gesehen die Zahl der Haushalte, die freiwillig Angaben gemacht haben, höher als man eigentlich erwarten könnte, machen die erfaßten Haushalte mit Einkommensangaben doch immerhin 0,8 bis 0,9% aller Haushalte der Bundesrepublik aus. Das ist ein Prozentsatz, der z. T. erheblich über den bei vergleichbaren Erhebungen im In- und Ausland erzielten Anteilen liegt.

Dessenungeachtet ist zu prüfen, inwieweit trotz der Ausfälle die Ergebnisse verallgemeinerungsfähig sind, also unter Umständen auf die Gesamtmasse hochgerechnet werden können. Es muß also zunächst einmal untersucht werden, ob die Zusammensetzung der Haushalte mit Einkommensangaben nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes der Zusammensetzung der insgesamt erfaßten Haushalte entspricht oder durch die Ausfälle verzerrt worden ist.

Eine entsprechende Gegenüberstellung zeigt, daß bei allen drei Stichproben durch die Ausfälle nur ganz geringfügige Verschiebungen in der Zusammensetzung der Haushalte eingetreten sind. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es zulässig, anzunehmen, daß die für die Haushalte mit Einkommensangaben ermittelte Schichtung der Haushaltseinkommen auch für die Haushalte ohne Einkommensangaben und damit für die Haushalte insgesamt gilt. Eine andere Frage ist, ob — wie häufig behauptet wird — überwiegend Haushalte mit hohem Einkommen die Angaben verweigern und deshalb die Einkommenspyramide der Haushalte mit Einkommensangaben nach unten verschoben wird. Einerseits bleiben die Verfechter dieser Theorie den Beweis zwangsläufig schuldig, andererseits wäre zu prüfen, ob diese Behauptung — falls



überhaupt — auch für Haushalte gleicher sozialer Schicht und gleicher Haushaltsgröße zutrifft. Selbstverständlich ist klar, daß die Bezieher von Spitzeneinkommen in der Regel wenig geneigt sind, einen Einblick in ihre Einkommensverhältnisse zu gewähren. Selbst in einer Stichprobe mit einem Auswahlsatz von 1% (immerhin eine sehr umfangreiche Stichprobe) sind sie aber wohl kaum so häufig vertreten, daß aus derartigen Verweigerungen eine zwangsläufige Verzerrung der in der Stichprobe überhaupt nachweisbaren Einkommenspyramide hergeleitet werden könnte. Die bei den 1%-Wohnungserhebungen und bisher bei der Vorbereitung und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gesammelten Erfahrungen lassen jedenfalls deutlich erkennen, daß es falsch ist, die Mehrzahl der Ausfälle hinsichtlich der Einkommensangaben ohne weiteres Haushalten mit höheren Haushaltseinkommen zuzurechnen.

Freilich ergibt die Aufgliederung der Haushalte nach der sozialen Stellung, daß die Zahl der Selbständigenhaushalte mit Einkommensangaben bei den 1%-Wohnungserhebungen der Wohnungsstatistik um mehr als die Hälfte niedriger ist als die Zahl der überhaupt erfaßten Selbständigenhaushalte und somit die Basis für die Ermittlung der Einkommenschichtung dieser Haushalte erheblich unsicherer ist als etwa bei den Arbeiter- und Beamtenhaushalten. Inwieweit auch hier — insbesondere unter Berücksichtigung der methodischen Hinweise (Periodenverschiebung) — von der allgemeinen Annahme ausgegangen werden darf, daß die Einkommenschichtung der Haushalte mit Einkommensangaben derjenigen der Haushalte ohne Einkommensangaben entspricht, ist eine Frage, die man schon aus rein stichprobentheoretischen Überlegungen geneigt ist zu verneinen. Bei der Analyse der Ergebnisse muß die Gruppe der Selbständigenhaushalte in jedem Fall besonders kritisch untersucht werden, insbesondere dürfte ein Vergleich der Zahlen der 1%-Wohnungserhebungen mit denen der Vorerhebung zu einer Klärung beitragen.

Tabelle 3: Gliederung der erfaßten Haushalte ohne Einkommensangaben nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes sowie nach Haushaltsgröße  
Stichprobenergebnisse 1957<sup>1)</sup>, 1960<sup>2)</sup> und 1961<sup>3)</sup>  
Prozent

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Anteil der Haushalte ohne Einkommensangaben von den Haushalten insgesamt		Davon Haushalte mit ... Personen														
			1			2			3			4			5 und mehr		
	1957 <sup>1)</sup>	1960 <sup>2)</sup>	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961
Selbständiger <sup>1)</sup> .....	55,3	15,4	58,5	17,2	..	54,9	15,4	..	54,5	15,5	..	55,8	15,2	..	55,5	14,8	..
Beamter .....	11,0	10,2	9,8	9,0	6,6	9,1	9,7	6,1	10,1	9,0	5,6	11,5	10,2	5,6	14,4	13,2	6,8
Angestellter .....	17,4	19,2	17,4	19,6	8,0	17,9	19,3	8,8	16,4	19,0	7,2	16,1	18,6	8,0	20,5	19,6	8,1
Arbeiter .....	9,3	7,8	11,8	10,7	5,6	8,6	7,3	5,3	7,8	7,1	4,6	8,7	7,3	4,3	11,5	8,9	5,0
Nichterwerbstatiger .....	16,4	15,1	15,9	14,7	7,4	13,4	13,0	6,2	20,1	18,7	7,2	20,1	18,9	7,8	22,2	20,1	8,8
Insgesamt .....	..	17,0	..	16,3	7,6	..	15,8	7,2	..	16,8	6,9	..	17,5	7,0	..	20,4	7,7

<sup>1)</sup> Ohne Landwirte. — <sup>2)</sup> Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — <sup>3)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin.



## Die Einkommensschichtung

Die im folgenden für die Jahre 1957, 1960 und 1961 nachgewiesene Einkommensschichtung baut auf den fünf Einkommensgruppen auf, die für die Einstufung der Haushalte im Rahmen der Vorerhebung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gebildet worden sind. Die wesentlich tiefer gegliedert vorliegenden Ergebnisse der 1%-Wohnungserhebungen sind entsprechend zusammengefaßt worden.

Betrachtet man zunächst die Haushalte mit Einkommensangaben in ihrer Gesamtheit, so haben die Steigerungen der Nominaleinkommen von 1957 bis 1961 die Einkommenspyramide wesentlich nach oben verschoben, wenn auch nach wie vor der Schwerpunkt bei der Einkommensgruppe 300 bis unter 600 DM liegt. Der Anteil der Haushalte dieser Einkommensgruppe ist aber von 48,3% im Frühjahr 1957 auf 38,7% im Oktober 1961 gesunken. Ebenfalls gesunken ist der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 300 DM, und zwar von 23,4% im Frühjahr 1957 auf 14,7% im Oktober 1961, während sich die Anteile der übrigen Einkommensgruppen ziemlich gleichmäßig erhöht haben. Sehr deutlich wird auch bereits bei den Haushalten insgesamt, daß mit steigender Haushaltsgröße (und damit steigender Zahl der Einkommensbezieher) das Haushaltseinkommen wächst, wenn auch in der Regel nicht in einer der Zunahme der Haushaltsmitglieder entsprechenden Relation<sup>7)</sup>. Während z. B. im Oktober 1961 52 von 100 Einpersonenhaushalten mit weniger als 300 DM im Monat auskommen mußten, befand sich nur einer von 100 Haushalten mit 5 und mehr Personen in der gleichen Situation, während umgekehrt nur einem von 100 Einpersonenhaushalten ein Einkommen von 1 200 DM und mehr zur Verfügung stand gegenüber 19 von 100 Haushalten mit fünf und mehr Personen. Andererseits hatten aber bereits 8 von 100 Dreipersonenhaushalten und 12 von 100 Vierpersonenhaushalten Einkommen von 1 200 DM und mehr.

Da Untersuchungen<sup>8)</sup> ergeben haben, daß auch heute noch in den meisten Fällen das Einkommen des Haushaltsvorstandes die Höhe des Haushaltseinkommens wesentlich beeinflußt (insbesondere bei Haushalten mit zwei und drei Haushaltsmitgliedern), sein Einkommen vielfach mit seiner beruflichen Stellung zusammenhängt und infolgedessen die Häufigkeit des „Hinzuverdienens“ bei dem ausgeprägten Streben nach einer bestimmten Lebenshaltung von sozialer Gruppe zu sozialer Gruppe verschieden ist, erscheint eine Aufgliederung der Haushalte nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes zweckmäßig.

Bei einer Analyse der Einkommen der Selbständigenhaushalte und einem Vergleich der Ergebnisse der einzelnen Stichproben müssen die zur Ermittlung der Einkommensangaben angewandten Methoden unbedingt mit berücksichtigt werden, um Fehlinterpretationen auszuschalten. Die für das Jahr 1957 nachgewiesenen Einkommen beruhen — wie bereits in den methodischen Hinweisen geschildert — auf Angaben der Steuererklärung 1955, geben also praktisch die Einkommen des Jahres 1955 wieder, die Ergebnisse des Jahres 1960 fußen

<sup>7</sup> Vgl. Fürst, G./Horstmann, K.: „Die Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte nach der Höhe ihres Haushaltseinkommens“ in WiSta 1959/8, S. 409. — <sup>8</sup> Vgl. Horstmann, K.: „Die Haushaltseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte“ in WiSta 1963/1, S. 19 ff.

zwar auf der Steuererklärung des Jahres 1958, sind aber durch eine pauschale Erhöhung etwa an die allgemeine Einkommenssituation im Frühjahr 1960 angeglichen, die für 1961 nachgewiesenen Zahlen stützen sich überhaupt nicht auf exakte Unterlagen, sondern auf Schätzungen des Haushalts. Ganz allgemein ist also davon auszugehen, daß die für 1957 und auch — wenn auch in geringerem Maße — die für 1960 nachgewiesenen Haushaltseinkommen der Selbständigen gegenüber den Haushalten anderer sozialer Gruppen etwas zu niedrig angesetzt sind, während für 1961 angenommen werden kann, daß bei einer Schätzung des Haushaltseinkommens das Einkommen grundsätzlich bei allen Haushalten, aber wegen der komplizierten Verflechtung von Haushalt und Betrieb bei den Selbständigen in besonderem Maße eher zu niedrig als zu hoch angegeben worden ist. Dabei kann auch mitgespielt haben, daß 1961 die Selbständigen bei ihrer Selbsteinschätzung eher Angaben über ihre Entnahmen für ihren Privatverbrauch als über ihr gesamtes Nettoeinkommen gemacht haben. Mit diesen methodischen Einschränkungen der Vergleichbarkeit gerade bei den Selbständigenhaushalten und der damit verbundenen „Unterschätzung“ des wirklichen Haushaltseinkommens bei der Vorerhebung des Jahres 1961 dürfte zu erklären sein, daß 1961 von 100 Selbständigenhaushalten 25 in der Einkommensgruppe 800 bis unter 1 200 DM, im Jahre 1960 aber 26, und in der Einkommensgruppe 1 200 und mehr DM nur 28 im Jahre 1961 gegenüber 34 im Jahre 1960 nachgewiesen werden. Die Differenzen sind aber nicht so groß, daß durch die Einkommensschichtung der Selbständigenhaushalte oder gar die der Haushalte insgesamt völlig entwertet würde. Die Ermittlung der Selbständigeneinkommen im Rahmen der 1%-Wohnungserhebungen scheint jedenfalls trotz der hohen Ausfallquoten im großen und ganzen innerhalb der hier gewählten Gliederung nach grob zusammengefaßten Einkommensgruppen zu leidlich brauchbaren Ergebnissen geführt zu haben.

Bei den Beamtenhaushalten und bei den Angestelltenhaushalten haben die Erhöhungen der Bezüge spürbar die Verteilung auf die einzelnen Einkommensgruppen beeinflusst. Im Frühjahr 1957 verfügten noch 42 von 100 Beamten- und 49 von 100 Angestelltenhaushalten über ein monatliches Nettoeinkommen von 300 bis unter 600 DM, bereits 1960 waren es nur noch 26 bzw. 35. Dabei haben sich die Schwerpunkte nicht etwa einfach auf die nächsthöhere Einkommensgruppe verlagert, sondern es ist eine gleichmäßigere Verteilung auf alle Einkommensgruppen erfolgt. Der Anteil der Haushalte mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 300 DM ist bei den Beamten von 1,0% im Jahre 1957 auf 0,4% im Jahre 1961, bei den Angestellten von 6,9% auf 1,7% zurückgegangen, im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen von 1 200 und mehr DM bei den Beamten von 5,7% auf 17,6%, bei den Angestellten von 3,2% auf 13,1% gestiegen.

Während sich demzufolge bei den Beamten- und Angestelltenhaushalten eine gewisse Nivellierung abzeichnet, liegt der Schwerpunkt bei den Arbeiterhaushalten nach wie vor bei der Einkommensgruppe von 300 bis unter 600 DM, der 1957 64%, 1961 immerhin noch 52% der Arbeiterhaushalte angehörten. Während sich auch bei den Arbeitern der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen unter 300 DM stark reduziert hat, ist

Tabelle 4: Gliederung der erfaßten Haushalte mit Einkommensangaben nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes sowie nach Haushaltsgröße  
Stichprobenergebnisse 1957<sup>2)</sup>, 1960<sup>3)</sup> und 1961<sup>3)</sup>

Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes	Haushalte mit Einkommensangaben		Davon Haushalte mit ... Personen														
	1957 <sup>2)</sup>	1960 <sup>3)</sup>	1			2			3			4			5 und mehr		
			1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961
Selbständiger <sup>1)</sup> .....	8 232	7 459	14 878	8,7	7,4	8,5	23,2	23,8	24,7	24,8	24,8	21,3	21,7	21,4	22,0	22,3	20,5
Beamter .....	7 911	9 151	9 772	9,5	8,4	8,0	20,1	19,3	19,3	27,9	28,4	28,3	24,1	25,2	26,2	18,4	18,2
Angestellter .....	18 655	20 193	23 140	17,4	16,8	16,1	23,8	23,2	23,5	27,3	27,9	27,9	19,8	20,3	20,5	11,7	11,8
Arbeiter .....	48 905	53 015	55 827	10,0	9,3	9,4	22,4	22,6	23,3	28,7	29,0	28,6	21,4	21,9	21,8	17,5	17,2
Nichtwerbstätiger .....	36 689	44 434	48 228	35,1	38,7	40,1	37,0	38,0	37,7	14,7	13,1	12,6	7,1	5,6	5,5	6,1	4,6
Insgesamt .....	120 392	134 252	151 845	18,7	20,0	20,0	27,0	27,6	27,8	23,9	23,3	23,0	16,9	16,5	16,7	13,5	12,6

<sup>1)</sup> Ohne Landwirte. — <sup>2)</sup> Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — <sup>3)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin.

Tabelle 5: Gliederung der erfaßten Haushalte mit Einkommensangaben<sup>1)</sup> nach Haushaltsgröße und Einkommensgruppen  
Stichprobenergebnisse 1957<sup>2)</sup>, 1960<sup>3)</sup> und 1961<sup>3)</sup>

Haushaltsgröße	Haushalte mit Einkommensangaben			Davon verfügten über ein monatliches Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM														
				unter 300			300—600			600—800			800—1200			1200 und mehr		
	1957 <sup>2)</sup>	1960 <sup>3)</sup>	1961 <sup>3)</sup>	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961	1957	1960	1961
	Anzahl			%														
1 Person .....	22 479	28 856	30 375	67,2	56,9	51,9	28,6	37,0	38,0	2,7	4,0	6,2	1,2	1,6	2,8	0,3	0,5	1,1
2 Personen .....	32 480	37 083	42 187	28,4	14,6	12,3	54,9	56,4	50,3	11,1	18,3	21,9	4,7	8,4	11,4	0,9	2,3	4,1
3 Personen .....	28 765	31 275	34 955	8,4	2,7	2,6	59,6	45,0	37,2	20,5	27,8	31,0	9,8	19,9	21,6	1,7	4,6	7,6
4 Personen .....	20 414	22 132	25 336	5,1	1,4	1,2	51,9	38,7	31,6	23,2	24,3	30,1	16,7	25,9	25,0	3,1	9,7	12,1
5 und mehr Personen .....	16 254	16 906	18 992	2,5	0,5	1,0	38,1	25,7	25,6	23,1	22,9	28,2	27,0	30,2	26,7	9,3	20,7	18,5
Insgesamt .....	120 392	134 252	151 845	23,4	16,3	14,7	48,3	43,1	38,7	15,5	19,2	23,0	10,3	15,4	16,2	2,5	6,0	7,4

<sup>1)</sup> Ohne Landwirte. — <sup>2)</sup> Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin). — <sup>3)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin.

der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen von 1 200 DM und mehr nur unwesentlich gestiegen.

Eine deutliche Umschichtung innerhalb der vorgegebenen Einkommensgruppen hat sich bei den Nichterwerbstätigen ergeben. Hier wirkt sich zweifellos die Tatsache aus, daß die Auswirkungen der Rentenreform des Jahres 1957 wegen des frühen Erhebungszeitraums sich nicht mehr in den Ergebnissen des Jahres 1957 niederschlagen konnten. Während noch im Frühjahr 1957 54 von 100 Nichterwerbstätigenhaushalten über weniger als 300 DM im Monat verfügten, belief sich ihre Zahl im Frühjahr 1960 nur noch auf 41, im Oktober 1961 auf 39. Allerdings ist hier nicht eine weitgehende Angleichung wie bei den Beamten- und Angestelltenhaushalten eingetreten, sondern lediglich eine gleichmäßigere Verteilung auf die beiden untersten Einkommensgruppen. Der Anteil der Nichterwerbstätigenhaushalte mit einem Einkommen von 600 und mehr DM hat sich lediglich von 13,7% im Jahre 1957 auf 21,1% im Jahre 1961 erhöht.

Es darf jedoch bei allen Vergleichen in zeitlicher und sachlicher Hinsicht nicht vergessen werden, daß die Einkommensgruppen, die der Schichtung zugrunde gelegt sind, ganz grob gefaßt sind und erhebliche Streuungen überdecken. Man kann also keineswegs aus den Tabellen etwa ableiten, daß im Oktober 1961 die effektiv erfaßten 1 012 alleinlebenden Nichterwerbstätigen der Einkommensgruppe 300 bis unter 600 DM wirtschaftlich den 3 541 alleinlebenden Arbeitern derselben Einkommensgruppe gleichgestellt waren. Diese Aussage wäre nur dann berechtigt, wenn die Streuung der Einkommen innerhalb der Einkommensgruppe in etwa gleich wäre.

#### Möglichkeiten und Grenzen der Auswertung

Die Möglichkeiten und die Grenzen der Auswertung der vorliegenden Ergebnisse sind in den bisherigen Ausführungen z. T. bereits angedeutet worden. Wer detaillierte Einzelangaben über die Einkommensverhältnisse bestimmter sozialer Gruppen benötigt, ist auf die zahlreichen auf Grund des Materials der 1%-Wohnungserhebungen vorgenommenen Analysen angewiesen. Wer dagegen einen Gesamtüberblick über die Schichtung der Einkommen privater Haushalte in der Bundesrepublik und ihre Entwicklung gewinnen möchte, dürfte in dem vorliegenden Beitrag ein aktuelles Grund-

material finden. Inwieweit die Ergebnisse für die Selbständigenhaushalte als repräsentativ gelten können, läßt sich mit letzter Sicherheit nicht sagen. Fest steht, daß hier erstmals Zahlenmaterial auch für diese Gruppe vorgelegt werden kann, das bei Beachtung aller methodischen Hinweise zumindest Anhaltspunkte für eine Beurteilung der Einkommenssituation dieser Haushalte geben kann.

Grundsätzlich ist ferner darauf hinzuweisen, daß durch eine Stichprobenerhebung zunächst einmal Strukturdaten beschafft werden, die bestimmte Sachverhalte beschreiben und Rückschlüsse auf Grundsituationen ermöglichen. Ob und in welcher Form eine Hochrechnung auf die sogenannte „Grundgesamtheit“, d. h. auf eine sachlich, räumlich und zeitlich klar abgegrenzte statistische Gesamtheit, möglich ist, muß von Fall zu Fall geprüft werden<sup>9)</sup>. In den bisherigen Veröffentlichungen aus dem Material der 1%-Wohnungserhebungen sind die Stichprobenergebnisse — soweit die Tabellenfelder ausreichend besetzt waren — „behelfsmäßig“ durch Anhängen zweier Nullen, d. h. durch Multiplikation der Stichprobenwerte mit dem reziproken Wert des Auswahl-satzes von 1%, hochgerechnet worden. Die Ausfälle blieben, weil sie relativ niedrig waren, bei diesem Verfahren der freien Hochrechnung<sup>10)</sup> außer Ansatz.

Bei der vorliegenden Untersuchung über die Einkommensverhältnisse ist es freilich angesichts der erheblich höheren Zahl der Ausfälle nicht möglich, z. B. die Zahl der Arbeiterhaushalte in der Bundesrepublik im Oktober 1961 mit einem Einkommen von 300 bis unter 600 DM dadurch zu ermitteln, daß man das geschilderte Verfahren auf die erfaßten Haushalte dieser Schicht mit Einkommensangaben anwendet. Um ungefähre Größenvorstellungen zu bekommen, müßten die insgesamt erfaßten Haushalte dieser Schicht für eine derartige Hochrechnung herangezogen werden. Dieses Verfahren ist aber nur zulässig unter der Annahme, daß die Einkommensverteilung bei den Haushalten ohne Einkommensangaben in etwa der Einkommensverteilung bei den Haushalten mit Einkommensangaben entspricht.

Dipl.-Volkswirt Manfred Euler

<sup>9)</sup> Vgl. Stichproben in der amtlichen Statistik, a. a. O., S. 45 ff. —  
<sup>10)</sup> Vgl. Stichproben in der amtlichen Statistik, a. a. O., S. 87 ff.

## Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau 1962

### Einführung in die gesamte Erhebung

#### Vorbemerkung

Für den Monat Mai 1962 wurde eine Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau durchgeführt, deren methodische Grundlagen und Ergebnisse nachstehend bekanntgegeben werden. Es handelt sich dabei um einen Teil der gewerblichen Wirtschaft und den Dienstleistungsbereich, die Landwirtschaft, den Erwerbsgartenbau und die Forstwirtschaft umfassenden Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Jahre 1962, die ihre Rechtsgrundlage im „Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956“ (BGBl. I Nr. 23 vom 23. Mai 1956) und in der „2. Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 8. August 1961“ (Bundesanzeiger Nr. 153 vom 11. August 1961) hat.

Erstmalig wurden damit von der amtlichen Statistik die Verdienstverhältnisse der Arbeitnehmer im Erwerbsgartenbau untersucht. Insbesondere die mit der Landwirtschaftspolitik befaßten Stellen waren daran interessiert, diese Lücke zu schließen. Die alljährlich aufzustellenden „Grünen Berichte“ beziehen auch den Gartenbau ein. Es ist bisher als ein Mangel empfunden worden, daß die Lohnsituation dabei nur mittels der Unterlagen über die Tarife dargestellt werden konnte. Da die in die Zukunft reichenden Maßnahmen sehr wesentlich vom Kostenfaktor „Lohn“ bestimmt werden, ist jedoch gerade die Kenntnis der tatsächlichen Verdienste von besonderer Bedeutung. Dies gilt in verstärktem Maße im Hinblick auf die notwendige Konkurrenzfähigkeit des deutschen Gartenbaus im Rahmen der europäischen Verflechtung in der EWG.

Mit der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau wurde in verschiedener Hinsicht Neuland be-

treten. So war für die Planung kein zeitnahes Material über die Besetzung der Betriebe mit Arbeitskräften und über die Entlohnungsverhältnisse vorhanden. Das nötigte dazu, von einer möglichst einfachen Konzeption auszugehen und in Kauf zu nehmen, daß gewisse Erscheinungen in den Ergebnissen nicht in dem ihnen gebührenden Umfang Ausdruck finden würden. Bezüglich des Verdienstbegriffs konnte man allerdings auf Erfahrungen aus anderen Verdienststatistiken, insbesondere in der Landwirtschaft, zurückgreifen. Eine gleiche Begriffsabgrenzung wie bei dieser war sogar wünschenswert, um einen Verdienstvergleich zwischen verschiedenen Bereichen zu ermöglichen.

### **Regionaler Umfang und Durchführung der Erhebung**

Die Erhebung wurde in allen Ländern des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) durchgeführt. Die methodischen Grundlagen sind vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachministerien und den Verbänden der Sozialpartner festgelegt worden. In den Händen der Statistischen Landesämter lag die Durchführung und die Aufbereitung der Erhebung, die mit einer Ausnahme manuell erfolgte. Die Länderergebnisse wurden im Statistischen Bundesamt zu Bundesergebnissen zusammengefaßt. In den folgenden Tabellen sind die für Berlin (West) ermittelten Zahlen nicht berücksichtigt worden.

Die Betriebe hatten für jeden einzelnen der in Frage kommenden Arbeitnehmer ihres Betriebes einen Fragebogen auszufüllen. Der Einsatz von Interviewern wäre gewiß bei einer erstmaligen Verdienstbefragung in diesem Bereich wünschenswert gewesen, doch konnten geeignete Kräfte für eine derartige Aufgabe nicht gewonnen werden. Die Bogen sind trotzdem zufriedenstellend ausgefüllt worden.

### **Erhebungszeitraum**

Da die Erhebung 1962 nur allgemeine Größenordnungen über die Lohnverhältnisse im Erwerbsgartenbau liefern sollte, konnte man sich auf einen einzigen Monat beschränken. Dafür wurde der Mai gewählt. Dieser zählt erfahrungsgemäß zu den Monaten mit dem größten Arbeitsanfall im Erwerbsgartenbau, so daß mit der Erfassung einer hohen Anzahl von Arbeitskräften gerechnet werden konnte.

Von den Betrieben wurde verlangt, die Angaben für ihre Arbeitskräfte für eine oder mehrere Lohnabrechnungsperioden zu machen, die mindestens 4 Wochen umfassen und ganz oder überwiegend in den Erhebungsmonat fielen. Diese Regelung wurde getroffen, weil die Lohnabrechnungsperioden der Betriebe unterschiedlich sind. Es gibt Betriebe, die ihren Arbeitnehmern die Löhne wöchentlich auszahlen, andere dagegen alle zwei Wochen oder vier Wochen, einmal im Monat oder auch dekadenweise. Um den Betrieben die Beantwortung der Fragen nach Möglichkeit zu erleichtern, wurde darauf verzichtet, die Angaben für einen einheitlichen Erhebungszeitraum zu fordern. In all den Fällen, in denen der Betrieb seine Meldung nicht für den ganzen Monat Mai abgegeben hatte, wurden bei der Aufbereitung die Angaben auf den vollen Kalendermonat umgerechnet.

### **Abgrenzung des Erwerbsgartenbaus und Auswahl der Berichtsbetriebe**

Als Betriebe des Erwerbsgartenbaus wurden für die Gehalts- und Lohnstrukturhebung nur solche angesehen, in denen nach der Gartenbauerhebung 1961 die Gartenbauerzeugnisse mindestens 90 % der Verkaufserlöse aus eigenem Anbau auf sich vereinen und die nicht als Hauptbetriebszweig Landschaftsgärtnerei, Ladengeschäft, Blumen- und Kranzbinderei, Obstwein- und -saffherstellung oder -brennerei oder Herstellung von Konserven angegeben hatten. Dadurch wurden Betriebe einbezogen, bei denen vorwiegend gärtnerische Arbeitskräfte in der Erzeugung zu vermuten waren. Es blieben somit alle Betriebe mit einem größeren landwirtschaftlichen Anteil unberücksichtigt, die vermutlich ihre Arbeitskräfte nach den Lohntarifverträgen für die Landwirtschaft entlohnen.

Die Erhebung ließ sich auf die „reinen Gartenbaubetriebe“ beschränken, weil für die Auswahl der Betriebe auf das Material der Gartenbauerhebung 1961 zurückgegriffen werden konnte, das die benötigten Angaben enthält. Es konnte dabei auch berücksichtigt werden, daß die Zahl der kleinen Betriebe, die ohne familienfremde Arbeitskräfte auskommen, im Gartenbau ziemlich hoch ist. Einbezogen wurden daher nur Betriebe, die wenigstens in einem Monat eines Jahres (Juli 1960 bis Juni 1961) familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt hatten. Es war dabei vorauszusehen, daß eine Anzahl von Betrieben Fehlanzeige erstatten würde, die in dem Erhebungsmonat der Gehalts- und Lohnstrukturhebung gerade keine familienfremden Arbeitskräfte beschäftigten.

Von den vorstehend gekennzeichneten Betrieben ist jeder zweite Betrieb in die Gehalts- und Lohnstrukturhebung einbezogen worden. Aus Gründen der Kosten- und Zeitersparnis wurde die Erhebung auf repräsentativer Grundlage durchgeführt. Der Auswahlatz betrug 50 %. Dieser Auswahlatz mußte mangels vorhandener Arbeitskräftezahlen ohne jeden Anhaltspunkt festgelegt werden, so daß keinerlei Vorstellung darüber bestand, welche Erhebungsmasse er erbringen würde.

### **Erfasster Personenkreis**

Begrifflich ist der zu erfassende Personenkreis der gärtnerischen Arbeitskräfte in den Lohntarifverträgen für den Gartenbau insofern abgesteckt, als diese darin entsprechend den feststehenden Berufsbezeichnungen aufgeführt sind, und der Erwerbsgartenbau der Landschaftsgärtnerei durch unterschiedliche Lohn tafeln gegenübergestellt wird. Die Erhebung bezog daher die in die Tarifverträge aufgenommenen Lohngruppen (Beschäftigtengruppen) ein, und zwar:

Gärtnermeister,  
Obergärtner und erste Gehilfen,  
Gehilfen,  
angelernte Arbeiter,  
ungelernte Arbeiter.

Nicht erfaßt wurden nichtgärtnerische Arbeitskräfte, wie z. B. Handwerker, Kraftfahrer, Verkaufspersonal, die im Gartenbau beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, Lehrlinge, Eleven, Volontäre und Jugendliche unter 14 Jahren.

In Betrieben, die sowohl Erwerbsgartenbau als auch Landschaftsgärtnerei betreiben, wurden nur die nach den Lohn tafeln für den Erwerbsgartenbau entlohnten Kräfte erfaßt.

Die Verdienstverhältnisse und Arbeitszeiten sollten nur für die gärtnerischen Arbeitskräfte im Erwerbsgartenbau festgestellt werden, die während des ganzen Erhebungszeitraumes unter Arbeitsvertrag standen und nicht durch Krankheit oder Unfall an der Ausübung ihrer Tätigkeit verhindert waren. Daher wurden die Arbeitskräfte nicht erfaßt, die im Erhebungszeitraum länger als drei Tage gefehlt haben, während des Erhebungszeitraumes in den Betrieb eingetreten bzw. ausgeschieden sind oder ständig während einer geringeren als der regelmäßigen Arbeitszeit tätig waren (Halbtagsbeschäftigte, stundenweise tätige Personen u. a.).

### **Entlohnungsformen**

Da neben der Entlohnung nach Stunden nur in wenigen Tarifverträgen, und auch dort zum Teil nur für bestimmte Lohngruppen, die Möglichkeit einer monatlichen Entlohnung vorgesehen war, lag es nahe, die Erhebung auf die Stundenlöhner zu beschränken. Dem widersprachen jedoch in den vorbereitenden Besprechungen die Praktiker, die eine Entwicklung von der stundenweisen zur monatlichen Entlohnung und bei den höher qualifizierten Arbeitergruppen sogar zur Übernahme in das Angestelltenverhältnis glaubten beobachten zu können. So entschloß man sich, die Befragung so aufzubauen, daß sowohl Stundenlöhner als auch Monatslöhner und Angestellte erfaßt wurden. Dabei gab die Antwort nach der Art der Rentenversicherung darüber Aufschluß, ob es sich um einen Arbeiter oder Angestellten handelt.

Die Arbeiter im Stundenlohn und im Monatslohn wurden wie folgt unterschieden:

Arbeiter im Stundenlohn erhalten einen nach der Zahl der Stunden berechneten Lohn;  
Arbeiter im Monatslohn erhalten einen für den ganzen Monat oder mindestens für eine Woche vereinbarten Lohn.

Damit wurde sichergestellt, daß Arbeiter, deren Lohn zwar nach Stunden berechnet, aber wöchentlich oder monatlich ausbezahlt wird, trotzdem in den Ergebnissen als Stundenlöhner erscheinen.

### Erhebungsmerkmale

Erhebungsmerkmale waren Beschäftigtengruppe und Entlohnungsform, Geschlecht, Alter, Familienstand, Kinderzahl, Verdienst, Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung und bei den Stundenlöhnern darüber hinaus die Zahl der bezahlten Stunden und der bezahlten Mehrarbeitsstunden.

### Verdienstbegriff

Der Bruttoverdienst wurde aufgegliedert nach Bruttobarverdienst und Naturalverdienst.

Zum Bruttobarverdienst gehören der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn bzw. das tarifliche oder frei vereinbarte Gehalt einschließlich tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge, wie sie dem Arbeitnehmer für den Erhebungszeitraum effektiv als Arbeitsverdienst berechnet wurden.

Nicht zum Bruttobarverdienst gehören Vergütungen, die kein Arbeitseinkommen darstellen, wie Kindergeld auf Grund des Kindergeldgesetzes vom 13. November 1954, ferner Darlehen, Vorschüsse, Nachzahlungen, Gratifikationen usw., d. h. alle Beträge, die nicht während des Berichtsmonats verdient worden sind und Beträge, die nur Spesenersatz sind, wie Zuschläge für eigenes Handwerkszeug u. ä.

Zum Naturalverdienst zählen unentgeltlich gewährte Kost und Unterkunft und Sachleistungen. Diese wurden nach den gemäß Artikel 3, § 4 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes von den jeweils zuständigen obersten Landesbehörden festgelegten Sätzen bewertet.

### Bezahlte Stunden

Für die Stundenlöhner wurde die Zahl der insgesamt bezahlten Stunden ermittelt, aus denen noch einmal die Zahl der Mehrarbeitsstunden auszugliedern war. Unter „bezahlten Stunden“ sind die „geleisteten Arbeitsstunden“ zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, z. B. an gesetzlichen Feiertagen, bezahlter Urlaub, bezahlte Freizeit aus betrieblichen oder persönlichen Gründen, zu verstehen. Als Mehrarbeitsstunden wurden die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinausgehenden Stunden, die nicht durch Freizeitgewährung an anderen Tagen ausgeglichen werden, aufgefaßt. Damit wurde die gleiche Begriffsdefinition verwendet, die auch den Verdiensterhebungen in der gewerblichen Wirtschaft zugrunde liegt.

## Ergebnisse

### Erfasste Betriebe und Arbeitnehmer

Von insgesamt 5 964 ausgewählten Betrieben im Bundesgebiet ohne Berlin hatten 3 153 Betriebe Fragebogen ausgefüllt. Die restlichen Betriebe hatten im Mai 1962 keine familienfremden gärtnerischen Arbeitskräfte beschäftigt. Die Zahl der insgesamt erfaßten Arbeitskräfte beläuft sich auf 9 905. Im Gartenbau bedingt das Vorkommen einiger weniger Großbetriebe neben überwiegend sehr kleinen Betriebsgrößen und die teilweise Spezialisierung auf bestimmte Kulturen einen recht unterschiedlichen Arbeitskräftebesatz, weshalb auf die Bildung einer durchschnittlichen Besetzungszahl je Betrieb verzichtet wird.

Unter dem Gesichtspunkt der überwiegenden Produktionsparte in den Betrieben ist festzustellen, daß gut die Hälfte aller erfaßten Arbeitskräfte im Zierpflanzenbau beschäftigt war. Weitere 20 % der Erfassten waren in Baumschulbetrieben tätig und jeweils 10 % in gemischten Betrieben und Gemüsebaubetrieben, der Rest entfiel auf Obstbau und Samenbau. Die relativ geringen Erfassungszahlen bei einigen Produktionsparten gestatten es nicht, die Ergebnisse auch nach allen Produktionsparten aufzugliedern, jedoch ist es möglich, auf die Verdienstverhältnisse der Arbeiter in den stärker besetzten Produktionsparten „Zierpflanzenbau“ und „Baumschulen“ einzugehen.

Von den Ländern des Bundesgebietes hatte den größten Anteil an den erfaßten Arbeitskräften Nordrhein-Westfalen (26,3 %), darauf folgen Niedersachsen (20,7 %), Bayern (15,2 %) und Schleswig-Holstein (12,7 %), ein weiteres Viertel entfiel auf die übrigen Länder. Es wird davon abgesehen, Werte für die einzelnen Länder bekanntzugeben, da die teilweise niedrige Zahl von Erfassten keinen zuverlässigen Auswertungswert hat. In Berlin (West) wurden 389 gärtnerische Arbeitskräfte erfaßt, davon 286 im Zierpflanzenbau, die, wie bereits gesagt, in die nachstehenden Ergebnisse nicht einbezogen worden sind.

### Entlohnungsformen und Beschäftigtengruppen

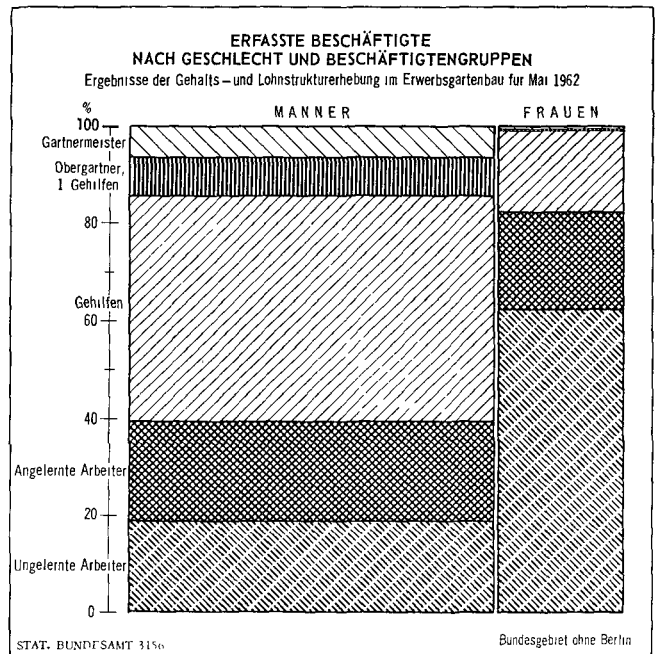
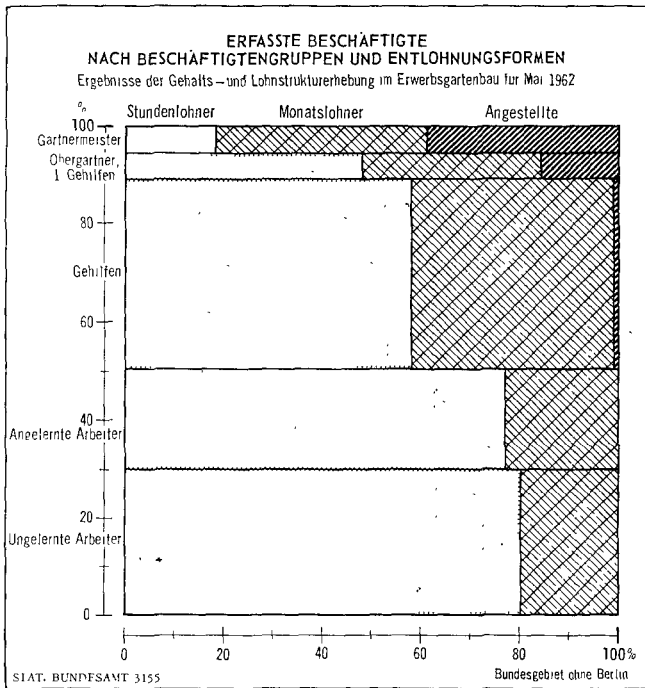
Von den Erfassten sind 6 524 (66 %) Stundenlöhner, 3 047 (31 %) Monatslöhner und 334 (3 %) Angestellte. Der monatlichen Lohnbemessung kommt also eine wesentlich größere Bedeutung zu als vielfach angenommen wurde. Die Überführung der Gartenarbeiter in das Angestelltenverhältnis bleibt dagegen noch selten. Deutlich ist erkennbar, daß mit geringem Qualifikationsgrad der Arbeit die Monatslöhner und die Angestellten anteilmäßig abnehmen. Während von der höchstqualifizierten Gruppe, den Gärtnermeistern, 39 % Angestellte, 43 % Monatslöhner und nur 18 % Stundenlöhner waren, sinkt bei den Obergärtnern bzw. ersten Gehilfen der Anteil der Angestellten bereits auf 16 % und der der Monatslöhner auf 36 % ab, so daß den Schwerpunkt schon die Stundenlöhner mit 48 % bilden. Bei den Gehilfen spielen dann die Angestellten schon keine Rolle mehr und der Anteil der Stundenlöhner steigt auf 58 %. Er nimmt weiter zu bei den

Tabelle 1: Erfasste Arbeiter und Angestellte im Erwerbsgartenbau nach Beschäftigtengruppen, Entlohnungsformen und Geschlecht

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau für Mai 1962

Beschäftigtengruppe	Zahl der erfaßten								
	Stundenlöhner			Monatslöhner			Angestellten		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
Gärtnermeister .....	99	3	102	235	5	240	215	2	217
Obergärtner, erste Gehilfen .....	253	5	258	193	1	194	83	1	84
Gehilfen									
mit dem höchsten Tariflohnanspruch <sup>1)</sup> .....	1 311	113	1 424	858	86	944	} 26	} 7	} 33
Übrige Gehilfen .....	674	127	801	520	99	619			
Angelernte Arbeiter									
der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	1 066	391	1 457	350	70	420	—	—	—
Übrige angelernte Arbeiter .....	73	28	101	32	12	44	—	—	—
Ungelernte Arbeiter									
der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	917	1 197	2 114	245	217	462	—	—	—
Übrige ungelernete Arbeiter .....	144	123	267	81	43	124	—	—	—
Alle Beschäftigten zusammen .....	4 537	1 987	6 524	2 514	533	3 047	324	10	334

<sup>1)</sup> Gehilfen ab dem höchsten tarifmäßigen Gehilfenjahr bzw. der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.



angelernten Arbeitern auf 77% und bei den ungelerten Arbeitern auf 80%. Bei den beiden letztgenannten Gruppen ist der Anteil der Stundenlöhner wohl aus dem Grunde höher, weil sich darunter ein großer Teil kurzfristig beschäftigter Arbeitskräfte befindet, die nicht monatlich entlohnt werden. Auch das Lebensalter scheint hier nicht ohne Einfluß auf die Entlohnungsform zu sein, da die jüngeren angelernten und ungelerten Arbeitskräfte häufiger im Monatslohn stehen als die älteren.

Arbeiter im Alter von ... bis unter ... Jahren	Anteil der Arbeiter im Monatslohn an allen erfaßten Arbeitern der jeweiligen Altersklasse in %	
	Angelernte Arbeiter	Ungelernte Arbeiter
14 bis 21	27,4	29,4
21 bis 25	33,9	28,4
25 bis 35	31,5	19,6
35 bis 45	20,3	14,5
45 bis 55	17,4	14,4
55 bis 65	12,5	15,2

Es ist denkbar, daß bei diesen Beschäftigtengruppen die jüngeren Arbeitskräfte, solange sie noch nicht verheiratet sind, öfter im Haushalt des Betriebsinhabers wohnen und dann Monatslohn erhalten.

Die Form der Entlohnung wird auch in den Produktionsparten unterschiedlich gehandhabt. So ist beispielsweise der Zierpflanzenbau stärker mit Monatslöhnern besetzt (36%), wohingegen man in Baumschulbetrieben sehr viel seltener Monatslöhner antrifft (11%).

Die Verteilung der erfaßten Arbeitskräfte auf die Beschäftigtengruppen zeigt, daß nahezu 40% aller gärtnerischen Kräfte Gehilfen sind. Es handelt sich dabei um gelernte Fachkräfte mit abgeschlossener Lehre, die mit Gesellen im Handwerk oder mit Facharbeitern im Industriebetrieb gleichzustellen sind. Der Anteil der Kräfte mit leitenden Funktionen, d. h. der Gärtnermeister und der Obergärtner bzw. ersten Gehilfen mag mit rund 10% vielleicht etwas gering erscheinen. Dies dürfte damit zu erklären sein, daß die Betriebsgröße im Gartenbau vorwiegend sehr klein ist, und der Inhaber zu meist die leitenden Funktionen selbst ausübt, ohne sich dabei weiterer Kräfte bedienen zu müssen. Die Hälfte aller Beschäftigten im Gartenbau sind angelernte und ungelerte Arbeiter.

Geghedert nach dem Geschlecht ergibt sich ein Anteil von rund 25% Frauen an den insgesamt im Gartenbau Beschäftigten. Auch der Gartenbau gehört zu den Bereichen, in denen weibliche Arbeitskräfte hauptsächlich für weniger qualifizierte Arbeiten eingesetzt werden. Weibliche Gärtnermeister und Obergärtner bzw. erste Gehilfen sind nur vereinzelt anzutreffen, und auch von den Gehilfen sind nur 11% Frauen. Die angelernten Arbeiter setzen sich hingegen zu 25% und die

ungelernten sogar zu 53% aus weiblichen Arbeitern zusammen. Im allgemeinen ist die monatliche Entlohnung bei den Frauen weniger verbreitet als bei den Männern. Das Verhältnis der Monatslöhner zu den Stundenlöhnern ist bei den Frauen 21 zu 79, bei den Männern 36 zu 64.

Die hier und auch im folgenden festzustellenden Unterschiede im Beschäftigungsverhältnis usw. zwischen Männern und Frauen sind zum Teil auch daraus zu erklären, daß sich unter den Frauen mehr unregelmäßig und nur während der Zeit größten Kräftebedarfs beschäftigte befanden, unter den Männern aber mehr regelmäßig und ständig beschäftigte.

Die geringere Qualifikation der Arbeiterinnen findet auch in der Verteilung der Erfassten nach dem Geschlecht auf die Beschäftigtengruppen ihren Ausdruck. Von den insgesamt erfaßten 7 375 Männern und 2 530 Frauen waren gut 14% der Männer, aber nur 0,7% der Frauen Gärtnermeister oder Obergärtner bzw. erste Gehilfen. Während bei den Männern der Schwerpunkt mit 46% aller Erfassten bei den Gehilfen liegt, entfällt bei den Frauen ein Anteil von 17% auf diese Beschäftigtengruppe. Ein Fünftel sowohl der Männer als auch der Frauen sind angelernte Arbeiter. Die ungelerten Arbeiter machen bei den Männern ein weiteres Fünftel aus, wohingegen sich die Masse der Frauen mit 62% auf diese Gruppe konzentriert.

Verglichen mit den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1957 in der Industrie ergibt sich eine ähnliche Verteilung auf die Leistungsgruppen<sup>1)</sup> für die männlichen gärtnerischen Arbeitskräfte wie für die Industriearbeiter, denn das Verhältnis der Leistungsgruppen 1 zu 2 zu 3 beträgt im Gartenbau 60 zu 20 zu 20 und in der Industrie 55 zu 29 zu 16. Bei den Frauen dagegen sind die Unterschiede zwischen Gartenbau und Industrie erheblich. Während auf die Leistungsgruppen 2 und 3 jeweils etwa 48% aller Industriearbeiterinnen entfallen, ist bei den Gartenarbeiterinnen die Leistungsgruppe 2 sehr viel schwächer vertreten (20%), vorwiegend zugunsten der Leistungsgruppe 3 (63%), aber auch der Leistungsgruppe 1 (17%).

#### Erfasste nach Lebensalter und Familienstand

Bei der Altersgliederung der gärtnerischen Arbeitskräfte fällt zunächst die schwache Besetzung der unteren Altersgruppen auf. Nur 18% aller Erfassten waren jünger als 21 Jahre. Diese setzen sich wiederum vorwiegend aus Gehilfen zusammen (63%), die zwar ihre Lehrzeit abgeschlossen, aber noch nicht die für den Anspruch auf den höchsten tariflichen Ge-

<sup>1)</sup> Definition der Leistungsgruppen s.: „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“, Bd. 246/1, S. 7 f.

Tabelle 2: Altersgliederung der erfaßten Arbeiter und Angestellten im Erwerbsgartenbau nach Beschäftigtengruppen und Geschlecht<sup>1)</sup>

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau für Mai 1962

Beschäftigtengruppe	Insgesamt	Von 100 Erfaßten standen im Alter von . . . bis unter . . . Jahren						
		14—21	21—25	25—35	35—45	45—55	55—65	65 u. mehr
Männer								
Gärtnermeister .....	549	—	(2,7)	49,0	19,5	18,2	9,9	(0,7)
Obergärtner, erste Gehilfen .....	529	(0,2)	(5,5)	40,5	17,8	17,2	17,9	(0,9)
Gehilfen .....	3 389	28,2	26,1	29,0	6,4	5,5	4,3	(0,5)
Angelernte Arbeiter .....	1 521	8,0	11,6	28,2	14,1	14,1	20,8	3,2
Ungelernte Arbeiter .....	1 387	19,4	11,8	24,1	16,1	11,2	13,9	3,5
Alle Beschäftigten zusammen .....	7 375	18,3	17,2	30,2	11,6	10,1	10,9	1,7
Frauen								
Gärtnermeister .....	10	—	—	(70,0)	(30,0)	—	—	—
Obergärtner, erste Gehilfen .....	7	—	(14,3)	(14,3)	(28,6)	(42,8)	—	—
Gehilfen .....	432	40,0	30,6	19,2	(6,0)	(2,8)	(0,9)	(0,5)
Angelernte Arbeiter .....	501	8,4	9,0	19,6	19,1	23,7	19,8	(0,4)
Ungelernte Arbeiter .....	1 580	15,0	9,2	13,8	20,4	23,5	17,0	(1,1)
Alle Beschäftigten zusammen .....	2 530	17,8	12,8	16,1	17,8	20,0	14,7	(0,8)

<sup>1)</sup> Angaben, die sich auf weniger als 30 erfaßte Personen beziehen, sind in Klammern gesetzt worden, da ihr Aussagewert infolge der geringen Repräsentation von Zufälligkeiten beeinflusst sein kann.

hilfenlohn notwendige Zahl an Berufsjahren abgeleistet haben. Rund 30 % der männlichen und 40 % der weiblichen Gehilfen waren unter 21 Jahre alt. Der höhere Anteil der Jugendlichen an den weiblichen Gehilfen kann auf eine Zunahme des weiblichen Nachwuchses im Gärtnerberuf, aber auch darauf zurückzuführen sein, daß viele weibliche Gehilfen aus den nachfolgenden Altersgruppen heiraten und aus dem Berufsleben ausscheiden.

Abgesehen von den Gehilfen sind die übrigen Beschäftigtengruppen in der Altersgruppe der unter 21-jährigen nur schwach vertreten. Daß bei den hochqualifizierten Gruppen der Gärtnermeister und Obergärtner bzw. ersten Gehilfen erst die höheren Altersgruppen stärker besetzt sind, hängt damit zusammen, daß diese Positionen erst nach einer längeren Berufserfahrung erreicht werden können. Allerdings sind bereits rund 50 bzw. 40 % aller Beschäftigten dieser Gruppen zwischen 25 und 35 Jahre alt, also doch relativ jung. Aber auch bei den angelernten und ungelerten Arbeitern ist die Altersgruppe von 14 bis unter 21 Jahre nur mit rund 8 bzw. 17 % und die von 21 bis unter 25 Jahre mit jeweils etwa 10 % der Arbeiter besetzt. Mithin sind rund ein Drittel aller Arbeiter im Erwerbsgartenbau unter 25 Jahre alt. Interessant ist, daß die Frauen in einem höheren Lebensalter stehen als die Männer. Von den männlichen Arbeitern sind knapp ein Viertel (22 %), von den Frauen dagegen ein reichliches Drittel (36 %) 45 Jahre und älter. Im Erwerbsgartenbau ist somit der Altersaufbau genau umgekehrt wie in der Industrie. Hier waren nach den Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1957 von den Män-

nern rund 38 %, von den Frauen aber nur rund 24 % 45 Jahre und älter.

Die Altersgliederung und die nach dem Familienstand stehen im Zusammenhang. Von den erfaßten Arbeitskräften der höchsten tarifmäßigen Altersstufe waren 35 % der Männer und 41 % der Frauen ledig. Der Unterschied im Familienstand zwischen den Geschlechtern ist deshalb nicht groß, weil bei den gärtnerischen Arbeitskräften die hohen Altersgruppen ziemlich stark vertreten sind. Der höchste Anteil der Ledigen findet sich bei den Gehilfen, und dort ist auch der Unterschied zwischen den Geschlechtern am ausgeprägtesten (46 % der Männer und 74 % der Frauen), was der stärkeren Konzentration dieser Gruppen in den unteren Altersgruppen entspricht. Ledige Gärtnermeister und Obergärtner bzw. erste Gehilfen sind am seltensten (21 bzw. 17 %).

Von den verheirateten, verwitweten oder geschiedenen Arbeitskräften hatten 36 % der Männer, aber 61 % der Frauen keine zuschlagsberechtigten Kinder. Der hohe Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte ohne Kinder dürfte in erster Linie darauf beruhen, daß für einen großen Teil dieser Frauen der Kinderzuschlag dem Ehemann gewährt wird, also eigentlich doch Kinder vorhanden sind<sup>2)</sup>. Die nähere Betrachtung der Kinderzahl wird daher auch auf die männlichen Arbeitskräfte beschränkt. Ehen ohne zuschlagsberechtigte Kinder waren mit rund einem Viertel am seltensten bei den Gärtnermeistern und mit jeweils 40 % am häufigsten bei den Obergärtnern

<sup>2)</sup> Es wurden für jeden Arbeiter die auf seiner Lohnsteuerkarte eingetragenen Kinder gezählt. Wenn beide Ehepartner berufstätig sind, sind zumeist die Kinder in der Lohnsteuerkarte des Ehemannes vermerkt, und die Ehefrau erscheint ohne Kinder.

Tabelle 3: Familienstand und Kinderzahl<sup>1)</sup> der erfaßten Arbeiter und Angestellten<sup>2)</sup> im Erwerbsgartenbau nach Beschäftigtengruppen und Geschlecht<sup>3)</sup>

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau für Mai 1962

Beschäftigtengruppe	Erfaßte										
	insgesamt	ledig <sup>4)</sup>	verheiratet <sup>5)</sup> , verwitwet, geschieden	Ehefrauen von gärtnerischen Arbeitskräften <sup>6)</sup>	von den verh., verw., gesch. Beschäftigten hatten . . . Kinder				Gesamtzahl der Kinder		
					0	1	2	3		4 und mehr Zahl der Arbeiter   Kinder	
Männer											
Gärtnermeister .....	549	113	436	.	118	152	103	43	20	86	573
Obergärtner, erste Gehilfen .....	529	90	439	.	176	150	75	31	7	30	423
Gehilfen .....	2 195	1 000	1 195	.	406	426	249	83	31	146	1 319
Angelernte Arbeiter .....	1 416	388	1 028	.	419	260	197	99	53	249	1 200
Ungelernte Arbeiter .....	1 162	447	715	.	268	160	142	76	69	324	996
Alle Beschäftigten zusammen .....	5 851	2 038	3 813	.	1 387	1 148	766	332	180	835	4 511
Frauen											
Gärtnermeister .....	(10)	9	1	—	—	1	—	—	—	—	1
Obergärtner, erste Gehilfen .....	(7)	3	3	1	1	2	—	—	—	—	2
Gehilfen .....	206	152	35	19	16	15	4	—	—	—	23
Angelernte Arbeiter .....	461	154	257	50	167	47	34	5	4	17	147
Ungelernte Arbeiter .....	1 414	547	796	71	436	186	79	31	14	71	508
Alle Beschäftigten zusammen .....	2 098	865	1 092	141	670	251	117	36	18	88	681

<sup>1)</sup> In die Lohnsteuerkarte eingetragene Kinder. — <sup>2)</sup> Bei Arbeitern erfaßte Beschäftigte der höchsten tarifmäßigen Altersstufe bzw. des höchsten Gehilfenjahres. — <sup>3)</sup> Angaben, die sich auf weniger als 30 erfaßte Personen beziehen, sind in Klammern gesetzt worden, da ihr Aussagewert infolge der geringen Repräsentation von Zufälligkeiten beeinflusst sein kann. — <sup>4)</sup> Ohne Berücksichtigung der Kinderzahl. — <sup>5)</sup> Ohne erfaßte Ehefrauen von gärtnerischen Arbeitskräften. — <sup>6)</sup> Die Kinderzahl ist nur bei dem erfaßten Ehemann berücksichtigt.

bzw. ersten Gehilfen und den angelernten Arbeitern. Von 100 Arbeitskräften mit Kindern hatten im Durchschnitt 50 ein Kind, 30 zwei Kinder und der Rest drei und mehr Kinder. Die meisten Kinder wurden bei den ungelerten Arbeitern ermittelt, von denen grob gerechnet jeweils ein Drittel ein, zwei sowie drei und mehr Kinder hatten.

### Arbeitszeiten

Den männlichen Stundenlöhnern wurden im Mai 1962 im Durchschnitt 228,4 Stunden bezahlt, darunter 9,6 Mehrarbeitsstunden. Hieraus läßt sich eine durchschnittliche wöchentliche Stundenzahl von etwa 51,4 errechnen. Diese liegt im Rahmen der tariflichen Wochenarbeitszeit, die zwar in den einzelnen Tarifgebieten unterschiedlich geregelt ist, aber in den Ländern mit dem größten Anteil an Erfaßten in den Hauptarbeitszeiten — und zu diesen rechnet der Monat Mai — 50 bis 54 Stunden betragen darf, gegenüber 43 bis 48 Stunden in den Zeiten mit geringerem Arbeitsanfall.

Große Unterschiede zwischen den Beschäftigtengruppen gibt es bei der Arbeitszeit nicht. Lediglich für die jugendlichen männlichen Arbeitskräfte, die noch nicht die höchste tarifmäßige Altersstufe erreicht haben, ist teilweise eine geringere Stundenzahl, insbesondere weniger Mehrarbeitszeit, zu verzeichnen.

Auffälliger ist dagegen die geringere Zahl an bezahlten Stunden bei den Frauen. Mit 211,8 bezahlten Stunden lag die Arbeitszeit der Frauen um 17 Stunden unter der der Männer. Die Frauen leisteten auch nur 4,5 Mehrarbeitsstunden, also halb so viel wie ihre männlichen Kollegen.

Die Arbeitszeit scheint auch zwischen den einzelnen Produktionssparten nicht unerheblich zu differieren. Vergleicht man z. B. die bezahlten Stunden der Männer in Betrieben des Zierpflanzenbaus und in Baumschulen, so hatten im Durchschnitt aller Arbeitergruppen die Arbeiter im Zierpflanzenbau mit 224,8 Stunden eine um 11 Stunden niedrigere Arbeitszeit als die Arbeiter in Baumschulen (235,9 Stunden), was vorwiegend auf die hohen Mehrarbeitsstunden in letzteren zurückzuführen ist. Schwankungen in der gleichen Höhe sind aber sogar zwischen den Beschäftigtengruppen in Baumschulbetrieben festzustellen, denn hier ragt die Gruppe der ungelerten Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe mit 245,7 Stunden (in denen 25,4 Mehrarbeitsstunden enthalten sind) um etwa 10 Stunden über die übrigen Beschäftigtengruppen hinaus.

Die Vorstellung über die Arbeitszeit im Gartenbau wird abgerundet, wenn man sie der von Arbeitern in anderen Produktionsbereichen gegenüberstellt. In der Landwirtschaft wurden beispielsweise im September 1962<sup>3)</sup> — der September stellt für die Landwirtschaft in gleicher Weise einen Hauptarbeitsmonat dar wie der Mai für den Gartenbau — für die männlichen Spezialarbeiter 243 und für die männlichen Land-

arbeiter 236 bezahlte Stunden ermittelt. Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft ist demnach ziemlich gleich der in den Baumschulbetrieben, liegt jedoch über dem Durchschnitt aller Produktionssparten im Gartenbau und noch etwas mehr über der im Zierpflanzenbau. Ein Vergleich der bezahlten Stunden im Gartenbau mit denen in der Industrie kann nur unter dem Vorbehalt vorgenommen werden, daß in der Industrie saisonale Einflüsse nur geringfügige Schwankungen der Arbeitszeit bewirken, während im Gartenbau, ebenso wie auch in der Landwirtschaft, in einigen Monaten ein besonders hoher Arbeitsanfall auch hohe Arbeitszeiten zur Folge hat, in anderen Monaten dafür aber der Arbeitsanfall sehr viel geringer ist. Den Industriearbeitern wurden im Mai 1962 im Durchschnitt 45,7 Stunden bezahlt, also etwa 5 Stunden pro Woche weniger als den Gartenarbeitern.

### Stundenverdienste

Der durchschnittliche Stundenverdienst aller männlichen Gartenarbeiter liegt bei 250 Pf. In diesen Durchschnitt gehen Werte innerhalb einer Spanne von 318 Pf für die höchst-bezahlte Gruppe, die Gärtnermeister, und von 164 Pf für die Beschäftigtengruppe mit dem geringsten Verdienst, die ungelerten Arbeiter, die noch nicht die höchste tarifmäßige Altersstufe erreicht haben, ein. Die von dieser Spanne umschlossenen Verdienste der einzelnen Beschäftigtengruppen stufen sich so ab, daß die Obergärtner bzw. ersten Gehilfen 95%, die Gehilfen mit dem höchsten Tariflohnanspruch 85%, die angelernten Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 79% und die ungelerten Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 71% des Gärtnermeisterlohnes erhalten. In dieser Abstufung der Verdienste kommt die höhere Bewertung der leitenden Funktionen zum Ausdruck, indem die Verdienste der Gärtnermeister und Obergärtner bzw. ersten Gehilfen dicht beieinanderliegen und die Verdienste der Gehilfen, die nicht mehr leitend tätig sind, erst in einem ziemlich weiten Abstand folgen. Obgleich die Gehilfen Fachkräfte mit Berufsausbildung sind, liegt ihr Verdienst dem der angelernten Arbeiter näher.

Innerhalb der gleichen Beschäftigtengruppen verhalten sich die Stundenverdienste der Arbeiter mit dem höchsten Tariflohnanspruch zu den Arbeiten, denen noch nicht der höchste Tariflohn zusteht, bei den Gehilfen und den angelernten Arbeitern wie 100 : 87, bei den ungelerten Arbeitern wie 100 : 73.

Der Verdienst für die Mehrarbeitsstunden liegt im allgemeinen um 20% über dem durchschnittlichen Stundenverdienst. Hiervon weichen lediglich die Gärtnermeister mit einem nur um 12% höheren Mehrarbeitsverdienst ab.

Bezieht man in die Betrachtung die Stundenverdienste in den zahlenmäßig bedeutendsten Produktionssparten ein, so ergibt sich kein wesentlich verändertes Bild. Mit Ausnahme etwas höherer Verdienste der Gärtnermeister decken sich bei allen übrigen Gruppen die Verdienste der Arbeiter im Zierpflanzenbau nahezu mit denen aller Produktionssparten zu-

<sup>3)</sup> Da die laufende Verdiensterhebung in der Landwirtschaft nur einmal jährlich für September durchgeführt wird, stehen andere Vergleichsmonate nicht zur Verfügung.

Tabelle 4: Durchschnittlich bezahlte Stunden im Monat der erfaßten Arbeiter im Stundenlohn im Erwerbsgartenbau nach ausgewählten Hauptproduktionssparten, Beschäftigtengruppen und Geschlecht<sup>1)</sup>

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturhebung im Erwerbsgartenbau für Mai 1962

Beschäftigtengruppe	Erwerbsgartenbau insgesamt				Darunter Hauptproduktionssparte				Baumschulkulturen	
	Männer		Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	insgesamt	Bezahlte Stunden dar. Mehrarbeitsstunden	insgesamt	dar. Mehrarbeitsstunden	insgesamt	Bezahlte Stunden dar. Mehrarbeitsstunden	insgesamt	dar. Mehrarbeitsstunden	insgesamt	dar. Mehrarbeitsstunden
Gärtnermeister .....	232,4	12,7	(224,3)	(16,7)	230,9	13,4	(224,3)	(16,7)	(235,0)	(12,3)
Obergärtner, erste Gehilfen .....	230,6	10,4	(203,2)	(2,0)	229,5	9,3	(203,2)	(2,0)	233,6	13,0
Gehilfen mit dem höchsten Tariflohnanspruch <sup>2)</sup> .....	226,9	7,9	219,6	5,2	225,6	7,0	218,3	4,7	231,9	10,8
Übrige Gehilfen .....	224,4	6,4	223,7	6,7	223,1	5,8	221,6	4,0	229,4	10,6
Angelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	229,8	11,0	212,1	5,4	223,4	6,7	210,8	3,9	235,2	13,5
Übrige angelernte Arbeiter .....	224,9	7,6	228,0	11,1	226,8	5,1	(221,5)	(4,5)	217,4	8,2
Ungelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	233,1	13,3	209,6	4,0	224,8	6,8	207,2	2,4	245,7	25,4
Übrige ungelernete Arbeiter .....	214,8	3,0	208,5	2,5	213,9	2,9	214,1	2,5	214,5	4,9
Alle Arbeiter zusammen .....	228,4	9,6	211,8	4,5	224,8	6,9	211,3	3,2	235,9	15,6

<sup>1)</sup> Angaben, die sich auf weniger als 20 erfaßte Personen beziehen, sind in Klammern gesetzt worden, da ihr Aussagewert infolge der geringen Repräsentation von Zufälligkeiten beeinflusst sein kann. — <sup>2)</sup> Gehilfen ab dem höchsten tarifmäßigen Gehilfenjahr bzw. der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.

Tabelle 5: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der erfaßten Arbeiter im Stundenlohn im Erwerbsgartenbau nach ausgewählten Hauptproduktionsparten, Beschäftigtengruppen und Geschlecht<sup>1)</sup>

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau für Mai 1962

Beschäftigtengruppe	Erwerbsgartenbau insgesamt						Darunter Hauptproduktionsparte								
	Männer			Frauen			Zierpflanzenbau			Baumschulkulturen					
	Gesamtbruttostundenverdienst	darunter Naturalverdienst	Bruttobarverdienst für Mehrarbeitsstunden	Gesamtbruttostundenverdienst	darunter Naturalverdienst	Bruttobarverdienst für Mehrarbeitsstunden	Gesamtbruttostundenverdienst	darunter Naturalverdienst	Bruttobarverdienst für Mehrarbeitsstunden	Gesamtbruttostundenverdienst	darunter Naturalverdienst	Bruttobarverdienst für Mehrarbeitsstunden	Männer		
													Pf	%	Pf
Gärtnermeister .....	318	0,4	355	.	—	.	324	0,5	361	.	—	.	(307)	—	(369)
Obergärtner, erste Gehilfen .....	303	0,3	366	.	.	.	304	0,4	378	.	.	.	307	—	355
Gehilfen mit dem höchsten Tariflohnanspruch <sup>2)</sup> .....	269	0,1	323	244	0,2	265	270	0,2	327	244	0,0	261	277	0,1	337
Übrige Gehilfen .....	233	0,2	290	217	—	241	231	0,2	304	216	—	241	249	0,2	300
Angelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	251	0,2	297	202	0,1	232	249	0,1	288	209	0,2	256	255	0,1	310
Übrige angelernte Arbeiter .....	217	0,1	258	184	0,3	184	214	0,3	245	(185)	—	(186)	228	—	276
Ungelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	226	0,2	271	178	0,2	216	223	0,2	225	173	0,2	202	229	0,1	268
Übrige ungelernete Arbeiter .....	164	—	193	153	0,1	185	157	—	155	151	0,1	184	175	—	235
Alle Arbeiter zusammen .....	250	0,2	300	188	0,2	224	253	0,2	309	192	0,2	230	251	0,1	295

<sup>1)</sup> Angaben, die sich auf weniger als 20 erfaßte Personen beziehen, sind in Klammern gesetzt worden, da ihr Aussagewert infolge der geringen Repräsentation von Zufälligkeiten beeinflusst sein kann. — <sup>2)</sup> Gehilfen ab dem höchsten tarifmäßigen Gehilfenjahr bzw. der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.

sammen. Die Stundenlöhne der in Baumschulkulturen Beschäftigten sind zwischen 4 und 8 Pf bei den Arbeitern mit dem höchsten Tariflohnanspruch und bis zu 18 Pf bei den Arbeitern, die noch nicht den höchsten Tariflohnanspruch erworben haben, höher als der Gesamtdurchschnitt.

Das Verdienstniveau der Frauen liegt beachtlich unter dem der Männer. Der Durchschnittslohn aller männlichen Arbeiter von 250 Pf wird von den Frauen mit 188 Pf nur zu 75 % erreicht. Dieser Durchschnitt wird stark durch die Ballung der weiblichen Arbeiter in den minderqualifizierten Gruppen beeinflusst. Bei einem Vergleich der Verdienste der männlichen und weiblichen Arbeiter für die einzelnen Beschäftigtengruppen ergeben sich geringere Unterschiede. Von den Arbeitern mit dem höchsten Tariflohnanspruch verdienen die weiblichen Gehilfen 91 %, die angelernten Arbeiter 81 % und die ungelerneten Arbeiter 79 % der entsprechenden männlichen Arbeiter. Hieraus geht hervor, daß die Frauen mit Fachausbildung, die Gehilfinnen, ihren männlichen Kollegen im Verdienst am wenigsten nachstehen. Dennoch verdient eine Gehilfin 7 Pf weniger in der Stunde als ein männlicher angelernter Arbeiter. Daraus darf aber noch nicht auf eine Diskriminierung der weiblichen Arbeitskräfte geschlossen werden. Vielmehr ist es so, daß sich in der Staffelung der Verdienste nach Arbeitergruppen die fachliche Qualifikation, nach dem Geschlecht je-

doch die körperliche Schwere der Arbeit niederschlägt. Die Tarifverträge tragen der unterschiedlichen körperlichen Beanspruchung Rechnung, indem sie bei angelernten und ungelerneten Arbeitern innerhalb der Beschäftigtengruppen die Löhne für leichte Arbeiten, die üblicherweise von Frauen ausgeübt werden, zwischen 12 und 25 % niedriger ansetzen als die Löhne für schwere Arbeiten. Dazu kommt noch, daß der Anspruch auf einen großen Teil der Zuschläge, wie z. B. Zulagen für Arbeit auf hohen Bäumen und Leitern oder im Wasser, für Mischen und Ausladen von Dünger, fast ausschließlich von Männern erworben werden kann.

Die Naturalentlohnung spielt im Erwerbsgartenbau eine völlig untergeordnete Rolle. Der Anteil des Naturalverdienstes am Gesamtbruttoverdienst macht im Durchschnitt 0,2 % aus.

Einen tieferen Einblick in das Verdienstgefüge vermittelt eine Übersicht über die Schichtung der Arbeiter nach Bruttostundenverdienstklassen, also über die Streuung der individuellen Verdienste. Dabei zeigt sich verständlicherweise, daß bei den am wenigsten qualifizierten Beschäftigtengruppen die unteren Verdienstklassen starker vertreten sind, und mit zunehmender Qualifikation sich der Schwerpunkt in der Besetzung auf die höheren Verdienstklassen verlagert. Auch sind die Frauen mehr in den unteren Verdienstklassen konzentriert

Tabelle 6: Verteilung der erfaßten Arbeiter im Stundenlohn im Erwerbsgartenbau auf Gesamtbruttostundenverdienstklassen nach ausgewählten Beschäftigtengruppen und Geschlecht<sup>1)</sup>

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau für Mai 1962

Bruttostundenverdienstkategorie	Gehilfen			Angelernte Arbeiter		Ungelernte Arbeiter		Alle Arbeiter zusammen	
	Ober-gärtner, erste Gehilfen	mit dem höchsten Tariflohnanspruch <sup>2)</sup>	Übrige Gehilfen	der höchsten tarifmäßigen Altersstufe		der höchsten tarifmäßigen Altersstufe		zusammen	
				Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Erfasste insgesamt .....	253	1 311	674	1 066	391	917	1 197	4 537	1 987
davon hatten ... % einen Verdienst von ... bis unter ... Pf									
unter 140 .....	—	—	(0,1)	—	(0,5)	(2,5)	6,8	1,6	6,6
140 bis unter 160 .....	—	(0,2)	(0,9)	(0,2)	(3,3)	(2,6)	17,3	1,4	12,7
160 bis unter 180 .....	—	(0,2)	(3,7)	(0,5)	19,9	5,0	28,9	2,3	23,4
180 bis unter 200 .....	(0,4)	(1,2)	10,2	(2,4)	27,4	8,2	23,0	4,7	21,6
200 bis unter 220 .....	(0,4)	6,3	19,6	13,1	27,4	24,1	17,0	13,4	19,0
220 bis unter 240 .....	(4,0)	11,7	24,3	20,4	10,5	23,8	4,1	17,4	7,5
240 bis unter 260 .....	(7,5)	20,0	21,7	28,8	(4,3)	19,1	(1,7)	20,7	4,8
260 bis unter 280 .....	17,0	22,5	10,5	17,6	(2,6)	7,1	(0,6)	14,9	2,3
280 bis unter 300 .....	14,6	16,3	5,2	8,8	(2,3)	4,0	(0,3)	9,5	(1,1)
300 bis unter 320 .....	27,7	13,2	(3,6)	4,8	(0,3)	(2,9)	(0,1)	8,1	(0,4)
320 bis unter 340 .....	13,0	5,0	(0,2)	(2,5)	(1,5)	(0,6)	(0,2)	3,2	(0,5)
340 und mehr .....	15,4	3,4	—	(0,9)	—	(0,1)	—	2,8	(0,1)

<sup>1)</sup> Angaben, die sich auf weniger als 30 erfaßte Personen beziehen, sind in Klammern gesetzt worden, da ihr Aussagewert infolge der geringen Repräsentation von Zufälligkeiten beeinflusst sein kann. — <sup>2)</sup> Gehilfen ab dem höchsten tarifmäßigen Gehilfenjahr bzw. der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.



als die Männer: jede fünfte im Erwerbsgartenbau beschäftigte Frau verdient 1,60 DM und weniger in der Stunde, aber nur etwa jeder 33. männliche Arbeiter; dagegen verdiente jeder 4. männliche Arbeiter 280 Pf und mehr in der Stunde, aber nur jede 50. weibliche Arbeiterin. Diese Beobachtungen stimmen mit den Abstufungen der Durchschnittswerte überein. Es ist überhaupt festzustellen, daß sich die individuellen Verdienste ziemlich dicht um die Durchschnittswerte gruppieren. Zumeist bewegen sich die Verdienste von zwei Dritteln der Männer innerhalb einer Spanne von 60 Pf und von der Hälfte der Frauen innerhalb einer Spanne von 40 Pf.

Auch bei den Stundenverdiensten soll ergänzend ein Blick auf die Situation in anderen Bereichen geworfen werden. In der Landwirtschaft wurden im September 1962 Stundenverdienste von 220 Pf für die männlichen Landarbeiter und von 241 Pf für die männlichen Spezialarbeiter ermittelt. Damit lag der Verdienst der Landarbeiter unter dem der ungelerten Gartenarbeiter (226 Pf) und der der landwirtschaftlichen Spezialarbeiter zwischen dem der ungelerten und angelernten (251 Pf) Gartenarbeiter. — Die männlichen Arbeiter in der Industrie verdienen im Mai 1962 im Durchschnitt pro Stunde 351 Pf, also rund 1 DM (40 %) mehr als die männlichen Gartenarbeiter. Der Bruttostundenverdienst der weiblichen Arbeiter in der Industrie betrug 238 Pf, das sind rund 50 Pf (27 %) mehr als im Gartenbau. Auch wenn man die Betrachtung auf die Leistungsgruppen ausdehnt, bleibt der Verdienstabstand etwa der gleiche.

### Monatsverdienste

Die männlichen Arbeiter im Monatslohn verdienen im Mai 1962 durchschnittlich 510 DM. Dieser Durchschnittsverdienst setzt sich aus Werten zwischen 673 DM für den Gärtnermeister und 290 DM für den ungelerten Arbeiter, der noch nicht die höchste tarifmäßige Altersstufe erreicht hat, zusammen. Die niedrigst bezahlte Beschäftigtengruppe der Monatslöhner verdient demnach 43 % der höchstbezahlten. Bei den Stundenlöhnern war dieser Abstand mit 52 % geringer. Überhaupt ist allgemein festzustellen, daß sich die Verdienste der Beschäftigtengruppen bei den Monatslöhnern zumeist etwas differenzierter abstufen als bei den Stundenlöhnern. Setzt man den Verdienst des Gärtnermeisters gleich 100, so verdienen die Obergärtner bzw. ersten Gehilfen 98, die Gehilfen mit dem höchsten Tariflohnanspruch 79, die angelernten Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 76 und die ungelerten Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe 57.

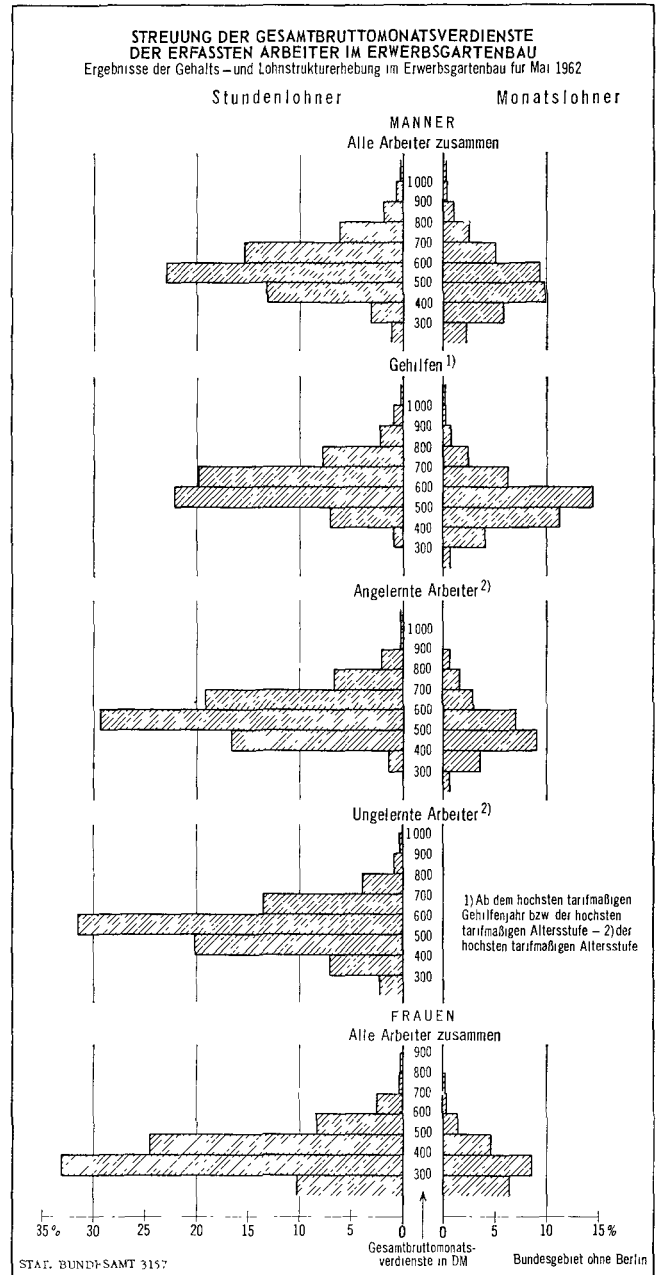
Tabelle 7: Durchschnittliche Gesamtbruttomonatsverdienste der erfaßten Arbeiter und Angestellten im Erwerbsgartenbau nach Beschäftigtengruppen und Geschlecht<sup>1)</sup>

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung  
im Erwerbsgartenbau für Mai 1962  
DM

Beschäftigtengruppe	Gesamtbruttomonatsverdienste für				Angestellte Männer
	Stundenlöhner		Monatslöhner		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Gärtnermeister .....	738		673		801
Obergärtner, erste Gehilfen ..	699		658		789
Gehilfen mit dem höchsten Tariflohnanspruch <sup>2)</sup> .....	611	535	530	428	609
Übrige Gehilfen .....	522	486	448	399	
Angelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	577	429	509	382	—
Übrige angelernte Arbeiter ..	489	419	410	(358)	—
Ungelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe .....	526	373	383	307	—
Übrige ungelerte Arbeiter ..	352	319	290	272	—
Alle Beschäftigten zusammen	570	399	510	355	786

<sup>1)</sup> Angaben, die sich auf weniger als 20 erfaßte Personen beziehen, sind in Klammern gesetzt worden, da ihr Aussagewert infolge der geringen Repräsentation von Zufälligkeiten beeinflusst sein kann. — <sup>2)</sup> Gehilfen ab dem höchsten tarifmäßigen Gehilfenjahr bzw. der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.

Soweit sie noch nicht den höchsten Tariflohnanspruch erworben haben, verdienen die Gehilfen 84 %, die angelernten Ar-



beiter 81 % und die ungelerten Arbeiter 76 % der Arbeiter mit dem höchsten Tariflohnanspruch.

Der durchschnittliche Verdienst der weiblichen Monatslöhner beträgt 355 DM, das sind 70 % des Durchschnittsverdienstes der Männer. Dies hängt zum Teil mit der unterschiedlichen Verteilung der männlichen und weiblichen Arbeiter auf die Beschäftigtengruppen zusammen. Innerhalb der Beschäftigtengruppen verringern sich die Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern. So erreichen von den weiblichen Monatslöhnern der höchsten tarifmäßigen Altersstufe die Gehilfen und ungelerten Arbeiter rund  $\frac{4}{5}$ , die ungelerten Arbeiter  $\frac{3}{4}$  des Verdienstes der Männer. Auf die Gründe für die geringen Verdienste der Frauen wurde bereits bei der Besprechung der Stundenverdienste eingegangen.

Die Naturallohngewährung erlangt auch für die Monatslöhner keine größere Bedeutung, denn nur 1,1 % bzw. 1,5 % des Gesamtbruttoverdienstes der männlichen bzw. weiblichen Arbeiter im Monatslohn entfällt auf Naturalleistungen, vermutlich vorwiegend auf unentgeltlich gewährte Kost und Unterkunft.

Die Verdienstunterschiede von rund einem Drittel der männlichen Monatslöhner der jeweiligen Beschäftigtengruppe liegen

Tabelle 8: Verteilung der erfaßten Arbeiter im Erwerbsgartenbau auf Gesamtbruttomonatsverdienstklassen nach ausgewählten Arbeitergruppen, Entlohnungsformen und Geschlecht<sup>1)</sup>

Bundesgebiet ohne Berlin  
Ergebnis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau für Mai 1962

Beschäftigtengruppe	Erfaste insgesamt	Davon hatten . . . % einen Gesamtbruttomonatsverdienst von . . . bis unter . . . DM											
		unter 300	300 bis 350	350 bis 400	400 bis 450	450 bis 500	500 bis 550	550 bis 600	600 bis 700	700 bis 800	800 bis 900	900 bis 1 000	1 000 u. mehr
Stundenlöhner													
Männer													
Alle Arbeiter zusammen	4 537	1,8	1,7	3,2	7,2	13,3	18,3	17,2	23,8	9,5	2,9	0,8	(0,3)
darunter:													
Obergärtner, erste Gehilfen	253	—	—	—	(0,4)	(3,2)	(6,3)	(10,3)	35,1	28,8	(10,3)	(2,8)	(2,8)
Gehilfen mit dem höchsten Tariflohnanspruch <sup>2)</sup>	1 311	—	(0,5)	(0,8)	2,5	9,1	15,1	21,5	32,8	12,7	3,4	(1,4)	(0,2)
Übrige Gehilfen	674	(0,4)	(1,5)	5,8	13,9	21,6	20,3	18,1	14,1	(3,3)	(0,6)	(0,2)	(0,2)
Angelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe	1 066	—	—	(1,8)	5,3	16,8	20,9	18,1	25,4	8,8	(2,6)	(0,2)	(0,1)
Ungelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe	917	2,6	3,4	5,5	11,9	13,5	24,6	15,3	17,1	4,9	(1,0)	(0,2)	—
Frauen													
Alle Arbeiter zusammen	1 987	12,9	18,3	23,7	19,0	12,1	6,4	4,1	3,1	(0,3)	(0,1)	—	—
darunter:													
Angelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe	391	(2,3)	11,0	26,8	26,8	17,3	(6,4)	(4,4)	(4,4)	(0,3)	(0,3)	—	—
Ungelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe	1 197	16,0	23,5	26,6	17,9	9,6	4,0	(1,7)	(0,7)	—	—	—	—
Monatslöhner													
Männer													
Alle Arbeiter zusammen	2 514	5,9	5,7	10,4	11,7	15,7	15,0	11,2	13,9	6,7	2,5	(0,9)	(0,4)
darunter:													
Gärtnermeister	235	—	(0,4)	—	(2,1)	(2,1)	(11,9)	(12,3)	33,3	20,4	(11,1)	(4,7)	(1,7)
Obergärtner, erste Gehilfen	193	—	(1,6)	(1,6)	(2,6)	(3,6)	(8,3)	16,1	30,0	23,8	(6,2)	(3,6)	(2,6)
Gehilfen mit dem höchsten Tariflohnanspruch <sup>2)</sup>	858	(1,2)	(3,3)	6,9	11,2	17,1	20,0	16,3	15,7	5,8	(1,9)	(0,5)	(0,1)
Übrige Gehilfen	520	(5,0)	7,7	19,6	18,1	21,9	14,2	6,9	(5,4)	(0,8)	(0,2)	—	(0,2)
Angelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe	350	(2,0)	(5,1)	9,1	12,6	23,8	17,1	10,6	11,4	(6,0)	(2,3)	—	—
Ungelernte Arbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe	245	22,8	14,3	21,6	13,9	12,2	(9,0)	(2,9)	(3,3)	—	—	—	—
Frauen													
Alle Arbeiter zusammen	533	30,0	19,5	20,5	11,8	9,9	4,9	(1,5)	(1,5)	(0,4)	—	—	—

<sup>1)</sup> Angaben, die sich auf weniger als 30 erfaßte Personen beziehen, sind in Klammern gesetzt worden, da ihr Aussagewert infolge der geringen Repräsentation von Zufälligkeiten beeinflusst sein kann. — <sup>2)</sup> Gehilfen ab dem höchsten tarifmäßigen Gehilfenjahr bzw. der höchsten tarifmäßigen Altersstufe.

innerhalb einer Spanne von 100 DM, von zwei Dritteln innerhalb einer Spanne von 250 DM. Für die Mehrzahl der Gärtnermeister und Obergärtner bzw. ersten Gehilfen beginnen die Monatsverdienste etwa bei 500 DM, der Gehilfen und angelernten Arbeiter bei 350 DM und der ungelerten Arbeiter bei 225 DM. Über 1 000 DM gehen die Verdienste nur vereinzelt bei Gärtnermeistern und Obergärtnern bzw. ersten Gehilfen hinaus. Bei den weiblichen Arbeitern sind die Verdienstunterschiede geringer. Hier beträgt die Schwankungsbreite der Verdienste für jeweils zwei Drittel der Beschäftigten 150 DM, und zwar liegen diese bei den Gehilfinnen zwischen 350 und 500 DM, bei den angelernten Arbeiterinnen zwischen 300 und 450 DM und bei den ungelerten Arbeiterinnen zwischen 250 und 400 DM.

Bei den Angestellten empfiehlt sich nur eine Analyse der Verdienste der männlichen Gärtnermeister und der Obergärtner bzw. ersten Gehilfen, da bei den männlichen Gehilfen und bei den weiblichen Angestellten die zu geringen Erfassungszahlen keine allgemeingültige Aussage gestatten. Die männlichen Gärtnermeister erreichten einen Durchschnittsverdienst von 801 DM, die Obergärtner bzw. ersten Gehilfen von 789 DM, das sind jeweils etwa 20 % mehr als die entsprechenden Beschäftigtengruppen im Monatslohn.

Geht man auf die individuellen Gehälter zurück, so zeigt sich, daß die Spanne, die zwischen höchsten und niedrigsten Verdiensten liegt, etwa 1 000 DM beträgt. Die Verdienste beginnen wie bei den Monatslöhnern etwa bei 500 DM, gehen aber nach oben weit über deren Verdienste hinaus. Etwa jeder siebte Gärtnermeister im Angestelltenverhältnis verdient über 1 000 DM. Eine Häufung von zwei Dritteln der Fälle ist in den Verdienstklassen zwischen 600 bis 900 DM anzutreffen.

Ein Vergleich des Verdienstniveaus aller Entlohnungsformen läßt sich auf der Basis der Monatsverdienste durchführen. Nachdem auf das Verhältnis Monatslöhner/Angestellte bereits eingegangen wurde, sollen nunmehr auch die Monatsverdienste der männlichen Stundenlöhner in die Betrachtung einbe-

zogen werden. Dabei ist festzustellen, daß die Stundenlöhner wesentlich höhere Verdienste aufweisen als die Monatslöhner. Von den Gärtnermeistern hatten die Stundenlöhner mit 738 DM einen um 10 % höheren Monatsverdienst als die Monatslöhner, jedoch einen um 8 % niedrigeren als die Angestellten. Der Verdienst der Obergärtner bzw. ersten Gehilfen liegt für die Stundenlöhner mit 699 DM um 6 % über dem der Monatslöhner und um 11 % unter dem der Angestellten. Von den Arbeitern mit dem höchsten Tariflohnanspruch übersteigt der Monatsverdienst der Stundenlöhner den der Monatslöhner bei den Gehilfen um 15 %, den angelernten Arbeitern um 13 % und den ungelerten Arbeitern um 37 %.

Für die hohen Monatsverdienste der Stundenlöhner gibt es verschiedene Erklärungen. Die Überstunden können dabei nicht entscheidend sein, da ihre Zahl nicht sehr hoch ist. Der wesentlichste Grund ist in der Berechnung des Monatslohnes zu suchen. Da der Monatslohn in allen Monaten des Jahres in gleicher Höhe gezahlt wird, muß er auf der Grundlage einer jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit berechnet werden. Dagegen hängt der jeweilige Monatsverdienst des Stundenlöhners von dem Arbeitsanfall eines jeden Monats ab, und dieser ist im Mai hoch. So stellt der Monat Mai für die Verdienste der Stundenlöhner zwar bezüglich der Stundenverdienste, nicht aber der Monatsverdienste einen allgemein gültigen Wert dar.

Leider geben die Tarifverträge kaum Auskunft über die Berechnung des Monatslohnes. In dem ziemlich großen Tarifgebiet Niedersachsen einschließlich Bremen ist diese so geregelt, daß sich der Monatslohn aus dem 200fachen Stundenlohn ergibt. Verallgemeinert man diese Methode, so könnte man die über 200 hinausgehenden Stunden der Stundenlöhner mit ihrem Stundenverdienst multiplizieren und das Ergebnis von ihrem Monatsverdienst abziehen, um einen Vergleich zwischen Monatslöhnern und Stundenlöhnern zu ermöglichen. Dabei ergeben sich dann für die Gehilfen und angelernten Arbeiter bei Monatslöhnern und Stundenlöhnern nahezu gleiche Mo-

natsverdienste. Die Monatsverdienste der ungelerten Monatslöhner liegen aber auch dann noch weit unter denen der Stundenlöhner (68 DM oder 15%).

Es muß aber angenommen werden, daß nicht nur die Zahl der Stunden einen Ausschlag gibt bei den unterschiedlichen Verdiensten, sondern daß für die Monatslöhner die verschie-

denen Zuschläge nicht immer errechnet und zusätzlich gewährt werden, und daß vor allem bei den Stundenlöhnern auch Akkordarbeit eine wichtige Rolle spielt. Letzteres könnte die außergewöhnlich hohen Verdienste der ungelerten Stundenlöhner erklären.

Dipl.-Volkswirt Ursula Schulz

# STATISTISCHE UMSCHAU

## Bevölkerung

### Auswanderung nach Übersee

#### Allgemeines

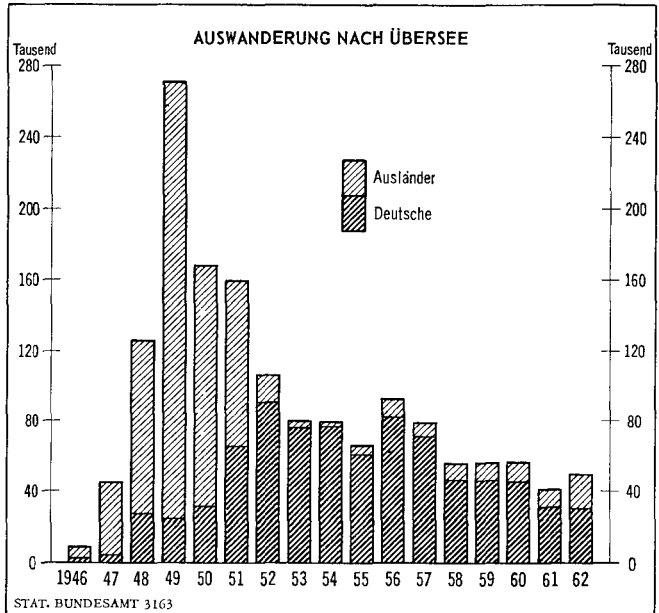
Die Berichterstattung über die Ergebnisse der seit 1953 im Bundesgebiet neben der allgemeinen Wanderungsstatistik geführten besonderen Aus- und Einwanderungsstatistik, die auf Kontrollen an den Grenzübergangsstellen (Landübergänge, See- und Flughäfen) beruhte, mußte wegen Erfassungsschwierigkeiten und wegen der daraus resultierenden Lücken dieser Statistik ab Berichtsjahr 1959 eingestellt werden. Für den internen Dienstgebrauch wurden die Ergebnisse dieser Statistik jedoch bis Mitte 1962 weiter ermittelt, da ihre strukturelle Gliederung nach Alter, Geschlecht, Familienstand usw. immer noch recht aufschlußreich war<sup>1)</sup>. Als Ersatz werden seit dem 1. Januar 1962 die Wanderungen über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes nach weiteren Merkmalen ausgezählt, die durch Auswertung der bei einem Wohnungswechsel anfallenden Meldescheine erfaßt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen geben die Zahlen dieser Statistik über die Fortzüge nach dem außereuropäischen Ausland auch ein brauchbares Bild über den Umfang der Auswanderung nach Übersee. In gewissem Umfang sind darin allerdings auch Personen enthalten, die beispielsweise als Ärzte, Techniker und Kaufleute zwar für längere Zeit ins Ausland gehen, nach Ablauf ihrer Vertragszeit aber wieder nach Deutschland zurückkehren oder dies zu tun beabsichtigen.

Um die Lücke in der Berichterstattung seit 1959 zu schließen, und um zu vollständigeren Zahlen über den bisherigen Umfang der Auswanderung aus dem Bundesgebiet nach Übersee zu kommen, wurden ausländische Statistiken über die Einwanderung aus Deutschland<sup>2)</sup> mit herangezogen. Einwanderungsstatistiken sind erfahrungsgemäß zuverlässiger. Die Darstellung des Umfanges der Auswanderung nach Übersee bis 1961 beruht somit in der Hauptsache auf den Zahlen der wichtigsten Einwanderungsländer. Lediglich die Gliederung nach Alter, Geschlecht etc. stützt sich für die Zeit vor 1962 auf die Aus- und Einwanderungsstatistik im Bundesgebiet. Die Ergebnisse für das Jahr 1962 beruhen dagegen auf der Statistik der Wanderungen über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes.

#### Umfang der überseeischen Auswanderung

Nach den neuesten Ergebnissen<sup>3)</sup> wurden für das Jahr 1962 rund 50 000 Fortzüge nach Übersee registriert. Hiervon waren knapp zwei Drittel Deutsche und der Rest Ausländer und Staatenlose. Die Masse dieser nach Übersee fortgezogenen Personen kam aus Nordrhein-Westfalen (10 500), Baden-Württemberg (10 400), Bayern (10 400) und Hessen (7 300). Von den Fortzügen im Jahr 1962 insgesamt entfielen rund 26 800 auf Erwerbspersonen, davon allein 17 400 auf männliche. Die Gesamtzahl der Auswanderer nach Übersee beträgt damit seit 1946 über 1,5 Millionen, von denen etwa 810 000 Deutsche und rund 730 000 Ausländer waren.

1) Einzelheiten hierzu siehe „Bevölkerung und Kultur“, Reihe 3, „Wanderungen 1960“, I. Vorbemerkung, Abschnitt 2. Zur Aus- und Einwanderungsstatistik. — 2) Die vorliegenden ausländischen Statistiken unterscheiden bei Deutschland nicht zwischen „Bundesrepublik Deutschland“ und „Sowjetische Besatzungszone“. Erfahrungsgemäß ist eine direkte Auswanderung aus der sowjetischen Besatzungszone nicht möglich, so daß die Zahlen über die Einwanderung aus „Deutschland“ praktisch der Zahl der Einwanderer aus der „Bundesrepublik Deutschland“ entsprechen. — 3) Vgl. Tabelle „Fortzüge nach dem außereuropäischen Ausland im Jahr 1962“, S. 191\*.



Wie aus vorstehendem Schaubild ersichtlich<sup>4)</sup>, ist bis 1949 zunächst ein starkes Ansteigen der Auswanderung festzustellen. Die Masse der Auswanderer bis zu Beginn der 50er Jahre waren Ausländer und Staatenlose, und zwar vorzugsweise Personen, die während des 2. Weltkrieges meist durch Arbeitsverpflichtungen nach Deutschland gekommen waren (displaced persons) und nach Kriegsschluß nicht mehr in ihre Heimatländer — insbesondere im ost- und südosteuropäischen Raum — zurückkehren wollten.

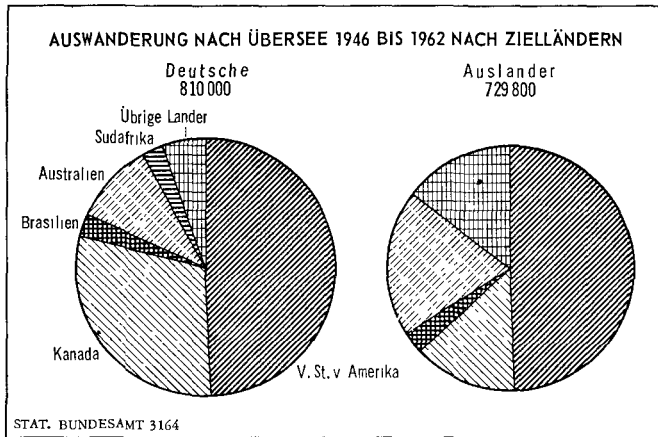
Der Rückgang der Gesamtauswanderung seit 1950 hängt damit zusammen, daß der größte Teil der im Bundesgebiet ansässigen auswanderungswilligen Ausländer inzwischen nach Übersee gegangen war, und die jetzt stärker einsetzende Auswanderung von Deutschen nicht die Höhe erreichte, um den Rückgang bei den Ausländern auszugleichen.

#### Auswanderung nach Zielländern

Hauptzielländer für die Auswanderung nach Übersee<sup>5)</sup> waren auch in neuerer Zeit die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Südafrika und Brasilien. Diese Länder nahmen 1962 rund 35 000 oder 71% der Auswanderer aus der Bundesrepublik Deutschland auf.

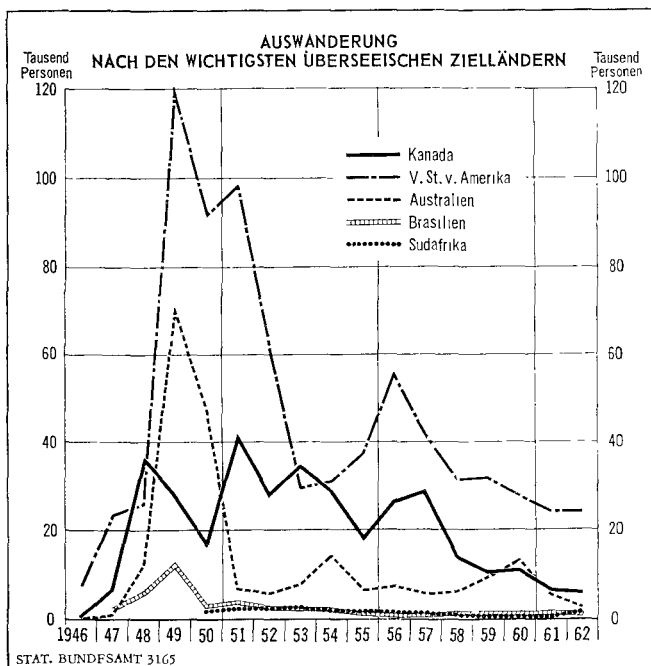
Weitaus an der Spitze stehen, wie in fast allen Jahren seit Kriegsende, die Vereinigten Staaten. 1962 gingen insgesamt 16 000 Deutsche und 8 000 Ausländer und Staatenlose nach dort. Damit hat sich die Gesamtauswanderung nach den USA seit 1946 auf rund 762 000 Personen erhöht, das sind knapp die Hälfte aller Auswanderer überhaupt. Diese gliedern sich wiederum in etwa 401 000 Deutsche und 361 000 Ausländer. Eine nicht unbedeutende Rolle bei den deutschen Auswanderern spielen die Eheschließungen von Angehörigen der im Bundesgebiet stationierten amerikanischen Streitkräfte sowie von Zivilamerikanern mit deutschen Frauen, die beispielsweise im Zeitraum von 1959 bis 1961 rund 19 000 betragen.

4) Vgl. auch Tabelle „Die Auswanderung nach Übersee 1946 bis 1961“, S. 191\*. — 5) Vgl. Fußnoten 3—4.



Ihren Höhepunkt erreichte die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten 1949 mit 120 000 Personen. Sie ging dann zunächst bis auf 29 000 (1953) zurück. Die Zunahme in den darauffolgenden drei Jahren hat ihren Grund im Flüchtlingshilfegesetz der USA von 1953, das Sonderquoten für Flüchtlinge aus verschiedenen europäischen Ländern festlegte und Ende 1956 ablief. In den folgenden Jahren ist ein ständiges Absinken der Auswanderung nach dort festzustellen. Dies dürfte mit den günstigen Wirtschaftsverhältnissen im Bundesgebiet und dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften zu erklären sein.

An 2. Stelle hinter den USA folgt Kanada mit rund 6 000 Fortzügen aus dem Bundesgebiet im Jahr 1962. Der Anteil der Ausländer und Staatenlosen beträgt hier rund 24%. Seit Kriegsende nahm Kanada ein knappes Viertel der Auswanderer aus dem Bundesgebiet auf, mit Höhepunkten in den Jahren 1948 (36 000), 1951 (42 000) und 1953 (34 000). Seit 1957 (28 000) gingen die Zahlen wesentlich zurück und erreichten 1962 einen Tiefpunkt. In Kanada findet eine Lenkung der Einwanderung nach den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt statt. Ein interessantes Bild bietet in diesem Zusammenhang ein Vergleich der kanadischen mit den deutschen Arbeitslosenzahlen: In Kanada betrug die Zahl der Arbeitslosen bei einer Bevölkerung von rund 18,6 Millionen beispielsweise im November 1962 342 000, in der Bundesrepublik ohne Berlin mit einer Bevölkerung von rund 55 Millionen dagegen 121 000.



Den dritten Platz unter den Zielländern der Auswanderer nimmt sowohl im Jahre 1962 mit knapp 2 800 als auch seit Kriegsende überhaupt, Australien ein. Insgesamt sind in diesem Zeitraum rund 224 000 Personen ausgewandert, um

sich in Australien eine neue Existenz aufzubauen. Das Verhältnis von Deutschen zu Ausländern war hier etwa 1 : 2. Dies hängt damit zusammen, daß in den Jahren 1948 bis 1950 rund 130 000 „displaced persons“ und nichtdeutsche Flüchtlinge aus Ostblockstaaten mit Hilfe der internationalen Flüchtlingsorganisationen in Australien eine neue Heimat fanden. Seit Beginn der 50er Jahre hat sich das Verhältnis allerdings wesentlich zugunsten der Deutschen geändert.

Brasilien nahm seit Kriegsende insgesamt 44 000 Auswanderer aus der Bundesrepublik auf. Es hat aber, ebenso wie die übrigen mittel- und südamerikanischen Staaten, bei weitem nicht mehr die Bedeutung als Einwanderungsland, die es zwischen den beiden Weltkriegen und insbesondere anfangs der 20er Jahre besaß. 1962 gingen nur noch 1 200 Personen nach Brasilien, in der Hauptsache Deutsche.

Nach Südafrika (1962 = 1 500 Fortzüge) wanderten seit 1946 rund 22 000 Personen, die fast ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit hatten.

Zum Schluß sei noch der gesamte asiatische Raum erwähnt, der 92 000 Auswanderer aufnahm. Die Hauptmasse (77 000) waren Ausländer, insbesondere jüdische Auswanderer aus Osteuropa, die vor allem in den Jahren 1947 — 1949 in ihre neue Heimat Israel gingen.

#### Auswanderer nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Erwerbstätigkeit<sup>6)</sup>

Die Auswanderer nach Übersee verteilten sich zuletzt etwa gleichmäßig auf Männer und Frauen. Nach dem Alter waren 1959<sup>7)</sup> und 1961 die 18- bis unter 40jährigen mit rund 80% vertreten, während der Anteil dieser Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebietes nur rund 33% betrug. Auffallend ist der sehr hohe Anteil der 18- bis unter 25jährigen mit fast 40% gegenüber 12% der Bevölkerung. Die Gruppe der 40- bis unter 65jährigen machte in beiden Jahren 10% bis 12% der Auswanderer, aber 31% der Wohnbevölkerung aus. Mit steigendem Alter wird der Unterschied zwischen beiden Quoten noch größer. Die Gruppe der unter 18jährigen ist bei den ausgewanderten Ausländern und Staatenlosen stärker als bei den Deutschen. In noch weit größerem Maße trifft das für die 30- bis unter 50jährigen zu. Umgekehrt sind die 18- bis unter 25jährigen deutschen Auswanderer weitaus stärker als die entsprechende Gruppe der Ausländer vertreten. Dies dürfte damit zu erklären sein, daß die Ausländer und Staatenlosen meist älter sind als die deutschen Auswanderer und zum größten Teil verheiratet. Sie wandern daher zusammen mit ihren Familien aus, während es bei den Deutschen vor allem Unverheiratete sind, die die Absicht haben, für dauernd ins Ausland zu gehen.

Von allen Auswanderern im Jahre 1959 waren 61% ledig, 35% verheiratet und 4% verwitwet oder geschieden. Die entsprechenden Anteile an der Wohnbevölkerung lauten dagegen: 42%, 49% und 9%. Bei den ledigen Auswanderern überwogen die männlichen und bei den verheirateten sowie verwitweten und geschiedenen die weiblichen Personen.

Die Gründe für einen größeren Anteil an Erwerbspersonen unter den Auswanderern liegen vor allem darin, daß sich diese Personen ein besseres Fortkommen in der neuen Heimat versprechen. Außerdem sind die Aufnahmeländer bestrebt, vorzugsweise jüngere, unverheiratete Personen, die arbeitsfähig und beruflich qualifiziert sind, zu erhalten. Der Anteil an Erwerbspersonen betrug beispielsweise 1959 65% der Auswanderer. Die männlichen Personen waren dabei sehr viel stärker vertreten als die weiblichen. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes machte dagegen 1959 nur 48% aus. Bemerkenswert ist ferner, daß der Anteil der Erwerbspersonen bei den deutschen Auswanderern mit 65% beachtlich höher lag als bei den Ausländern und Staatenlosen (60%).

Schf.

<sup>6)</sup> Vgl. Tabelle „Über See- und Flughäfen Ausgewanderte nach Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit und Erwerbstätigkeit 1959 und 1961“, S. 191<sup>2)</sup>. — <sup>7)</sup> Für die meisten vorhergehenden Jahre liegt eine Gliederung nach entsprechenden Altersgruppen nicht vor.

# Gesundheitswesen

## Meldepflichtige Krankheiten 1962

### 1. Katalog der Krankheiten

Gegenüber den Vorjahren war der Katalog für anzeigepflichtige Infektionskrankheiten 1962 erstmals erweitert. Diese Änderung ergibt sich aus dem am 18. Juli 1961 erlassenen Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten<sup>1)</sup>. Das Bundesseuchengesetz besitzt seit dem 1. Januar 1962 Geltung.

Die anzeigepflichtigen Krankheiten werden in § 3 BSeuG aufgeführt und hinsichtlich der Meldevorschriften klassifiziert. Die erste Gruppe (§ 3, 1) umfaßt Krankheiten, von denen Erkrankungs-, Verdachts- und Todesfälle zu melden sind; hierher gehört u. a. die Poliomyelitis. Nur Erkrankungs- und Todesfälle sollen bei Krankheiten der zweiten Gruppe (§ 3, 2) angezeigt werden; hierher gehören u. a. Scharlach und Diphtherie. Virusgrippe, Keuchhusten (Pertussis) und Masern werden u. a. einer dritten Gruppe (§ 3, 3) zugerechnet, hier sind nur Todesfälle zu melden. Nach § 3, 4 müssen Ausscheider der Erreger von Enteritis infectiosa, Paratyphus A und B, bakterieller Ruhr und Typhus abdominalis gemeldet werden. Ferner ist nach § 3, 5 jede Verletzung durch ein tollwutkrankes oder -verdächtiges Tier, sowie die Berührung eines solchen Tieres oder des Tierkörpers, als Fall des Verdachts einer Erkrankung an Tollwut anzusehen und anzuzeigen.

Die Anzeige erfolgt an das für den Aufenthaltsort des Kranken zuständige Gesundheitsamt. Gesetzliche Grundlage für die Statistik der Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten ist nach wie vor das Gesetz zur Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 und die dritte Durchführungsverordnung vom 30. März 1935<sup>2)</sup>.

### 2. Zahl der gemeldeten Neuerkrankungen<sup>3)</sup>

Den 490 Gesundheitsämtern sind im Jahre 1962 im Bundesgebiet ohne Berlin insgesamt 48 309 Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten (ohne Tuberkulose) angezeigt worden. In Berlin (West) wurden 2 517 Fälle gemeldet.

Die Statistik der Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten muß, insbesondere bei Krankheiten, die nicht als „gemeingefährlich“ gelten, unvollständig bleiben. Eine Stichprobenerhebung, deren Ergebnis vom Statistischen Bundesamt und später auch von anderen Untersuchern bestätigt worden ist, läßt z. B. annehmen, daß nur etwa 1/7 der tatsächlichen Neuerkrankungen an übertragbarer Gelbsucht (Hepatitis infectiosa) gemeldet werden; ähnliche Erfassungslücken sind für andere Krankheiten zu vermuten.

Die vorliegende Statistik ist abgeleitet aus den Meldungen, welche zum Zwecke von Bekämpfungs- und Verhütungsmaßnahmen vorgeschrieben sind. Die Erfüllung der Anzeigepflicht ist abhängig von dem Verständnis der Ärzte und der anderen Informanten für deren Notwendigkeit im Einzelfalle. Die Dia-

1) BGBl. I, S. 1012. — 2) RGBl. I, S. 331 bzw. RMBl. S. 327. — 3) Vgl. Tabelle, S. 192\* f.

gnose kann zudem häufig nur gestellt werden, wenn bestimmte Einrichtungen verfügbar sind. Diese Voraussetzungen sollten bei der Deutung der folgend dargestellten Ergebnisse berücksichtigt werden.

### 3. Lepra, Pocken und Fleckfieber

Lepra, asiatische Cholera, Gelbfieber, Pest, Fleckfieber und Pocken gelten als gemeingefährlich. In der Bundesrepublik sind 1962 zehn Neuerkrankungen an Lepra bekanntgeworden: jeweils ein Fall in Hamburg, Hessen und Niedersachsen, zwei in Nordrhein-Westfalen und fünf Leprafälle in Baden-Württemberg. In Schleswig-Holstein trat einmal Fleckfieber auf. 37 Neuerkrankungen an Pocken wurden 1962 im Lande Nordrhein-Westfalen festgestellt.

### 4. Impferfolge bei Kinderlähmung

1962 sind in der Bundesrepublik ohne Berlin nur noch 291 Neuerkrankungen an Poliomyelitis gemeldet worden. Gegenüber 1961 ergibt sich ein Rückgang um 4 376 Fälle oder 93,8%. Darin zeigt sich der Erfolg der Impfung gegen den Erregertyp 1, die 1962 durchgeführt worden ist. In Berlin (West) hatte eine Impfkaktion schon 1960 stattgefunden. Die Erkrankungshäufigkeit hat daher dort 1962 gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Änderung mehr erfahren. Die bereits 1961 festgestellte, außerordentlich geringe Erkrankungshäufigkeit war im Berichtsjahr weiter rückläufig.

Die auf jeweils 100 000 Einwohner jeden Alters berechneten Erkrankungsziffern machen den Impferfolg deutlich:

	1962	1961	1960	1959
Bundesgebiet ohne Berlin	0,5	8,6	7,8	3,9
Berlin (West)	0,2	0,3	2,7	2,5

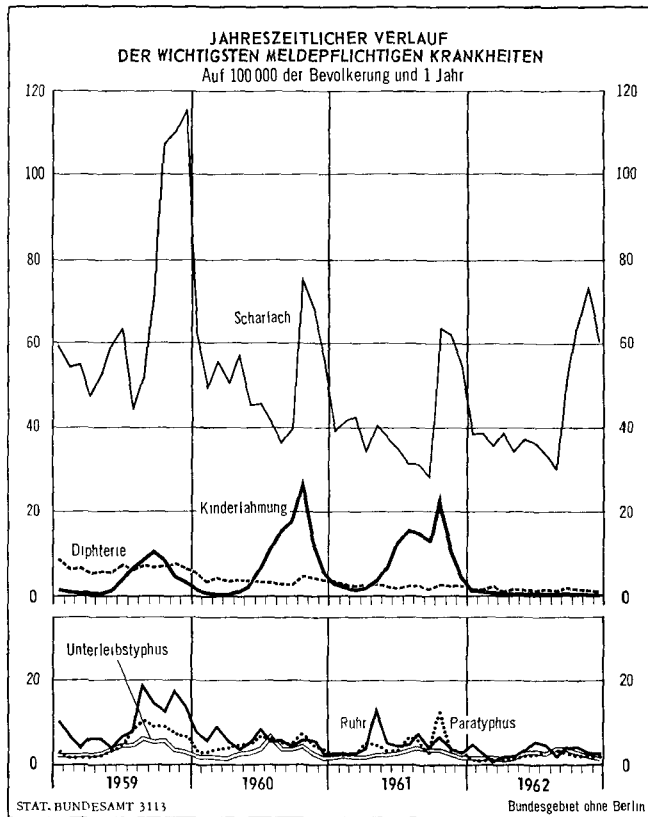
Lediglich in Schleswig-Holstein lag die Erkrankungsziffer mit 1,1 im Jahre 1962 noch höher als im Bundesdurchschnitt und in den übrigen Ländern, in denen sie zwischen 0,3 und 0,7 schwankte. Die Erkrankungshäufigkeit an übertragbarer Kinderlähmung hatte damit 1962 den seit 1925 niedrigsten Stand erreicht.

### Neuerkrankungen an Kinderlähmung

Land	Neuerkrankungen an Kinderlähmung					
	insgesamt		darunter paralytische Fälle			
	1961	1962	1961	1962	1961	
	Anzahl	= 100	Anzahl	= 100		
Schleswig-Holstein	192	26	13,5	142	20	14,1
Hamburg	44	10	22,7	25	8	32,0
Niedersachsen	579	38	6,6	393	21	5,3
Bremen	124	2	1,6	96	1	1,0
Nordrhein-Westfalen	1 493	62	4,2	53	—	—
Hessen	379	14	3,7	273	10	3,7
Rheinland-Pfalz	250	14	5,6	212	13	6,1
Baden-Württemberg	905	59	6,5	695	40	5,8
Bayern	460	61	13,3	361	53	14,7
Saarland	241	5	2,1	—	—	—

### Neuerkrankungen an wichtigen meldepflichtigen Krankheiten

Krankheit	Bundesgebiet ohne Berlin						Berlin (West)		
	1962		1961		1962		1961		
	Anzahl	auf 100 000 Einwohner	Anzahl	auf 100 000 Einwohner	Anzahl	auf 100 000 Einwohner	Anzahl	auf 100 000 Einwohner	
Enteritis infectiosa	2 148	3,9	5,0	106	4,9	7,6			
Salmonellose	238	0,4		4	0,2				
übrige Formen	161	0,3	0,3	3	0,1				
Übertragbare Gehirnentzündung	291	0,5	8,6	5	0,2	0,3			
Übertragbare Kinderlähmung	219	0,4		3	0,1	0,1			
insgesamt	116	0,2		12	0,6				
darunter paralytische Fälle	90	0,2	0,4	1	0,04	0,7			
Psittacose	975	1,8	4,1	19	0,9	0,8			
übrige Formen	1 574	2,9	4,8	79	3,6	8,3			
Ornithose	22	0,04		6	0,3				
Paratyphus A und B	1 128	2,1	2,4	29	1,3	1,8			
Ruhr	801	1,5	2,3	12	0,6	2,4			
bakterielle Ruhr	24 153	44,1	41,7	1 136	52,1	47,3			
Amobenruhr	1 038	1,9	1,7	37	1,7	1,1			
Typhus abdominalis	765	1,4		32	1,5				
Diphtherie	13 817	25,2		891	40,9				
Scharlach									
Übertragbare Hirnhautentzündung									
Meningokokken-Meningitis									
übrige Formen									
Hepatitis infectiosa (Übertragbare Gelbsucht)									



### 5. Scharlach und Diphtherie

Scharlach hat im Vergleich zum Vorjahr zugenommen um 1 565 Fälle oder 6,9%. Die Erkrankungsziffer betrug 1962 44,1, 1961 41,7 und 1960 52,0. Hamburg hatte 1962 die weitaus höchste Erkrankungsziffer mit 78,0; ferner lagen Bayern (51,1), Baden-Württemberg (49,3) und Schleswig-Holstein (46,3) über dem Durchschnitt im Bundesgebiet.

Neuerkrankungen an Diphtherie wurden 1962 erneut weniger gemeldet. Die Abnahme betrug gegenüber 1961 465 Fälle oder 36,7%. Die Erkrankungsziffer erreichte den seit Kriegsende bisher niedrigsten Stand (1962 1,5, 1961 2,3 und 1960 3,7).

### 6. Übertragbare Krankheiten der Verdauungsorgane

1962 sind 6 171 Fälle von Neuerkrankungen an meldepflichtigen Infektionen der Verdauungsorgane gemeldet worden, hierher gehören Botulismus, Enteritis infectiosa, Paratyphus, Ruhr und Typhus abdominalis. Die Verbreitung dieser Krankheiten war geringer als im Vorjahr.

Die größte Erkrankungshäufigkeit wurde für übertragbare Darmerkrankungen (Salmonellen) mit 3,9 auf 100 000 Einwohner festgestellt. Die Erkrankungsziffer betrug im Saarland 19,2, in Bremen 14,3 und in Hamburg 8,0. Örtlich gehäuft wurden Neuerkrankungen an Ruhr in Hessen mit 5,4, in Hamburg mit 4,8 und in Bayern mit 4,4 Fällen auf jeweils 100 000 Einwohner festgestellt. Die Erkrankungsziffer für Bauchtyphus betrug 1962 2,1 und lag damit nur geringfügig unter derjenigen des Vorjahres.

### 7. Hepatitis, Meningitis und Enzephalitis

Seit dem 1. Januar 1962 ist die übertragbare Hepatitis epidemica in allen Bundesländern anzeigepflichtig. Im Berichtsjahr wurden 13 817 Neuerkrankungen gemeldet, daraus ergeben sich 25,2 Fälle auf jeweils 100 000 Einwohner. Die tatsächliche Zahl ist erheblich größer. Eine über dem Durchschnitt des Bundesgebiets liegende Erkrankungshäufigkeit ist im Saarland (58,6) sowie in Hamburg (40,2), Hessen (35,0) und in Baden-Württemberg (27,3) gemeldet worden. Berlin (West) errechnete eine Erkrankungsziffer von 40,9.

An übertragbarer Gehirnentzündung erkrankten im Berichtsjahr 161 Personen gegenüber 151 im Jahre

1961 und 121 1960. Eine verhältnismäßig hohe Erkrankungszahl wurde an übertragbarer Hirnhautentzündung gemeldet, sie betrug 1 803; davon entfielen 1 038 Fälle auf Meningokokken-Meningitis und 765 auf die übrigen Formen.

### 8. Papageienkrankheit und Tollwut

Erkrankungsfälle an Tollwut sind im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Es gab 206 Neuerkrankungen an Ornithosen (auf den Menschen übertragbare Viruskrankheiten der Vögel), davon entfielen 116 auf Psittacose (Papageienkrankheit) und 90 auf die übrigen Formen.

Über die gemeldeten Sterbefälle an übertragbaren Krankheiten unterrichtet die Tabelle auf S. 193\*.

### Zusammenfassung

Überragende Bedeutung hat im Jahre 1962 der Rückgang der Neuerkrankungen an übertragbarer Kinderlähmung. Noch 1961 waren 4 376 Erkrankungsfälle in der Bundesrepublik gemeldet worden. 1962 erfolgte ein Rückgang auf 291 Neuerkrankungen. Diese Abnahme ist als Erfolg der Massenimpfung gegen den Erregertyp 1 während des Berichtsjahres anzusehen. In Berlin (West) war der Rückgang der Erkrankungshäufigkeit als Erfolg der Impfkaktion im Jahre 1960 schon 1961 festzustellen.

Die Hepatitis epidemica (übertragbare Gelbsucht) im Berichtsjahr war erstmals im gesamten Bundesgebiet anzeigepflichtig. Es sind fast 14 000 Neuerkrankungen gemeldet worden; allerdings muß ein Erfassungsdefizit vermutet werden. Die übertragbare Gelbsucht ist eine sozialhygienisch wichtige Krankheit.

Tollwuterkrankungen wurden beim Menschen im Berichtsjahr nicht beobachtet.

Während Diphtherieerkrankungen weiterhin abnehmen, erfolgte 1962 eine gewisse Zunahme von Scharlachfällen.

Die meldepflichtigen Infektionskrankheiten der Verdauungsorgane beanspruchen weiterhin wegen örtlich gehäuften Auftretens besondere Aufmerksamkeit. So traten Salmonellen im Saarland und in Bremen, und Erkrankungen an Ruhr in Hessen, Hamburg und Bayern auf.

Über Erkrankungen und Sterbefälle an Tuberkulose wird noch gesondert berichtet. Eb.

## Krankenanstalten im Jahr 1961

### 1. Vorbemerkungen<sup>1)</sup>

Die Spezialisierung im Krankenhauswesen nimmt laufend zu. Erstmals für das Jahr 1959 ist daher bei der statistischen Ermittlung auch eine weitere Unterteilung nach Fachabteilungen vorgesehen worden. Es werden seitdem die in allgemeinen Krankenanstalten vorhandenen selbständigen Fachabteilungen besonders aufgeführt. Der Begriff Fachabteilung bezieht sich auf eine räumlich abgegrenzte Abteilung mit planmäßiger Bettenzahl, die von einem Facharzt geleitet wird. Die gesonderte Erfassung der Fachabteilungen konnte bisher in den Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen noch nicht durchgeführt werden. Um den im Zusammenhang mit der fortschreitenden Spezialisierung des Krankenhauswesens an die Statistik gestellten Anforderungen entsprechen zu können, wäre eine einheitliche Durchführung in allen Ländern und eine sachliche Erweiterung erforderlich.

### 2. Krankenanstalten nach der Art und Zweckbestimmung der Wirtschaftseinheiten<sup>2)</sup>

Im Bundesgebiet ohne Berlin gab es am Ende des Jahres 1961 3 476 Krankenanstalten mit insgesamt 564 061 planmäßigen Betten. Für jeweils 10 000 Einwohner sind somit 103,7 Betten verfügbar. Im Jahre 1961 ist also nach dem Rückgang im Jahre 1960 um 3,8 je 10 000 Einwohner wieder ein geringer Anstieg der Zahl der planmäßigen Betten, und zwar um rd. 0,6 je 10 000 Einwohner, zu verzeichnen. Bei den Krankenanstalten betrug die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 0,7%, die Zahl der planmäßigen Betten hat sich um 1,9% vergrößert. Es gab im Berichtsjahr 2,6% mehr private Krankenanstalten.

<sup>1)</sup> Erfassungsmethode vgl. WiSta 1961/5, S. 290. — <sup>2)</sup> Vgl. Tabelle, S. 194\*.

Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausbetten

Gebiet Zeit	Krankenanstalten		Planmäßige Betten	
	Anzahl		auf 10 000 Einw.	
Reichsgebiet <sup>1)</sup> 1938	4 673	637 090	93,5	
Bundesgebiet ohne Berlin				
1955	3 396	539 334	106,8	
1956	3 403	546 593	107,0	
1957	3 405	553 725	106,9	
1958	3 440	558 792	106,5	
1959	3 461	567 266	106,9	
1960	3 451	553 424	103,1	
1961	3 476	564 061	103,7	

<sup>1)</sup> Gebietsstand: 31. 12. 1937

Bei den öffentlichen Anstalten betrug die Zunahme 0,2%, während bei den freien gemeinnützigen Anstalten keine Änderung gegenüber 1960 auftrat.

Die Zahl der planmäßigen Betten ist bei allen Anstaltsarten gestiegen, den größten Anstieg hatten die privaten Anstalten mit 5,7%, dann folgten die freien gemeinnützigen mit 2,3%, schließlich die öffentlichen mit 1,2%. Die Zunahme der planmäßigen Betten (1960 204 501) bei den freien gemeinnützigen Anstalten kann wohl trotz gleichbleibender Zahl der Anstalten nur durch Erweiterungen der Anlagen erklärt werden. Die Zahl der allgemeinen Krankenanstalten ist von 1 823 im Jahre 1960 auf 1 818 im Jahre 1961 um 0,3% zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der Planbetten in der gleichen Zeit von 324 188 auf 330 720 um 2,0% gestiegen. Insgesamt besteht gegenüber dem Vorjahre trotz der Verminderung der Zahl der Anstalten in den allgemeinen Krankenhäusern ein größeres Bettenangebot. Die Fachkrankenanstalten haben sowohl hinsichtlich der Zahl der Wirtschaftseinheiten als auch in bezug auf das Bettenangebot um 1,8% zugenommen.

Krankenanstalten nach ihrer Art

Art der Krankenanstalt	Bundesgebiet ohne Berlin				Reichs- gebiet 1938
	31. 12. 1961		1960		
	Anstal- ten	Planmäßige Betten	Anstal- ten	Planmäßige Betten	
		Anzahl	%		
Öffentliche .....	1 351	313 832	55,6	56,0	62,6
Freie gemeinnützige .....	1 245	209 176	37,1	37,0	31,4
Private .....	880	41 053	7,3	7,0	6,0
Insgesamt .....	3 476	564 061	100	100	100

Im Jahre 1961 (1960) gab es 838 (848) Krankenanstalten mit 49 077 (49 948) planmäßigen Betten, die nach dem Belegarzt-system versorgt wurden.

Die Belegkrankenhäuser hatten 1961 (1960) an der Gesamtzahl der Krankenanstalten einen Anteil von 24,1% (24,6%) und an der Gesamtzahl der Planbetten von 8,7% (9,0%). Auf ein Belegkrankenhaus kamen 1961 (1960) demnach 58,6 (58,9) planmäßige Betten.

Die durchschnittliche Zahl planmäßiger Betten aller Krankenanstalten ist von 160 im Jahre 1960 auf 162 im Jahre 1961 gestiegen. Die Größenklasse bis zu 100 Betten ist bei den privaten Anstalten am häufigsten. Die Größenklasse 100 bis unter 400 Betten ist bei den freien gemeinnützigen Anstalten, die von 400 und mehr bei den öffentlichen Krankenanstalten am stärksten vertreten.

3. Fachliche Gliederung der Krankenanstalten<sup>3)</sup>

a) Fachkrankenanstalten

Als Fachkrankenanstalten werden fachlich spezialisierte Häuser bezeichnet, die selbständige Wirtschaftseinheiten sind. Es gab am 31. Dezember 1961 1 618 Fachkrankenanstalten mit 230 989 planmäßigen Betten. Während bei den psychiatrischen und neurologischen Krankenanstalten eine Zunahme von 43% erfolgte, war bei den Heil- und Pflegeanstalten eine Abnahme von 29% festzustellen. Beide Anstaltsarten zusammen haben dagegen nur eine Zunahme von 5,5% zu verzeichnen. Die großen Unterschiede bei den genannten einzelnen Anstaltsarten lassen sich dadurch erklären, daß ein erheblicher Anteil von Heil- und Pflegeanstalten in psychiatrische und neurologische Krankenanstalten umgewandelt worden ist. Bei den planmäßigen Betten dieser An-

<sup>3)</sup> Vgl. Tabelle, S. 194\*.

Krankenanstalten nach ihrer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung der Krankenanstalt	Bundesgebiet ohne Berlin	
	31. 12. 1961	1960
	Kranken- anstalten	Planmäßige Betten
Allgemeine Krankenanstalten		
ohne abgegrenzte Fachabteilungen .....	768	47 288
mit abgegrenzten Fachabteilungen .....	1 050	283 432
Fachkrankenanstalten .....	1 618	230 989
Krankenanstalt für innere Krankheiten .....	128	13 408
Krankenanstalt für Infektionskrankheiten .....	4	244
Sauglings- und Kinderkrankenanstalt .....	82	11 888
Chirurgische Krankenanstalt .....	171	11 492
Orthopädische Krankenanstalt .....	39	4 577
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenanstalt .....	169	7 966
Entbindungsheim .....	40	390
Krankenanstalt für Hals-Nasen und Ohrenkrankheiten .....	42	958
Augenkrankheiten .....	42	1 696
Haut- und Geschlechtskrankheiten .....	13	1 324
Krankenanstalt für Röntgen- und Strahlenheilkunde .....	8	371
Tuberkulose-Krankenanstalt vorwiegend für Erwachsene .....	224	32 789
für Kinder .....	35	4 923
Heil- und Pflegeanstalt .....	54	54 414
Psychiatrische Krankenanstalt .....	78	36 127
Neurologische Krankenanstalt .....	22	2 994
Krankenanstalt für Suchtkranke .....	6	766
Sonstige Fachkrankenanstalt .....	36	5 044
Krankenanstalt für chronisch Kranke .....	23	4 686
Kur-Krankenanstalt .....	402	34 932
Krankenanstalt bzw. Krankenabteilung in der Justizvollzugsanstalt .....	40	2 352
Krankenanstalten insgesamt .....	3 476	564 061
		553 424

stalten lassen sich ähnliche Verhältnisse feststellen, insgesamt ist aber nur eine Zunahme von 0,5% an Planbetten zu verzeichnen.

Bemerkenswert ist ferner die Zunahme an planmäßigen Betten im Jahre 1961 gegenüber dem Vorjahre bei den Fachkrankenanstalten für Innere Krankheiten um 9,4%, bei den Kur-Krankenanstalten um 9,0% und bei den Entbindungsheimen um 7,4%. Bei den übrigen Fachkrankenanstalten ist die Änderung ihrer Bettenzahl geringer.

b) Universitätskliniken

Am Ende des Jahres 1961 gab es im gesamten Bundesgebiet ohne Berlin 32 361 planmäßige Betten in Universitätskliniken, die alle fachärztlich versorgt sind. Ohne Bayern und Nordrhein-Westfalen betrug die Zahl dieser Kliniken im Jahre 1961 19 048, während im Vorjahre die entsprechende Zahl 19 100 erreicht hatte, so daß hier keine wesentliche Änderung eingetreten war. Da die Hochschulkrankenhäuser sehr unterschiedlich zusammengesetzt sind, kann auch in diesem Jahre die Zahl der als Wirtschaftseinheit zusammengefaßten Kliniken nicht angegeben werden.

c) Fachabteilungen in allgemeinen  
Krankenanstalten

Auch in diesem Jahre können Angaben über Fachabteilungen in allgemeinen Krankenanstalten, wie bereits im Vorjahre, nur ohne die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen gegeben werden. Im Bundesgebiet (ohne Nordrhein-Westfalen, Bayern und Berlin) gab es in den allgemeinen Krankenanstalten ohne Universitätskliniken im Jahre 1961 (1960) 2 431 (2 390) getrennt geführte Fachabteilungen mit 126 892 (125 883) planmäßigen Betten. Im Berichtsjahr stieg somit die Zahl der Fachabteilungen um 1,7%, die der planmäßigen Betten um 0,8% an. Einen bemerkenswerten Anstieg hatte die Zahl der urologischen Fachabteilungen von 38 im Jahre 1960 auf 48 im Jahre 1961 zu verzeichnen, was eine Zunahme von 26% bedeutet. Es folgen die Fachabteilungen für Orthopädie mit einer Zunahme von 22% und dann die Fachabteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe mit einer solchen von 5,2%, während bei den Fachabteilungen für Röntgen- und Strahlenheilkunde eine Abnahme von 14% eintrat. Da bei den oben genannten Gesamtangaben über die allgemeinen Krankenanstalten mit abgegrenzten Fachabteilungen teilweise auch die entsprechenden Universitätskliniken enthalten sind, lassen sich, auch wenn die fehlenden Bundesländer berücksichtigt werden, nur bedingt Vergleiche zwischen den Angaben für die allgemeinen Krankenanstalten und denen für die Universitätskliniken durchführen.

### Krankenstand und Krankenbewegung<sup>4)</sup>

Im Berichtsjahr wurden im Bundesgebiet ohne Berlin insgesamt 7,16 Mill. Patienten in den Krankenanstalten an 190,6 Mill. Pflegetagen stationär behandelt. Die Zahl der Patienten hat sich 1961 gegenüber dem Vorjahr um 1,9%, die der Pflegetage um 1,6% vergrößert. Im Bundesdurchschnitt entfielen bei einem Bestand von 564 061 planmäßigen Betten auf ein Bett rund 338 Pflegetage gegenüber 339 im Jahre 1960. Die durchschnittliche Verweildauer betrug 1961 (1960) 28,2 (28,3) Tage in allen Krankenanstalten zusammen, in Anstalten für Akutkranke 21,1 (21,2).

#### Krankenstand, Pflegetage und Verweildauer Bundesgebiet ohne Berlin

Berichts- jahr	Kranke		Pflegetage		Verweil- dauer <sup>1)</sup> in Tagen
	1 000	1956 = 100	Mill.	1956 = 100	
Samtliche Krankenanstalten					
1956	6 417	100	179,5	100	29,8
1957	6 613	103	180,9	101	29,1
1958	6 747	105	183,1	102	28,8
1959	6 968	109	186,6	104	28,4
1960	7 030	110	187,6	105	28,5
1961	7 161	112	190,6	106	28,2
darunter: Akut-Krankenanstalten					
1960	6 318	—	128,3	—	21,2
1961	6 420	—	129,6	—	21,1

<sup>1)</sup> Die Verweildauer ist berechnet nach der Formel:  $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$

Im Berichtsjahr sind 263 065 Patienten in Krankenanstalten gestorben, das sind 3,7% aller stationär behandelten Kranken. Der Anteil der in Krankenanstalten Gestorbenen an den Gesamtsterbefällen betrug 1961 (1960) rund 44% (42%). Leichenöffnungen fanden 1961 und 1960 bei jeweils rund 21% der in Krankenanstalten Verstorbenen statt (ohne Bayern).

### 5. Ärzte, Schwestern sowie technisches und anderes Krankenhauspersonal<sup>5)</sup>

Am Ende des Jahres 1961 waren im Bundesgebiet ohne Berlin 21 936 Ärzte hauptberuflich in den Krankenanstalten tätig. Diese Zahl ist im Berichtsjahr um 506 (2,4%) gestiegen. Hierbei fand bei den leitenden Ärzten eine Zunahme von 1,0%, bei den Oberärzten eine solche von 9,2%, bei den Assistenzärzten eine solche von 0,5% statt. Die Zahl der Belegärzte hat sich ebenfalls um 11 (0,2%), die der hospitierenden Ärzte um 10 (2,9%) vergrößert. Bei den Medizinalassistenten erfolgte 1961 eine Zunahme von 675 (22%), während diese im Vorjahr 23% betrug. Am Ende des Jahres 1961 waren 104 584 Krankenschwestern, Krankenpfleger, Kinderkrankenschwestern und sonstige Pflegekräfte in den 3 476 Krankenanstalten tätig, wobei die in Ausbildung befindlichen Personen und die Hebammen nicht einbezogen sind. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl um 3,9% erhöht.

Eine Zunahme war im Jahre 1961 auch bei den Krankenschwesternschülerinnen um 3,1%, bei den Kinderkrankenschwesternschülerinnen um 6,1% und bei den männlichen Pflegeschülern um 14,7% zu verzeichnen. Von den Krankenanstalten werden als Pflegeschüler bzw. Lernschwestern in dieser Statistik außer den eigentlichen Schülern auch bereits examinierte Schwestern bzw. Pfleger erfaßt, die aber noch als

<sup>4)</sup> Vgl. Tabelle, S. 195\*. — <sup>5)</sup> Die Statistik der Heil- und Heilhilfspersonen — vgl. WiSta 1963/2, S. 81 — beruht auf einer anderen Erhebung.

#### Geburten in den Krankenanstalten 1961 Bundesgebiet (ohne Bayern und Berlin)

Art der Krankenanstalt	Anstalten <sup>2)</sup>	Gesamtzahl der ent- bundenen Frauen <sup>3)</sup>	Geborene Kinder		davon Kinder bei		
			Lebend	tot	Einzel- geburt	Zwillings- geburt	sonstiger Mehrgeburt
Öffentliche .....	1 351	185 392	184 139	3 491	183 184	4 356	90
Freie gemeinnützige .....	1 245	131 625	131 121	2 063	130 087	3 034	63
Private .....	880	29 940	29 883	396	29 606	658	15
Zusammen .....	3 476	556 987	554 092	9 628	550 328	13 149	243
Anteil der in Krankenanstalten Geborenen an der Gesamtzahl der Geborenen							
in %			68,5	80,7	68,6	71,1	89,0
dagegen 1960 .....			65,4	77,6	65,4	69,8	88,4

<sup>1)</sup> Ohne Nordrhein-Westfalen. — <sup>2)</sup> Bundesgebiet ohne Berlin. — <sup>3)</sup> Ohne Fehlgeburten, aber einschl. standsamtl. meldepflichtiger Totgeburten.

### Krankenbewegung in den Krankenanstalten

Gebiet Berichtszeit	Krankenanstalten			
	insgesamt	öffentliche	freie gemein- nützige	private
Durchschnittliche Bettenbelegung je planmäßiges Bett in Tagen				
Reichsgebiet				
1934	278,9	293,2	263,6	217,3
1938 <sup>1)</sup>	303,4			
Bundesgebiet ohne Berlin				
1957	326,7	333,0	321,3	305,0
1958	327,6	334,2	321,8	306,1
1959	329,0	335,3	323,7	306,7
1960	339,0	340,9	342,4	304,9
1961	337,9	339,9	341,9	302,9
darunter im Jahre 1961 in Krankenanstalten für Akutkranke	331,7	327,7	340,8	295,6
Grad der Bettenausnutzung je Tag in %				
Reichsgebiet				
1934	76,4	80,3	72,2	59,5
1938 <sup>1)</sup>	83,1			
Bundesgebiet ohne Berlin				
1957	89,5	91,2	88,0	83,6
1958	89,8	91,6	88,2	83,9
1959	90,1	91,8	88,7	84,0
1960	92,9	93,4	93,8	83,5
1961	92,6	93,1	93,7	83,0
darunter im Jahre 1961 in Krankenanstalten für Akutkranke	90,9	89,8	93,4	81,0
Durchschnittliche Verweildauer <sup>2)</sup> der stationär behandelten Kranken in Tagen				
Reichsgebiet				
1934	40,0	43,5	37,4	24,5
1938 <sup>1)</sup>	36,2			
Bundesgebiet ohne Berlin				
1957	29,1	31,4	26,7	25,5
1958	28,8	31,1	26,5	25,5
1959	28,4	30,7	28,3	24,5
1960	28,3	30,5	26,2	24,7
1961	28,2	30,4	26,2	24,4
darunter im Jahre 1961 in Krankenanstalten für Akutkranke	21,1	21,1	21,6	16,2

<sup>1)</sup> Gebietsstand: 31. 12. 1937. — <sup>2)</sup> Errechnet nach der Formel:  $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$

Praktikanten(-innen) tätig sind. Außerdem werden hier noch Personen erfaßt, die nach den Ausbildungsvorschriften für andere Berufe noch ein Pflegepraktikum ableisten müssen. Aus diesen Gründen können diese Zahlen aus der Statistik der Krankenanstalten nicht mit denen aus der Schulstatistik verglichen werden, da es sich bei diesen um Personen handelt, die noch keine Prüfung abgelegt haben und nur für die eigentlichen Pflegeberufe ausgebildet werden.

Im Berichtsjahr waren in den Krankenanstalten 5 326 Hebammen tätig, das sind 4,5% mehr als im Vorjahr. Festangestellt waren davon 1 669, 3,7% mehr als 1960. Die Zahl der medizinisch-technischen Assistenten(-innen) vergrößerte sich im Jahre 1961 gegenüber 1960 um 5%, die der medizinisch-technischen Gehilfen um 3,4%.

### 6. Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für das Gesundheitswesen im Rechnungsjahr 1961

Im Rechnungsjahr 1961 haben Bund, Länder und Gemeinden rund 4,0 Mrd. DM für die Krankenanstalten ausgegeben. Da das Rechnungsjahr 1960 ein Rumpfrechnungsjahr war, wird zum Vergleich die entsprechende Zahl des Jahres 1959 angegeben. Sie betrug rund 3,1 Mrd. DM, somit ist im Rechnungsjahr 1961 gegenüber 1959 ein Zuwachs von rund 0,9 Mrd. DM zu verzeichnen. Über die wirtschaftlichen Verhältnisse der privaten Krankenhäuser liegen auch in diesem Jahr keine Angaben vor.

Bt.



# Erwerbstätigkeit

## Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen bis 1966

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit ist bisher jeweils nur für einen Zeitraum bis zu drei Jahren nach dem Bezugsjahr der aus den Ergebnissen der letzten Mikrozensus-Erhebung abgeleiteten Basisdaten vorausgeschätzt worden, zuletzt bis 1963<sup>1)</sup>. Mit der vorliegenden Berechnung wird die Vorausschätzung erstmals auf einen etwas längeren Zeitraum — bis 1966 — ausgedehnt.

Dabei wurde von der zum 31. Dezember 1961 auf der Grundlage der Wohnungsstatistik von 1956 fortgeschriebenen Bevölkerungszahl ausgegangen. Die Entwicklung der Bevölkerung wurde entsprechend den Ergebnissen einer verbesserten Vorausschätzung der Bevölkerung angenommen. Aus dieser Berechnung war für die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter insbesondere von Bedeutung, daß die Sterblichkeit von 1957/58 statt wie bisher nach der Sterbetafel 1949/51 berücksichtigt werden konnte.

Die vorausgeschätzte Erwerbsbevölkerung ergibt sich aus dem Saldo der natürlichen Veränderungen des gegebenen Bestandes an Erwerbspersonen, der — unsicheren — allgemeinen Wanderung und dem — noch unsichereren — Ansatz für die ausländischen Arbeitskräfte.

Unter den natürlichen Veränderungen werden die Zugänge zum Erwerbsleben verstanden, die sich aus den Übergängen von Schulen und aus der Arbeitsaufnahme durch andere Personen zusammensetzen, die bisher, ohne Schüler und Studierende zu sein, nicht erwerbstätig waren, ferner die Abgänge durch Invalidität und Tod oder infolge Aufgabe der Erwerbstätigkeit z. B. durch weibliche Erwerbspersonen wegen Verheiratung. Diese Elemente der Veränderung einzeln zu werten, ist bisher nur unzureichend möglich. Die Erwerbsquoten, die den Gesamtausdruck dieser Faktoren bilden, lassen sich daher nach deren vermutlichen Veränderungen in der Zukunft nur mit begrenzter Wahrscheinlichkeit abwandeln. Sie wurden bei der Berechnung an die Bevölkerungszahlen angelegt, die aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung seit 1961 zu erwarten sind.

Hierzu kommt der Einfluß der Wanderung. Dabei wird zwischen der allgemeinen Wanderung und der Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte unterschieden. Bis 1961 beruhte der allgemeine Wanderungsüberschuß hauptsächlich auf dem Zustrom aus der Sowjetischen Besatzungszone und Ostberlin. Ob und inwieweit die im August 1961 dort eingeführten Absperrmaßnahmen in der Zukunft fortbestehen oder wirksam sind, in welchem Umfang für weiterhin herüberkommende Personen eine Beteiligung am Erwerbsleben anzunehmen ist und inwieweit der an der Ostgrenze der Bundesrepublik eingetretene Zuwanderungsrückgang etwa durch Einwanderung über andere Grenzen ausgeglichen werden könnte, unterliegt der Mutmaßung. Diese kann an Impulsen orientiert werden, die in der gegenwärtigen Wanderungsbewegung erkennbar sind; künftige politische oder rechtliche Entwicklungen kann sie aber nicht in Betracht ziehen. Aus der Erwerbsbevölkerung, die nach der natürlichen Entwicklung der Wohnbevölkerung zu erwarten ist, zuzüglich aller Wanderungsgewinne an Erwerbspersonen aus den Vorjahren, ergibt sich für jedes Jahr der Schätzung die durchschnittliche Erwerbsbevölkerung ohne die Wanderung des betreffenden Jahres. Da sich die Wanderung über das ganze Jahr verteilt, kann für das gleiche Jahr immer nur ein Teil der während seines ganzen Verlaufes zuwandernden Erwerbspersonen als vollanzwesend gerechnet werden. Dieser Teil bildet zusammen mit der vorgenannten Erwerbsbevölkerung die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbspersonen einschließlich allgemeiner Wanderung.

Unter den ausländischen Arbeitskräften werden die „nicht-deutschen Arbeitnehmer“ im Sinne der Statistik der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

verstanden. Dieser Begriff umfaßt auch die „Gastarbeitnehmer“, die gemäß dem internationalen Übereinkommen vom 17. April 1950<sup>2)</sup> einem Beschäftigungsverhältnis in der Bundesrepublik zum Zwecke beruflicher oder sprachlicher Fortbildung nachgehen. Aus den gleichen Gründen wie bei der allgemeinen Wanderung werden für die ausländischen Arbeitnehmer Jahresdurchschnitte berechnet, wozu für die Ausgangsjahre die vierteljährlichen Meldungen der Bundesanstalt zur Verfügung stehen. Aus dieser Statistik und den Berichten der Bundesanstalt lassen sich Tendenzen für die vermutliche Weiterentwicklung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften nicht ablesen.

Es muß betont werden, daß sich die gesamte Vorausschätzung nur auf das erwartete Angebot an Arbeitskräften bezieht. Die Beurteilung des künftigen Bedarfs ist nicht einbezogen. Die im Anschluß an die Vorausschätzung gezogenen Schlüsse hinsichtlich der Zahl der Erwerbstätigen gehen von der laufenden Beobachtung des Arbeitsmarkts aus und beruhen nicht auf einer hypothetischen Arbeitskräftebilanz. Sie besagen daher nicht, ob ein Gleichgewicht oder Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt bestehen wird.

Im Vergleich mit den Unsicherheiten, die für Aussagen über die ökonomische Entwicklung bestehen und die Schätzung des künftigen Arbeitskräftebedarfs erschweren, haben die Vorausschätzungen des Angebots an Arbeitskräften bei allen Einschränkungen hinsichtlich ihrer Gültigkeit ein starkes und verhältnismäßig sicher bestimmtes demographisches Grundelement. Von dieser Basis aus läßt sich die denkbare Breite der künftigen Entwicklung mit Hilfe von zwei Grundannahmen (A und B) mit einiger Wahrscheinlichkeit eingrenzen, auch wenn man auf die Einbeziehung ökonomischer Faktoren verzichtet. So ist die aus dem Mikrozensus für Oktober 1961 abgeleitete Erwerbsbeteiligung nach Alter und Familienstand bei der Hypothese A für die weiteren Jahre konstant gehalten, bei der Annahme B hingegen modifiziert worden. Dabei wurde insbesondere die Ausdehnung der Grundschulpflicht auf ein 9. Schuljahr in weiteren Ländern in Betracht gezogen. Mögliche Veränderungen in der Verteilung der Grundschulabgänger auf Erwerbstätigkeit und weiterführenden Schulbesuch konnten jedoch nur sehr vorsichtig in Rechnung gestellt werden, weil hier der Einfluß der Grundschulverlängerung noch nicht recht abschätzbar ist, andererseits die Untersuchungen der Übergänge in das Erwerbsleben aus Schulen<sup>3)</sup> bisher nicht über eine größere Anzahl von Jahren erstreckt werden konnten. Bei den verheirateten Frauen wurde an die jüngste Entwicklungstendenz angeknüpft, die eine weitere, wenn auch gegenüber den Vorjahren etwas abgeschwächte Zunahme der Erwerbsbeteiligung erwarten läßt<sup>4)</sup>.

Hinsichtlich der allgemeinen Wanderung geht die Grundhypothese A davon aus, daß von 1963 an ein nennenswerter Wanderungsgewinn für die weiteren Jahre der Vorausschätzung nicht mehr erwartet wird. Nach Hypothese B wurde angenommen, daß für die kommenden Jahre jedenfalls ein Zustrom über die Grenzen der Bundesrepublik erhalten bleibt, der ihr im Laufe jedes Jahres noch 20 000 Erwerbspersonen zuführt.

Die Veränderung des Bestandes an ausländischen Arbeitskräften ist besonders schwierig zu veranschlagen. Der Umfang dieser Beschäftigung wird weitgehend vom Bedarf an Arbeitskräften bestimmt werden, andererseits ist das Angebot nicht unerschöpflich, und auch andere Probleme, wie die Lösung der Unterkunftfrage, spielen hier hinein. Da die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Darstellung der Ergebnisse der Schätzung aber nicht ganz unberücksichtigt bleiben kann, wurde bei beiden Hypothesen mit der Annahme eines von

<sup>2)</sup> Art. 1, Abs. a; BGGl. II, 1960, S. 445. — <sup>3)</sup> Vgl. Sperling, H./Neubert, H.: Die Übergänge in das Erwerbsleben aus Schulen in den Jahren 1958 bis 1960. WiSta, 1962/5, S. 257 ff. — <sup>4)</sup> Vgl. Sperling, H./Herberger, L.: Erwerbsbevölkerung im Oktober 1961. WiSta 1962/9, S. 534 ff.

<sup>1)</sup> Sperling, H./Pipping, J.: Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit bis 1963. WiSta 1962/2, S. 95 ff.

Erwerbspersonen von 1961 und vorausgeschätzte Zahl der Erwerbspersonen von 1962 bis 1966 nach dem Einfluß von natürlicher Entwicklung, Erwerbsbeteiligung, allgemeiner Wanderung und Zugang an ausländischen Arbeitnehmern

Bundesgebiet ohne Berlin

1 000

Jahr	Erwerbspersonen von 1961 (ohne ausl. Arbeitnehmer und ohne Wanderung seit 1. 1. 1961) in ihrer natürlichen Entwicklung im Durchschnitt des Jahres	Erwerbspersonen (ohne ausl. Arbeitnehmer) einschl. Wanderung in den Vorjahren, aber ohne Wanderung im jeweiligen Jahr	Wanderungsgewinn an Erwerbspersonen (ohne ausl. Arbeitnehmer)		Erwerbspersonen einschl. Wanderung (ohne ausl. Arbeitnehmer) im Durchschnitt des Jahres	Bestand an ausl. Arbeitnehmern	Erwerbspersonen einschl. Wanderung u. ausl. Arbeitnehmer im Durchschnitt des Jahres	Veränderung der jahresdurchschnittlichen Erwerbspersonen zum Vorjahre				
			vom 1. 1. bis 31. 12. d. J.	im Durchschnitt des Jahres				insgesamt	durch natürl. Bewegung	durch Veränderung der Erwerbsbeteiligung	durch Wanderung (ohne ausl. Arbeitnehmer)	durch ausl. Arbeitnehmer
<b>Insgesamt</b>												
1961	25 360	25 360	120	65	25 425	470	25 895	.	.	.	.	.
<b>Hypothese A</b>												
1962	25 415	25 535	20	10	25 545	630	26 175	+ 280	+ 55	0	+ 65	+ 160
1963	25 400	25 540	0	0	25 540	680	26 220	+ 45	- 15	0	+ 10	+ 50
1964	25 390	25 530	0	0	25 530	680	26 210	- 10	- 10	0	0	0
1965	25 365	25 505	0	0	25 505	680	26 185	- 25	- 25	0	0	0
1966	25 325	25 465	0	0	25 465	680	26 145	- 40	- 40	0	0	0
<b>Hypothese B</b>												
1962	25 425	25 545	20	10	25 555	630	26 185	+ 290	+ 55	+ 10	+ 65	+ 160
1963	25 435	25 575	20	10	25 585	680	26 265	+ 80	- 15	+ 25	+ 20	+ 50
1964	25 430	25 590	20	10	25 600	680	26 280	+ 15	- 10	+ 5	+ 20	0
1965	25 400	25 580	20	10	25 590	680	26 270	- 10	- 25	- 5	+ 20	0
1966	25 355	25 555	20	10	25 565	680	26 245	- 25	- 40	- 5	+ 20	0
<b>Männer</b>												
1961	16 000	16 000	70	35	16 035	400	16 435	.	.	.	.	.
<b>Hypothese A</b>												
1962	16 095	16 165	10	5	16 170	520	16 690	+ 255	+ 95	0	+ 40	+ 120
1963	16 140	16 220	0	0	16 220	560	16 780	+ 90	+ 45	0	+ 5	+ 40
1964	16 195	16 275	0	0	16 275	560	16 835	+ 55	+ 55	0	0	0
1965	16 240	16 320	0	0	16 320	560	16 880	+ 45	+ 45	0	0	0
1966	16 270	16 350	0	0	16 350	560	16 910	+ 30	+ 30	0	0	0
<b>Hypothese B</b>												
1962	16 055	16 125	10	5	16 130	520	16 650	+ 215	+ 95	- 40	+ 40	+ 120
1963	16 085	16 165	10	5	16 170	560	16 730	+ 80	+ 45	- 15	+ 10	+ 40
1964	16 120	16 210	10	5	16 215	560	16 775	+ 45	+ 55	- 20	+ 10	0
1965	16 145	16 245	10	5	16 250	560	16 810	+ 35	+ 45	- 20	+ 10	0
1966	16 160	16 270	10	5	16 275	560	16 835	+ 25	+ 30	- 15	+ 10	0
<b>Frauen</b>												
1961	9 360	9 360	50	30	9 390	70	9 460	.	.	.	.	.
<b>Hypothese A</b>												
1962	9 320	9 370	10	5	9 375	110	9 485	+ 25	- 40	0	+ 25	+ 40
1963	9 260	9 320	0	0	9 320	120	9 440	- 45	- 60	0	+ 5	+ 10
1964	9 195	9 255	0	0	9 255	120	9 375	- 65	- 65	0	0	0
1965	9 125	9 185	0	0	9 185	120	9 305	- 70	- 70	0	0	0
1966	9 055	9 115	0	0	9 115	120	9 235	- 70	- 70	0	0	0
<b>Hypothese B</b>												
1962	9 370	9 420	10	5	9 425	110	9 535	+ 75	- 40	+ 50	+ 25	+ 40
1963	9 350	9 410	10	5	9 415	120	9 535	0	- 60	+ 40	+ 10	+ 10
1964	9 310	9 380	10	5	9 385	120	9 505	- 30	- 65	+ 25	+ 10	0
1965	9 255	9 335	10	5	9 340	120	9 460	- 45	- 70	+ 15	+ 10	0
1966	9 195	9 285	10	5	9 290	120	9 410	- 50	- 70	+ 10	+ 10	0

1963 an gleichbleibenden Bestandes in Höhe von 680 000 gerechnet. Dem Benutzer wird es dadurch erleichtert, abweichende eigene Schätzungen über die mutmaßliche Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in die Rechnung einzusetzen.

Die auf der Grundlage dieser Voraussetzungen errechneten Ergebnisse lassen aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung bis 1966 einen Rückgang der Erwerbspersonenzahl erwarten. Dieser geht auf eine Entwicklung bei den Frauen zurück, von der insbesondere die Altersgruppen mit gegenwärtig noch hoher Erwerbsbeteiligung betroffen sind. Die Berücksichtigung der Veränderungen in der Teilnahme am Erwerbsleben, die auf Grund der erkennbaren Anzeichen nach Alter und — bei den Frauen — nach Familienstand vorausschauend veranschlagt werden können (B), ergibt für die Männer eine Entwicklung, welche die aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung abzulesende Zunahme der Erwerbspersonenzahl abschwächt. Bei den Frauen wird für die Veränderungen aus der Erwerbsbeteiligung eine positive Entwicklung angenommen, welche den Rückgang aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung teilweise ausgleicht. Im ganzen ergibt sich so für die Erwerbsbevölkerung nach Annahme B bis 1966 (ohne Wanderung und ohne ausländische Arbeitnehmer) seit 1961 ein

Rückgang um 5 000, gegenüber dem höheren Ausgangsstand von 1962 um 70 000. Die entsprechenden Rückgänge nach Hypothese A betragen 35 000 bzw. 90 000.

Bezieht man die allgemeine Wanderung in die Betrachtung ein, so ergibt sich entsprechend der nach Hypothese A ab 1963 angenommenen Stagnation gegenüber 1961 für 1966 ein Zugang von 40 000, gegenüber 1962 ein Rückgang von 80 000. Auf Grund der Erwartung eines gewissen Wanderungsgewinnes in allen kommenden Jahren nach Hypothese B ist hingegen bis 1966 mit einer Zunahme der Erwerbsbevölkerung einschließlich allgemeiner Zuwanderung um 140 000 Personen gegenüber 1961 und um 10 000 im Vergleich mit 1962 zu rechnen.

Berücksichtigt man außerdem die für ausländische Arbeitnehmer veranschlagte Entwicklung, so ergibt sich bis 1966 gegenüber 1961 nach Hypothese A eine Steigerung der Gesamtzahl an Erwerbspersonen um 250 000, nach der Grundannahme zu B um 350 000, im Vergleich mit dem für 1962 errechneten Stand unter der Annahme A hingegen ein Rückgang um 30 000 Erwerbspersonen und nach Annahme B ein Zugang von nur 60 000.

Die Zahl der Arbeitslosen ist von 160 000 im Durchschnitt des Jahres 1961 auf 140 000 im Jahre 1962 zurückgegangen. Für 1963 muß auf Grund der durch den langen Winter bedingten höheren Saisonarbeitslosigkeit mit höheren Durchschnittswerten gerechnet werden. Der Schätzwert liegt bei 180 000 nach Grundannahme A und 160 000 nach Grundannahme B. Für 1964 bis 1966 wurden bei Hypothese A die Werte des Jahres 1962 eingesetzt. Bei den Annahmen über die weitere Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurde grundsätzlich eine Fortdauer der Vollbeschäftigung vorausgesetzt. Nach Hypothese B wurde von der Zusammensetzung der Zahl der Arbeitslosen während ihres Tiefstandes im Jahre 1962<sup>5)</sup> ausgegangen, die in der Hauptsache in der Leistungsfähigkeit eingeschränkte Personen und Fluktuationsarbeitslose aufwies. Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation und ein weiterer Rückgang der Fluktuation können durchaus zu einer weiteren Verminderung der Arbeitslosigkeit führen, wenn auch nicht mehr in so starken Raten wie bis 1962. Die weiteren Werte für Hypothese B wurden auf 130 000 für 1964, 120 000 für 1965 und 110 000 für 1966 geschätzt.

Die Erwerbstätigen 1961 und ihre vorausgeschätzte Zahl von 1962 bis 1966  
Bundesgebiet ohne Berlin

Durchschnitt	Erwerbstätige	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	
		1 000	%
1961	25 735	+ 405	+ 1,6
Hypothese A			
1962	26 035	+ 300	+ 1,2
1963	26 040	+ 5	+
1964	26 070	+ 30	+ 0,1
1965	26 045	- 25	- 0,1
1966	26 005	- 40	- 0,2
Hypothese B			
1962	26 045	+ 310	+ 1,2
1963	26 105	+ 60	+ 0,2
1964	26 150	+ 45	+ 0,2
1965	26 150	0	0
1966	26 135	- 15	- 0,1

Nach Abzug der Zahl der Arbeitslosen ergibt sich für die Erwerbstätigen 1962 eine Zunahme um 1,2 % gegenüber dem Vorjahr. Nach Hypothese A bleibt dieser Stand 1963 etwa gleich, während für 1964 noch ein Anstieg um 0,1 % und für 1965 und 1966 Abnahmen um 0,1 % und 0,2 % zu erwarten sind. Nach Hypothese B stehen weitere Zugänge von je 0,2 % für 1963 und 1964, ein Gleichbleiben der Zahl für 1965 und ein Rückgang um 0,1 % für 1966 in Aussicht.

Das Ergebnis der Vorausschätzung läßt sich dahin zusammenfassen, daß die aus dem derzeitigen Bevölkerungsstand und aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung abzuleitende Erwerbspersonenzahl abnehmen wird. Auch unter der Annahme, daß die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern etwa den jetzigen Stand beibehält, würde die Erwerbsbevölkerung 1966 mit 26,2 Mill. nur um 60 000 über dem Stand für 1962 liegen. Ein weiteres Anwachsen der Erwerbspersonenzahl erscheint nur durch die Hereinahme zusätzlicher ausländischer Arbeitskräfte möglich.

Die Vorbehalte, die hinsichtlich einer Vorausschätzung der Erwerbsbevölkerung gemacht werden müssen, gelten natürlich um so mehr, je weiter diese Vorausschau in die Zukunft ausgedehnt wird. Die Elemente, die in der vorausliegenden Zeit die Zahl der Erwerbspersonen bestimmen werden, verlieren mit der Entfernung vom Ausgangspunkt der Berechnung an Sicherheit. Dies gilt vor allem für die nicht voll oder im eigentlichen Sinne demographischen Faktoren. Insofern wird der Übergang von einer kurzfristigen zu einer mittelfristigen Vorausschätzung mit einer Einbuße an Genauigkeit der Sicht erkauft. Andererseits sind mit der Entwicklung der Erwerbspersonenzahl Überlegungen verbunden, die notwendige Maßnahmen auf weite Sicht zum Gegenstand haben. Als Beispiel seien nur Folgerungen für das berufliche Ausbil-

dungswesen und für das Wohnungswesen erwähnt. Neben der Notwendigkeit, die statistische Erfassung der Rechnungselemente zu verbessern, besteht daher auch das Erfordernis, möglichst weit in die Zukunft hinein zahlenmäßige Vorstellungen zu vermitteln. *Spe./Pp.*

## Personal von Bund, Ländern und Gemeinden am 2. Oktober 1962

Wie im Vorjahr<sup>1)</sup> sind auch 1962 Zahlen über das Personal im Dienst von Bund, Ländern und Gemeinden nach dem Stande vom 2. Oktober erhoben worden.

Die Erhebung umfaßte alle im unmittelbaren Dienstverhältnis vollbeschäftigten Beamten, Richter, Angestellten und Arbeiter und auch die teilbeschäftigten Bediensteten, die bei Behörden und Einrichtungen<sup>2)</sup> und bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Bundes, der Länder (einschließlich Stadtstaaten), Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie bei Bundesbahn und Bundespost tätig sind. Mit einbezogen wurde wieder das Personal der juristischen Personen öffentlichen Rechts, die der unmittelbaren Aufsicht eines Bundesministeriums unterstehen (Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Bundesanstalt für Güterfernverkehr u. a.). Nicht erfaßt wurden wie bisher das militärische Personal der Bundeswehr, der Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes sowie die rechtlich selbständigen Wirtschaftsunternehmen der Gebietskörperschaften.

Zahlen über das im Bundesdienst stehende Personal sind schon veröffentlicht worden<sup>3)</sup>. Inzwischen liegen vorläufige Ergebnisse auch für die Länder und Gemeinden vor. Hiernach wurden am Stichtag<sup>4)</sup> der Erhebung bei Bund, Ländern, Gemeinden<sup>5)</sup> und Gemeindeverbänden, Bundesbahn und Bundespost zusammen rund 2,74 Mill. vollbeschäftigte Bedienstete gezählt, darunter rund 0,86 Mill. Beamte, Angestellte und Arbeiter von Bundesbahn und Bundespost.

Bei den in die Erhebung mit einbezogenen Anstalten<sup>6)</sup> waren rd. 38 000 vollbeschäftigte Bedienstete tätig, darunter rd. 26 000 Kräfte der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

### Veränderungen der Personalstärken<sup>7)</sup>

Die Zahl der vollbeschäftigten Bediensteten bei allen Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost zusammen hat gegenüber dem Vorjahre (2,70 Mill. Kräfte) um rd. 45 000 (1,7 %) und damit weniger als von 1960 auf 1961 (2,1 %) zugenommen. Das weitere Anwachsen des Personalstandes ist — wie schon bisher — überwiegend auf Personalverstärkungen in den Aufgabengebieten Bildungswesen und Verteidigung, daneben auf Neueinstellungen bei der Polizei sowie für Aufgaben des Bau- und Wohnungswesens und der Verkehrsverwaltung zurückzuführen. Ohne das staatliche Bildungswesen und die Verteidigung betrug der Personalzuwachs nur knapp 0,9 %.

Bei den Behörden und Einrichtungen der einzelnen Verwaltungsebenen wurde für den Bund einschließlich der Verteidigung ein Personalzuwachs um rd. 13 800 vollbeschäftigte Kräfte (6,4 %), ohne diese ein geringer Personalrückgang (0,1 %) festgestellt. Die Hoheitsverwaltungen der Länder (einschl. Stadtstaaten) haben — vor allem im Zusammenhang mit dem weiteren Ausgleich des Personal mangels in den Aufgabenbereichen Schulen und Wissenschaft, Kunst und Volksbildung — ihren Personalstand um 2,2 %, ohne das Bildungswesen um 1,5 % erhöht.

Für die Kammereiverwaltungen der Gemeinden ergab sich eine Zunahme der Zahl der Bediensteten um 3,0 % (im Vorjahr 3,1 %); hier hat sich besonders die Besetzung eines

1) Vgl. WiSta 1962/5, S. 266 ff. — 2) Hoheits- und Kammereiverwaltungen. — 3) Vgl. WiSta 1963 I, S. 33 ff. — 4) Stichtag für Bundesbahn und Bundespost: 30. September. — 5) Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern (2. Oktober 1962 rd. 5 000 Vollbeschäftigte). — 6) Juristische Personen öffentlichen Rechts. — 7) Vgl. auch Zahlen für die einzelnen Länder, S. 198\*.

5) Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, 1962/11, S. 533 ff.

Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.)

Korperschaft	In unmittelbarem Dienstverhältnis vollbeschäftigtes Personal						Unter den Vollbeschäftigten waren Bedienstete mit Zeitvertrag	
	Beamte	Richter <sup>1)</sup>	Angestellte	Arbeiter	zusammen		2. Okt. 1962	2. Okt. 1961
	2. Oktober 1962 <sup>2)</sup>						2. Okt. 1961	2. Okt. 1962
Behörden und Einrichtungen <sup>3)</sup> .....	703 967	11 666	613 130	365 005	1 693 768	1 644 055	44 953	44 704
Bund <sup>4)</sup> .....	64 620	342	80 587	83 666	229 215	215 367	4 221	3 729
Länder .....	440 358	9 884	201 511	61 047	712 800	694 785	21 134	21 260
Stadtstaaten .....	82 081	1 440	81 894	39 594	205 009	202 840	6 429	6 289
Gemeinden (Gv.) <sup>5)</sup> .....	116 908	—	249 138	180 698	546 744	531 063	13 169	13 426
Wirtschaftsunternehmen <sup>6)</sup> .....	11 987	—	39 736	133 664	185 387	192 661	6 281	7 830
Gebietskorperschaften zusammen .....	715 954	11 666	652 866	498 669	1 879 155	1 836 716	51 234	52 534
Bundesbahn .....	243 250	—	5 649	228 699	477 598	486 657	675	1 819
Bundespost <sup>7)</sup> .....	238 931	—	44 473	102 853	386 257	374 426	6 813	4 964
Insgesamt .....	1 198 135 <sup>8)</sup>	11 666	702 988	830 221	2 743 010	2 697 799	58 722	59 317
Außer dem Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ...	4 215	—	20 298	1 511	26 024	27 234	307	378

<sup>1)</sup> Hauptamtliche Berufsrichter an den Gerichten von Bund und Ländern (ohne techn. Mitglieder des Bundespatentgerichts). — <sup>2)</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stichtag bei Bundesbahn und Bundespost: 30. September. — <sup>3)</sup> Hohheits- und Kammerverwaltungen. — <sup>4)</sup> Ohne militarisches Personal der Bundeswehr und Vollzugsdienst des Bundesgrenzschutzes. — <sup>5)</sup> Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern (rd. 5 000 Kräfte). — <sup>6)</sup> Ohne eigene Rechtspersonlichkeit. — <sup>7)</sup> Einschl. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen; ohne Posthalter. — <sup>8)</sup> Darunter 2 213 Staatsanwälte.

Teils bisheriger Fehlstellen für Ärzte, Krankenschwestern, Fürsorgerinnen und Schreibkräfte ausgewirkt. Die Zahl der Vollbeschäftigten bei den rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen der Gebietskorperschaften ist — vornehmlich durch Privatisierung weiterer kommunaler Unternehmen — (um rd. 7 000, d. s. 3,8%) zurückgegangen.

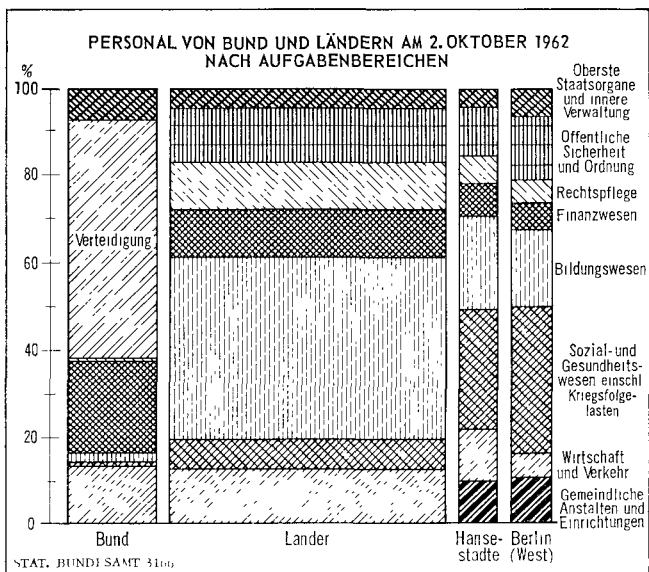
Auch die Bundesbahn, deren Personalentwicklung seit 1957 rückläufig ist, hatte rd. 9 000 Kräfte (1,9%) weniger als 1961.

Staatliche Verwaltung nach Aufgabenbereichen

Bei der Aufbereitung der Ergebnisse konnten die Zahlen für die Vollbeschäftigten der staatlichen Behörden und Einrichtungen wie im Vorjahr auch nach Aufgabenbereichen gegliedert werden.

Entsprechend der bei Bund, Ländern und Stadtstaaten unterschiedlichen Aufgabenstellung haben die einzelnen Aufgabenbereiche bei den verschiedenen staatlichen Gebietskorperschaften voneinander abweichendes Gewicht.

Beim Bund sind in der Finanzverwaltung, der Wirtschafts- und Verkehrsverwaltung sowie bei der Verteidigung zusammen rd. 89% aller Beamten, Angestellten und Arbeiter tätig. Bei den Ländern (ohne Stadtstaaten) werden allein im Bildungswesen rd. 42% aller Bediensteten — vorwiegend als Lehrer und Hochschullehrer — beschäftigt. Die Stadtstaaten, die neben staatlichen auch kommunale Aufgaben — insbesondere im Sozial- und Gesundheitswesen — haben, verwenden rd. 46% ihres Personals auf den Gebieten des Bildungswesens und des Aufgabenbereichs Arbeit und Wohlfahrt.



Wie schon in früheren Veröffentlichungen<sup>8)</sup> erwähnt wurde, ist der überwiegende Teil (fast 70%) des gesamten vollbeschäftigten Personals der staatlichen Behörden und Einrichtungen nicht mit „Verwaltungsaufgaben“ im eigentlichen Sinne beschäftigt, sondern nimmt Aufgaben der Rechtspflege (Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Beamte des Strafvollzugs), der Sicherheit und Ordnung (zivils Personal im Bereich des Bundesministeriums für Verteidigung, Beamte der Bereitschafts-, Verkehrs- und Kriminalpolizei), des Bildungswesens (Lehrer an Schulen und Hochschulen, Personal von Bibliotheken und Museen), des Sozial- und Gesundheitswesens (Jugendpfleger, Ärzte, Krankenschwestern, med.techn. Assistentinnen) und der kommunalen Anstalten und Einrichtungen (Personal der Feuerwehren, der Stadtentwässerung, Straßenreinigung, Müllabfuhr und dgl.; bei den Stadtstaaten) wahr.

Personal der Behörden und Einrichtungen von Bund und Ländern (einschl. Stadtstaaten) nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich	In unmittelbarem Dienstverhältnis Vollbeschäftigte				2. Oktober 1961
	Beamte und Richter	Angestellte	Arbeiter	Zusammen	
Oberste Staatsorgane und auswärtige Angelegenheiten .....	5 695	6 231	1 571	13 497	13 212
Verteidigung <sup>2)</sup> .....	14 076	46 747	63 998	124 821	110 844
Innere Verwaltung <sup>3)</sup> .....	19 082	25 304	4 671	49 057	48 902
Polizei <sup>4)</sup> .....	102 615	9 545	4 978	117 138	114 864
Rechtspflege .....	59 992	27 344	2 001	89 337	88 183
Schulen .....	228 899	21 067	3 151	253 117	247 221
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung .....	22 959	43 028	21 407	87 394	82 049
Sozial- und Gesundheitswesen <sup>5)</sup> .....	20 299	66 956	19 444	106 699	105 922
Bau- und Wohnungswesen .....	9 010	26 671	3 311	38 992	37 703
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten .....	8 517	15 658	5 964	30 139	29 555
Handel, Industrie und Gewerbe .....	4 386	5 851	1 016	11 253	11 844
Verkehr .....	6 957	19 750	32 117	58 824	56 845
Gemeindliche Anstalten und Einrichtungen .....	4 124	2 203	14 751	21 078	21 182
Finanzwesen .....	91 138	42 862	5 666	139 666	138 789
Besondere Kriegsfolgekosten <sup>6)</sup> .....	976	4 775	261	6 012	5 877
Insgesamt .....	598 725	363 992	184 307	1 147 024	1 112 992

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis. — <sup>2)</sup> Ohne militarisches Personal der Bundeswehr. — <sup>3)</sup> Einschl. Verwaltung des Bundesgrenzschutzes. — <sup>4)</sup> Ohne Bundesgrenzschutz. — <sup>5)</sup> Einschl. der Dienststellen für soziale Kriegsfolgekosten (Versorgungsverwaltung, Lastenausgleichsamter usw.). — <sup>6)</sup> Einschl. Wiedergutmachungsamter.

Gemeindliche Verwaltung nach Korperschaften/Größenklassen

Die Gliederung des vollbeschäftigten Personals der gemeindlichen Behörden und Einrichtungen

<sup>8)</sup> Vgl. WiSta 1962/5, S. 297 und „Personal von Bund, Ländern und Gemeinden 2. Oktober 1961“, S. 4, 5 in Reihe 4 der Fachserie „Finanzen und Steuern“.

nach Körperschaften und Gemeindegrößenklassen zeigt, daß mehr als die Hälfte der rd. 547 000 Dienstkräfte der gemeindlichen Verwaltung im Dienst der 137 kreisfreien Städte des Bundesgebietes steht.

Personal von Behörden und Einrichtungen der Gemeinden (Gv.) nach Körperschaften/Größenklassen

Körperschaft Größenklasse <sup>1)</sup>	In unmittelbarem Dienstverhältnis vollbeschäftigtes Personal				Unter den Voll- beschäftigten waren Bedienstete mit Zeit- vertrag
	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	zu- sammen	
2. Oktober 1962 <sup>2)</sup>					
Kreisfreie Städte .....	71 536	116 340	96 219	284 095	8 940
mit 200 000 und mehr Einwohnern .....	45 325	67 210	54 916	167 451	5 247
mit 50 000 bis unter 200 000 Einwohnern .....	20 848	40 689	33 265	94 802	3 024
mit weniger als 50 000 Einwohnern .....	5 363	8 441	8 038	21 842	669
Kreisangehörige Gemeinden und Ämter .....	27 146	64 712	57 405	149 263	2 504
mit 20 000 und mehr Einwohnern .....	7 883	20 181	18 411	46 475	912
mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern .....	8 858	21 616	23 338	53 812	780
mit 1 000 bis unter 5 000 Einwohnern .....	5 705	13 821	15 191	34 717	733
Ämter <sup>3)</sup> .....	4 700	9 094	465	14 259	79
Landkreise .....	13 296	51 783	20 163	85 242	1 418
Bezirksverbände .....	4 930	16 303	6 911	28 144	307
Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt <sup>4)</sup> .....	116 908	249 138	180 698	546 744	13 169

<sup>1)</sup> Zuordnung zu den Gemeindegrößenklassen nach der vorläufigen Einwohnerzahl vom 6. 6. 1961. — <sup>2)</sup> Vorläufiges Ergebnis. — <sup>3)</sup> Einschl. Steuer- und Gemeindeeinnahmehereien in Rheinland-Pfalz. — <sup>4)</sup> Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern.

Die 6 954 kreisangehörigen Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern beschäftigen dagegen nur rd. 135 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter, was einem Anteil von 24,7% am gesamten Personal der Kammereiverwaltungen entspricht.

Dienstverhältnisse

Bei der Personalvermehrung der Gebietskörperschaften zusammen in den letzten Jahren hat die Zahl der Angestellten und auch die der Arbeiter relativ etwas mehr als die der Beamten und Richter zugenommen.

Die Anteile des Personals der einzelnen Dienstverhältnisse an der Gesamtzahl der Bediensteten haben sich dadurch etwas geändert:

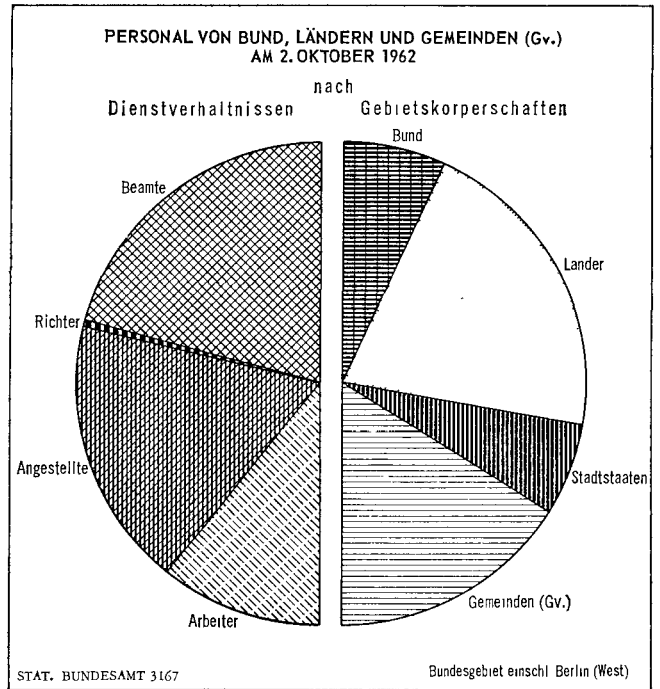
Erhebungsjahr	Beamte und Richter	Angestellte	Arbeiter
1955	40,4	31,9	27,7
1960	39,0	33,5	27,5
1961	38,6	34,4	27,0
1962	38,7	34,7	26,5

Die Änderung der Relationen seit 1955 ist vorwiegend auf die Entwicklung des zivilen Personals der Bundeswehr zurückzuführen, bei dem die Anteile der Angestellten und Arbeiter besonders hoch sind.

Bei den einzelnen Gebietskörperschaften haben die Länder (ohne Stadtstaaten) relativ die meisten Beamten (rd. 440 000 = 62,8%), was vor allem auf den hohen Anteil der überwiegend beamteten Lehrpersonen am Gesamtpersonal der Länder zurückzuführen ist. Die Gemeinden beschäftigen die meisten Kräfte (rd. 46%) im Angestelltenverhältnis, zumal bei ihnen das vorwiegend mit angestelltem Personal besetzte Aufgabengebiet Sozial- und Gesundheitswesen (vor allem Krankenhäuser) personell besonders ins Gewicht fällt. Bei den Wirtschaftsunternehmen überwiegt dagegen mit 72% aller Bediensteten der Anteil der Arbeiter.

Einzelne Personalgruppen

Am Stichtag der Erhebung waren bei Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost zusammen rd. 58 700 nicht-beamtete, vollbeschäftigte Kräfte mit Zeitvertrag tätig. Ihre Gesamtzahl liegt um rd. 600 (1,0%) niedriger als im



vergangenen Jahr. Bei diesen im befristeten Arbeitsverhältnis tätigen Bediensteten handelt es sich um Aushilfskräfte, Saisonkräfte, Werkstudenten und sonstige Angestellte und Arbeiter mit Aufgaben von begrenzter Dauer. Relativ die meisten Zeitkräfte (rd. 6 300, d. s. 3,4%) werden bei den Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit beschäftigt.

Wie im Vorjahr wurde auch bei der Erhebung am 2. Oktober 1962 die Zahl der teilbeschäftigten Kräfte gesondert erfragt, das sind auf unbestimmte Zeit oder auch auf Grund eines befristeten Arbeitsvertrages Beschäftigte, deren Dienst sich auf weniger als die für die betreffende Dienststelle übliche Wochenstundenzahl (z. B. 45 Wochenarbeitsstunden) beläuft. Wie bei der letzten Erhebung ist hierbei die Erfassung auf 20 und mehr Wochenarbeitsstunden<sup>9)</sup> Tätige nach unten begrenzt worden, um eine Überhöhung dieser Zahlen durch Einbeziehung von nur in unbedeutendem Maße Teilbeschäftigten — z. B. nur einzelne Wochenstunden Tätige — zu vermeiden.

Teilbeschäftigtes Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden (Gv.)

Körperschaft	In unmittelbarem Dienstverhältnis Teilbeschäftigte <sup>1)</sup>		Teil- beschäftigte am 2. 10. 1962 in % der Vollbe- schäftigten
	2. 10. 1962 <sup>2)</sup>	2. 10. 1961	
	Anzahl		
Behörden und Einrichtungen .....	98 351	89 849	5,8
Bund .....	2 675	2 253	1,2
Länder .....	25 312	23 007	3,6
Stadtstaaten .....	13 717	13 085	6,7
Kreisfreie Städte .....	25 703	23 841	9,0
Kreisangeh. Gemeinden .....	22 393	20 518	16,6
Übrige Gemeindl. Verw. <sup>3)</sup> .....	8 551	7 145	6,7
Wirtschaftsunternehmen <sup>4)</sup> .....	8 101	8 120	4,4
Gebietskörperschaften zusammen ..	106 452	97 969	5,7
Bundesbahn .....	3 329	3 402	0,7
Bundespost <sup>5)</sup> .....	44 188	39 430	11,4
Insgesamt .....	153 969	140 801	5,6
außerdem Bundesanstalt für Arbeits- vermittlung und Arbeitslosen- versicherung .....	1 662	1 692	6,4

<sup>1)</sup> Weniger als die volle Wochenstundenzahl, jedoch mindestens 20 Wochenstunden Tätige. — <sup>2)</sup> Vorläufiges Ergebnis. — <sup>3)</sup> Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. — <sup>4)</sup> Ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — <sup>5)</sup> Einschl. Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen; ohne Posthalter.

Insgesamt waren am Stichtag der Erhebung bei Gebietskörperschaften<sup>10)</sup>, Bundesbahn und Bundes-

<sup>9)</sup> Bei Lehrkräften, deren Arbeitszeit nach Wochenlehrstunden bemessen wird, ist die Untergrenze entsprechend umgerechnet worden. — <sup>10)</sup> Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. —

pos<sup>11)</sup> rd. 154 000 Teilbeschäftigte mit 20 und mehr Wochenstunden tätig, darunter 108 beamtete Lehrkräfte mit „Teilzeitbeschäftigung“ in den Ländern Niedersachsen und Baden-Württemberg<sup>12)</sup>. Die Gesamtzahl des überwiegend im Schuldienst, als Bedienungspersonal von Büromaschinen, im Reinigungsdienst und im Briefverteildienst der Bundespost ein-

<sup>11)</sup> Ohne 20 155 Posthalter der Bundespost, die in einem Dienstverhältnis besonderer (teils beamtenrechtsähnlicher) Art, vorwiegend nebenberuflich, beschäftigt werden. — <sup>12)</sup> In Niedersachsen und Baden-Württemberg wurden in den letzten Jahren in Anbetracht des Lehrermangels durch entsprechende Ergänzung der beamtenrechtlichen Bestimmungen die Voraussetzungen zur Verwendung teilbeschäftigter Beamtinnen (Lehrerinnen) auf Lebenszeit ermöglicht. In Baden-Württemberg wurden 1962 bei kreisangehörigen Gemeinden auch 392 teilbeschäftigte Beamte auf Widerruf („durch das Amt nicht voll in Anspruch genommene“ Beamte — z. B. Ärzte und Tierärzte — gemäß § 7 (1) Ziffer 4 b des Landesbeamtengesetzes von Baden-Württemberg) gezählt.

gesetzten teilbeschäftigten Personals hat im Zusammenhang mit der angespannten Arbeitsmarktlage gegenüber dem Vorjahr um rd. 13 100 Kräfte (9,4 %) zugenommen.

Bei der Personalstandstatistik am 2. Oktober 1962 ist für Zwecke einer von der Arbeitsgemeinschaft der Innenminister der Länder eingesetzten Gutachterkommission auch die Anzahl der bei Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigten Juristen mit zweiter Staatsprüfung festgestellt worden. Die Kommission hat die Aufgabe, in Fühlungnahme mit der Arbeitsgemeinschaft der Justizminister der Länder ein Gutachten über die Ausbildung der Juristen unter Berücksichtigung der Belange der Verwaltung zu erstellen. Die Zahlen über die im öffentlichen Dienst tätigen Juristen werden in dieser Zeitschrift in Kürze besonders behandelt werden. Str.

## Landwirtschaft

### Betriebe nach Art und Umfang ihrer gärtnerischen Nutzfläche

#### Ergebnis der Gartenbauerhebung 1961

Bei der Darstellung der ersten Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1961<sup>1)</sup> wurde an der Art und Organisationsform der Betriebe gezeigt, unter welchen mannigfachen Bedingungen der Anbau von Gartengewächsen erfolgt. Im folgenden werden ergänzend dazu Art und Umfang des Gartenbaues innerhalb der Betriebsarten anhand der gärtnerischen Hauptnutzungen dargestellt und erläutert, wobei die Abgrenzung nach Hauptnutzungen Aussagen über die Form der Flächennutzung im Gartenbau ermöglicht.

Ausgangspunkt für eine solche Darstellung ist die gärtnerische Nutzfläche, das heißt der Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der hauptsächlich mit Gartengewächsen genutzt wird. Sie setzt sich zusammen aus den Flächen der Hauptnutzungen im Freiland von Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Baumschulen, gärtnerischem Samenbau sowie aus den Unterglasflächen. Als Hauptnutzung wird dabei der Anbau derjenigen Kultur verstanden, die den gesamten oder überwiegenden Ertrag der Fläche erbringt bzw. — wenn nach diesem Gesichtspunkt keine Entscheidung zu treffen ist — die Kultur, die den Boden länger in Anspruch nimmt oder bei etwa gleicher Dauer zuerst auf der Fläche steht. Der Anbau von Gartengewächsen kann aber auch in Nebennutzung erfolgen. Eine solche Nebennutzung kann sogar die einzige gartenbauliche Nutzung im Betrieb sein, der dann überhaupt keine gärtnerische Nutzfläche im Sinne der obigen Definition hätte.

Mit der Aufgliederung nach Hauptnutzungen sind daher nur die Flächen zu erfassen, die im Hinblick auf die Ertragsleistung oder die zeitliche Dauer des Anbaus überwiegend gärtnerisch genutzt werden. Gemäß ihrer Eigenart werden die einzelnen Nutzungszweige aber in unterschiedlichem Ausmaß als Hauptnutzung betrieben. Obstbau, vor allem der bäuerliche Obstbau, findet sich noch verbreitet in Nebennutzung auf Wiesen und Weiden, so daß durch die Hauptnutzung nur ein Teil des tatsächlichen Obstbaus erfaßt wird. Gemüse wird dagegen weit mehr in Hauptnutzung angebaut, obwohl die Kurzfristigkeit vieler Arten einen Vor- oder Nachanbau zu anderen gärtnerischen oder landwirtschaftlichen Kulturen zuläßt. Fast ausschließlich in Hauptnutzung erfolgt der Anbau von Zierpflanzen und Baumschulkulturen sowie der gärtnerische Samenbau.

Viele Betriebe, besonders solche mit Obst- und Gemüsebau, haben außerdem noch rein landwirtschaftlich genutzte Flächen, die zur Beurteilung des Gesamtbetriebes mit herangezogen werden müssen. Hierfür bietet die Gliederung der Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche gewisse Hinweise.

#### Die gärtnerischen Hauptnutzungen 1961

1961 umfaßte die gärtnerische Nutzfläche<sup>2)</sup> im Bundesgebiet ohne Berlin rd. 141 000 ha, die von 176 900 Betrieben bewirt-

schaftet wurde, d. h., im Durchschnitt entfielen auf einen Betrieb 0,79 ha. Für die einzelnen Hauptnutzungen wurde die folgende Zahl der Betriebe und durchschnittliche Fläche der Hauptnutzung je Betrieb ermittelt:

	Betriebe	Durchschn. Fläche je Betrieb
Obstbau .....	89 240	0,71 ha
Gemüsebau .....	96 920	0,62 ha
Zierpflanzenbau .....	24 870	0,24 ha
Baumschulen .....	5 620	1,58 ha
Anbau von Gemüse- und Blumensamen	650	0,61 ha

Die 29 600 Betriebe mit Unterglasanlagen bewirtschafteten im Mittel je Betrieb 740 qm Glasfläche. Weiter zeigt sich bei entsprechender Gliederung, daß in einzelnen Betriebsarten bestimmte Nutzungen bevorzugt werden. So liegen in den reinen Gartenbaubetrieben allein 77 % der Zierpflanzenbetriebe mit 86 % der Zierpflanzenfläche, mehr als zwei Drittel der Baumschulbetriebe mit 77 % der Baumschulfläche, 56 % der Samenbaubetriebe mit 52 % der Samenbaufäche und drei Viertel der Unterglasbetriebe mit fast 85 % der Glasfläche. In den Gartenbaubetrieben mit Landwirtschaft tritt keine Hauptnutzung mit einem besonders starken Anteil hervor. Dagegen konzentrieren sich in der dritten Gruppe, landwirtschaftliche und sonstige Betriebe, 81 % der Obstbaubetriebe mit 62 % der Obstfläche sowie drei Viertel der Gemüsebetriebe mit 64 % der Gemüsefläche. Außerdem finden sich dort noch 15 % der Zierpflanzenbetriebe mit allerdings nur 7 % der Fläche, 19 % der Baumschulen mit ebenfalls 7 % der Fläche und schließlich 13 % der Unterglasbetriebe, aber nur knapp 6 % der Glasfläche.

Gebietlich liegen die Schwerpunkte des intensiv betrieb-

#### Anteil der Hauptnutzung an der gärtnerischen Nutzfläche 1961 Bundesgebiet ohne Berlin %

Land Landw. Nutzfläche von ... bis unter ... ha Betriebsart	Gärtnerische Nutzfläche					
	Obst	Gemüse	Zier- pflanzen	Baum- schu- len	Samen- bau	Unter- glas- anlagen
nach Ländern						
Schleswig-Holstein .....	18,7	61,2	3,1	16,2	0,1	0,6
Hamburg .....	48,6	35,2	8,8	3,9	0,1	3,4
Niedersachsen .....	52,3	40,1	2,6	3,9	0,3	0,8
Bremen .....	10,2	25,7	37,4	14,6	—	12,1
Nordrhein-Westfalen .....	27,1	52,8	8,4	8,4	0,5	2,8
Hessen .....	45,4	41,1	5,8	5,4	0,5	1,9
Rheinland-Pfalz .....	56,6	37,2	2,3	2,8	0,2	0,8
Baden-Württemberg .....	64,2	27,6	2,3	4,3	0,2	1,4
Bayern .....	42,3	45,7	4,3	5,2	0,2	2,3
Saarland .....	49,7	36,6	5,9	6,1	0,0	1,8
Bundesgebiet ohne Berlin	45,1	42,5	4,2	6,3	0,3	1,6
nach Größenklassen						
unter 0,5 .....	40,2	35,3	16,8	1,7	0,0	6,0
0,5—2 .....	41,0	37,7	12,6	4,0	0,1	4,6
2—5 .....	45,0	41,9	4,2	6,9	0,2	1,8
5 und mehr .....	46,6	44,5	1,0	7,2	0,4	0,3
nach Betriebsarten						
Reine Gartenbaubetriebe	34,0	31,0	12,7	17,1	0,5	4,6
Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft .....	48,4	42,1	1,8	6,5	0,3	1,0
Landwirtschaftliche und Sonstige Betriebe .....	49,8	48,5	0,5	0,8	0,1	0,2

1) WiSta, 1962/10, S. 601. — 2) Vgl. Tabelle, S. 199\*.

nen Obstbaus — Hauptnutzung kann hier mit intensiver Nutzung gleichgesetzt werden, weil Kultur- und Pflegemaßnahmen auf die Belange des Obstbaus ausgerichtet sein müssen — in Baden-Württemberg mit 27 % und Niedersachsen mit 26 %, der flächenmäßig etwa gleich bedeutende Gemüsebau zu rd. 60 % im nord- und westdeutschen Raum. Von der Baumschulfläche entfällt ein Drittel auf Schleswig-Holstein, ein weiteres auf Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Freilandanbau von Zierpflanzen wird bevorzugt in Nordrhein-Westfalen (rd. 34 %) betrieben; er hat aber im übrigen nicht so ausgeprägte Schwerpunkte wie die vorgenannten Nutzungen. Zur Beurteilung des gesamten Zierpflanzenanbaus müßte eigentlich auch sein Anteil an den Unterglasflächen herangezogen werden; das ist aber erst möglich, wenn die Angaben über deren Nutzung aufbereitet sind. Der flächenmäßig unbedeutende Vermehrungsanbau von Gemüse- und Blumensamen liegt zu annähernd 60 % in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Die Glasflächen befinden sich zu knapp einem Drittel in Nordrhein-Westfalen, zu einem weiteren Drittel in Baden-Württemberg und Bayern sowie zu einem Viertel in den vier nördlichen Bundesländern.

Von den 1961 im Bundesgebiet ohne Berlin ermittelten 141 000 ha gärtnerischer Nutzfläche wurden 63 500 ha (45,1 %) mit Obst, fast 60 000 ha (42,5 %) mit Gemüse, etwa 9 000 ha (6,3 %) mit Baumschulkulturen, knapp 6 000 ha (4,2 %) mit Zierpflanzen und 400 ha mit Gemüse- und Blumensamen genutzt. Weitere 2 200 ha (1,6 %) waren mit Gewächshäusern und Frühbeeten bedeckt.

In Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg beansprucht der Obstbau mehr als die Hälfte der gärtnerischen Nutzfläche; auch in Hamburg, Hessen und dem Saarland bildet er die wichtigste Nutzung. Der Gemüsebau nimmt in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen den überwiegenden Teil der gärtnerischen Nutzfläche ein und in Bayern annähernd deren Hälfte. In Bremen übertrifft der Zierpflanzenanbau im Freiland den Gemüsebau, die Baumschulen und den Obstbau.

Die Gliederung der Betriebe nach Größenklassen zeigt, daß

von der gärtnerischen Nutzfläche allein 87 700 ha (62 %) in den Betrieben mit 5 ha und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche liegen. Wesentlichen Einfluß auf diese Verteilung haben die Hauptnutzungsflächen von Obst und Gemüse, die sich mit 40 900 bzw. 39 100 ha zu 64 bzw. 65 % in diesen Größenklassen befinden, sowie die 6 300 ha Baumschulkulturen, die 71 % der gesamten Baumschulfläche entsprechen. Demgegenüber liegen jeweils mehr als zwei Drittel der Zierpflanzen-Freilandflächen und der Unterglasanlagen in den Betrieben unter 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Innerhalb der Größenklassen verschiebt sich demzufolge das Verhältnis der einzelnen Hauptnutzungen gegeneinander. Während die Anteile des Obstes, des Gemüses, der Baumschulen und auch des Gemüse- und Blumensamenbaus an der gärtnerischen Nutzfläche mit steigender Größenklasse gleichmäßig absolut wie relativ zunehmen, gehen die Freiland-Zierpflanzenflächen und die Unterglasflächen anteilmäßig zurück. Auch innerhalb der Betriebsarten bestehen typische Relationen. Bei den reinen Gartenbaubetrieben nehmen Obst und Gemüse zusammen nur knapp zwei Drittel der gärtnerischen Nutzfläche ein — 30 % entfallen auf Zierpflanzenbau im Freiland und Baumschulkulturen —, bei den Gartenbaubetrieben mit Landwirtschaft sind es schon rd. 90 % und bei den landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben sogar mehr als 98 %.

Etwa ein Drittel aller Obstbaubetriebe betreibt Obstbau nur als Nebennutzung; das zeigt sich bei einem Vergleich zwischen den Betrieben mit Verkaufserlösen aus Obst (130 800) und denen mit Obst in Hauptnutzung (89 200). 85 % dieser Nebennutzungsbetriebe liegen im süd- und südwestdeutschen Raum, und zwar 19 300 in Baden-Württemberg, 12 000 in Bayern (das sind fast 40 bzw. 53 % der dortigen Betriebe mit Verkaufserlösen aus Obst), und 4 200 in Rheinland-Pfalz. Bei allen anderen Betriebszweigen — auch im Gemüsebau — ist die ausschließliche Nebennutzung praktisch ohne Bedeutung.

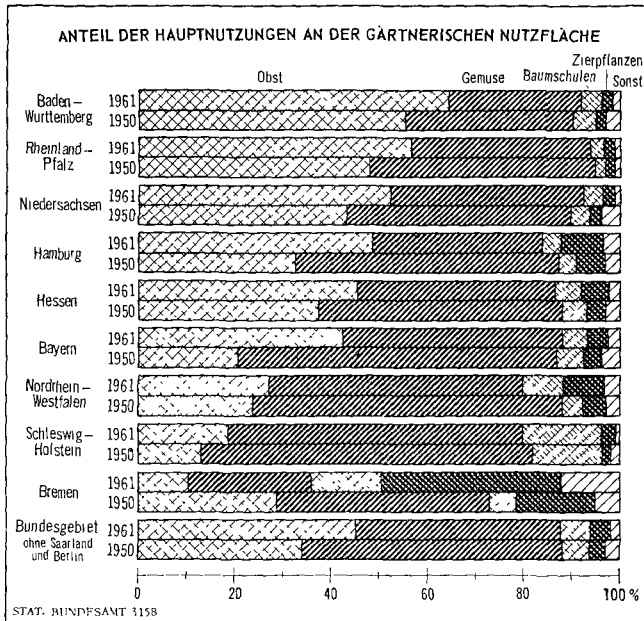
#### Vergleich der Hauptnutzungen 1961 mit 1950

Seit 1950 hat sich die gärtnerische Nutzfläche im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) um 30 % auf fast 140 000 ha

Anteile der Hauptnutzungen an der gärtnerischen Nutzfläche 1950 und 1961  
ha

Land	Jahr Zu (+)- bzw. Abnahme (-) 1961 gegen 1950	Gärtnerische Nutzfläche						
		insgesamt	Obstfläche	Gemüse- fläche	Zierpflanzen- fläche	Baumschul- fläche	Fläche der Gemüse- und Blumensamen	Fläche der Unterglas- anlagen
Schleswig-Holstein	1961	16 561	3 101	10 138	512	2 686	21	103
	1950	14 510	1 888	9 981	297	2 091	187	86
	%	+ 14,1	+ 64,2	+ 1,6	+ 72,4	+ 28,5	- 87,4	+ 19,8
Hamburg	1961	5 001	2 428	1 759	439	197	6	172
	1950	4 393	1 432	2 397	262	164	5	133
	%	+ 13,8	+ 69,6	- 26,6	+ 67,6	+ 20,1	+ 20,0	+ 29,3
Niedersachsen	1961	31 567	16 492	12 671	809	1 239	107	250
	1950	20 598	8 899	9 569	465	832	663	170
	%	+ 53,3	+ 85,3	+ 32,4	+ 74,0	+ 48,9	- 83,9	+ 47,1
Bremen	1961	206	21	53	77	30	—	25
	1950	440	126	194	72	25	3	20
	%	- 53,2	- 83,3	- 72,7	+ 6,9	+ 20,0	—	+ 25,0
Nordrhein-Westfalen	1961	23 854	6 463	12 597	1 999	1 997	124	673
	1950	24 712	5 881	15 866	1 165	1 093	302	405
	%	- 3,5	+ 9,9	- 20,6	+ 71,6	+ 82,7	- 58,9	+ 66,0
Hessen	1961	8 992	4 085	3 693	520	483	41	170
	1950	7 520	2 813	3 800	297	381	69	160
	%	+ 19,6	+ 45,2	- 2,8	+ 75,1	+ 26,8	- 40,6	+ 6,3
Rheinland-Pfalz	1961	13 501	7 658	5 034	311	382	23	94
	1950	8 978	4 303	4 210	174	197	26	68
	%	+ 50,0	+ 78,0	+ 19,6	+ 78,7	+ 93,9	- 11,5	+ 38,2
Baden-Württemberg	1961	26 359	16 931	7 274	609	1 134	46	367
	1950	16 443	9 099	5 718	327	800	215	284
	%	+ 60,0	+ 86,1	+ 27,2	+ 86,2	+ 41,8	- 78,6	+ 29,2
Bayern	1961	13 627	5 771	6 230	585	699	28	315
	1950	9 556	1 968	6 314	356	545	132	241
	%	+ 42,6	+ 193,2	- 1,3	+ 64,3	+ 28,3	- 78,8	+ 30,7
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)	1961	139 668	62 950	59 449	5 861	8 847	396	2 169
	1950	107 150	36 409	58 049	3 415	6 128	1 582	1 567
	%	+ 30,3	+ 72,9	+ 2,4	+ 71,6	+ 44,8	- 75,0	+ 38,4

erhöht, wobei besonders starke Zugänge in Niedersachsen und Baden-Württemberg um jeweils rd. 10 000 ha zu verzeichnen sind. Dagegen fallen die Rückgänge in Nordrhein-Westfalen um 850 ha und Bremen um 230 ha kaum ins Gewicht, wenn auch Bremen dadurch mehr als die Hälfte seiner gärtnerischen Nutzfläche eingebüßt hat.



Der recht erhebliche Flächenzuwachs verteilt sich auf die einzelnen Hauptnutzungen in unterschiedlichem Maße. Die Obstflächen haben mit einer Zunahme um rd. 26 500 ha (73 %) den absolut wie relativ größten Zugang erfahren, ein Zeichen dafür, daß der intensive Obstbau immer mehr an Boden gewinnt. Während die Gemüseflächen sich nur geringfügig ausgedehnt haben, sind bedeutende Erweiterungen bei Freiland-Zierpflanzen (um 2 450 ha oder 72 %) und Baumschulen (um 2 930 ha oder 48 %) zu beobachten. Bemerkenswert sind weiter die Zunahmen der Glasflächen um 600 ha oder 38 % sowie der Rückgang der Samenbauflächen auf ein Viertel.

Obwohl die Gemüsefläche des Bundesgebietes gegenüber 1950 keine nennenswerte Veränderung aufweist, zeigen sich in einzelnen Ländern erhebliche Verschiebungen. So haben Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Niedersachsen Zugänge von 20 bis 32 % zu verzeichnen, die jedoch durch Abnahmen in den Stadtstaaten, vor allem aber in Nordrhein-Westfalen (20 %) wieder ausgeglichen werden. Bei den Flächen der Hauptnutzungen mit Zierpflanzen und Baumschulen sind in allen Bundesländern Zunahmen zu beobachten, die teils auf die Vergrößerung der gesamten gärtnerischen Nutzfläche, teils aber auch auf Verschiebungen zwischen den Nutzungen zurückzuführen sind.

Bemerkenswert ist schließlich noch die Entwicklung der Glasanlagen, die sich besonders in Nordrhein-Westfalen um fast 260 ha (66 %), Baden-Württemberg um 83 ha (29 %), Niedersachsen um 80 ha (47 %) und Bayern um 74 ha (31 %) vergrößert haben. Bei einer gleichzeitigen Abnahme in der Zahl der Betriebe mit Glasanlagen um 8 % ist dadurch die durchschnittliche Glasfläche je Betrieb von 490 qm (1950) auf 740 qm (1961) gestiegen. Mte.

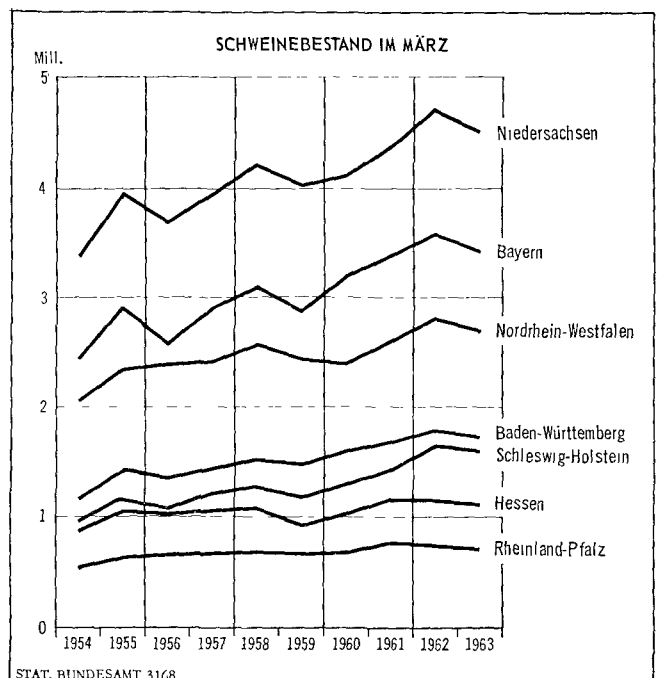
### Schweinebestand am 4. März 1963

Im Bundesgebiet ohne Berlin wurden am 4. März 1963 insgesamt 15,83 Mill. Schweine gezählt<sup>1)</sup>. Seit dem Dezember 1959 lag die Zahl der Schweine bei allen Zählungen höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Diese Entwicklung wurde im Dezember 1962 unterbrochen, der Bestand lag damals um 2 % unter dem des Vorjahres. Die rückläufige Entwicklung hat sich bis zur Märzszählung 1963 fortgesetzt, da der Bestand um 4 % niedriger als im März 1962 war. Dem Rückgang des Gesamt-

bestandes ist der Bestand an Schlacht- und Mastschweinen nicht gefolgt. Er lag mit 2,21 Mill. Tieren nur ganz unwesentlich unter der im März 1962 ermittelten Zahl. An Jungschweinen wurden 7,48 Mill. Tiere gezählt, das sind 4,8 % weniger als im März des Vorjahres. Eine Darstellung der Entwicklung dieses Bestandes seit der letzten Zählung im Dezember 1962 in absoluten Zahlen ist unzumutbar, da die einzelnen Kategorien des Gesamtbestandes im Laufe eines Jahres hinsichtlich ihres Umfangs starken saisonalen Schwankungen unterliegen. Ein Vergleich mit den sechsjährigen Durchschnittswerten zeigt jedoch einen Rückgang auch gegenüber dem Dezember 1962. Damals lag der Bestand noch um 12,3 % über dem sechsjährigen Dezemberdurchschnitt, im März aber nur noch um 8 % über dem entsprechenden Märzdurchschnitt. Die Zahl der Ferkel betrug 4,59 Mill. Tiere, das sind 4,5 % weniger als im März des Vorjahres. Auch hier ist ein Rückgang gegenüber dem Dezemberbestand festzustellen. Im Dezember war der Ferkelbestand um 11,1 %, im März aber nur noch um 7,7 % höher als die entsprechenden langjährigen Durchschnittswerte. Der Bestand an Zuchtsauen insgesamt umfaßte 1,51 Mill. Tiere und war um 4,9 % kleiner als im März des Vorjahres. Der relative Rückgang gegenüber dem Dezember 1962 ist nicht so stark wie bei den Ferkeln und Jungschweinen. Die Zahl der Zuchtsauen lag im Dezember um 7,9 % und im März um 6 % über den entsprechenden sechsjährigen Durchschnittswerten. Die Zahl der trächtigen Sauen, die für die weitere Entwicklung des Bestandes von besonderer Bedeutung ist, betrug 885 000 Tiere und war um 6,0 % kleiner als im Jahr zuvor. Auch gegenüber dem Dezember zeigt sie einen starken Rückgang, der absolut zwar nur 2,3 % beträgt, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß der Bestand an trächtigen Sauen von Dezember zu März saisonbedingt um etwa 3 % zuzunehmen pflegt. Ein Vergleich mit den langjährigen Durchschnittswerten bestätigt die rückläufige Entwicklung. Im Dezember lag die Zahl der trächtigen Sauen noch um 8,5 %, im März aber nur noch um 3,2 % über dem jeweils entsprechenden langjährigen Durchschnittswert.

Die Zahl der Schweinehalter ist seit dem März 1962 um 6,7 % auf 1,26 Mill. zurückgegangen. Diese Entwicklung ist seit dem März 1957 zu beobachten. Damals betrug die Zahl der Schweinehalter noch 1,61 Millionen. Sie ist seit dieser Zeit um 22 % zurückgegangen.

Der nutzbare Zugang in der Zahlperiode, der sich aus der Bestandsveränderung und der Zahl der Schlachtungen errechnet, betrug 5,6 Mill. Tiere. Er war um 4,1 % geringer als im entsprechenden Vorjahrszeitraum, was auf die gegenüber dem Dezember 1961 geringere Zahl der trächtigen Sauen im De-



1) Vgl. Tabelle, S. 199\*.



## Veränderungen des Schweinebestandes in den Ländern

%

Land	Zu (+) bzw. Abnahme (—) März 1963 gegen							
	März 1962					Dez. 1962		
	Schweinehalter	Schweineinsgesamt	Ferkel	Jungschweine	Schlacht- und Mastschweine	Zuchtsauen		
zusammen						trächtig		
Schleswig-Holstein und Hamburg .....	— 10,5	— 3,8	— 5,5	— 3,1	— 6,1	— 0,1	— 2,3	+ 2,0
Niedersachsen und Bremen .....	— 8,2	— 4,3	— 7,5	— 2,5	+ 0,2	— 7,9	— 9,5	— 6,0
Nordrhein-Westfalen .....	— 9,9	— 4,2	— 4,9	— 5,5	+ 0,8	— 5,5	— 7,3	— 3,4
Hessen .....	— 4,9	— 3,7	+ 2,8	— 9,8	+ 3,2	— 0,5	+ 0,5	— 3,2
Rheinland-Pfalz .....	— 4,5	— 3,5	— 6,0	— 3,1	— 0,4	— 5,6	— 8,3	+ 2,8
Baden-Württemberg .....	— 7,6	— 3,6	— 0,8	— 6,6	+ 0,6	— 3,5	— 4,7	— 0,2
Bayern .....	— 3,7	— 4,4	— 3,2	— 5,9	— 2,0	— 4,1	— 3,8	+ 0,4
Saarland .....	— 10,8	— 2,5	— 2,9	— 5,0	+ 11,0	— 7,1	— 8,9	— 1,2
Bundesgebiet ohne Berlin .....	— 6,7	— 4,1	— 4,5	— 4,8	— 0,2	— 4,9	— 6,0	— 2,3

zember 1962 zurückzuführen ist. Ebenso wie im März 1963 wurden 82 % des Zugangs von den Zählern zu den Ferkeln gerechnet, während 18 % in die Kategorie der Jungschweine eingereicht wurden. Der Zugang je trächtige Sau der Dezemberzählung betrug 6,18 Tiere, im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es 6,13 Tiere.

Im Dezember 1962 wurde aus den Zugangszahlen eine Umtriebszeit errechnet, die mit 250 Tagen ebensolang war wie die der entsprechenden Vorjahrzählperiode, während sie sich vorher, und zwar seit dem September 1961, ständig ausgedehnt hatte. Diese Ausdehnung trat auch im März 1963 nicht mehr in Erscheinung. Das durchschnittliche Alter der Schweine am Tag der Schlachtung betrug, ebenso wie in der entsprechenden Vorjahrzählperiode, 235 Tage.

Insgesamt wurden in der Zählperiode 6,625 Mill. Schweine

geschlachtet, davon waren 4,609 Mill. gewerbliche und 2,016 Mill. Hausschlachtungen. Die Schlachtungen insgesamt lagen um 0,5 %, die gewerblichen um 2,8 % höher, die Hausschlachtungen um 4,4 % niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das durchschnittliche Schlachtgewicht hatte sich um 1,6 kg auf 86,3 kg erhöht.

Die Entwicklung des Schweinebestandes in den einzelnen Ländern im Laufe der letzten 10 Jahre zeigt große Unterschiede. In Niedersachsen, das den höchsten Schweinebestand aufweist, ist eine starke Bestandsausweitung festzustellen. Das gleiche gilt für Bayern mit dem zweitgrößten Bestand. Von den Ländern mit kleineren Beständen zeigt Schleswig-Holstein eine starke Steigerung, während die Entwicklung in Hessen und Rheinland-Pfalz wesentlich gleichmäßiger verlaufen ist.

Z. E.

## Unternehmen

### Bilanzen der Aktiengesellschaften für die Geschäftsjahre 1960 und 1961

#### 1. Vorbemerkung

Bis Ende Februar 1963 standen die Jahresabschlüsse 1961 (bzw. 1960/1961) von 1 886 Aktiengesellschaften für die statistische Auswertung zur Verfügung, das sind rund 92 % aller damals im Bundesgebiet ohne Berlin eingetragenen Aktiengesellschaften. Mit 31,1 Mrd. DM verfügten die 1 886 Gesellschaften aber über mehr als 98 % des insgesamt am 31. Dezember 1961 gezählten Grundkapitals (alles ohne Banken und Versicherungen). Die Bilanzstatistik für die beiden Geschäftsjahre 1960 und 1961 kann damit als abgeschlossen gelten, denn die noch ausstehenden Jahresabschlüsse werden das Gesamtbild infolge ihres geringen Gewichtes kaum noch beeinflussen können, obwohl sie erfahrungsgemäß weniger günstige Ergebnisse zeigen als die Masse der bereits vorliegenden Jahresabschlüsse. Wie in allen Jahren zuvor sind hier wieder nur die Zahlen solcher Aktiengesellschaften erfaßt, die für beide Geschäftsjahre vergleichbare Daten veröffentlicht haben. Es handelt sich dabei ohne die Beteiligungsgesellschaften um 1 844 Unternehmen. Die im Geschäftsjahr 1961 eingetretene Entwicklung läßt sich also aus den Tabellen genau ablesen.

Ein erster Bericht über die Ergebnisse für 1961 wurde im Novemberheft 1962 veröffentlicht. Dem damaligen Bericht lagen zwar nur die Zahlen von 1 171 Aktiengesellschaften der Industrie zugrunde. Schon aus dem Vergleich der Bilanzsumme ergibt sich aber, daß der aktuellere erste Bericht bereits den größten Teil des von den Aktiengesellschaften dargestellten Wirtschaftspotentials enthielt: Die 1 171 Aktiengesellschaften der Industrie hatten, nach Saldierung aller Wertberichtigungs-posten, eine Nettobilanzsumme von 106,1 Mrd. DM; bei den 1 844 Gesellschaften aller Wirtschaftsgruppen (ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften) lag der entsprechende Wert dagegen bei 127,1 Mrd. DM, also nur um rund 20 % höher. Da sich zudem die beiden großen zusätzlich erfaßten Bereiche Handel (wenig Anlagevermögen, viel Umlaufvermögen) und Verkehr (viel Anlagevermögen und wenig

Umlaufvermögen) in ihrer Bilanzstruktur gegenseitig weitgehend aufheben, erübrigt sich hier eine ähnlich ausführliche Erläuterung der Ergebnisse wie im Novemberheft. Die Darlegungen beschränken sich daher auf wenige Grunddaten und -tabellen, aus denen sich alle weiterführenden Berechnungen leicht ableiten lassen.

#### 2. Bilanzstruktur und Finanzierungsrechnung

Die Netto-Bilanzsumme der 1 844 Gesellschaften ist 1961 von 116,2 auf 127,1 Mrd. DM oder um knapp 10 % angestiegen (Tabelle 1). Etwas stärker, nämlich um 11 %, hat sich der Buchwert der Sachanlagen erhöht; deren Anteil an der Bilanzsumme hob sich dadurch leicht von 47,8 auf 48,4 %. Hier kommt bereits das wichtigste Merkmal der Jahresabschlüsse 1961 zum Ausdruck, das auch auf dem engeren Bereich von 1 171 Aktiengesellschaften der Industrie schon zu erkennen war: das hohe Ausmaß der Investitionen. Die Zugänge an Sachanlagen machten bei den 1 844 Unternehmen im Vorjahr noch 12,5 Mrd. DM, 1961 dagegen 15,0 Mrd. DM aus. Die Zunahme um fast genau 20 % liegt etwas unter dem Satz, der sich 1961 vorläufig für die Industrie allein ergeben hatte. Hier wirkt sich die Tatsache aus, daß die übrigen Bereiche der Wirtschaft im Geschäftsjahr 1961 — nach den Bilanzen der Aktiengesellschaften zu urteilen — bei ihren Investitionen zum Teil geringere Zuwachsraten zu verzeichnen hatten als die Industrie: Die Anlagenzugänge lagen 1961 im Handel um 26 % über, bei den Dienstleistungsgesellschaften und den Wohnungsgesellschaften um 3 % unter und in der Verkehrswirtschaft um 12 % über denen des Vorjahres<sup>1)</sup>.

Dem Reinzugang von 15,0 Mrd. DM standen mit 424 Mill. DM wiederum nur relativ geringe Abgänge gegenüber, und auch die Berichtigungen erreichten 1961 mit +74 Mill. DM nur einen geringen Umfang. Die Abschreibungen lagen mit 8,6 Mrd. DM zwar um 0,4 Mrd. DM über denen des Vorjahres, doch entsprach ihre Zunahme um 5 % keineswegs der der Investitionen. Im vorläufigen Bericht über die Ergebnisse der Bilanzstatistik für 1961 war bereits angedeutet, daß sich hier

<sup>1)</sup> Eine nach Wirtschaftsgruppen gegliederte Übersicht befindet sich auf S. 209\* f. dieses Heftes.

Tabelle 1: Vermögens- und Kapitalaufbau der Aktiengesellschaften  
(ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften)

Bundesgebiet ohne Berlin

Zahl der erfaßten Bilanzen	1 955		1 857		1 841		1 844			
	1957	1958	1958	1959	1959	1960	1960		1961	
Bilanzposten	%						Mill. DM	%	Mill. DM	%
Sachanlagen und Anzahlungen <sup>1)</sup>	46,6	46,7	47,9	47,3	48,0	47,4	55 520,9	47,8	61 546,9	48,4
Sonstiges Anlagevermögen <sup>2)</sup>	8,2	8,4	7,2	7,6	7,4	7,5	8 939,6	7,7	9 975,3	7,8
Anlagevermögen zusammen	54,8	55,1	55,1	54,9	55,4	54,9	64 460,5	55,5	71 522,2	56,2
Vorräte <sup>3)</sup>	18,8	18,6	18,8	17,9	17,6	18,3	20 924,7	18,0	22 878,6	18,0
Langfristige Forderungen <sup>4)</sup>	2,7	2,7	3,0	2,8	2,9	2,8	3 203,5	2,8	3 215,0	2,5
Kurzfristige Forderungen <sup>5)</sup>	16,7	16,5	15,9	16,2	16,0	16,5	18 989,2	16,3	20 483,6	16,1
Flüssige Mittel	6,3	6,2	6,3	7,2	7,2	6,7	7 692,3	6,6	8 099,2	6,4
Umlaufvermögen zusammen	44,5	44,0	44,0	44,1	43,7	44,3	50 809,7	43,7	54 676,4	43,0
Sonstige Aktiva	0,7	0,8	0,8	0,9	0,8	0,8	901,3	0,8	862,6	0,7
Jahresverlust	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	47,3	0,0	87,3	0,1
Bilanzsumme	100	100	100	100	100	100	116 218,8	100	127 148,5	100
Grundkapital <sup>6)</sup>	23,1	22,6	21,8	21,6	21,4	22,4	26 273,8	22,6	28 622,1	22,5
Rücklagen	12,3	11,9	11,9	12,3	12,7	12,2	14 746,6	12,7	15 714,1	12,3
Vermögensabgabe	0,8	0,8	0,8	1,0	1,0	1,0	1 192,8	1,0	1 226,1	1,0
Wertberichtigung § 36 I HG	1,7	1,5	1,6	1,3	1,3	1,1	1 214,4	1,0	1 174,3	0,9
Wertberichtigung §§ 7c, d EStG	1,8	1,8	1,8	1,6	1,6	1,5	1 658,7	1,4	1 627,1	1,3
Gewinnvortrag	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	194,3	0,2	197,4	0,2
./. Verlustvortrag	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	185,6	0,1	140,6	0,1
Eigenkapital zusammen	39,8	38,7	38,0	37,9	38,0	38,2	45 095,0	38,8	48 420,5	38,1
Langfristige Rückstellungen	7,0	7,1	7,5	7,5	7,6	7,5	8 594,8	7,4	9 172,4	7,2
Alle übrigen Rückstellungen	7,2	7,2	7,1	7,7	7,6	8,1	9 406,4	8,1	10 006,6	7,9
Sozialverbindlichkeiten	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1 487,3	1,3	1 562,4	1,2
Kreditgewinnabgabe <sup>4)</sup>	0,7	0,7	0,7	0,5	0,5	0,4	483,6	0,4	397,2	0,3
Langfristige Verbindlichkeiten	17,8	19,5	20,3	20,5	20,7	19,2	22 223,6	19,1	24 805,4	19,5
Alle übrigen Verbindlichkeiten	23,9	23,0	22,3	21,7	21,4	22,1	25 282,1	21,8	28 977,2	22,8
Fremdkapital zusammen	58,0	58,9	59,3	59,2	59,1	58,6	67 477,8	58,1	74 921,2	58,9
Sonstige Passiva	0,6	0,5	0,7	0,7	0,7	0,7	727,3	0,6	766,7	0,6
Jahresgewinn	1,6	1,9	2,0	2,2	2,2	2,5	2 918,7	2,5	3 040,1	2,4
Bilanzsumme in Mrd. DM	91,6	97,2	95,0	101,5	102,8	112,3	116,2		127,1	

<sup>1)</sup> Buchwert abzüglich Wertberichtigungen zum Anlagevermögen und Erneuerungsstock. — <sup>2)</sup> Buchwert abzüglich der zugehörigen Wertberichtigungen. — <sup>3)</sup> Nominalbetrag abzüglich der ausstehenden Einlagen, des Buchwertes der eigenen Aktien und der Kapitalwertungskonten. — <sup>4)</sup> Buchwert abzüglich LA-Gegenposten.

gelegentliche Einengungen der Ertragslage ausgewirkt haben können, die einer großzügigen Bemessung der Abschreibungen Grenzen gesetzt haben. Auch die Herabsetzung der degressiven Abschreibungssätze im Jahre 1960, die erst 1961 voll zum Zuge kam, mag hier mitgewirkt haben. Die Anlagenzugänge des Geschäftsjahres 1961 sind dadurch nur noch zu 57,5% durch laufende Abschreibungen gedeckt; im Vorjahr betrug diese Relation bei den gleichen 1 844 Gesellschaften noch rund 66%.

Einschließlich der Mehrbestände beim sonstigen Anlagevermögen (Beteiligungen und immaterielle Anlagewerte) und bei den langfristigen Forderungen ergaben sich 1961 insgesamt 16,1 Mrd. DM als langfristige Mittelverwendung im Sinne einer Finanzierungsrechnung. Dem stehen als Finanzierungsquelle zunächst die Abschreibungen und die Anlagenabgänge mit 9,0 Mrd. DM oder rund 56% der Investitionen gegenüber. Weitere 1,6 Mrd. DM oder rund 10% der Investitionen standen als in den Unternehmen gebildetes Kapital zur Verfügung. Davon entfallen 980 Mill. DM auf die Dotierung offener Rücklagen (nach Abzug der Agioerträge) und 653 Mill. DM auf die Zuführung an Pensionsrückstellungen und „Sozialverbindlichkeiten“. Aus der eigenen Ertragskraft der Unternehmen, aus Umsatzüberschüssen, sind damit rund zwei Drittel der Investitionen des Geschäftsjahres 1961

finanziert. Aus Kapitalerhöhungen wurden (einschließlich der Agioerträge) 2,4 Mrd. DM gewonnen, und schließlich haben die 1 844 Aktiengesellschaften 2,6 Mrd. DM in Form langfristiger Kredite aufgenommen. Der Gesamtbetrag der langfristig verfügbaren Finanzierungsmittel lag damit bei 15,7 Mrd. DM, das sind etwa 97% der Investitionen. Die geringe Differenz von rund 3% dürfte aus Quellen gedeckt worden sein, die in den Einzelbilanzen nicht ausdrücklich als langfristig gekennzeichnet waren.

Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Finanzierungsmethoden zum Teil sehr erheblich verändert. Der Anteil der Abschreibungen am Gesamtbetrag der langfristig verfügbaren Finanzierungsmittel ist von 62,9 auf 57,7%, der der übrigen Innenfinanzierung von 12,4 auf 10,4% zurückgegangen (alles verglichen mit den Relationen, die sich 1960 bei 1 841 Aktiengesellschaften ergeben hatten). Innerhalb der Außenfinanzierung hat sich auch der Anteil der Kapitalerhöhungen noch von 22,2 auf 15,4% vermindert. Statt dessen ist die Finanzierung durch langfristig aufgenommene Kredite in ihrem Anteil von 2,5 auf 16,5% gestiegen. Der Rationalisierung oder der Expansion aus eigener Ertragskraft waren demnach 1961 offensichtlich engere Grenzen gezogen als im Vorjahr. Für die Kapitalstruktur der 1 844 Gesellschaften wirkte sich dies in einem leichten Rückgang des Eigenkapitals an der Bilanzsumme aus,

Tabelle 2: Entwicklung der Sachanlagen bei 1 844 Aktiengesellschaften  
(ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften)

Bundesgebiet ohne Berlin

Mill. DM

Art der Sachanlagen	Bestand Ende 1959	Reinzugang <sup>1)</sup>	Abgang	Berichtigung		Abschreibung	Bestand Ende 1960	Reinzugang <sup>1)</sup>	Abgang	Berichtigung		Abschreibung	Bestand Ende 1961
				im Geschäftsjahr 1960						im Geschäftsjahr 1961			
Bebaute Grundstücke	17 279,8	2 750,2	86,6	+ 124,9	951,5	19 116,9	3 113,3	99,6	+ 48,7	1 062,3	21 117,0		
Unbebaute Grundstücke	645,6	115,6	20,6	+ 5,6	12,2	734,0	6 184,7	25,0	+ 4,5	9,0	889,2		
Maschinen und maschinelle Anlagen	18 952,5	5 656,9	128,9	+ 124,5	4 821,4	19 783,7	6 439,8	122,4	+ 27,5	4 900,2	21 228,4		
Spezialanlagen	7 513,2	1 445,9	67,1	+ 78,9	1 022,0	7 948,9	1 773,5	78,3	+ 4,0	1 122,5	8 525,7		
Werkzeuge, Ausstattung	2 559,4	1 511,6	63,9	+ 49,0	1 270,0	2 786,1	1 731,5	61,0	+ 27,9	1 418,5	3 066,0		
Sonstige Sachanlagen	289,4	27,3	4,0	./.	1,4	36,5	274,7	38,4	+ 0,1	39,3	270,8		
In Bau befindliche Anlagen	2 754,7	444,3	26,5	+ 4,3	67,4	3 109,4	846,4	33,2	./.	39,8	3 833,8		
Anzahlungen auf Anlagen	1 223,3	575,3	0,8	+ 13,8	32,5	1 779,2	874,4	1,1	+ 1,0	25,4	2 628,1		
Summe	51 218,0	12 527,2	398,4	+ 399,6	8 213,5	55 533,0	15 002,0	423,6	+ 74,0	8 626,3	61 559,1		
Abzüglich Erneuerungsstock	9,6				2,5 <sup>2)</sup>	12,1				0,1 <sup>2)</sup>	12,2		
Sachanlagen insgesamt	51 208,4					55 520,9					61 546,9		

<sup>1)</sup> Saldo aus Zugang und Umbuchungen. — <sup>2)</sup> Differenz zwischen Anfangs- und Endbestand.

dem ein allerdings ebenfalls nur geringer Anstieg beim Fremdkapital gegenübersteht.

Tabelle 3: Langfristige Innen- und Außenfinanzierung 1961 bei 1 844 Aktiengesellschaften (ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften)  
Bundesgebiet ohne Berlin

Bilanzposten	Finanzierung 1961 Mill. DM	Finanzierung 1961		Finanzierung 1960 <sup>1)</sup>	
		ohne Abschreibung und Abgang	mit Abschreibung und Abgang	ohne Abschreibung und Abgang	mit Abschreibung und Abgang
		%			
Rücklagen, Vermögensabgabe, Gewinnvortrag ./- Verlustvortrag + Zusatzaktien 1961 ./- Agio 1961	1 914,5 934,1	.	.	.	.
Langfristige Rückstellungen u. Sozialverbindlichkeiten	980,4	14,8	6,2	19,9	7,4
Im Unternehmen gebildetes Kapital	652,7	9,8	4,2	13,6	5,0
Abschreibungen und Anlagen-Abgang	1 633,1	24,6	10,4	33,5	12,4
Summe Innenfinanzierung	9 050,0	.	57,7	.	62,9
Kapitalerhöhungen ./- Zusatzaktien 1961 + Agio 1961	10 683,1	.	68,1	.	75,3
Langfristige Kredite	1 482,7 934,1	.	.	.	.
Summe Außenfinanzierung	2 416,8 2 581,8	36,4 39,0	15,4 16,5	59,8 6,7	22,2 2,5
Finanzierung insgesamt	4 998,6	75,4	31,9	66,5	24,7
a) ohne Abschreibungen und Abgang	6 631,7	100	.	100	.
b) mit Abschreibungen und Abgang	15 681,7	.	100	.	100

<sup>1)</sup> Bei 1841 Aktiengesellschaften.

### 3. Erfolgsrechnungen und Geschäftsergebnisse

Nur 1 224 von den 1 844 haben für beide Jahre eine volle Brutto-Erfolgsrechnung vorgelegt; ihre Zahlen sind in den beiden ersten Spalten von Tabelle 4 enthalten. Nur hieraus lassen sich die im Geschäftsjahr 1961 eingetretenen Veränderungen ablesen. Für 1961 mußten alle Gesellschaften das neue Bruttoschema anwenden. Soweit sie von den gebotenen Erleichterungen Gebrauch gemacht und ihre Aufwendungen und Erträge erst vom Rohertrag an veröffentlicht haben, wurden Materialverbrauch, Gesamtleistung und Umsatzerlös für jede Gesellschaft einzeln nach den Daten gleichgelagerter Fälle geschätzt. In dem Gesamtumsatz von 142,7 Mrd. DM ist der geschätzte Umsatz der kleinen Gesellschaften mit 1,3 Mrd. DM enthalten. Der dabei kaum vermeidbare Schätzfehler dürfte allenfalls bei einer Größenordnung von plus/minus 50 Mill. DM liegen. Die Zahlen der letzten Spalte von Tabelle 4 können also ohne Bedenken zu den Bilanzzahlen (Tabelle 1) in Beziehung gesetzt werden.

Die Umsätze von 1 224 Aktiengesellschaften haben sich 1961 um rund 6% auf 106,9 Mrd. DM erhöht. Etwa im gleichen Ausmaß sind Gesamtleistung, Materialverbrauch und Rohertrag angestiegen, so daß sich das Verhältnis der vier Posten zueinander im Geschäftsjahr 1961 kaum verändert hat. Für alle erfaßten Gesellschaften zusammen machte der Rohertrag in beiden Jahren gleichbleibend rund 47% der Umsatzerlöse aus. Dagegen hat der Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit, also Löhne und Gehälter sowie gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, um 10% auf 23,8 Mrd. DM zugenommen; sein Anteil am Umsatz ist dadurch von 21,4% auf 22,3% gestiegen. Der Anteil der Abschreibungen blieb mit etwas mehr als 6% fast unverändert. Als kennzeichnend für die Entwicklung des Geschäftsjahres 1961 ist der Aufwand an Gewinn-abhängigen Steuern anzusehen (Steuern auf Einkommen, Ertrag und Vermögen). Er ist bei den 1 224 Gesellschaften von 4,6 auf 4,4 Mrd. DM und in seinem Anteil am Umsatz von 4,6 auf 4,1% zurückgegangen. Diese Minderung entspricht ungefähr dem Rückgang der Jahresüberschüsse, die 1960 per Saldo 2,9 Mrd. DM, 1961 aber nur noch 2,7 Mrd. DM ausmachten. Durch höhere Entnahmen aus der Rücklage wurde diese Bewegung aber annähernd ausgeglichen, so daß

Tabelle 4: Erfolgsrechnungen von Aktiengesellschaften (ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften)  
Bundesgebiet ohne Berlin  
Mill. DM

Erfolgsposten (Kurzbezeichnung)	1960		1961	
	1 224 AG		1 844 AG	
Umsatzerlöse	100 836,5	106 860,3	142 738,2	
Vorratsveränderung (Saldo)	+ 950,3	+ 849,8	+ 1 541,5	
Aktivierete Eigenleistungen	1 032,9	1 176,4	1 434,4	
Gesamtleistung	102 819,7	108 886,5	145 714,1	
Materialverbrauch	55 405,2	58 602,7	79 939,5	
Rohertrag	47 414,5	50 283,8	65 774,6	
E. aus Gewinngemeinschaften, Beteiligungen usw.	569,3	718,8	1 089,7	
Zinsertrag	618,6	645,3	875,3	
Anlageabgang und Zuschreibungen	196,7	381,6	444,5	
Alle übrigen Erträge	1 568,7	1 736,2	2 341,1	
E. aus Verlustübernahme	97,3	189,0	194,0	
Summe ausweispflichtiger Erträge	3 050,5	3 870,9	4 944,7	
Rohertrag plus ausweispflichtiger Erträge	50 465,0	53 954,6	70 719,3	
Löhne, Gehälter	17 570,2	19 473,9	26 256,7	
Sozialabgaben	2 644,8	2 855,0	3 672,4	
Freiwilliger Sozialaufwand	1 377,8	1 518,4	2 044,6	
Abschreibungen Sachanlagen	6 376,1	6 714,6	8 262,3	
Sonstige Abschreibungen/Verlust				
Anlagen-Abgang	545,3	628,6	840,7	
Zinsaufwand	1 446,0	1 555,7	1 991,9	
Steuern von Einkommen usw.	4 602,2	4 418,0	5 960,4	
Sonstige Steuern	4 640,4	5 148,3	6 593,8	
Vermögensabgabe	385,6	379,8	501,9	
Aufwand aus Verlustübernahme	135,2	134,1	157,6	
Abgeführte Gewinne	271,2	356,7	458,1	
Sonstige Aufwendungen	7 552,1	8 070,3	9 928,7	
Summeausweispflichtiger Aufwendungen	47 546,7	51 253,2	67 033,1	
Jahresüberschuß (Saldo)	2 918,2	2 701,4	3 686,2	
Entnahme aus Rücklagen	174,3	318,0	364,6	
Zuführung an Rücklagen	895,3	834,3	1 098,0	
Reingewinn (Saldo) ohne Vortrag	2 197,2	2 185,1	2 952,7	
bestehend aus Reingewinn	2 238,8	2 267,5	3 040,1	
Reinverlust	41,5	82,3	87,3	

der Neugewinn 1961 mit 2,2 Mrd. DM fast genau den Vorjahreswert erreichte.

Die Struktur der Erfolgsrechnungen, wie sie sich an Hand der Zahlen von 1 844 Aktiengesellschaften für 1961 ergibt, weicht kaum von der der 1 224 Gesellschaften ab. Der Leser hat also die Möglichkeit, die fehlenden Werte für alle 1 844 Gesellschaften auch für 1960 mit hinreichender Genauigkeit zu schätzen. — Infolge der fast genau parallel verlaufenden Entwicklung der beiden Positionen Umsatz und Gesamtleistung war es hier für 1961 noch möglich, den Anteil der einzelnen Aufwandarten am Umsatz zu messen. Diese Art der Auswertung entspricht der herkömmlichen Betrachtungsweise. Bei stark schwankendem Vorratsvermögen ergeben sich jedoch größere Differenzen zwischen Umsatz und Gesamtleistung. Das kann besonders bei Wirtschaftsgruppen mit langer Produktionsdauer (Schiffbau, Brückenbau), aber auch in allen übrigen Branchen der Fall sein. Die bis jetzt vorliegenden Jahresabschlüsse für 1962 zeigen dies beispielsweise für den Bereich der Zuckerfabriken sehr deutlich. Je nach dem Zweck einer Untersuchung kann es daher sinnvoller sein, die Struktur der Erfolgsrechnungen an der Gesamtleistung statt am Umsatz zu messen. Für 1961 erbringen aber, wie gesagt, beide Berechnungen noch die gleichen Ergebnisse.

Der Neugewinn 1961 machte bei 1 844 Aktiengesellschaften 3 040 Mill. DM aus (Tabellen 1 und 4). Zusammen mit dem Gewinnvortrag von 197 Mill. DM ergibt sich 1961 ein verteilter Jahresgewinn von 3 237 gegenüber 3 113 Mill. DM im Vorjahr. Daraus wurde 1961 eine Dividendensumme von 2 864 Mill. DM (1960: 2 727 Mill. DM) verteilt, die sich aus 2 795 Mill. DM Dividende auf Stammaktien und 69 Mill. DM Dividende auf Vorzugsaktien verteilt. Gemessen am Dividendeberechtigten Kapital von 28 051 Mill. DM bedeutet das für die Stammaktien allein eine Durchschnittsdividende von 9,96% (1960 = 10,40%). Nach Abzug der Gesellschaften mit 0% und der sonstigen dividendelosen Aktien (beispielsweise bei einer Dividendengarantie nur für freie Aktionäre) ergibt sich 1961, gemessen an den Dividende-beziehenden Stammaktien, ein durchschnittlicher Dividendensatz von 13,3 gegenüber 13,5% für 1960. Beide Sätze sind also, wenn auch geringfügig, zurückgegangen.

Ber.

# Industrie

## Industrielle Produktion im März 1963

Die Gesamtproduktion der Industrie<sup>1)</sup>, die im Februar infolge der anhaltenden Kälteperiode nur wenig zugenommen hatte, wies im März eine kräftigere Belegung auf. Der arbeitstäglich berechnete Produktionsindex (einschl. Bau) erreichte einen Stand von 274 (1950 = 100) gegenüber 259 im Februar, ist also um 6,1% gestiegen. Diese im Vergleich zur entsprechenden Entwicklung in früheren Jahren verhältnismäßig starke Zunahme ist als Reaktion auf den im wesentlichen durch die strenge Witterung gehemmten Produktionsverlauf in den beiden vorangegangenen Monaten aufzufassen. Nachdem im Februar der Stand des gleichen Vorjahresmonats deutlich unterschritten worden war, ergab sich im März eine Zuwachsrate von + 4,7%. Damit lag die industrielle Produktion in den ersten drei Monaten dieses Jahres noch um 1,3% über dem Niveau des 1. Quartals 1962.

Von Februar auf März d. J. wiesen mit Ausnahme der Energieversorgungsbetriebe, deren Erzeugung saisonal rückläufig war, alle Hauptgruppen Belegungen auf, die je nach den vorausgegangenen Hemmungen von unterschiedlichem Ausmaß waren. Insbesondere konnte das Bauhauptgewerbe seine Tätigkeit nunmehr kräftig entfalten und den Stand von März 1962 um 9% übertreffen. Trotzdem war im ganzen 1. Quartal 1963 die Bauproduktion um ein Drittel geringer als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Gesamterzeugung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien ist im März ebenfalls beachtlich gestiegen (+ 8,2%), da die Industrie der Steine und Erden die Produktion nach dem Tiefstand im Vormonat mehr als verdoppelte (+ 119%)<sup>2)</sup>. Während sich im Metallsektor eine leichte Belegung zeigte (eisenschaffende Industrie + 4,4%, Eisengießereien + 3,3%, NE-Metallindustrie + 2,3%), war in der chemischen Industrie, deren Produktion im Februar beachtlich gestiegen war, die weitere Zunahme (+ 2,8%) weniger ausgeprägt als im Vormonat.

Bei den vorwiegend Investitionsgüter herstellenden eisen- und metallverarbeitenden Industrien trat nach dem vorangegangenen gedämpften Verlauf der Produktion eine stärkere Erhöhung ein (+ 5,2%), wobei der Stand des gleichen Vorjahresmonats, der allerdings verhältnismäßig niedrig war, um 3,4% überschritten wurde. Insbesondere nahm die Produktion des Fahrzeugbaus kräftig zu (+ 17%), was vor allem auf die Herstellung von Personenkraftwagen zurückzuführen ist. Im Maschinenbau setzte sich die Aufwärtsbewegung fort (+ 4,8%), aber die Produktion blieb nach dem starken Rückgang im Januar — weiterhin unter dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit. Eine ähnliche Situation besteht in der elektrotechnischen Industrie, deren Erzeugung im März rückläufig war.

Auch die hauptsächlich Verbrauchsgüter erzeugenden Industrien haben der Jahreszeit entsprechend eine Produktionszunahme zu verzeichnen (+ 3,4%). Infolge einer Schwächetendenz zu Jahresbeginn war aber die Erzeugung im 1. Quartal nur wenig höher als in der gleichen Vorjahreszeit (+ 0,6%). Im März standen Zunahmen in Industriezweigen, die vorwiegend für den Bekleidungssektor produzieren, leichte Abschwächungen in der feinkeramischen und der ledererzeugenden Industrie gegenüber. Die Belegung in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 2,3%) wurde erneut von der Ernährungsindustrie getragen, während die tabakverarbeitende Industrie das allerdings hohe

<sup>1)</sup> Alle Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne das Saarland, da dessen Einbeziehung in die Indexberechnung vorerst nicht möglich ist. — <sup>2)</sup> Die %-Zahlen und Ausführungen im Text beziehen sich auf die arbeitstäglich produzierte Produktion (März 22,0, Februar 20,8 Arbeitstage). Absolute Produktionszahlen siehe Tabelle S. 206\* ff. sowie Fachserie D „Industrie und Handwerk“, Reihe 2, 1963, Heft 3.

## Index der industriellen Nettoproduktion arbeitstäglich

Indexgruppe	1963			Zu-(+) bzw. Abnahme (-)		
	Jan.	Febr. <sup>4)</sup>	März <sup>4)</sup>	März 1963 gegen Febr. 1963	März 1962 gegen Febr. 1962	März 1962 gegen Febr. 1962
	1950 = 100			% <sup>3)</sup>		
Zahl der Arbeitstage <sup>1)</sup> .....	22,8	20,8	22,0	+ 5,8	- 4,3	+ 10,6
Gesamte Industrie .....	253	259	274	+ 6,1	+ 4,7	- 0,2
Gesamte Industrie ohne Bauhauptgewerbe .....	258	263	276	+ 4,9	+ 4,6	- 0,4
Gesamte Industrie ohne Energieversorgungsbetriebe und ohne Bauhauptgewerbe ..	254	260	274	+ 5,4	+ 4,1	- 0,3
Bergbau .....	158	158	160	+ 1,4	+ 6,4	- 2,0
Kohlenbergbau .....	126	121	122	+ 0,9	+ 6,0	- 1,9
Eisenerzbergbau .....	131	135	134	- 0,7	- 11,1	- 6,4
Metallerzbergbau .....	108	112	119	+ 6,1	+ 0,2	- 1,2
Kali- und Steinsalzbergbau ..	209	209	205	- 1,7	- 4,3	- 3,7
Erdöl- und Erdgasgewinnung ..	620	659	680	+ 3,2	+ 10,8	+ 1,6
Verarbeitende Industrie .....	263	270	285	+ 5,6	+ 4,0	- 0,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien .....	260	268	291	+ 8,2	+ 5,0	+ 1,2
Industrie der Steine und Erden ..	78	77	168	+ 118,7	- 9,9	+ 14,2
Eisenschaffende Industrie .....	214	213	222	+ 4,4	- 4,6	+ 0,3
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei .....	173	167	172	+ 3,3	- 6,9	- 3,6
NE-Metallindustrie .....	240	243	248	+ 2,3	+ 5,4	+ 2,4
Chemische Industrie einschl. Chemiefasererzeugung und Kohlenwertstoffindustrie ..	367	385	396	+ 2,8	+ 11,3	+ 0,1
Kohlenwertstoffindustrie ..	154	170	177	+ 4,2	+ 4,0	- 11,7
Chemiefasererzeugung ..	615	652	647	- 0,7	+ 16,6	+ 7,5
Mineralölverarbeitung .....	696	722	826	+ 14,4	+ 18,2	+ 4,9
Kautschukverarb. Industrie ..	284	306	320	+ 4,4	+ 7,0	- 0,8
Flachglasindustrie .....	244	221	203	- 8,4	- 13,4	- 10,4
Sägewerke und holzbearbeitende Industrie .....	101	103	116	+ 12,7	- 3,5	- 0,7
Zellstoff- und papiererzeugende Industrie .....	208	214	213	- 0,3	+ 1,8	+ 0,6
Investitionsgüterindustrien ..	348	360	379	+ 5,2	+ 3,4	- 1,3
Stahlbau (einschl. Waggonbau) ..	191	200	189	- 5,3	- 3,7	+ 0,9
Maschinenbau .....	264	285	299	+ 4,8	- 3,5	- 0,2
Fahrzeugbau .....	633	619	725	+ 17,2	+ 20,5	+ 1,2
Elektrotechnische Industrie ..	446	474	459	- 3,2	- 1,3	- 4,9
Stahlverformung .....	272	279	279	+ 0,2	- 2,7	- 5,9
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie .....	250	254	265	+ 4,1	+ 1,2	- 0,8
Verbrauchsgüterindustrien <sup>2)</sup> ..	220	223	231	+ 3,4	+ 2,2	- 1,1
Feinkeramische Industrie .....	217	221	218	- 1,4	- 4,9	- 3,9
Hohlglasindustrie .....	299	307	318	+ 3,4	+ 9,2	- 1,8
Ledererzeugende Industrie ..	121	117	114	- 2,1	- 11,4	- 2,0
Schuhindustrie .....	199	201	205	+ 2,3	+ 2,2	- 2,2
Textilindustrie .....	178	178	182	+ 2,3	+ 3,1	- 2,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrien ..	205	212	217	+ 2,3	+ 6,3	+ 1,5
Ernährungsindustrie .....	211	223	231	+ 3,2	+ 6,4	+ 1,7
Brauerei .....	293	341	358	+ 4,9	+ 6,1	+ 6,5
Tabakverarbeitende Industrie ..	191	189	189	-	+ 6,1	+ 1,0
Energieversorgungsbetriebe .....	343	329	318	- 3,3	+ 14,1	- 2,7
Elektrizitätserzeugung .....	366	351	341	- 2,9	+ 13,9	- 2,9
Gaserzeugung .....	248	240	227	- 5,1	+ 15,1	- 1,1
Bauhauptgewerbe .....	79	73	205	+ 181,4	+ 9,3	+ 8,8

<sup>1)</sup> Bei nicht kontinuierlich arbeitenden Industrien (Sonabend = 0,2 Arbeitstage). — <sup>2)</sup> Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. — <sup>3)</sup> Errechnet aus Indexzahl mit Dezimalstelle. — <sup>4)</sup> Vorläufige Ergebnisse.

Vormonatniveau nicht überschritt.

Nach dem Index, der industrielle Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung zusammenfaßt, ist im März sowohl die Produktion von Investitionsgütern (+ 5,2%) als auch die von Verbrauchsgütern (+ 6,5%) beachtlich gestiegen, was bei beiden Gruppen aber im wesentlichen durch die besonders kraftige Aufwärtsentwicklung der Personenkraftwagen-Herstellung bedingt ist. In den ersten drei Monaten d. J. war die Erzeugung von Verbrauchsgütern (ohne Nahrungs- und Genußmittel) um 3,1% höher, die Produktion von Investitionsgütern dagegen um 2,4% niedriger als im 1. Quartal 1962.

Rch.

## Bautätigkeit und Wohnungen

### Tiefbauvorhaben im Jahr 1962

#### Vorbemerkung

Die Statistik der Auftragsvergaben im Tiefbau, die mit

Jahresbeginn 1961 angelaufen war, wurde im Jahr 1962 unverändert weitergeführt. Dies gilt insbesondere für den Kreis der auskunftspflichtigen Stellen und die Abgrenzung der zu erfassenden Vergaben nach dem Mindestauftragswert und den

Auftragsvergaben im Tiefbau nach der Art der Baumaßnahme und nach Bauherren  
Prozent

Bauherr	Auftragsvergaben insgesamt	Davon entfielen auf									
		Straßenbauten		Straßenbrückenbauten		Bundeswasserstraßen und Häfen		Wasserwirtsch. Tiefbauten und Landeskulturbauten		Sonstige Tiefbauten	
		1961 <sup>1)</sup>	1962	1961 <sup>2)</sup>	1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962
Bund .....	100	54,3	46,8	.	11,3	10,5	4,7	0,5	3,2	34,7	34,0
Länder .....	100	81,0	69,2	.	6,6	4,1	7,8	9,5	9,1	5,4	7,3
Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern .....	100	50,1	46,0	.	6,8	1,3	1,8	43,5	39,8	5,1	5,6
Gemeindeverbände .....	100	62,9	54,0	.	2,7	0,1	4,5	36,1	37,7	0,9	1,1
Gebietskorperschaften zusammen .....	100	58,3	51,2	.	8,3	5,6	4,4	18,9	18,7	17,2	17,4
Sonstige juristische Personen des öffentl. Rechts .....	100	19,6	19,9	.	3,3	5,5	4,7	63,4	59,4	11,5	12,4
Alle Bauherren zusammen .....	100	56,5	49,6	.	8,0	5,6	4,4	21,0	20,8	16,9	17,2

<sup>1)</sup> Einschl. Straßenbrückenbauten. — <sup>2)</sup> In den Straßenbauten enthalten.

verschiedenen Baumaßnahmen<sup>1)</sup>. Lediglich in der Gliederung der Tiefbauten nach ihrer Art wurden im Berichtsjahr die Straßenbauten und die Straßenbrückenbauten, die 1961 noch in einer Gruppe zusammengefaßt waren, getrennt ausgewiesen. Dadurch sollten die Investitionen für reine Straßenbauten klarer erkennbar gemacht werden.

Eine vollständige Erfassung aller vergebenen Aufträge für Tiefbauarbeiten war aus den schon früher dargelegten Gründen<sup>1)</sup> auch 1962 nicht vorgesehen. Es kann jedoch angenommen werden, daß auch in diesem Jahr in der Vergabestatistik etwa 70 bis 75 Prozent der von der öffentlichen Hand erteilten Tiefbauaufträge erfaßt wurden. Die anhand der Ergebnisse durchführbaren Strukturanalysen dürften damit ein durchaus brauchbares Bild von der Situation im Tiefbau vermitteln.

#### Volumen der erfaßten Aufträge

Im Berichtsjahr wurden Tiefbauaufträge im Gesamtbetrag von rund 7,2 Milliarden DM erfaßt, das sind 22,5% mehr als 1961. Hiervon entfielen fast 560 Millionen DM — also genau so viel wie im Vorjahr — auf Baustoffe und Einbauteile, die die öffentlichen Auftraggeber aus eigenen Beständen den Unternehmen zur Verfügung stellten. Den bedeutendsten Posten bildeten wie 1961 die Straßen- und Straßenbrückenbauten. Auf den Straßenbau entfielen nämlich 49,6% des Auftragsvolumens und auf Straßenbrücken 8,0%; im Vorjahre waren es zusammen 56,5%. Die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten erforderten 1962 20,8% der Aufwendungen gegen 21,0% im Jahre 1961. Leicht angestiegen sind die Auftragswerte für sonstige Tiefbauten von 16,9 auf 17,2%.

Der größte Bauherr für Tiefbauten war wieder der Bund. Sowohl 1961 wie auch 1962 entfielen auf ihn etwa zwei Fünftel der Auftragswerte. Hieran sind besonders die ihm obliegenden Straßen- und Straßenbrückenbauten sowie sonstige Tiefbauten, wie z. B. die Bauten der Bundesbahn<sup>2)</sup> für Moderni-

sierung und Elektrifizierung der Schienenwege oder Flugplatz- und andere Verteidigungsbauten usw. beteiligt. Vom Straßenbau (einschl. Straßenbrücken) trug 1962 der Bund 40,3% und von den Investitionen für sonstige Tiefbauten sogar 79,0%. Eine größere Veränderung von 1961 auf 1962 trat jedoch bei den Baumaßnahmen für Bundeswasserstraßen und Häfen ein. Hier nahm der Anteil des Bundes von 75,7 auf 43,2% ab, weil der Großteil der Aufträge für die Moselkanalisierung schon 1961 vergeben worden sein dürfte. Dagegen stieg der Anteil der von den Ländern vergebenen Aufträge von 12,0 auf 30,3%, wobei die Zunahme besonders in den von der Flutkatastrophe im Februar 1962 betroffenen Ländern sehr beachtlich und ausschlaggebend war.

An zweiter Stelle als Auftraggeber folgen die Gemeinden. Ihr Anteil an den Auftragsvergaben für Tiefbauten — in beiden Jahren rund 30% — würde noch größer sein, wenn auch die kleinen Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern in die Statistik einbezogen wären. Aber auch schon die Begrenzung der erfaßten Tiefbauten auf die Gemeinden mit 5 000 und mehr Einwohnern läßt erkennen, daß die wasserwirtschaftlichen Tiefbauten neben den Straßenbauten die größten Posten der kommunalen Aufwendungen für Tiefbauten darstellen.

Von den Straßenbauaufträgen entfielen im Jahre 1962 — wie auch 1961 — rund 27% auf die Gemeinden, bei den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten waren es 56,0 gegen 63,0% im Jahre 1961. Hierbei handelte es sich im wesentlichen um Baumaßnahmen für die Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit Trink- und Gebrauchswasser und für die Abwasserbeseitigung, die zu den wichtigsten gemeindlichen Aufgaben gehören.

Die Länder vergaben im Jahre 1962 17,1% des erfaßten Tiefbauvolumens gegen 16,4% im Jahre 1961. Die Zunahme 1962 war im wesentlichen durch die schon erwähnten erhöhten Aufwendungen in einigen Ländern aus Anlaß der Flutkatastrophe verursacht.

Von den Vergaben für Straßenbauten hatten die Länder jeweils etwa 24% zu tragen; diese Vergaben stellten in beiden Jahren den größten Posten unter den Aufträgen für Tiefbauten dar.

<sup>1)</sup> Vgl. die Vorbemerkungen zu „Tiefbauvorhaben im Jahr 1961“, WiSta 1962/8, S. 480. — <sup>2)</sup> Die Bauvergaben der Bundesbahn und Bundespost werden in der Tiefbaustatistik dem Bund zugerechnet.

#### Auftragswerte für Tiefbauten je Einwohner DM

Land	Auftragswerte insgesamt		Davon für									
			Straßenbauten		Straßenbrückenbauten		Bundeswasserstraßen und Häfen		Wasserwirtsch. Tiefbauten und Landeskulturbauten		Sonstige Tiefbauten	
	1961	1962	1961 <sup>1)</sup>	1962	1961 <sup>2)</sup>	1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962
Schleswig-Holstein .....	176	241	77	84	.	5	8	16	37	51	54	85
Hamburg .....	127	144	56	29	.	5	8	22	26	33	37	55
Niedersachsen .....	99	146	51	67	.	6	4	14	29	40	15	19
Bremen .....	78	135	32	48	.	8	18	35	25	32	3	12
Nordrhein-Westfalen .....	71	104	42	52	.	12	1	1	18	25	10	14
Hessen .....	97	120	68	68	.	9	1	1	14	15	14	27
Rheinland-Pfalz .....	166	157	76	89	.	14	51	18	14	16	25	20
Baden-Württemberg .....	104	138	55	68	.	7	1	2	24	27	24	34
Bayern .....	88	126	60	69	.	13	2	2	17	30	9	12
Saarland .....	121	151	87	95	.	8	3	9	21	26	10	13
Bundesgebiet ohne Berlin .....	98	131	55	64	.	10	5	6	21	28	17	23
Berlin (West) .....	58	82	22	13	.	7	0	1	17	26	19	35

<sup>1)</sup> Einschl. Straßenbrückenbauten. — <sup>2)</sup> In den Straßenbauten enthalten.

Vorgesehene Ausführungszeit für Tiefbauaufträge

Art der Tiefbaumaßnahme Bauherr	Anteil am Auftragsvolumen in %		Von 100 DM Auftragswert entfielen auf eine vorgesehene Ausführungszeit von . . . . Monaten								Durchschnittliche Ausführungszeit Monat	
	1961	1962	bis 3		über 3 bis 6		über 6 bis 12		über 12		1961	1962
			1961	1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962		
Straßen und Straßenbrücken	56,5	57,6	27,7	23,6	30,2	32,4	26,5	26,7	15,6	17,3	7,0	7,4
darunter:												
Bund	21,7	23,2	18,9	14,2	23,3	25,8	30,8	31,6	27,0	28,4	8,7	9,0
Länder	13,3	13,0	22,2	21,3	35,3	39,9	29,8	31,1	12,7	7,7	7,1	6,7
Gemeinden <sup>1)</sup>	15,2	15,5	42,7	35,7	30,0	32,5	20,7	17,9	8,6	13,9	5,4	6,2
Bundeswasserstraßen und Häfen	5,6	4,4	8,9	15,5	15,2	18,1	13,0	30,4	62,9	36,0	11,7	9,7
darunter:												
Bund	4,2	1,9	6,4	10,9	12,3	21,6	6,2	23,4	75,1	44,1	12,6	10,3
Länder	0,7	1,3	23,8	21,2	25,8	15,7	43,3	25,0	7,1	38,1	7,2	9,4
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten und Landeskulturbauten	21,0	20,8	18,3	17,0	35,8	33,0	28,0	28,8	17,9	21,2	7,6	8,1
darunter:												
Gemeinden <sup>1)</sup>	13,2	11,7	21,0	21,4	34,9	34,5	30,8	30,1	13,3	14,1	7,2	7,3
Gemeindeverbände	3,0	3,2	13,7	10,0	50,0	42,3	23,6	33,7	12,7	14,0	7,0	7,8
Sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts	3,0	3,1	11,0	9,4	21,1	20,1	21,8	19,5	46,1	51,0	10,4	10,8
Sonstige Tiefbauten	16,9	17,2	26,1	21,3	21,0	27,6	29,6	29,4	23,3	21,7	8,0	8,0
darunter:												
Bund	13,9	13,6	25,1	20,5	19,6	26,5	31,2	30,7	24,1	22,3	8,2	8,2
Gemeinden <sup>1)</sup>	1,5	1,6	38,4	36,4	27,8	33,0	23,7	18,3	10,1	12,3	6,0	6,1
Alle Tiefbauten zusammen	100	100	24,4	21,5	29,0	31,1	26,6	27,8	20,0	19,6	7,6	7,7
darunter:												
Bund	40,0	39,9	19,8	16,2	20,9	25,7	28,3	30,2	31,0	27,9	8,9	8,8
Länder	16,4	17,1	21,4	20,1	35,0	37,3	29,6	31,8	14,0	10,8	7,2	7,1
Gemeinden <sup>1)</sup>	30,4	29,3	32,6	30,0	32,1	33,1	25,4	23,2	9,9	13,7	6,3	6,6
Gemeindeverbände	8,4	8,4	25,9	24,7	47,6	42,9	20,7	26,3	5,8	6,1	5,8	6,2
Sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts	4,8	5,3	18,2	14,0	23,8	22,1	20,0	23,4	38,0	40,5	9,3	9,8

<sup>1)</sup> Mit 5 000 und mehr Einwohnern.

Die Gemeindeverbände und die sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts standen auch 1962 gegenüber dem Bund, den Ländern und Gemeinden mit einem Anteil von zusammen etwa 13,5% der Tiefbauaufträge als öffentliche Auftraggeber stark im Hintergrund. Beide Gruppen waren im größeren Umfang nur bei den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten beteiligt, von denen sie jeweils etwa 15% vergeben haben. Hierbei dürfte es sich nicht nur um übergemeindliche Wasserversorgungsanlagen, sondern auch in beträchtlichem Ausmaß um Regulierungen von Wasserläufen (ohne die Bundeswasserstraßen) u. ä. gehandelt haben.

Abwicklungsdauer der Aufträge

Die Abwicklungsdauer der Tiefbauaufträge hängt von mehreren Faktoren ab. Einmal bedingt der größere oder kleinere Umfang eines Objektes eine unterschiedlich lange Bauzeit, zum anderen ist das Auftragspolster, über das die Bauunternehmen im Zeitpunkt der Auftragsvergabe verfügen, von Einfluß. Die Bauwirtschaft erbringt ihre Lieferungen ja nicht durch Entnahmen aus Vorräten oder Lagerbeständen, sondern ausschließlich aus der laufenden Produktion; sie muß die an sie herantretenden Aufgaben mit den vorhandenen Leistungskapazitäten und den technischen Möglichkeiten abstimmen. Große oder technisch komplizierte Bauvorhaben erfordern für eine fachgerechte Ausführung naturgemäß eine entsprechend lange Bauzeit. Andererseits kann die Überbeanspruchung der nicht beliebig auszuweidenden Leistungskraft der Unternehmen auch zu höchst unerwünschten Folgen, wie z. B. Preissteigerungen, unordentliche Ausführung der Arbeiten u. ä.,

führen, so daß die Auftraggeber aus eigenem Interesse gut daran tun, den Auftragnehmern eine etwas längere Ausführungsfrist zuzugestehen, um eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung zu ermöglichen.

Bei den im Jahre 1962 vergebenen Tiefbauaufträgen zeigte sich gegen 1961 eine im ganzen gesehen etwas verlängerte Abwicklungsdauer. Der Anteil der „Sofortaufträge“ mit einer vorgesehenen Ausführungszeit bis zu drei Monaten ist von 24,4 auf 21,5% gesunken; auch die „langfristigen“ Aufträge mit Terminen über 12 Monate sind relativ etwas zurückgegangen. Dagegen nahmen besonders die „kurzfristigen“, aber auch die „mittelfristigen“ Aufträge mit Ausführungsfristen zwischen drei bis sechs bzw. zwischen sechs und zwölf Monaten entsprechend zu.

Die durchschnittliche Abwicklungsdauer der im Jahre 1962 vergebenen Tiefbauaufträge kann mit 7,7 gegen 7,6 Monate im Jahre 1961 angenommen werden<sup>3)</sup>. Dies dürfte z. T. mit dem großen Auftragsbestand der Bauwirtschaft und dem allgemeinen Ansteigen des Auftragsvolumens, z. T. aber auch mit den im einzelnen umfangreicheren Auftragslosen zusammenhängen.

Bei den Straßen- und Straßenbrückenbauten mit einer Erhöhung der durchschnittlichen Ausführungszeit von 7,0 auf

<sup>3)</sup> Für diese Schätzung wurden folgende Durchschnittszeiten angenommen:

Ausführungszeit bis	3 Monate = i. D.	2 Monate
Ausführungszeit über 3 bis 6 Monate = i. D.	5 Monate	
Ausführungszeit über 6 bis 12 Monate = i. D.	10 Monate	
Ausführungszeit über	12 Monate = i. D.	15 Monate

Diese Durchschnittszeiten wurden mit dem jeweiligen Anteil der entsprechenden Ausführungszeit multipliziert und durch 100 geteilt.

Erfasste Tiefbauaufträge nach Vergabemonaten

Mill. DM

Monat	Alle Aufträge		Straßen- und Straßenbrückenbauten		Bundeswasserstraßen und Häfen		Wasserwirtschaftliche Tiefbauten		Sonstige Tiefbauten	
	1961	1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962
Januar	211,0	344,3	126,4	143,2	6,7	25,2	57,3	136,8	20,6	39,1
Februar	300,4	316,4	186,3	158,8	14,4	26,5	55,3	73,2	44,4	57,9
Marz	478,8	509,9	254,7	266,0	69,0	46,9	93,9	111,8	61,1	85,1
April	391,4	504,1	225,4	315,3	10,4	22,1	82,5	101,9	73,0	64,8
Mai	520,0	762,1	275,5	531,2	19,7	17,8	153,8	132,4	71,0	80,7
Juni	496,1	591,7	296,4	363,0	52,2	33,7	109,0	146,4	38,5	48,6
Juli	460,3	586,3	272,8	354,0	20,8	24,0	109,2	122,3	57,5	86,0
August	439,9	552,0	300,4	344,5	12,2	39,9	89,4	96,7	37,9	70,8
September	427,3	491,9	273,0	314,7	13,4	10,5	99,1	114,3	41,7	52,4
Oktober	417,1	524,6	255,8	310,5	19,3	20,5	88,1	110,6	53,9	83,0
November	356,9	476,5	191,3	329,1	27,6	14,1	96,6	97,6	41,5	35,7
Dezember	284,5	241,0	143,1	140,2	27,8	9,0	76,6	55,5	36,9	36,3

7,4 Monate ist besonders das Anwachsen der von den Gemeinden vergebenen langfristigen Aufträge zu beachten. Auch für wasserwirtschaftliche Tiefbauten war 1962 eine längere Bauzeit (i. D. 8,1 Monate) als 1961 (i. D. 7,6 Monate) erforderlich. Hierbei fallen die von den sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts vergebenen Aufträge auf, von denen über die Hälfte mehr als ein Jahr zur Abwicklung und somit die absolut längste durchschnittliche Bauzeit von 10,8 Monaten erforderten. Dagegen wirkte sich im Jahre 1962 das verringerte Auftragsvolumen des Bundes für Tiefbauten an den Bundeswasserstraßen verkürzend auf die durchschnittliche Abwicklungsdauer aus (i. D. 9,7 gegen 11,7 Monate). Weil die Zunahme des Auftragsvolumens der Länder für derartige Arbeiten sich im wesentlichen auf die von der Flutkatastrophe im Jahre 1962 betroffenen Gebiete zurückführen läßt, erhöhte sich hier durch die besonders umfangreichen „langfristigen“ Vergaben (insgesamt 38,1 gegen 7,1 % im Jahre 1961) die durchschnittliche Ausführungsfrist von 7,2 auf 9,4 Monate.

#### Jahreszeitliche Streuung der Tiefbauaufträge

Nachdem nunmehr die Ergebnisse für zwei Jahre vorliegen, kann man einen ersten Eindruck auch über die jahreszeitliche Streuung der Auftragsvergaben im Tiefbau gewinnen. Hierbei fällt auf, daß sich im Mai 1962 die Aufträge besonders stark häuften, während im Jahre 1961 zwei, dafür aber weniger ausgeprägte Spitzen im März und Mai auftraten. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Häufung der Tiefbauaufträge im Mai 1962 in Abhängigkeit von den umfangreichen Straßenbauaufträgen eine Folge der Diskussionen über eine beabsichtigte Kürzung der Straßenbaumittel des Bundes und der Länder war, oder ob noch andere Faktoren hierzu beigetragen haben. Für eine schlüssige Aussage über die jahreszeitliche Streuung der Tiefbauaufträge müssen noch die Ergebnisse weiterer Jahre abgewartet werden, zumal noch eine gewisse Unter erfassung vorliegt. Es wird sich dann herausstellen, ob die Kumulierung der Straßenbauaufträge im Mai 1962 eine einmalige Abweichung von dem „normalen“ Ablauf der Vergaben war, z. B. durch eine zufällige Häufung von Großaufträgen u. a., oder ob sich hierin eine Entwicklungstendenz abzeichnet. Auf jeden Fall ist erkennbar, daß im Straßenbau über das ganze Baujahr hinweg Aufträge erteilt werden. Die lebhaftere Vergabetätigkeit im letzten Jahresdrittel läßt den Einfluß erteilter Bindungsermächtigungen erkennen. Bei den anderen Gruppen von Tiefbauten verlief die Auftragskurve in den Jahren 1961 und 1962 jedoch wesentlich ausgeglichener, allerdings ebenfalls nicht ohne Auftragspitzen bei den wasserwirtschaftlichen Tiefbauten.

VII.

### Wohnungsbestand am Jahresende 1961

#### Fortgeschriebene Ergebnisse der Gebäudezählung vom Juni 1961

Will man die Veränderungen des Wohnungsbestandes auch zwischen zwei in größeren Abständen durchgeführten Wohnungszählungen aufzeigen, so ist man darauf angewiesen, den bei der letzten Totalzählung ermittelten Bestand an Wohnungen mit Hilfe der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik fortzuschreiben. Es müssen nicht nur die jährlichen Zugänge an fertiggestellten Wohnungen berücksichtigt, sondern auch diejenigen Wohnungen abgesetzt werden, die im Laufe des Jahres durch Brand oder Naturkatastrophen, Wohnungssperren oder Abbrüche der Benutzung entzogen wurden. Außerdem müssen die während des Jahres verfügten Freigaben von Baulichkeiten durch die im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte in Rechnung gestellt werden. Dies ist notwendig, weil der fortzuschreibende Wohnungsbestand die von den ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen Wohnungen nicht mit umfaßt.

Die Fortschreibung über die Bautätigkeitsstatistik gibt ein im ganzen zuverlässiges Bild. Eine lückenlose Erfassung der Veränderungen läßt sich aber nicht erreichen, weil immer mit Fehlern und Lücken bei der Berichterstattung gerechnet werden muß. So werden die besonders auf dem Lande in Selbster oder mit Nachbarhilfe ausgeführten Bauten den Bauaufsichtsbehörden manchmal nicht gemeldet. Geringfügige bauliche

Veränderungen innerhalb des vorhandenen Gebäude- und Wohnungsbestandes, die zu einer Zunahme der Zahl der Wohnungen führen, werden häufig nicht erfaßt, sei es daß sie gar nicht genehmigungspflichtig sind oder daß die Meldung unterbleibt. Das gilt insbesondere für die nachträgliche Teilung größerer Wohnungen, vor allem bei Bauernhäusern und „Einfamilien“häusern, sowie für die Umwandlung zusammenliegender Räume in eine „Wohnung“ durch Einrichtung einer eigenen Küche. In ähnlicher Weise können auch Abgänge von Wohnungen in der Bautätigkeitsstatistik und damit in der Fortschreibung ohne Niederschlag bleiben. So dürfte es mit zunehmender Besserung der Wohnverhältnisse immer häufiger zu Wohnungszusammenlegungen kommen, indem bisherige Einliegerwohnungen in „Einfamilien“häusern wieder in die Wohnung des Hauseigentümers einbezogen werden, oder nach dem Kriege durch Aufteilung einer größeren Wohnung geschaffene zusätzliche „Wohnungen“ wieder in die Nutzung einer einzigen Mietpartei übergehen. Außerdem können Wohnungen nach ihrem Freiwerden nur noch zu gewerblichen Zwecken vermietet sein oder bei der Wohnungszählung 1956 noch als Wohnungen erfaßte Zimmergruppen in Kurorten heute wieder als Hotel- oder Pensionsräume dienen.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß besonders in Zeiten, in denen sich die Wohnungswirtschaft in einer Übergangsphase befindet, die fortgeschriebenen Wohnungsbestandszahlen von den tatsächlichen Verhältnissen um so mehr abweichen werden, je weiter sich die Fortschreibung zeitlich von der zugrunde liegenden Totalzählung entfernt.

Bei den Feststellungen im Rahmen der Volkszählung 1961 sollten ursprünglich außer den bewohnten Gebäuden auch die Wohnungen im Sinne einer Wohnungszählung erfaßt werden. Die Befürchtung, das gesamte Zählungswerk finanziell und arbeitsmäßig zu sehr zu belasten, führte aber dazu, daß die Feststellungen auf eine Gebäudezählung beschränkt wurden, bei der lediglich zur Charakterisierung der Gebäude die Zahl der in ihnen liegenden Wohnungen nachgewiesen werden sollte. Trotzdem wurde nach Durchführung der Zählung vorgeschlagen, dem so neuermittelten Wohnungsbestand den Vorzug gegenüber den seit der Wohnungszählung 1956 fortgeschriebenen Zahlen zu geben und ihn als Ausgangspunkt für die künftige Wohnungsfortschreibung zu verwenden. Dazu mußte jedoch zunächst sehr eingehend untersucht werden, ob diesen neuen Wohnungszahlen die gleiche Aussagekraft wie den Ergebnissen früherer Wohnungszählungen zugemessen werden konnte und ob sie sich mit diesen und den Ergebnissen der anschließenden Fortschreibung ohne weiteres vergleichen ließen.

In der begrifflichen Abgrenzung ergeben sich keine ins Gewicht fallenden Unterschiede. Wenn die bisher fortgeschriebenen „Normalwohnungen“ bei der Gebäudezählung 1961 als „Wohnungen“ bezeichnet wurden, sollte damit nur rein sprachlich die Gefahr eines unzutreffenden Werturteils vermieden werden. Durch die 1 % -Wohnungserhebung 1960 war festgestellt worden, daß die bisherige Einteilung der Wohnungen in Normalwohnungen und Notwohnungen keinesfalls der außerordentlich differenzierten qualitativen Abstufung des Wohnungsbestandes entsprach. Im Prinzip wurde aber auch 1961 an dem „bautechnischen“ Wohnungsbegriff festgehalten. Das für das Vorhandensein einer Wohnung entscheidende Merkmal war allerdings nicht — wie noch 1956 — die „bereits im Bauplan vorgesehene oder durch Umbau bzw. Ausbau entstandene“ Küche oder Kochnische, sondern die „eigene“ Küche oder Kochnische. Im übrigen unterscheiden sich die Definitionen der „Normalwohnung“ und „Wohnung“ nur dadurch, daß bei der ersteren die zum dauernden Wohngebrauch baulich eingerichtete Dachgeschoßwohnung, bei der zweiten die Dachgeschoßwohnung, die über eine eigene Küche oder Kochnische verfügt, einbezogen wurde. Außerdem wurden die bei der Wohnungszählung 1956 und damit auch in der Fortschreibung bis 1960 noch zu den „Normalwohnungen“ gerechneten Behelfsheime von 30 und mehr qm jetzt nicht mehr zu den Wohnungen gezählt, sondern zu den „Wohngelegenheiten“, die alle übrigen Möglichkeiten des Wohnens, die es außer den Wohnungen noch gibt, umfassen.

Trotz grundsätzlicher Übereinstimmung des verwendeten Wohnungsbegriffs war aber weiter zu bedenken, daß die Vergleichbarkeit der Wohnungszahlen aus den Zählungen 1956 und 1961 auch durch eine unterschiedliche Auslegung der Begriffe oder durch das 1961 auf eine Gebäudezählung abgestellte Erhebungsverfahren in Frage gestellt sein konnte. Man ist bei jeder Totalzählung darauf angewiesen, die Angaben so entgegenzunehmen, wie sie von der Bevölkerung im Erhebungspapier gemacht werden. Dabei muß stets berücksichtigt werden, daß Auskunftspflichtige sich bei ihren Angaben nicht genau nach den für die Erhebung festgelegten „objektiven“ Merkmalen für eine Wohnung richten, sondern sich von „subjektiven“ Erwägungen beeinflussen lassen und vielleicht auch vom Standpunkt des Mietrechts oder der Nutzung ausgehen könnten. Bei der Zählung 1961 mußte darüber hinaus in Rechnung gestellt werden, daß die Wohnungsangaben lediglich von den Gebäudeeigentümern gemacht wurden, somit nicht — wie dies bei den Wohnungszählungen im eigentlichen Sinn in der Regel üblich ist — durch einen von jedem Wohnungsinhaber ausgefüllten Wohnungsbogen überprüft und ergänzt werden konnten. Durch die von den Statistischen Landesämtern insbesondere durch zahlreiche örtliche Nachkontrollen vorgenommenen umfangreichen Überprüfungen konnte aber festgestellt werden, daß weder die erhebungstechnischen Unterschiede noch geänderte Auffassungen bei den Ausfüllungspflichtigen einen stärkeren Einfluß ausgeübt hatten.

Die Mehrzahl der Länder kam schließlich zu der Überzeugung, daß die neuermittelten Wohnungszahlen trotz teilweise größerer regionaler Unterschiede keinesfalls schlechter zu bewerten, sondern im ganzen als zutreffender anzusehen seien als die bisherigen Fortschreibungsergebnisse. Die Zahlen können zwar die einer herkömmlichen Wohnungszählung nicht in jeder Hinsicht ersetzen; die bautechnischen Einheiten lassen sich aber ebensogut nachweisen wie bei den üblichen Wohnungszählungen.

Im Einvernehmen mit den Statistischen Landesämtern wurden somit die Wohnungszahlen der Erhebung 1961 als neue Basis für die weitere Wohnungsfortschreibung empfohlen und anerkannt. Damit konnten die zum Stichtag der Gebäudezählung am 6. Juni 1961 ermittelten Bestandszahlen der Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden und der Wohngebäude nunmehr in der üblichen Weise fortgeschrieben werden.

Bei der ersten Fortschreibung der neuen Zahlen zum 31. Dezember 1961 waren naturgemäß besondere Schwierigkeiten des richtigen Anschlusses an das Zählungsergebnis 1961 zu überwinden. Daraus erklärt sich auch die Verzögerung bei der Veröffentlichung dieser Zahlen. So war es nicht möglich, aus der Bautätigkeitsstatistik die Zu- und Abgänge für die Zeit zwischen dem Zählungstichtag — dem 6. Juni 1961 — und dem Jahresende 1961 zu gewinnen, weil in dieser Statistik

die neugeschaffenen Gebäude und Wohnungen häufig erst Monate nach der Fertigstellung, oft sogar erst in der Bauüberhangserhebung am Jahresende erfaßt werden. Bei einem solchen Verfahren wäre also damit zu rechnen gewesen, daß eine gewisse Anzahl von Gebäuden und Wohnungen, die bereits im Zahlungsbestand enthalten waren, über die Bautätigkeitsstatistik nochmals als Zugang nachgewiesen worden wären. Für die Fortschreibung zum 31. Dezember 1961 mußte deshalb der auf das Jahresende 1960 zurückgerechnete Gebäude- und Wohnungsbestand der Erhebung 1961 zugrunde gelegt werden. Diesem Bestandsergebnis wurden die Nettozugänge 1961 aus der Bautätigkeit hinzugerechnet. Außerdem wurden die Veränderungen berücksichtigt, die sich im Jahre 1961 bei den von ausländischen Streitkräften beanspruchten Gebäuden und Wohnungen vollzogen haben.

Das auf den 31. Dezember 1960 zurückgerechnete Zählungsergebnis 1961 belief sich im Bundesgebiet ohne Berlin auf einen Bestand von rd. 15 434 000 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Die auf der Basis der Wohnungszählung 1956 auf diesen Zeitpunkt fortgeschriebene, um 136 170 Behelfsheime von 30 und mehr qm verminderte Wohnungszahl für das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) betrug rd. 14 834 000, die neuermittelte Zahl für den gleichen Gebietsstand rd. 15 110 000. Die neue Zahl liegt also um 1,9 % über der fortgeschriebenen.

1961 wurden im Bundesgebiet ohne Berlin rd. 533 000 Wohnungen in Wohngebäuden und knapp 10 000 Wohnungen in Nichtwohngebäuden fertiggestellt. Werden davon die etwa 20 000 Wohnungen abgesetzt, die durch Brand, Naturkatastrophen, aus Sicherheitsgründen verfügte Wohnungssperren und Abbrüche der Benutzung entzogen wurden, und werden außerdem noch die Veränderungen bei den von ausländischen Streitkräften beanspruchten Wohnungen berücksichtigt, dann sind im Jahre 1961 rd. 524 000 Wohnungen hinzugekommen. Damit erreichte der Gesamtwohnungsbestand im Bundesgebiet ohne Berlin am Jahresende 1961 eine Zahl von fast 16 Mill. Wohnungen. Gegenüber dem Jahresbeginn bedeutet das einen Zuwachs von 3,4 %. Von den Ländern liegen Hamburg und Bayern mit einer überdurchschnittlichen Bestandszunahme an der Spitze, gefolgt von Bremen. Demgegenüber weist Rheinland-Pfalz die relativ geringste Zunahme im Bundesgebiet auf.

Mit Hilfe der Zuwachsraten kann zwar die Veränderung des Wohnungsbestandes aufgezeigt werden, der Stand der Wohnungsver-sorgung der Bevölkerung läßt sich jedoch damit nicht beurteilen. Hierzu müssen Angaben aus der Bevölkerungsstatistik herangezogen werden. Als zutreffender Maßstab für eine solche Beurteilung gilt in der Regel die Zahl der Haushalte je Wohnung. Leider stehen die neuen Haushaltszahlen der Volkszählung von 1961 z. Z. noch nicht für alle Länder zur Verfügung, so daß zunächst auf die Personenzahl

Wohnungsbestand<sup>1)</sup> am 31. Dezember 1960 und 31. Dezember 1961 sowie die Wohnungsversorgung am 31. Dezember 1961

Bestand Zugang	Ein- heit	Schles- wig- Holstein	Hamb- urg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- temberg	Bayern	Saar- land	Bundes- gebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Auf den 31. 12. 1960 rückgerechnetes Ergebnis der Gebäudezählung 1961	1000	667,1	545,4	1 781,5	218,9	4 571,1	1 423,7	1 009,4	2 220,2	2 672,7	323,9	15 433,8	836,5
Zugang vom 1. 1. 1961 bis 31. 12. 1961 aus Bautätigkeit <sup>2)</sup> .....	1000	24,1	21,0	60,1	8,1	142,9	51,3	27,9	76,4	101,4	9,9	523,3	22,0
Freigaben <sup>3)</sup> .....	1000	0,0	—	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,3	—	0,6	0,1
Bestand am 31. 12. 1961 .....	1000	691,2	566,4	1 841,7	227,1	4 714,2	1 475,0	1 037,3	2 296,6	2 774,3	333,8	15 957,6	858,6
Zunahme des Bestandes .....	%	4,3	3,6	11,5	1,4	29,5	9,3	6,5	14,4	17,4	2,1	100	2,6
	%	3,6	3,8	3,4	3,7	3,1	3,6	2,8	3,4	3,8	3,1	3,4	—
Wohnungen auf 1000 Einwohner am 31. 12. 1961 .....	Anzahl	297	308	276	319	294	303	302	293	289	308	293	392
davon in:													
Kreisfreien Städten .....	Anzahl	313	308	299	319	311	324	316	309	318	328	312	392
Landkreisen .....	Anzahl	290	—	267	—	277	293	297	288	274	306	281	—

<sup>1)</sup> Ohne die von den ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäude und Wohnungen. — <sup>2)</sup> Zugang aus neu fertiggestellten Wohnungen abzüglich Abgang wegen Umbau, Abbruch usw. — <sup>3)</sup> Zugang infolge Freigabe von durch die von den ausländischen Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden und Wohnungen abzüglich Abgang wegen Inanspruchnahmen.



zurückgegriffen werden muß. Berechnet man den Wohnungsbestand je 1 000 Einwohner, um damit die Wohnungsversorgung der Bevölkerung wenigstens behelfsmäßig auszudrücken, so zeigt sich, daß die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie das Saarland erheblich über dem Bundesdurchschnitt liegen, während sich die geringsten Wohnungszahlen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung in den Ländern Niedersachsen und Bayern ergeben. Betrachtet man die kreisfreien Städte und die Landkreise getrennt, so wird erkennbar, daß die Zahlen der Landkreise stets unter denen der kreisfreien Städte liegen. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind aber bei den Stadtkreisen mit 29 Punkten geringer als bei den Landkreisen mit 39 Punkten. Das bedeutet gleichzeitig, daß in dem Land mit den höchsten Zahlen (Saarland) der Abstand zwischen Stadtkreisen und Landkreisen (328 gegenüber 306)

geringer ist als in Niedersachsen mit den niedrigsten Zahlen (299 gegenüber 267).

Ein Blick auf die Zahl der im Bundesgebiet ohne Berlin vorhandenen Wohngebäude zeigt, daß im Jahre 1961 die folgenden Veränderungen eingetreten sind:

	Zahl der Wohngebäude in 1 000
Bestand am 31. Dezember 1960 (rückgerechnetes Ergebnis der Gebäudezählung 1961)	7 195,7
Zugang 1961 aus Bautätigkeit	208,3
Freigaben	0,2
Bestand am 31. Dezember 1961	7 404,3

In Berlin (West) waren am Jahresende 1961 rd. 131 000 Wohngebäude vorhanden. Hp.

## Außenhandel

### Außenhandel im März und im 1. Vierteljahr 1963

#### Außenhandel im März

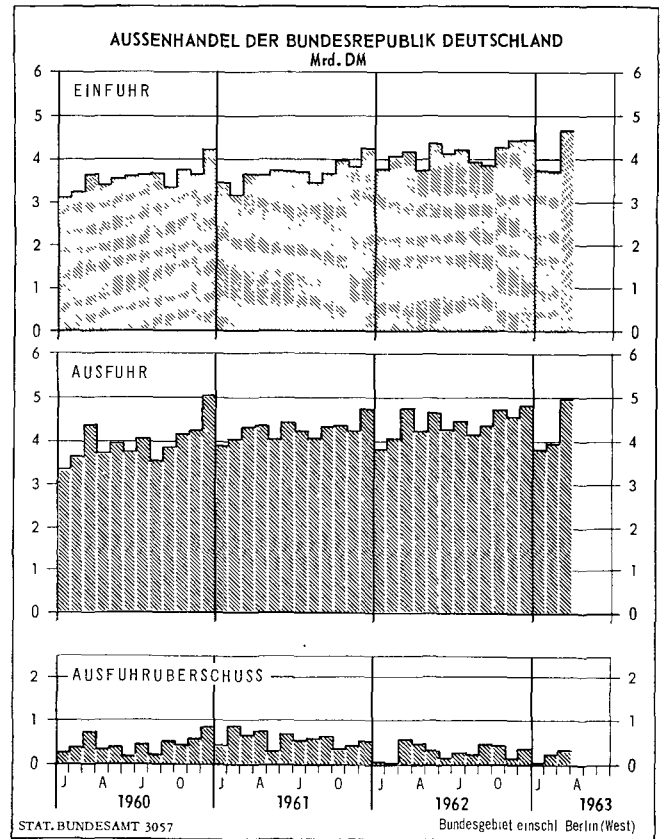
Vom Februar zum März 1963 haben die Werte des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) — in Übereinstimmung mit der Entwicklung in den meisten Vorjahren— relativ stark zugenommen, und zwar in der Einfuhr um 24,5% auf 4 666 Mill. DM und in der Ausfuhr um rund 26% auf 4 981 Mill. DM, wobei diesmal außer der geringeren Zahl an Kalendertagen auch die besonders ungünstigen Witterungsverhältnisse im Februar eine Rolle spielten.

Im Vergleich zum März des Vorjahres ist der Einfuhrwert um knapp 12%, der Ausfuhrwert dagegen um etwa 5% angestiegen. Setzt man allerdings die in den einzelnen Berichtsmoaten abgerechneten und jeweils stark schwankenden Beträge über die Auslandsbezüge von Regierungsgütern sowie die 1962 in den Außenhandelsergebnissen enthaltenen Abschreibungen aus den Zollvermerklagern des alten Zollrechts ab, so ergibt sich auch für die Einfuhr nur eine Zunahme um knapp 6%.

#### Außenhandel nach Warengruppen Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Warengruppe	März 1963 <sup>1)</sup>			Januar/März 1963 <sup>1)</sup>		
	Mill. DM	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegen		Mill. DM	Anteil and der Gesamt- ein- -ausfuhr	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-) gegen Jan./ März 1962
		Febr. 1963	März 1962			
<b>Einfuhr insgesamt<sup>2)</sup></b> . . .	<b>4 666</b>	<b>+24,5</b>	<b>+11,7</b>	<b>12 159</b>	<b>100</b>	<b>+1,1</b>
Ernährungswirtschaft . . .	1 169	+25,7	-2,8	3 034	25,0	-12,3
Lebende Tiere . . . . .	27	-3,6	-37,2	85	0,7	-26,7
Nahrungsmittel						
tierischen Ursprungs . .	229	+4,6	-5,0	670	5,5	-7,1
pflanzlichen Ursprungs	753	+47,4	+3,2	1 804	14,8	-13,8
Genußmittel . . . . .	160	-7,0	-14,9	474	3,9	-10,2
Gewerbliche Wirtschaft .	3 485	+24,1	+17,7	9 034	74,3	+6,5
Rohstoffe . . . . .	817	+24,5	+7,1	2 166	17,8	-3,6
Halbwaren . . . . .	698	+31,2	+7,1	1 829	15,0	-6,0
Fertigwaren . . . . .	1 950	+21,6	+27,6	5 039	41,4	+17,5
Vorzzeugnisse . . . . .	608	+22,8	+5,6	1 667	13,7	+2,8
Enderzeugnisse . . . . .	1 342	+21,1	+40,8	3 372	27,7	+26,4
<b>Ausfuhr insgesamt<sup>2)</sup></b> . . .	<b>4 981</b>	<b>+26,1</b>	<b>+4,7</b>	<b>12 734</b>	<b>100</b>	<b>+0,7</b>
Ernährungswirtschaft . . .	106	+10,4	+5,0	280	2,2	+0,6
Gewerbliche Wirtschaft . .	4 855	+26,5	+4,7	12 399	97,4	+0,6
Rohstoffe . . . . .	217	+33,1	+3,8	547	4,3	-4,5
Halbwaren . . . . .	475	+19,9	+3,5	1 252	9,8	-0,9
Fertigwaren . . . . .	4 163	+26,9	+4,9	10 600	83,2	+1,1
Vorzzeugnisse . . . . .	892	+22,9	-4,9	2 340	18,4	+5,8
Enderzeugnisse . . . . .	3 271	+28,1	+8,0	8 260	64,9	+3,3
darunter:						
Maschinen . . . . .	1 081	+22,3	+0,7	2 842	22,3	+2,1
Wasserfahrzeuge . . . . .	129	+108,1	+188,8	281	2,2	+61,5
Kraftfahrzeuge . . . . .	697	+48,6	+20,0	1 578	12,4	+0,8
Elektrotechnische Erzeugnisse . . . . .	420	+17,6	+1,7	1 112	8,7	-1,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren . . . . .	116	+12,6	-2,5	311	2,4	-1,3

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse. — <sup>2)</sup> Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.



Insgesamt gesehen schloß die Außenhandelsbilanz im Berichtsmoat mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 315 Mill. DM ab gegenüber 204 Mill. DM im Vormonat und 578 Mill. DM im März 1962.

#### Außenhandel im 1. Vierteljahr Einfuhr

In den ersten drei Monaten dieses Jahres zusammen war der Einfuhrwert mit 12 159 Mill. DM insgesamt um 129 Mill. DM oder rund 1% höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Diese verhältnismäßig geringe Zunahme war — bei niedrigeren Bezügen u. a. aus den nicht zur EWG gehörenden europäischen Ländern sowie aus Mittel- und Südamerika und aus Australien — vor allem die Folge größerer Einfuhren aus Nordamerika, Afrika und Asien.

Während die Bezüge an Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft, die in der ersten Hälfte 1962 in Erwartung der bevorstehenden Agrarmarktordeung der EWG verhältnismäßig hoch gewesen waren, um 424 Mill. DM zurückgegangen sind, wurde ein um 552 Mill. DM größerer Einfuhrwert für Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft gemeldet. Dabei wurde —

Außenhandel nach Ländergruppen  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Ländergruppe (nach Herstellungs- bzw. Verbrauchsländern)	März 1963 <sup>1)</sup>			Januar/März 1963 <sup>2)</sup>		
	Mill. DM	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegen		Mill. DM	Anteil an der Gesamt- ein- -ausfuhr %	Zu- (+) bzw. Ab- nahme (-) gegen Jan./ März 1962 %
		Febr. 1963	März 1962			
Einfuhr insgesamt <sup>2)</sup> .....	4 666	+ 24,5	+ 11,7	12 159	100	+ 1,1
OECD-Länder.....	3 256	+ 25,0	+ 13,6	8 464	69,6	+ 2,5
EWG-Länder.....	1 378	+ 17,2	+ 4,4	3 797	31,2	+ 1,2
EFTA-Länder.....	821	+ 19,9	+ 1,4	2 213	18,2	- 2,2
Sonst. Länder in Europa Vereinigte Staaten und Kanada.....	119	+ 3,5	- 4,0	337	2,8	- 12,5
Sonstige Länder (ohne Ostblock).....	938	+ 49,1	+ 53,5	2 117	17,4	+ 14,1
Ostblock).....	1 221	+ 24,7	+ 8,1	3 167	26,0	- 1,6
Europa.....	57	- 3,4	- 18,6	182	1,5	- 5,7
Afrika.....	280	+ 27,3	+ 6,5	736	6,1	+ 6,1
Mittel- und Südamerika	386	+ 28,2	+ 0,8	973	8,0	- 10,4
Asien.....	433	+ 25,1	+ 21,3	1 119	9,2	+ 5,1
Australien und Ozeanien	65	+ 25,0	+ 14,0	157	1,3	- 12,3
Ostblock-Länder.....	183	+ 15,8	+ 4,6	510	4,2	- 3,4
Ausfuhr insgesamt <sup>2)</sup> .....	4 981	+ 26,1	+ 4,7	12 734	100	+ 0,7
OECD-Länder.....	3 819	+ 26,8	+ 9,7	9 664	75,9	+ 4,6
EWG-Länder.....	1 802	+ 24,4	+ 11,2	4 608	36,2	+ 5,1
EFTA-Länder.....	1 434	+ 32,7	+ 8,3	3 558	27,9	+ 2,4
Sonst. Länder in Europa Vereinigte Staaten und Kanada.....	202	+ 18,1	+ 14,8	512	4,0	+ 19,9
Sonstige Länder (ohne Ostblock).....	381	+ 22,9	+ 5,8	985	7,7	+ 3,2
Ostblock).....	1 016	+ 22,4	- 4,2	2 669	21,0	- 7,4
Europa.....	100	+ 19,0	- 25,4	261	2,0	- 22,1
Afrika.....	235	+ 31,3	+ 16,9	582	4,6	+ 15,5
Mittel- und Südamerika	228	+ 0,4	- 24,3	676	5,3	- 19,3
Asien.....	399	+ 34,8	+ 6,1	1 012	7,9	- 5,3
Australien und Ozeanien	53	+ 20,5	+ 10,4	138	1,1	+ 0,7
Ostblock-Länder.....	135	+ 40,6	- 34,1	361	2,8	- 26,6

<sup>1)</sup> Vorläufige Ergebnisse. — <sup>2)</sup> Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und Nicht ermittelte Länder.

jeweils in Millionen DM — der Zuwachs der Importwerte für Vorerzeugnisse (+ 45, darunter Eisenbleche + 26) und für zahlreiche Enderzeugnisse (zusammen + 705) durch einen Rückgang der Einfuhren von Rohstoffen (- 80, darunter Erze - 159 bei erhöhten Bezügen von Erdöl + 92) und von Halbwaren (- 117, darunter Kupfer - 50 sowie Kraftstoffe und Schmieröle - 33) wieder etwas abgeschwächt.

### Ausfuhr

Absolut und relativ in noch geringerem Maße als die Einfuhr hat der Ausfuhrwert im ersten Vierteljahr 1963 gegenüber der vorjährigen Vergleichszeit zugenommen, und zwar um 86 Mill. DM auf 12 734 Mill. DM. Diese Zunahme ergab sich aus verhältnismäßig stark erhöhten Lieferungen in die Mitgliedsländer der OECD — insbesondere in die EWG-Länder — bei einem Ausfuhrückgang im Verkehr mit den meisten übrigen Ländern der westlichen Welt (mit Ausnahme der Exporte nach Afrika) und mit dem Ostblock.

In der Aufgliederung nach Warengruppen zeigt sich, daß — ebenfalls in Millionen DM — vor allem der Wert der an das Ausland abgelieferten Schiffe erheblich größer gewesen ist (+ 107) sowie der Wert der Ausfuhren an Erzeugnissen des Maschinenbaues (+ 58). Dagegen wurden geringere Ausfuhrwerte für Rohstoffe (- 26), für Halbwaren (- 12) und für Vorerzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft gemeldet (- 145, darunter hauptsächlich Stahlröhren sowie Stab- und Formeisen je - 90, bei größeren Lieferungen u. a. von chemischen Vorerzeugnissen, von Seide und Kunstseide sowie von Kunststoffen).

### Außenhandelsbilanz

Die Außenhandelsbilanz ergab im ersten Quartal dieses Jahres — immer bezogen auf die tatsächlich angemeldeten Außenhandelswerte — einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 575 Mill. DM gegenüber 619 Mill. DM im gleichen Zeitabschnitt 1962. Dabei hat sich der Warenverkehr mit den europäischen OECD-Ländern weiter aktiviert, während insbesondere der Passivsaldo im Verkehr mit Nordamerika sowie mit den übrigen westlichen Ländern — bei allerdings unterschiedlicher Entwicklung des Außenhandels mit den einzelnen Ländergruppen — und mit dem Ostblock insgesamt zugenommen hat.

Schl.

## Lagerverkehr in der Außenhandelsstatistik 1962

### Neue Abgrenzung des Lagerverkehrs

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik werden in den Veröffentlichungen der Fachserie G als „Generalhandel“ und als „Spezialhandel“ nachgewiesen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Darstellungsformen beruht auf der verschiedenen Zuordnung der auf Lager eingeführten ausländischen Waren sowie einiger Sonderfälle der Einfuhr<sup>1)</sup>. Im Generalhandel werden alle Einfuhren auf Lager im Zeitpunkt ihrer Einlagerung und alle Wiederausfuhren aus Lager im Zeitpunkt ihrer Ausfuhr nachgewiesen. In den Spezialhandel gehen dagegen diejenigen Einfuhren auf Lager ein, die nicht wiederausgeführt, sondern aus Lager in den freien Verkehr oder in den zollrechtlichen Veredelungsverkehr entnommen werden.

Mit Inkrafttreten des neuen Zollgesetzes zum 1. Januar 1962 wurde die Abgrenzung des Lagerverkehrs in der Außenhandelsstatistik geändert<sup>2)</sup>.

Gegenstand dieses Lagerverkehrs sind seit 1. Januar 1962 nur noch die auf Freihafenlager und Zollgutlager eingeführten ausländischen Waren einschl. einiger Sonderfälle der Einfuhr. Bis Dezember 1961 waren Lager im Sinne der Außenhandelsstatistik die Freihafenlager, die Zolllager und die Zollvormerklager, von denen die letzteren in Zollaufschublager umgewandelt wurden. Die Einlagerung ausländischer Waren in Zollaufschublager stellt dagegen, der zollrechtlichen Regelung folgend, statistisch eine Einfuhr in den freien Verkehr (nachgewiesen im Spezialhandel) dar. Die Folge dieser Verfahrensänderung war im wesentlichen, daß sich der Umfang der Einfuhr auf Lager im Sinne der Außenhandelsstatistik um die unmittelbar auf Zollaufschublager eingeführten Waren verminderte. Die Unterschiede zwischen den Angaben über die Einfuhr im Generalhandel und die Einfuhr im Spezialhandel verringerten sich damit im gleichen Maße.

Die für das Jahr 1962 nunmehr vorliegenden Jahreszahlen über den Lagerverkehr in der neuen Abgrenzung lassen jetzt auch die eingetretenen Änderungen des Umfangs und der Struktur der einzelnen Verkehrsarten des Lagerverkehrs erkennen.

### Anteil des Lagerverkehrs

Während der relative Anteil der Einfuhr auf Lager an der Einfuhr im Generalhandel im Durchschnitt der letzten Jahre bei rund 12 % lag, ermäßigte sich dieser Satz im Jahr 1962 auf 7,9 %. Der Anteil der Einfuhr aus Lager an der Einfuhr im Spezialhandel verminderte sich gleichzeitig von rund 10 % auf 7,3 %. Schaltet man hierbei die im Zuge der Umwandlung der Zollvormerklager des alten Zollrechts in Zollaufschublager des neuen Zollrechts statistisch notwendigen Abschreibungen der Lagerbestände aus, so ergibt sich bei der Einfuhr aus Lager ein Anteil von 6,4 % statt 7,3 %. Aber auch bei den Angaben über die Wiederausfuhr aus Lager hat die neue Abgrenzung des Lagerbegriffes der Außenhandelsstatistik geringfügige Auswirkungen gehabt. Während sich der Anteil der Ausfuhr aus Lager an der Ausfuhr im Generalhandel in den beiden letzten Jahren auf knapp 2 % belief, ging er im Jahre 1962 auf 1,4 % zurück. Maßgebend für diese Entwicklung wird hier die Zurechnung der Wiederausfuhr ausländischer Waren aus Zollaufschublager (früher Zollvormerklager) zum Spezialhandel statt bisher zum Generalhandel gewesen sein.

Obwohl die Zollaufschublager auf Grund des neuen Zollgesetzes der Einlagerung von zum Inlandsabsatz bestimmten Waren vorbehalten bleiben sollen, besteht doch die Möglichkeit einer Wiederausfuhr ausländischer Waren aus diesen Lagern mit dem Anspruch auf Zollerlaß. Solche Wiederausfuhren aus Zollaufschublägern werden seit 1. Januar 1962 nach der neuen Verfahrensregelung statistisch als Ausfuhr aus dem freien Verkehr im Spezialhandel nachgewiesen. Der Anteil der Wiederausfuhr von Waren ausländischen Ursprungs im Spezialhandel hat sich vorwiegend als Folge dieser Änderung von 0,7 % auf 1,0 % erhöht. Der damit etwas

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu die ausführlichen methodischen Vorbemerkungen zu den Veröffentlichungen der Fachserie G, Reihe 1 bis 3. — <sup>2)</sup> Vgl. „Methodische Änderungen der Außenhandelsstatistik ab 1962“, WiSta 1961/12, S. 699 ff.

Tabelle 1: Lagerverkehr und Ausfuhr von Waren ausländischen Ursprungs  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Jahr	Generalhandel			Spezialhandel			Generalhandel			Spezialhandel		
	Einfuhr insgesamt	darunter		Einfuhr insgesamt	darunter		Ausfuhr insgesamt	darunter		Ausfuhr insgesamt	darunter Ausfuhr von Waren ausländischen Ursprungs	
		Einfuhr auf Lager	Anteil in %		Einfuhr aus Lager	Anteil in %		Ausfuhr aus Lager	Anteil in %		Mill. DM	Anteil in %
1954	19 893	2 503	12,6	19 337	1 947	10,1	22 284	249	1,1	22 035	61	0,3
1955	25 014	2 927	11,7	24 472	2 386	9,7	25 683	266	1,0	25 717	217	0,8
1956	28 616	3 327	11,6	27 964	2 675	9,6	31 177	315	1,0	30 861	296	1,0
1957	32 414	3 661	11,3	31 697	2 944	9,3	36 328	360	1,0	35 968	325	0,9
1958	32 097	3 998	12,5	31 133	3 034	9,7	37 527	529	1,4	36 998	275	0,7
1959	36 976	4 183	11,3	85 823	3 029	8,5	41 864	680	1,6	41 184	291	0,7
1960	44 073	5 641	12,8	42 723	4 291	10,0	48 854	908	1,9	47 946	320	0,7
1961	45 684	5 547	12,1	44 363 <sup>1)</sup>	4 226 <sup>1)</sup>	9,5	51 930	952	1,8	50 978	351	0,7
1962	49 828	3 927	7,9	49 498 <sup>2)</sup>	3 597 <sup>2)</sup>	7,3	53 751	776	1,4	52 975	527	1,0

<sup>1)</sup> Darunter für 79 Mill. DM Abschreibungen aus Zollvormerklagern des alten Zollrechts. — <sup>2)</sup> Darunter für 465 Mill. DM Abschreibungen aus Zollvormerklagern des alten Zollrechts.

größeren Bedeutung dieser Reexporte aus dem freien Verkehr wird durch Veröffentlichung einer besonderen, nach einzelnen Warenpositionen gegliederten Übersicht im Ergänzungsheft zur Reihe 2 der Fachserie G Rechnung getragen.

Welche Verschiebungen die neue Abgrenzung des Lagerverkehrs beim Nachweis des Generalhandels und des Spezialhandels von 1961 zu 1962 bewirkt hat, zeigt Tabelle 2, aus der die Anteile des Lagerverkehrs im Vergleich zu den übrigen Einfuhr- und Ausfuhrarten ersichtlich sind. Die Verfahrensänderung hatte durch die Verminderung im Umfang des Lagerverkehrs zur Folge, daß sich der in beiden Darstellungsformen gleichermaßen enthaltene Anteil der unmittelbaren Einfuhr im Generalhandel von 87,9 auf 92,1 % und im Spezialhandel von 90,5 auf 92,7 % erhöhte. Bei der Ausfuhr vollzog sich — wenn auch mit einer nur geringfügigen Veränderung von 98,2 auf 98,6 % — eine entsprechende Erhöhung des Anteiles der unmittelbaren Ausfuhr an der Gesamtausfuhr im Generalhandel. Die Anteile der Ausfuhrarten des Spezialhandels bleiben von der Neuregelung unberührt.

### Warenstruktur des Lagerverkehrs

Die Warenstruktur des Lagerverkehrs der Außenhandelsstatistik hat sich, wie die Ergebnisse für 1962 zeigen, erheblich verändert. In einer besonderen Tabelle<sup>3)</sup> sind die Angaben für die drei Verkehrsarten des Lagerverkehrs für 1961 und 1962 in der Gliederung nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft dargestellt. Als Berichtszeit wurden Halbjahre gewählt, um die in den Ergebnissen für die Einfuhr aus Lager in den Monaten Januar bis Mai 1962 noch enthaltenen Abschreibungen der Lagerbestände aus den früheren Zollvormerklagern in Höhe von

insgesamt 465 Mill. DM bei einem Vergleich der Zahlen entsprechend berücksichtigen zu können. Aus aufbereitungstechnischen Gründen war nämlich leider eine Eliminierung dieser Abschreibungen aus den Angaben für die Warengruppen nicht möglich. Eine Vorstellung über die an diesen Abschreibungen beteiligten Waren vermitteln die im Februar-Heft dieser Zeitschrift veröffentlichten Ergebnisse in der Gliederung nach Abschnitten des Warenverzeichnisses<sup>4)</sup>.

Da die früheren Zollvormerklager (jetzt Zollausfuhrklager) vornehmlich der Lagerung von gewerblichen Fertigwaren und Mineralöl dienten, ist 1962 bei der Einfuhr auf Lager vor allem der Anteil der Warengruppen der gewerblichen Wirtschaft an der Gesamteinfuhr auf Lager zurückgegangen. So ermäßigte sich der Anteil der Fertigwaren an der gesamten Einfuhr auf Lager von 25,2 % im 2. Halbjahr 1961 auf 22,7 % im 2. Halbjahr 1962 und der der Halbwaren von 12,6 auf 9,2 %. Dagegen hat beispielsweise die Gruppe Genußmittel, unter der die vorwiegend über Freihafenlager eingeführten typischen Lagerwaren (Kaffee, Tee und Tabak) enthalten sind, auch nach der Verfahrensänderung ihren Anteil von rund einem Drittel aller Lagerwaren beibehalten. Die absoluten Werte der Einfuhr auf Lager haben bei allen Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft gegenüber dem Vorjahr mehr oder weniger stark abgenommen. Eine ähnliche Veränderung der Warenstruktur zeigen auch die Angaben über die Einfuhr aus Lager und die Ausfuhr aus Lager nach Warengruppen<sup>5)</sup>.

Be.

<sup>4)</sup> Vgl. „Außenhandel nach Waren im Jahre 1962“, WiSta 1963/2, S. 109. — <sup>5)</sup> Ausführliche Übersichten über den Lagerverkehr nach einzelnen Warenpositionen werden demnächst im Ergänzungsheft zur Reihe 2 und über den Lagerverkehr nach Warengruppen und -untergruppen sowie nach Ländern im Jahresheft 1962 der Reihe 1 der Fachserie G veröffentlicht werden.

<sup>3)</sup> Vgl. Tabelle auf S. 216\*.

Tabelle 2: Generalhandel und Spezialhandel aufgegliedert nach Einfuhr- und Ausfuhrarten  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Einfuhrart/Ausfuhrart	Generalhandel				Spezialhandel			
	1961	1962	1961	1962	1961	1962	1961	1962
	Mill. DM		%		Mill. DM		%	
Einfuhr								
Unmittelbare Einfuhr .....					40 137	45 901	90,5	92,7
in den freien Verkehr .....					37 725	43 188	85,0	87,3
zur aktiven Veredelung .....	40 137	45 901	87,9	92,1	1 950	2 078	4,4	4,2
nach passiver Veredelung .....					462	635	1,0	1,3
Einfuhr auf Lager .....	5 547	3 927	12,1	7,9	—	—	—	—
Einfuhr aus Lager .....	—	—	—	—	4 226	3 597	9,5	7,3
in den freien Verkehr .....	—	—	—	—	4 116	3 534	9,3	7,1
zur aktiven Veredelung .....	—	—	—	—	108	62	0,2	0,1
nach passiver Veredelung .....	—	—	—	—	2	1	0,0	0,0
Insgesamt .....	45 684	49 828	100	100	44 363	49 498	100	100
Ausfuhr								
Unmittelbare Ausfuhr .....					44 385	46 103	87,1	87,0
aus dem freien Verkehr .....					6 195	6 363	12,2	12,0
nach aktiver Veredelung .....	50 978	52 975	98,2	98,6	398	508	0,8	1,0
zur passiven Veredelung .....					—	—	—	—
Ausfuhr aus Lager .....	952	776	1,8	1,4	—	—	—	—
Insgesamt .....	51 930	53 751	100	100	50 978	52 975	100	100

# Verkehr

## See- und Binnenschifffahrt im Jahr 1962

### Güterverkehr über See

Die Aufwärtsbewegung im Güterverkehr über See des Bundesgebietes, die im letzten Jahrzehnt nur 1958 unterbrochen worden ist, hat sich auch im Jahre 1962 fortgesetzt. Mit insgesamt 85,7 Mill. t ein- und ausgeladenen Gütern wurde im Berichtsjahr das Ergebnis des Vorjahres 1961 um 4,5 Mill. t oder um 5,6% übertroffen. Mit dieser Zuwachsrate steht die Seeschifffahrt unter den wichtigsten Verkehrsweisen an erster Stelle vor dem Fernverkehr mit Lastkraftwagen (+ 5,2%).

Die Zunahme der Beförderungsmenge gegenüber 1961 kam jedoch nur dem Empfang aus dem Ausland (+ 5,2 Mill. t oder + 8,6%) und in geringerem Maße dem Küstenverkehr zwischen Häfen des Bundesgebietes (+ 0,1 Mill. t oder + 4,7%) zugute. Der Versand nach dem Ausland entwickelte sich dagegen in diesem Vergleichszeitraum rückläufig (— 0,9 Mill. t oder — 4,9%).

Der Anteil des Auslandsempfanges am Gesamtverkehr stieg dadurch von 74,9% im Vorjahr auf 77,1% im Jahre 1962. Im Jahre 1954 waren nur 61,5% und 1936 sogar nur 54% auf diese Verkehrsrichtung entfallen.

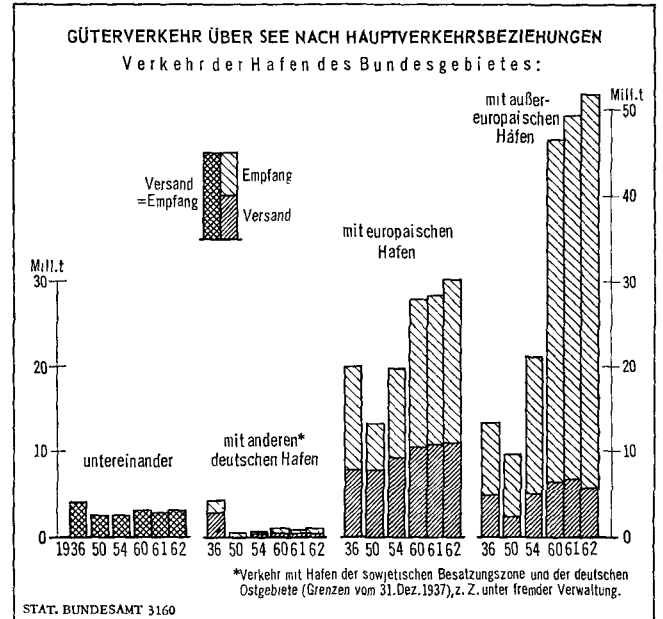
Die Zunahme des Empfanges betraf zu rund 68% die Ankünfte aus außereuropäischen Häfen und zu 32% die Ankünfte aus europäischen Häfen. Der Empfang aus Häfen der sowjetischen Besatzungszone und der unter fremder Verwaltung befindlichen deutschen Ostgebiete war daran nur mit 1% beteiligt. Demgegenüber beruhte der Verkehrsverlust im Auslandsversand fast ausschließlich auf verminderten Transporten nach Außereuropa (— 1,0 Mill. t). Im Versand nach europäischen Häfen dagegen wurde das Vorjahresergebnis um 160 000 t übertroffen. Der Versand nach Häfen der sowjetischen Besatzungszone (— 32 000 t) und der deutschen Ostgebiete (— 7 000 t) war an dieser letzteren Verkehrszunahme jedoch nicht beteiligt.

Wie schon in den Vorjahren betraf der erhöhte Auslandsempfang in der Hauptsache die Gütergruppe rohes Erdöl. Auf sie entfielen fast 80% der zusätzlichen Ankünfte. Der Anteil des rohen Erdöls und der Mineralölzerzeugnisse am Gesamtempfang stieg dadurch auf 47%. Im Jahr 1958, vor Errichtung der Rohrfernleitung von Wilhelmshaven nach dem Ruhrgebiet, waren nur 24,5% der gesamten Ausladungen auf diese Gütergruppe entfallen.

Außerdem sind gegenüber 1961 noch die Ankünfte von Getreide (+ 1,0 Mill. t), Steinkohle (+ 0,4 Mill. t), Südfrüchten, anderen Nahrungs- und Genußmitteln, Olsaaten und Ölfrüchten (zusammen + 0,3 Mill. t) sowie von Roheisen, Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen (+ 0,3 Mill. t) nennenswert angestiegen. Rückläufig waren in dieser Vergleichszeit vor allem die Ankünfte von Erzen (— 0,8 Mill. t) sowie von Holz und Zellstoff (— 0,2 Mill. t). Der Verkehrsrückgang im Versand nach dem Ausland betraf vor allem die Gütergruppen Düngemittel (— 0,4 Mill. t), Roheisen, Rohstahl, Eisen- und Stahlwaren (— 0,2 Mill. t), Zucker (— 0,2 Mill. t), Eisen- und Stahlschrott (— 0,1 Mill. t), Rohmineralien (— 0,1 Mill. t) und sonstige industrielle Halb- und Fertigwaren (— 0,2 Mill. t). Ein Teil dieses Verlustes wurde durch erhöhte Verladungen von Kohle (+ 0,3 Mill. t) und Mineralölzerzeugnissen wieder ausgeglichen.

Von dem gegenüber 1961 erzielten Empfangszuwachs entfielen auf die Häfen Hamburg (+ 2,2 Mill. t), Wilhelmshaven (+ 1,8 Mill. t) und die Bremischen Häfen (+ 1,3 Mill. t) die größten Anteile. Danach wurden noch in den Häfen Brake, Nordenham, Kiel und Brunsbüttelkoog beträchtliche Umschlagsgewinne erzielt, während die Häfen Emden (— 1,2 Mill. t) und Lübeck (— 0,35 Mill. t) mit ihren Ausladungen erheblich unter den Vorjahreszahlen blieben. In diesen beiden Häfen wirkten sich die verminderten Ankünfte von Erz und Holz besonders nachteilig aus.

Der verminderte Versand nach dem Ausland betraf dagegen ausschließlich Hamburg (— 0,7 Mill. t) und die Bremischen Häfen (— 0,2 Mill. t).



Durch die starke Zunahme der Ankünfte von Erdöl, Kohle und Getreide auf der einen Seite und den Rückgang des Sack- und Stückgutumschlags auf der anderen Seite hat sich vor allem in diesen beiden Seehäfen das Verhältnis zwischen Massengut und Stückgut weiter zugunsten der Massengüter verschoben. Der Anteil der Massengüter am Gesamtumschlag erhöhte sich dadurch weiter auf über 75%. Die Ursachen dieser Entwicklung dürften vor allem in dem stark rückläufigen Transitverkehr der Ostblockstaaten mit überseeischen Ländern über unsere Seehäfen zu suchen sein.

Güterverkehr in wichtigen Seehäfen  
Mill. t

Hafen	1936	1954	1960	1961	1962
Hamburg	22,0	20,7	30,8	29,9	31,4
Bremische Häfen	6,8	9,8	15,1	14,9	16,0
Emden	7,9	6,3	10,3	11,5	10,2
Wilhelmshaven	0,3	0,0	10,5	12,9	14,7
Lübeck	2,2	2,3	3,0	3,3	3,0
Nordenham	1,2	1,9	2,4	2,5	2,9
Brake	0,3	1,4	1,6	1,6	2,0

### Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen

An der allgemeinen Verkehrsbelebung im Jahre 1962, an der neben der Seeschifffahrt auch der Fernverkehr mit Lastkraftwagen teilgenommen hat, hatte die Binnenschifffahrt, wenn man das Jahresergebnis betrachtet, keinen Anteil. Im Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes wurden im Jahre 1962 mit insgesamt 170,05 Mill. t rund 2,2 Mill. t oder 1,3% weniger Güter befördert als im Jahre 1961. Die tonnenkilometrischen Leistungen verminderten sich um 0,6 Mrd. oder um 1,5%. Der relativ etwas höhere Verkehrsrückgang bei den Tonnenkilometern ist darauf zurückzuführen, daß sich die über längere Entfernungen vollziehenden Transporte im Auslandsverkehr und im internationalen Durchgangsverkehr stärker vermindert haben als die Verladungen im Verkehr zwischen den Häfen des Bundesgebietes. Die ungünstige Verkehrsentwicklung im Binnenschiffsverkehr ist in der Hauptsache eine Folge der ungünstigen Wasserstände im letzten Jahresdrittel und der Behinderung des Verkehrs durch Eisgang im Dezember. Während in den ersten 8 Monaten des Jahres 5,25 Mill. t mehr Güter auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes als im gleichen Zeitraum des Vorjahres befördert worden sind, wurde im letzten Jahresdrittel das Vorjahresergebnis um 7,4 Mill. t unterschritten.

Der gegenüber 1961 ermittelte Verkehrsrückgang betraf vor allem den Verkehr mit dem Ausland und hiervon den Versand nach dem Ausland wesentlich mehr (—1,6 Mill. t) als den Empfang aus dem Ausland (—0,2 Mill. t). Nach dem Auslandsverkehr waren der Verkehr mit der sowjetischen Besatzungszone (—0,4 Mill. t) und der internationale Durchgangsverkehr (—0,2 Mill. t) am stärksten rückläufig. Der Verkehr mit der sowjetischen Besatzungszone, der schon im Vorjahr um 15% zurückgegangen war, verlor 1962 sogar fast 32% der Beförderungsmenge von 1961. Im Binnenverkehr zwischen Häfen des Bundesgebietes wurde 1962 mit 90,8 Mill. t fast die gleiche Gütermenge befördert wie im Vorjahre, während im Verkehr mit Berlin (West) das Vorjahresergebnis sogar um 0,25 Mill. t übertroffen worden ist.

Auch die unterschiedliche Verkehrsentwicklung in den einzelnen Verkehrsrelationen ist — abgesehen vom Rückgang des Verkehrs mit der Zone — zum großen Teil eine Folge der schlechten Wasserstände. Auf dem Rhein, über den sich 93% des Auslandsverkehrs und fast der gesamte internationale Durchgangsverkehr vollzieht, wirkte sich das Niedrigwasser in den Monaten September bis Dezember am stärksten aus.

Der Verkehrsverlust im Versand nach dem Ausland beruhte vor allem auf verminderten Transporten von Mineralölzeugnissen (—0,6 Mill. t), von Roheisen, Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen (—0,3 Mill. t) sowie von Sand, Steinen, Kalk und Zement (zusammen —0,4 Mill. t) und von Düngemitteln (—0,1 Mill. t). Ein Teil dieser Verkehrsverluste konnte durch erhöhte Verladungen von Kohle, Salz und sonstigen industriellen Halb- und Fertigwaren wieder ausgeglichen werden. Wesentlich stärkere Verschiebungen in der Güterstruktur traten beim Auslandsempfang ein. Hier stehen erheblich verminderten Ankünften von Erz (—2,6 Mill. t), Eisen- und Stahlschrott (—0,8 Mill. t) und von sonstigen industriellen Halb- und Fertigwaren (—1,4 Mill. t) erhöhte Einfuhren von Mineralölzeugnissen (+2,0 Mill. t), Kohle (+0,7 Mill. t), Nahrungs- und Genußmitteln (+0,6 Mill. t), Sand, Steinen, Rohmineralien (+0,6 Mill. t) und Roheisen, Rohstahl, Walzwerkserzeugnissen (+0,4 Mill. t) gegenüber. Die Einfuhren von Mineralölzeugnissen aus dem Ausland, die 1961 um 0,4 Mill. t zurückgegangen war, erreichte durch die starke Zunahme einen neuen Höchststand.

Im Verkehr mit der sowjetischen Besatzungszone waren die Beförderungsmengen bei fast allen Gütergruppen, insbesondere jedoch bei den Mineralölzeugnissen und bei den industriellen Halb- und Fertigwaren, rückläufig. Angestiegen sind in dieser Verkehrsbeziehung nur die Kohleverladungen nach der Zone (+0,1 Mill. t). Beim internationalen Durchgangsverkehr, dessen Verkehrsverlust ausschließlich eine Folge der schlechten Wasserstände gewesen ist, betrifft die rückläufige Entwicklung naturgemäß fast alle Gütergruppen. Eine Ausnahme machen die Gruppen Mineralölzeugnisse und Getreide, deren transportmäßige Hauptsaison in die Sommermonate fällt.

Auch beim Binnenverkehr, der zwar mit 90,8 Mill. t in seiner Höhe unverändert blieb, waren die Beförderungsmengen in vielen Gütergruppen rückläufig. Hier waren es in der Hauptsache die stark angestiegenen Verschiffungen von Mineralölzeugnissen (+0,9 Mill. t) aus deutschen Raffinerien und von

### Güterverkehr an den Auslandsgrenzstellen und den Übergangsstellen zur sowjetischen Besatzungszone (einschl. Durchgangsverkehr)

1 000 t

Verkehrsrichtung	1954	1961	1962
<b>Grenzstelle Emmerich (Niederrhein)</b>			
Grenzeingang	21 088	43 391	42 911
darunter aus dem Ausland	17 673	38 979	38 315
Internationaler Durchgangsverkehr	3 321	4 130	4 425
Grenzausgang	19 874	25 032	23 248
darunter nach dem Ausland	16 965	21 668	20 356
Internationaler Durchgangsverkehr	2 879	2 516	2 024
Gesamtverkehr	40 962	68 423	66 158
darunter auf deutschen Schiffen	8 957	17 486	17 477
<b>Grenzstelle Neuburgweier (Oberrhein)</b>			
Grenzeingang	4 283	6 331	6 037
darunter aus dem Ausland	750	1 347	1 346
Internationaler Durchgangsverkehr	2 650	2 444	1 930
Grenzausgang	6 586	9 883	9 739
darunter nach dem Ausland	2 513	4 258	3 882
Internationaler Durchgangsverkehr	3 243	4 016	4 307
Gesamtverkehr	10 870	16 214	15 776
darunter auf deutschen Schiffen	2 752	4 814	4 764
<b>Grenzstelle Passau (Donau)</b>			
Grenzeingang	802	1 191	1 251
Grenzausgang	1 548	1 275	1 138
Gesamtverkehr	2 350	2 466	2 389
darunter auf deutschen Schiffen	547	613	645
<b>Zonenübergangsstelle Schnackenburg (Elbe)</b>			
Eingang	1 060	1 174	900
darunter aus Berlin (West)	78	137	144
aus dem Sowjetsektor von Berlin und der sowjetischen Besatzungszone	407	220	76
Ausgang	1 238	1 978	1 873
darunter nach Berlin (West)	476	971	1 110
nach dem Sowjetsektor von Berlin und der sowjetischen Besatzungszone	364	456	125
Gesamtverkehr	2 298	3 151	2 773
darunter auf deutschen Schiffen	1 717	2 499	2 199
<b>Zonenübergangsstelle Rühren (Mittellandkanal)</b>			
Eingang	524	814	920
darunter aus Berlin (West)	115	291	260
aus dem Sowjetsektor von Berlin und der sowjetischen Besatzungszone	315	280	330
Ausgang	1 313	2 591	2 747
darunter nach Berlin (West)	951	1 810	1 921
nach dem Sowjetsektor von Berlin und der sowjetischen Besatzungszone	68	214	361
Gesamtverkehr	1 838	3 404	3 667
darunter auf deutschen Schiffen	1 838	3 335	3 587

rohem Erdöl (+0,3 Mill. t) aus deutschen Gewinnungsgebieten, die diese Verluste nahezu völlig ausglich.

Im Verkehr mit Berlin (West) schließlich resultiert der Verkehrszuwachs gegenüber 1961 in der Hauptsache aus erhöhtem Versand von Sand, Mineralölzeugnissen und Kohle.

Von dem im Berichtsjahr gegenüber 1961 eingetretenen Verkehrsrückgang waren sowohl bei den beförderten Gütern als auch bei den geleisteten Tonnenkilometern alle am Verkehr auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes beteiligten Flaggen, mit Ausnahme der niederländischen und der schweizerischen Schiffe, betroffen. Die Verluste der deutschen Schiffe waren dabei relativ geringer als die der anderen Flaggen. Hier wirkte es sich aus, daß der Binnenverkehr, der zum größten Teil von deutschen Schiffen durchgeführt wird,

### Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen

1 000 t

Jahr	Gesamtverkehr <sup>1)</sup>	Verkehr							
		zwischen Häfen des Bundesgebietes Versand = Empfang	mit Berlin (West)		mit dem sowjetischen Sektor von Berlin, der SBZ und den Deutschen Ostgebieten <sup>2)</sup>		mit ausländischen Häfen <sup>1)</sup>		im Durchgangsverkehr
			Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	
1936	100 253	43 388	1 173	165	3 034	3 217	26 916	19 565	2 795
1950	71 855	38 015	942	529	22	87	18 084	9 048	5 128
1954	109 385	59 738	1 425	169	431	665	21 604	19 421	5 932
1958	137 000	67 212	1 951	296	699	443	20 793	39 033	6 571
1959	142 141	75 160	2 684	357	1 012	550	22 166	34 343	5 888
1960	171 362	86 797	2 989	379	906	434	27 880	45 033	6 943
1961	172 163	90 775	2 772	382	679	447	28 662	41 896	6 550
1962	170 053	90 795	3 013	391	491	292	27 064	41 626	6 379

<sup>1)</sup> 1936 bis 1959 ohne Verkehr des Saarlandes mit dem Ausland. — <sup>2)</sup> Zur Zeit unter fremder Verwaltung. Grenzen vom 31. Dezember 1937.

am Verkehrsrückgang nur in unbedeutendem Maße beteiligt war.

Auch die Zahlen über den Güterumschlag in den wichtigen Binnenhäfen lassen die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Verkehrsbeziehungen und Gütergruppen erkennen. So spiegeln sich im Umschlagsrückgang der Häfen Duisburg (— 1,3 Mill. t), Walsum (— 1,0 Mill. t), Gelsenkirchen (— 0,9 Mill. t), Dortmund (— 0,6 Mill. t) und Rheinhausen (— 0,5 Mill. t) die verminderten Erz- und Schrottausladungen

bzw. die rückläufigen Verschiffungen von Roheisen, Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen deutlich wider.

Demgegenüber erzielten die Bremischen Häfen, Hannover, Nordenham, Wesseling, Rheinberg-Ossenberg, Karlsruhe, Neuwied, Castrop-Rauxel und Köln — um nur die wichtigsten zu nennen — höhere Umschlagsleistungen als 1961. In diesen Häfen bestimmten der verstärkte Mineralölverkehr bzw. der erhöhte Sandumschlag maßgeblich die Verkehrsentwicklung. *Teu.*

## Geld und Kredit

### Bodenkreditinstitute im Jahr 1962

Im Jahre 1962 waren die Kursschwankungen am Rentenmarkt erheblich geringer als im vorangegangenen Jahr. Diese relative Beruhigung in der Kursbewegung der festverzinslichen Wertpapiere war um so beachtlicher, als die Anforderungen an den Kapitalmarkt, besonders durch den Anleihebedarf der öffentlichen Hand, stark gestiegen sind. Der Bruttoabsatz an Rentenwerten insgesamt ging im vergangenen Jahr um 41 Prozent über das Vorjahresergebnis<sup>1)</sup> hinaus und übertraf auch den bisherigen Rekordabsatz von 1959 noch bei weitem. Die Unterbringung von Pfandbriefen und Kommunalobligationen war ebenfalls höher als im Vorjahr; ihr Anteil am Gesamtabsatz von Rentenpapieren ist aber infolge der starken Steigerung beim Verkauf anderer festverzinslicher Werte merklich zurückgegangen.

Im ersten Vierteljahr 1962 machte die Auflockerung am Rentenmarkt, die in den letzten Monaten des Jahres 1961 eingesetzt hatte, weitere Fortschritte, und der Kapitalmarkt wurde wieder leistungsfähiger. So nahm auch der Erstabsatz von Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute erheblich zu. Einmal haben die Kreditinstitute in den ersten Monaten des Jahres in erheblichem Umfang Bankschuldverschreibungen erworben. Sodann dürfte ein beträchtlicher Teil der um die Jahreswende freigewordenen steuerbegünstigten Spareinlagen und der angefallenen Zins- und Tilgungsbeträge für früher begebene Schuldverschreibungen wieder in Pfandbriefen und Kommunalobligationen angelegt worden sein. Dazu kommt, daß bereits in diesem Zeitpunkt die privaten Wertpapiersparer infolge der ausgesprochen rückläufigen Bewegung der Aktienkurse ihre Anlagekäufe in Rentenwerten zu verstärken begannen. Trotz der erheblichen Inanspruchnahme des Kapitalmarkts setzte sich auch ein merklicher Zinsabbau durch; so verlagerte sich der Schwerpunkt am Pfandbriefmarkt bei den neu abgesetzten Schultiteln zu den 5½-prozentigen Papieren.

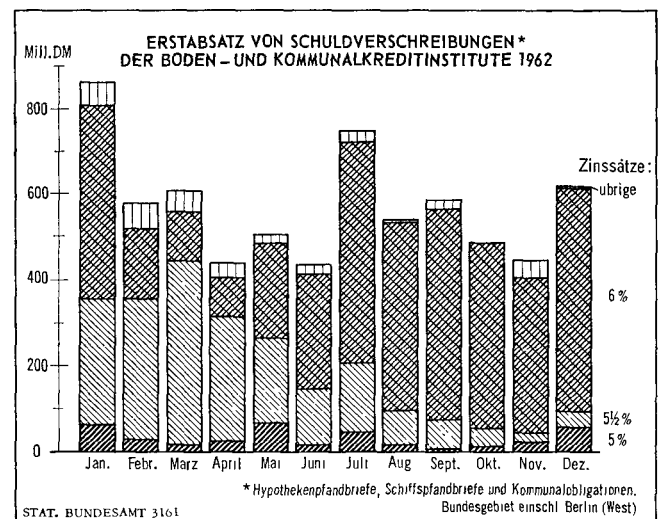
Aber bereits im zweiten Vierteljahr 1962 trat erneut eine Versteifung am Rentenmarkt ein. Die Kurse der tarifbesteuerten Pfandbriefe und Kommunalobligationen gingen scharf zurück. Das Kaufinteresse der institutionellen Anleger für die niedriger verzinslichen Emissionen der Realkreditinstitute ließ sichtlich nach, so daß die Emissionsinstitute wieder überwiegend zur Ausgabe 6prozentiger Pfandbriefe und Kommunalobligationen übergehen mußten, zumal auch die Einmalemittenten wieder Wertpapiere dieses Zinstyps auf den Markt brachten. Damit hatte der Kapitalzins wieder das Niveau von Ende 1961 erreicht. Trotz dieses Rückschlags in der Zinsentwicklung und einer dauernd angespannten Verfassung des Kapitalmarkts zeigte sich der Rentenmarkt im ganzen auch in dieser Zeit sehr aufnahmefähig. Im dritten Vierteljahr 1962 konnten die Realkreditinstitute sogar erheblich höhere Verkaufsergebnisse erzielen als im vorangegangenen Quartal. Gegen Ende des Jahres setzte sich eine kräftige Erholung am Rentenmarkt durch; die Kurse der tarifbesteuerten Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute näherten sich wieder dem Paristand. Damit besserten sich auch die Bedingungen für ihr Emissionsgeschäft.

### Erstabsatz von Schuldverschreibungen

Beim Erstabsatz von Hypothekendarlehen, Schiffspfandbriefen und Kommunalobligationen wurde im Jahre 1962 eine

<sup>1)</sup> Ohne Einzahlungen auf die Entwicklungshilfe-Anleihe des Bundes.

weitere Steigerung erzielt; das Geschäftsergebnis des Vorjahres wurde wieder übertroffen und ein neuer Verkaufsrekord erreicht. Dabei zeigten die Absatzergebnisse, von einigen zeitlich begrenzten Schwankungen abgesehen, eine bemerkenswerte Stetigkeit. Dies dürfte nicht zuletzt darauf beruhen, daß es allen Beteiligten im abgelaufenen Jahr gelungen ist, den Zins und Kurs der Pfandbriefe und Kommunalobligationen weitgehend stabil zu halten. Die (institutionellen und privaten) Anleger haben sich aus diesem Grunde und infolge der sich ständig verschlechternden Lage am Aktienmarkt wieder stärker dem Kauf dieser Wertpapiere zugewandt. Zu dem günstigen Geschäftserfolg hat zweifellos auch beigetragen, daß, wie erwähnt, aus Tilgungen und Zinserträgen angefallene Mittel zu einem großen Teil wieder zum Erwerb neuer Pfandbriefe und Kommunalobligationen verwendet wurden.



Insgesamt wurden im Jahre 1962 von den Boden- und Kommunalkreditinstituten 6,85 Mrd. DM Hypothekendarlehen, Schiffspfandbriefe und Kommunalobligationen erstmalig untergebracht. Die 1962 von verschiedenen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten verkauften rund 350 Mill. DM kurz- und mittelfristigen 4½- bis 5prozentigen Inhaberschuldverschreibungen (Kassenobligationen), die vorwiegend der Finanzierung von Krediten an die gewerbliche Wirtschaft dienen, sind hier nicht miteinbezogen. Gegenüber dem Erstabsatz des Vorjahres (6,42 Mrd. DM) bedeutet dies eine Erhöhung um 433 Mill. DM oder um rund 7%; damit war die Steigerungsrate allerdings erheblich niedriger als 1961, was ausschließlich mit dem ungewöhnlich hohen Angebot an Emissionen der Einmalemittenten (Anleihen der öffentlichen Hand, Industrieobligationen usw.) zusammenhängt. Die Pfandbriefe und Kommunalobligationen blieben aber auch 1962 wiederum die meistgekauften Wertpapiere am Rentenmarkt. Auf die Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute entfielen rund 57% des gesamten Bruttoabsatzes an festverzinslichen Wertpapieren (bei Einbeziehung der oben angeführten kurz- und mittelfristigen Inhaberschuldverschreibungen sogar 60%).

Vom gesamten Bruttoabsatz des Jahres 1962 in Höhe von 6,85 Mrd. DM entfielen 4,02 Mrd. DM auf Hypothekendarlehen; im vergangenen Jahre wurden somit rund 12% mehr

Hypothekendarlehenbriefe verkauft als 1961 (3,60 Mrd. DM). Diese Steigerung dürfte im wesentlichen mit dem weiterhin hohen Bedarf an Wohnungsbauhypotheken zusammenhängen, die durch die Ausgabe von Hypothekendarlehenbriefen refinanziert werden mußten. Zu der Absatzsteigerung dürfte teilweise auch das seit einer Reihe von Jahren stetig wachsende Interesse der privaten Anleger an Rentenwerten beigetragen haben, das vermutlich durch die anhaltende Baisse an den Aktienmärkten im Jahr 1962 weiter gefördert wurde; beim größten Teil der privaten Sparer ist erfahrungsgemäß der Hypothekendarlehenbrief das bevorzugte Anlagepapier<sup>2)</sup>. Durch den erhöhten Erstabsatz hat sich der Anteil der Hypothekendarlehenbriefe an den gesamten Erstverkäufen wieder etwas erhöht, und zwar von 56% im Jahre 1961 auf fast 59%. An Kommunalobligationen wurde mit 2,70 Mrd. DM annähernd der gleiche Betrag untergebracht wie 1961 (2,74 Mrd. DM); am gesamten Erstabsatz waren sie aber im Berichtsjahr etwas schwächer beteiligt als im vorangegangenen Jahr (mit knapp 39 gegenüber fast 43%). Der Absatz von Schiffsdarlehenbriefen war mit 127 Mill. DM um nahezu zwei Drittel größer als 1961; mit einer Quote von nicht ganz 2% fiel er aber wiederum nur wenig ins Gewicht.

Innerhalb des Bruttoabsatzes des Jahres 1962 überwogen, wie im Vorjahr, wiederum die Emissionen der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten. Auf diese Institutsgruppe entfielen insgesamt 3,59 Mrd. DM; ihr Anteil ist aber mit 52 gegenüber 55% im Jahr 1961 etwas geringer geworden.

Die relative Stabilität des Darlehenbriefmarktes zeigt sich u. a. darin, daß 1962 die Schwankungen beim Absatzvolumen und vor allem beim Zinssatz der untergebrachten Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute etwas geringer waren als im vorangegangenen Jahr. Im Januar wurde mit 863 Mill. DM das höchste monatliche Verkaufsergebnis des Jahres erzielt. Auch in den beiden folgenden Monaten war der Absatz sehr lebhaft, so daß sich im ersten Vierteljahr 1962 ein Monatsdurchschnitt von 682 Mill. DM ergab (gegenüber 560 Mill. DM im ersten Quartal 1961). Infolge der erwähnten Versteifung am Rentenmarkt gingen die Emissionserlöse im zweiten Quartal 1962 merklich zurück; im Vierteljahresdurchschnitt blieb der monatliche Erstabsatz mit 460 Mill. DM sogar noch hinter dem des entsprechenden Vierteljahres im Vorjahr zurück. Aber schon im Juli war die Marktengung wieder überwunden; in diesem Monat stieg der Absatz sprunghaft auf insgesamt 750 Mill. DM (zweithöchstes monatliches Absatzergebnis des Jahres) an. Da sich auch die Monate August und September sehr ergiebig für den Verkauf von Bankschuldverschreibungen erwiesen, stieg in diesem Vierteljahr der Erstabsatz im Monatsdurchschnitt wieder auf 625 Mill. DM an (im 3. Quartal 1961 = 475 Mill. DM). Im Oktober und November ließ die Aufnahmebereitschaft infolge einer gewissen Überforderung des Kapitalmarktes in den vorangegangenen Monaten etwas nach, so daß die Verkäufe von Darlehenbriefen und Kommunalobligationen merklich zurückgingen. Im Dezember wurde aber mit einem Verkaufsergebnis von 619 Mill. DM wieder eine erhebliche Absatzsteigerung erzielt.

Noch geringer waren die Schwankungen der Nominalzinssätze bei den von den Bodenkreditinstituten ausgegebenen Schuldverschreibungen. In neun Monaten des abgelaufenen Jahres beherrschte der 6prozentige Zinstyp den Markt; allerdings war dessen Anteil teilweise recht unterschiedlich. In den restlichen drei Monaten hatten die 5½prozentigen Darlehenbriefe und Kommunalobligationen die Führung am Darlehenbriefmarkt. Der Zwischenzinstyp von 5¾%, mit dem im Frühjahr hauptsächlich die von den Einmalemittenten ausgegebenen Anleihen ausgestattet waren, spielte bei den Emissionen der Realkreditinstitute keine Rolle. Auch die Wertpapiere mit Zinssätzen von unter 5½% und über 6% waren an den gesamten Erstverkäufen der Daueremittenten nur in geringem Umfang beteiligt. Innerhalb des gesamten Erstabsatzes der Boden- und Kommunalkreditinstitute nahmen die 6prozen-

tigen (tarifbesteuerten) Schuldtitel mit 4,07 Mrd. DM oder 59,4% den ersten Platz ein. Trotz der hohen Verkäufe in den Monaten Februar bis April waren die 5½prozentigen Darlehenbriefe und Kommunalobligationen mit 2,05 Mrd. DM oder 30,0% am gesamten Bruttoabsatz nur etwa halb so stark beteiligt wie die 6prozentigen Werte. Auf neu abgesetzte 5prozentige Schuldverschreibungen entfielen 391 Mill. DM oder 5,7%, auf solche mit einem Zinssatz von unter 5% insgesamt 338 Mill. DM oder 4,9%. Die Schuldverschreibungen mit Zinssätzen über 6% fielen nicht ins Gewicht.

Im Januar hatte das 6prozentige Wertpapier mit 52,6% des Gesamtabsatzes noch ein leichtes Übergewicht am Darlehenbriefmarkt. Mit steigenden Kursen übernahm aber in den darauf folgenden drei Monaten der 5½prozentige Zinstyp die Führung; auf Schuldtitel mit diesem Zinssatz entfielen im Februar 56,1%, im März sogar 70,6% und im April 65,3%. Aber bereits im Mai verlor dieser Zinstyp infolge der bereits erwähnten Marktversteifung seine Bedeutung, und die Realkreditinstitute kehrten wieder allmählich zum 6prozentigen Wertpapier zurück; maßgebend dafür war die Zinsausstattung der von den Einmalemittenten begebenen Anleihen. Im Mai entfielen bereits 43,9% aller erstmalig untergebrachten Schuldverschreibungen der Bodenkreditinstitute auf diesen Zinstyp. Die 6prozentigen Bankschuldverschreibungen drangen in den folgenden Monaten immer weiter vor und behielten ihre dominierende Stellung bis zum Jahresende. Am stärksten waren sie mit 89,1% im Oktober am gesamten Erstabsatz von Darlehenbriefen und Kommunalobligationen beteiligt. Im Dezember entfielen 84,8% aller Erstverkäufe auf diesen Zinstyp.

#### Tilgungen von Schuldverschreibungen aus dem Neugeschäft

Die Tilgungen von Schuldverschreibungen aus dem Neugeschäft nehmen laufend zu; 1962 haben sie die Milliarden-grenze merklich überschritten. Insgesamt wurden für 1,1 Mrd. DM Darlehenbriefe und Kommunalobligationen getilgt (im Vorjahr 995 Mill. DM); davon entfielen 451 Mill. DM auf das erste Halbjahr und 643 Mill. DM auf das zweite Halbjahr 1962. Dieses hohe Tilgungsaufkommen dürfte — wie bereits erwähnt — zusammen mit den schätzungsweise 1,9 Mrd. DM Zinserträgen aus den umlaufenden Bankschuldverschreibungen wesentlich zu dem Rekordabsatz der Bodenkreditinstitute beigetragen haben. Zins- und Tilgungsaufkommen machten zusammen rd. 3 Mrd. DM aus. Da erfahrungsgemäß ein großer Teil dieser Mittel zum Wiedererwerb von Darlehenbriefen verwendet wird, kann angenommen werden, daß der Darlehenbriefmarkt wieder beginnt sich selbst zu finanzieren, wie dies bereits vor dem Kriege der Fall war.

Rund die Hälfte aller Tilgungen (547 Mill. DM) betrafen Schuldtitel der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, rd. 47% solche der privaten Hypothekenbanken und rd. 3% Emissionen der Schiffsdarlehenbanken. Verlost und eingelöst wurden wiederum größtenteils (663 Mill. DM oder rd. 60,6%) Kommunalobligationen, was wohl mit der im allgemeinen kürzeren Laufzeit dieser Art von Schuldverschreibungen zusammenhängt. Die Rückzahlungen von Hypothekendarlehenbriefen stellten sich auf rd. 395 Mill. DM oder 36,1% und diejenigen von Schiffsdarlehenbriefen auf 37 Mill. DM oder 3,4%. An den Einlösungen waren wiederum Wertpapiere aller Zinstypen und jeder Besteuerungsart beteiligt, allerdings mit recht unterschiedlichen Beträgen. In der Hauptsache handelt es sich aber um tarifbesteuerte Schuldtitel mit einem Zinssatz von 7% und mehr. Von den Kommunalobligationen wurden vorzugsweise 7½prozentige tarifbesteuerte Schuldverschreibungen (310 Mill. DM) getilgt. Bei den Hypothekendarlehenbriefen lag das Schwerkraft der Tilgungen mit 278 Mill. DM bei den 7½prozentigen tarifbesteuerten Werten.

#### Umlauf an Schuldverschreibungen

In Übereinstimmung mit dem noch etwas höheren Erstabsatz hat auch der Umlauf von Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute im Jahre 1962 stärker zugenommen als im Vorjahr. Mit insgesamt 5,70 Mrd. DM war der

<sup>2)</sup> Nach einer Untersuchung des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute entsprach 1962 der Mehrabsatz an Hypothekendarlehenbriefen etwa der Absatzsteigerung an Private.

**Umlauf an DM-Schuldverschreibungen der Boden-  
und Kommunkreditinstitute aus dem Neugeschäft**  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)  
Mill. DM

Art der Schuldverschreibungen Institutsgruppe	Stand am 31. Dez.		Nettozunahme	
	1961	1962	1961	1962
Hypothekendarlehen	17 764,3	21 361,3	3 293,1	3 597,1
Schiffsdarlehen	483,7	561,5	41,3	77,8
Kommunalobligationen <sup>1)</sup>	12 521,6	14 542,8	2 040,4	2 021,2
Insgesamt	30 769,6	36 465,6	5 374,7	5 696,0
Private Hypothekendarlehen	15 218,2	17 807,8	2 473,9	2 589,6
Schiffsdarlehenbanken	483,7	561,5	41,3	77,8
Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten	15 067,7	18 096,3	2 859,5	3 028,7

<sup>1)</sup> Enthält u. a. auch Landesbodenbriefe, Landwirtschaftsbriefe, Bodenkulturschuldverschreibungen, Landesrentenbank-Schuldverschreibungen, Kommunal-schatzanweisungen, Kassenobligationen und Schuldbuchforderungen.

Nettozuwachs im abgelaufenen Jahr trotz der beträchtlich höheren Tilgungen noch um 6% größer als 1961 (5,37 Mrd. DM). Von der gesamten Umlaufserhöhung entfielen 3,60 Mrd. DM auf Hypothekendarlehen, 2,02 Mrd. DM auf Kommunalobligationen und 78 Mill. DM auf Schiffsdarlehen. Das Schwergewicht innerhalb des Nettozugangs an Schuldverschreibungen lag wieder bei den Hypothekendarlehen; ihr Anteil ist von 61 auf 63% gestiegen. Der Anteil dieser Wertpapiere an der Umlaufserhöhung war somit größer als ihr Gewicht innerhalb des gesamten Wertpapierabsatzes (59%); dies erklärt sich daraus, daß, wie erwähnt, die Tilgungen überwiegend die Kommunalobligationen betrafen.

Der Gesamtumlauf an Schuldverschreibungen, die von den Boden- und Kommunkreditinstituten seit der Geldumstellung von 1948 ausgegeben wurden, belief sich Ende 1962 auf 36,47 Mrd. DM, davon waren 21,36 Mrd. DM oder knapp 59% Hypothekendarlehen, 14,54 Mrd. DM oder fast 40% Kommunalobligationen und 561,46 Mill. DM bzw. 1,5% Schiffsdarlehen. Der Anteil der einzelnen Wertpapierarten am Gesamtumlauf hat sich mithin gegenüber Ende 1961 nur wenig verändert; infolge des verstärkten Übergewichts der Hypothekendarlehen beim Erstabsatz und der höheren Tilgungen bei den Kommunalobligationen hat sich die Quote der umlaufenden Darlehen leicht erhöht (von rund 58 auf annähernd 59%). Neu in den Verkehr gebracht werden nur noch tarifbesteuerte Schuldtitel; daher ist der Anteil dieser Wertpapiere im Laufe des Jahres 1962 erneut stark gewachsen. Von allen Ende 1962 umlaufenden Schuldverschreibungen waren 29,80 Mrd. DM oder 81,7% (gegen 78,1% am Ende des Vorjahres) tarifbesteuerte Wertpapiere, 6,56 Mrd. DM oder 18,0% (21,3%) steuerfreie und nur noch 103 Mill. DM oder 0,3% (0,6%) steuerbegünstigte Schuldtitel. Innerhalb des Gesamtumlaufs haben die Emissionen der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten mit einem Anteil von 49,6% ein geringes Übergewicht gegenüber denjenigen der privaten Hypothekendarlehen (48,8%).

In der Zusammensetzung der umlaufenden Schuldverschreibungen nach Zinstypen ergaben sich im Ablauf des vergangenen Jahres erneut einige Verschiebungen. Da 1962 nahezu 60% des Erstabsatzes auf 6prozentige Wertpapiere entfielen, hat sich das Gewicht der Darlehen und Kommunalobligationen mit diesem Zinssatz noch verstärkt. Mit einem Umlauf von 14,20 Mrd. DM standen die 6prozentigen Wertpapiere, bei denen es sich fast ausschließlich um tarifbesteuerte Schuldverschreibungen handelt, weitaus an der Spitze; ihr Anteil am Gesamtumlauf hat sich von 32,3% Ende 1961 auf 38,9% erhöht. An den tarifbesteuerten Schuldtiteln war dieser Zinstyp Ende 1962 sogar mit 47,5% beteiligt. Den zweiten Platz nahmen mit einem Umlauf von 10,44 Mrd. DM wieder die 5/10prozentigen Schuldverschreibungen ein, von denen rund 80% vollbesteuerte Papiere waren. Infolge der hohen Verkäufe von Wertpapieren dieses Zinstyps im ersten Vierteljahr 1962 hat sich auch ihr Anteil am Gesamtumlauf gegenüber dem Stand von Ende 1961 leicht erhöht (von 27,5 auf 28,6%). Mit einem Umlaufsbetrag von 8,65 Mrd. DM folgen sodann die 5prozentigen Darlehen und Kommunalobligationen. Diese Papiere haben erneut an Gewicht verloren, da von ihnen nur

noch wenig an den Markt gelangten; ihr Anteil am Gesamtumlauf sank von 27,0 auf 23,7%. Bei diesem Zinstyp haben die steuerfreien Schuldverschreibungen mit einer Quote von knapp 51% nur noch ein geringes Übergewicht. Der Anteil der Papiere mit einem Zinssatz von 6 1/2% und darüber, von denen Ende 1962 noch 2,55 Mrd. DM umliefen, ist weiter stark zurückgegangen (von 11,0 auf 7,0%); denn die im Laufe des letzten Jahres erfolgten Tilgungen erstreckten sich hauptsächlich auf diese hochverzinslichen Papiere.

**Umlauf von Schuldverschreibungen  
aus dem Altgeschäft**

Der Umlauf an Altschuldverschreibungen, das sind die vor der Währungsreform ausgegebenen Wertpapiere, hat sich im Laufe des Jahres 1962 leicht erhöht, und zwar von 824 auf 836 Mill. DM. Diese Zunahme, die in der Hauptsache die Pfandbriefe des Altgeschäfts betrifft, geht aber ausschließlich auf nachträgliche Berichtigungen oder Nachmeldungen bei einigen Instituten zurück. Dagegen haben sich die Altsparschuldverschreibungen wieder geringfügig vermindert; Ende 1962 befanden sich 336 Mill. DM von diesen Wertpapieren im Umlauf.

Die gesamten Verbindlichkeiten der Boden- und Kommunkreditinstitute aus dem Umlauf von Schuldverschreibungen, also aus dem Alt- und Neugeschäft zusammen, stellten sich Ende 1962 auf 37,64 Mrd. DM gegenüber 31,94 Mrd. DM am Ende des Vorjahres.

**Zusätzliche Finanzierungsmittel  
und gesamter Beleihungsfonds**

Da der Bedarf an Ausleihungsmitteln noch zugenommen hat, haben die Realkreditinstitute trotz etwas höherer Emissionserlöse wieder in beachtlichem Umfang zusätzliche Finanzierungsmittel aus anderen Quellen, namentlich in Form von langfristigen Darlehen bei anderen Kapitalsammelstellen, in Anspruch genommen. Diese Darlehensaufnahme hielt sich mit insgesamt 1,21 Mrd. DM etwa auf der Höhe des Vorjahres. Im einzelnen hat sich dabei der Bestand der gegen Hinterlegung von Namensschuldverschreibungen aufgenommenen langfristigen Kredite um 131 Mill. DM und derjenige der gegen Abtretung von Grundpfandrechten, gegen sonstige Sicherheiten und ohne Sicherheiten hereingenommenen Darlehen um 1 076 Mill. DM erhöht (im Vorjahr um 167 Mill. DM bzw. 1 049 Mill. DM). Bei den durchlaufenden Mitteln hat der Bestand erheblich mehr zugenommen als 1961, nämlich um 1 113 Mill. DM gegen 887 Mill. DM.

**Finanzierungsmittel im Neugeschäft**  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)  
Mill. DM

Art der Finanzierungsmittel	31. Dezem- ber 1961	31. Dezem- ber 1962	Zunahme gegen 31. Dezem- ber 1961
Schuldverschreibungen aus dem Neugeschäft	30 769,6	36 465,6	5 696,0
Aufgenommene langfristige Darlehen gegen Hinterlegung von Namens- schuldverschreibungen <sup>1)</sup>	2 979,0	3 110,3	131,3
gegen sonstige Sicherheiten und ohne Sicherheiten <sup>2)</sup>	10 844,5	11 920,9	1 076,4
Zusammen	44 593,1	51 496,7	6 903,7
Durchlaufende Mittel	7 307,2	8 419,9	1 112,7
Insgesamt	51 900,2	59 916,6	8 016,5
Private Hypothekendarlehen	16 890,8	19 548,6	2 657,8
Schiffsdarlehenbanken	980,4	1 081,7	101,3
Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten	34 029,0	39 286,4	5 257,4

<sup>1)</sup> Ohne die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank und bei anderen Boden-kreditinstituten aufgenommenen Darlehen. — <sup>2)</sup> Einschl. Schuldscheindarlehen.

Der gesamte Beleihungsfonds der Boden- und Kommunkreditinstitute, also Emissionserlöse, aufgenommene langfristige Darlehen und durchlaufende Mittel zusammen, ist im Jahre 1962 um 8,02 Mrd. DM gestiegen; im Jahr zuvor hatte er sich um 7,48 Mrd. DM erhöht. Insgesamt beliefen sich Ende 1962 die aufgenommenen Darlehen auf 15,03 Mrd. DM und die



durchlaufenden Mittel auf 8,42 Mrd. DM. Damit erreichten die gesamten Verbindlichkeiten der Realkreditinstitute aus dem Neugeschäft am 31. Dezember 1962 eine Höhe von 59,92 Mrd. DM; an diesen Verpflichtungen waren die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten mit 66%, die privaten Hypothekenbanken (einschl. Schiffpfandbriefbanken) mit 34% beteiligt.

### Neuausleihungen

Das Aktivgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute hat sich im Jahr 1962 beträchtlich ausgedehnt. Durch den erhöhten Erstsatz konnten die Realkreditinstitute um über ein Fünftel mehr neue Direktkredite zur Verfügung stellen als 1961; die Neuausleihungen haben damit die 10-Milliarden-Grenze überschritten. Der Umfang der Kreditgewährung war aber im Verlauf des Jahres sehr unterschiedlich. Verhältnismäßig wenig neue Kredite wurden vor allem in den ersten drei Monaten des abgelaufenen Jahres gewährt (insgesamt 1,90 Mrd. DM). Dies lag hauptsächlich an einer gewissen Zurückhaltung der Bauherren und sonstigen Hypothekennehmer, die z. T. mit der saisonbedingten schwächeren Bautätigkeit zusammenhängt; andererseits erwarteten die Kreditnehmer eine Zinssenkung. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben aber ebenfalls in diesem Zeitraum den Kommunalkredit der Realkreditinstitute nur sehr wenig in Anspruch genommen, da sie ihren an sich hohen Kapitalbedarf für Investitionen zu einem großen Teil aus anderen Quellen decken konnten. Der Hypothekenzins ging zwar um die Wende vom ersten zum zweiten Vierteljahr etwas zurück; da aber der 6prozentige Wertpapierzins beim Erstsatz erneut vordrang, mußte der Darlehnszins bald wieder erhöht werden. Die Hypothekennehmer (Wohnungsbaunternehmen und sonstige Bauherren) gaben ihre Zurückhaltung auf und schritten im weiteren Verlauf des Jahres trotz des verhältnismäßig hohen Zinssatzes in immer stärkerem Umfang zur Darlehnsaufnahme. Aber auch die Gemeinden und Gemeindeverbände haben später ihre außerordentlichen Vorhaben (Bauinvestitionen usw.) wieder in erhöhtem Ausmaß durch Kreditaufnahme bei den Realkreditinstituten finanziert. So stiegen die Neuausleihungen auf insgesamt 2,33 Mrd. DM im zweiten und 2,67 Mrd. DM im dritten Vierteljahr an. Einen außerordentlich hohen Betrag haben die Bodenkreditinstitute dann im letzten Quartal neu ausgeliehen (3,29 Mrd. DM); abgesehen von der saisonmäßig bedingten Steigerung mußten die Bodenkreditinstitute in dieser Zeit auch ihren hohen Hypothekenzusagen aus den zurückliegenden Monaten nachkommen.

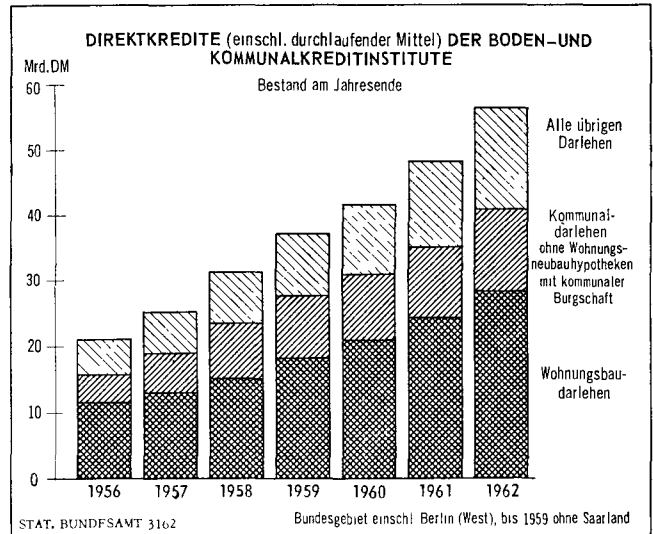
Insgesamt haben die Boden- und Kommunalkreditinstitute im Jahr 1962 neue Direktkredite im Betrage von 10,19 Mrd. DM (einschl. durchlaufender Mittel) unmittelbar an die private und öffentliche Wirtschaft gewährt. Die große Bedeutung der Bodenkreditinstitute als Finanzierungsquelle für den Wohnungsbau und für die Investitionen öffentlich-rechtlicher Körperschaften, vor allem der Kommunen, zeigt sich in der Struktur ihres Darlehnsgeschäftes.

### Darlehen der Boden- und Kommunalkreditinstitute (einschl. durchlaufender Mittel)

Bundesgebiet einschl. Berlin (West)  
Mill. DM

Art der Darlehen Institutsgruppe	Bestand am 31. Dez.		Nettozunahme	
	1961	1962	1961	1962
Direktkredite .....	48 468,9	56 667,7	6 685,4	8 198,8
darunter:				
Wohnungsbaudarlehen <sup>1)</sup> .....	24 227,9	28 249,8	3 249,8	4 021,9
Kommunal-darlehen <sup>2)</sup> .....	11 099,8	12 720,7	1 274,1	1 620,9
Darlehen an andere Kredit- institute aller Art <sup>3)</sup> .....	4 607,0	5 594,3	970,8	987,4
Insgesamt .....	53 075,9	62 262,0	7 656,2	9 186,2
Private Hypothekenbanken ..	15 881,2	18 664,5	2 239,4	2 783,2
Schiffpfandbriefbanken .....	1 041,0	1 142,9	90,9	101,9
Öffentlich-rechtliche Kredit- anstalten .....	36 153,6	42 454,7	5 325,9	6 301,1

<sup>1)</sup> Hypotheken auf Wohnungsneubauten, Wohnungsneubauhypotheken mit kommunaler Bürgerschaft und „Sonstige Darlehen“ für den Wohnungsbau. — <sup>2)</sup> Ohne Wohnungsneubauhypotheken mit kommunaler Bürgerschaft sowie ohne Darlehen an Sparkassen und an andere öffentlich-rechtliche Kreditanstalten. — <sup>3)</sup> Einschl. anderer Bodenkreditinstitute.



So dienten von allen im abgelaufenen Jahr neu ausgereichten Direktkrediten 4,54 Mrd. DM der Finanzierung des Wohnungsbaus<sup>3)</sup>; damit wurden 1962 um über ein Viertel mehr neue Wohnbaukredite zur Verfügung gestellt als im Vorjahr. Auch der Anteil dieser Darlehen an allen Direktkrediten hat sich von 43% auf fast 45% erhöht. In der beträchtlichen Steigerung der von den Realkreditinstituten gewährten Wohnbauhypotheken macht sich vor allem der verstärkte Übergang der öffentlichen Hand von der reinen Kapitalsubvention zur Misch- und Zinssubvention in der Wohnbaufinanzierung bemerkbar. Zum Teil dürfte die Erhöhung der Bruttoausleihungen für den Wohnungsbau auch mit den gestiegenen Baukosten und Baulandpreisen zusammenhängen. Dem absoluten Betrag nach waren die neuen Hypothekarkredite auf „andere Grundstücke“ ebenfalls erheblich höher als im Vorjahr (2,33 gegenüber 1,88 Mrd. DM); relativ waren sie aber mit rd. 23% ebenso hoch an allen neuen Direktkrediten beteiligt wie 1961. Von diesen sonstigen Hypothekarkrediten dürfte ein beachtlicher Betrag gleichfalls der Mitfinanzierung von Wohnungen gedient haben; ein großer Teil dieser Kredite wird nämlich für den Bau von kombinierten (städtischen) Geschäfts- und Wohnhäusern<sup>4)</sup> und für die Instandsetzung von Altbauten zur Verfügung gestellt.

Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, insbesondere die Gemeinden und Gemeindeverbände, haben ebenfalls wieder beachtlich mehr Darlehen bei den Boden- und Kommunalkreditinstituten aufgenommen; besonders ausgeprägt war dies im zweiten und dritten Vierteljahr. Im Jahre 1962 haben die Bodenkreditinstitute insgesamt 2,23 Mrd. DM „reine“ Kommunal-darlehen<sup>5)</sup> neu gewährt, d. s. fast 22% aller Neuausleihungen (1961 = 1,96 Mrd. DM oder beinahe 24%).

Auch für alle anderen Zwecke, also für Schiffshypotheken, Landeskulturdarlehen und „Sonstige langfristige Darlehen“ wurden erheblich höhere Beträge neu ausgeliehen als 1961. Auffallend stark war die Steigerung bei den neuen Schiffshypotheken (471 Mill. DM gegenüber 363 Mill. DM).

An den gesamten neuen Direktkrediten waren die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten mit 6,63 Mrd. DM oder 65% beteiligt; auf die privaten Hypothekenbanken entfielen 3,28 Mrd. DM oder 32% Neuausleihungen und auf die Schiffspandbriefbanken 284 Mill. DM oder 3%. Der Anteil der einzelnen Institutsgruppen an den gesamten Bruttoausleihungen hat sich also gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Neben den Direktkrediten haben die Realkreditinstitute im Jahr 1962 noch an andere Kreditinstitute aller Art<sup>6)</sup> insgesamt

<sup>3)</sup> Hypotheken auf Wohnungsneubauten, Wohnungsneubauhypotheken mit kommunaler Bürgerschaft und „Sonstige Darlehen“ für den Wohnungsbau. — Tatsächlich dürften die gesamten Wohnbaukredite aber etwas höher gewesen sein, da die Wohnungsneubauhypotheken mit kommunaler Bürgerschaft nicht vollständig erfaßt werden können. — <sup>4)</sup> Soweit die kombinierten Gebäude überwiegend Wohnzwecken dienen, sind die darauf gewährten Hypotheken bei den „Wohnungsneubauhypotheken“ miteinfaßt. — <sup>5)</sup> Ohne erfaßte Wohnungsneubauhypotheken mit kommunaler Bürgerschaft. — <sup>6)</sup> Einschließlich anderer Bodenkreditinstitute.

Darlehen in Höhe von 1,35 Mrd. DM gegeben, d. i. nur geringfügig mehr als im Jahr vorher (1,30 Mrd. DM). Die gesamten Bruttoausleihungen betragen somit im Berichtsjahr rd. 11,55 Mrd. DM.

### Darlehnsbestand<sup>7)</sup>

Der gesamte Darlehnsbestand der Bodenkreditinstitute ist im Jahr 1962 erheblich stärker gestiegen als im Vorjahr; mit rd. 22% entsprach dabei die Steigerungsrate etwa der prozentualen Zunahme bei den Bruttoausleihungen. Das Gesamtvolumen der Ausleihungen der Bodenkreditinstitute stellte sich am 31. Dezember 1962 einschließlich der Treuhandkredite auf 62,26 Mrd. DM (gegenüber 50,75 Mrd. DM Ende 1961); davon waren 56,68 Mrd. DM Direktkredite und 5,59 Mrd. DM Kredite an andere Kreditinstitute<sup>6)</sup>.

Der Bestand an Direktkrediten hat im Jahr 1961 um 8,20 Mrd. DM zugenommen, d. i. um über ein Fünftel mehr als im vorangegangenen Jahr (6,69 Mrd. DM). Bei den einzelnen Darlehnsarten hat der Nettozuwachs 1962 die Bestandszunahme des Jahres 1961 im allgemeinen ebenfalls beträchtlich übertroffen. So sind die gesamten Wohnungsbaudarlehen<sup>3)</sup> mit 4,02 Mrd. DM um rd. 23% stärker gestiegen als im Jahr zuvor (3,25 Mrd. DM). Bei den Hypothekarkrediten auf gewerblichen Grundstücken (einschl. kombinierter Geschäfts- und Wohngebäude) und anderen städtischen Grundstücken (in der Hauptsache Altbauten) war die Bestandszunahme mit 1,42 Mrd. DM sogar um mehr als ein Drittel größer als 1961

(1,03 Mrd. DM). Die „reinen“ Kommunaldarlehen<sup>5)</sup> sind um rd. 27% mehr als im Vorjahr (1,62 gegenüber 1,27 Mrd. DM) gestiegen. Relativ am stärksten zugenommen hat der Bestand an Schiffshypothenken; der Nettozuwachs lag hier mit 129 Mill. DM um fast die Hälfte höher als 1961 (89 Mill. DM). Bei den Agrarkrediten (Hypothenken auf landwirtschaftlichen Grundstücken und Landeskulturdarlehen) hielt sich die Bestandszunahme mit 780 Mill. DM etwa auf der Höhe des Vorjahres (765 Mill. DM). Der etwas geringere Nettozuwachs an „Sonstigen langfristigen Darlehen“ beruht in der Hauptsache auf nachträglichen Berichtigungen und Umbuchungen. Der Anteil der einzelnen Darlehnsarten am Gesamtbestand der Direktkredite hat sich kaum verändert. Wie im Vorjahr waren fast die Hälfte Wohnbaudarlehen<sup>3)</sup> und über ein Fünftel (22,4% gegenüber 22,9%) „reine“ Kommunaldarlehen<sup>5)</sup>. Auch die Quoten der für andere Zwecke gegebenen Kredite haben sich nur geringfügig verschoben.

Die Darlehnstilgungen und Rückflüsse dürften 1962 etwas höher gewesen sein als im Jahr vorher. So überstiegen 1962 die neuen Direktkredite den Bestandszuwachs um 1,99 Mrd. DM, während 1961 die Neuausleihungen die Zunahme des Bestandes nur um 1,66 Mrd. DM übertroffen hatten.

Die an andere Kreditinstitute aller Art<sup>6)</sup> gewährten langfristigen Darlehen sind im abgelaufenen Jahr um 987 Mill. DM gestiegen, d. i. nur geringfügig mehr als 1961 (971 Mill. DM).  
Schu.

<sup>7)</sup> Vgl. Tabelle, S. 225\*. — Anmerkungen 3), 5), 6) siehe S. 240.

## Preise

### Preise im März/April 1963

Der leichte Anstieg der Weltmarktpreise hat sich bis April 1963 im Durchschnitt fortgesetzt. Reuters Index, der im wesentlichen den Preisverlauf der auch für die deutsche Einfuhr bedeutsamen Londoner Börsenpreise widerspiegelt, hat sich vom 5. März bis 5. April um 1,4% erhöht. Gegenüber dem 5. April 1962 betrug die Indexsteigerung 10%. Nach Moodys Index sind die amerikanischen Stapelwarenpreise zwischen dem 5. März und dem 5. April um nur 0,4% gestiegen. Auch gegenüber dem gleichen Vorjahresstand war die Erhöhung mit 0,6% verhältnismäßig gering. Im einzelnen kam es gegenüber Anfang März zu stärkeren Verteuerungen bei Rohzucker (+ 16 bis 22%), Kopra (+ 4,8%) und Rohkakao (+ 1,9%) sowie bei Rohseide (+ 3,3%), Rohwolle (+ 2,7%), amerikanischem Stahlschrott (+ 11%), Blei (+ 4,0%), Zink (+ 4,2%) und Silber (+ 1,7%). Kräftige Preisrückgänge verzeichneten dagegen in der gleichen Zeit leichte Schweine (— 7,3%), Patnareis (— 4,9%), Santos-Rohkaffee (— 2,2%), Erdnüsse und Sojabohnen (— 3,5 bzw. 4,1%) sowie Rohjute (— 4,3%). Weiterhin rückläufig waren seit Anfang März die Weltmarktpreise für die meisten Walzwerkserzeugnisse (z. B. Formstahl — 2%). Eine Ausnahme bildeten die Exportpreise für Flachstahl (z. B. kaltgewalzte Feinbleche + 1%).

Die Seefrachtraten der Trampschiffahrt sind vom 6. März zum 6. April weiter leicht gestiegen (+ 1,4%). Damit hat sich der Ratenanstieg, der nun schon seit der Kubakrise im Oktober 1962 anhält, etwas verflacht; seit September 1962 haben sich die Reisecharterraten der Trampschiffahrt im Durchschnitt um mehr als 25% erhöht. Der Rückgang der Tankerfrachtraten (Reisecharter nach Intascale) hat sich dagegen seit dem 6. März verstärkt fortgesetzt (— 40%). Verglichen mit dem Vorjahresstand (Anfang April) lagen die Trockenfrachtraten mit 0,3% nur geringfügig, die Tankerfrachtraten mit 12% indes noch erheblich über dem damaligen Niveau.

Unter den Ernährungsgütern, die durch die Marktordnungen der EWG reglementiert werden, gaben die Einfuhrpreise für Brot- und Futtergetreide erneut nach. Bei den Eierpreisen (— 9,7%) setzte der durch die Frost-

periode verspätet saisonale Abschwung ein. Unverändert notierten Schlachtschweine aus Dänemark, dagegen verteuerte sich Schlachtgeflügel (Suppenhühner) geringfügig um 0,5%.

Der Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter und der Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter zeigen gegenüber Vormonat und Vorjahr folgende Bewegung:

	Veränderung in % Marz 1963 gegen Febr. 1963 Marz 1962	
Einfuhrpreise insgesamt	+ 0,4	+ 2,0
Güter aus EWG-Ländern	+ 2,8	+ 8,1
Güter aus Drittländern	— 0,5	— 0,3
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei	+ 1,4	+ 6,8
Industrielle Erzeugnisse	— 0,1	— 0,2
Güter der Ernährungswirtschaft	+ 1,1	+ 7,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,1	— 0,6
Rohstoffe und Halbwaren	+ 0,1	— 1,0
Fertigwaren	+ 0,1	— 0,3
Ausfuhrpreise insgesamt	— 0,1	—
Rohstoffe und Halbwaren	— 0,1	— 0,3
Fertigwaren	— 0,1	— 0,1

Der Preisindex ausgewählter Grundstoffe, der über die Entwicklung der von den warenproduzierenden Bereichen eingekauften Grundstoffe inländischer und ausländischer Herkunft Aufschluß gibt, ist von Februar zu März 1963 um 0,1% gestiegen. Auch gegenüber März 1962 liegt er nur um 0,1% höher. Während sich die Preise der Grundstoffe inländischer Herkunft von Februar zu März 1963 um 0,1% erhöhten, waren die Grundstoffe ausländischer Herkunft während der gleichen Zeit im Durchschnitt um 0,4% rückläufig. Diese Bewegung wurde vor allem von Preissenkungen bei Weizen, Futtergerste, Futterhafer, Palmkernen, Rohkakao und Rohkautschuk bei den landwirtschaftlichen Grundstoffen und Jute und Baumwollgarnen bei den industriellen Grundstoffen bewirkt. Demgegenüber stiegen die Preise für Roh-tabak und Baumwolle sowie für Seidengarne an. Über die Preisentwicklung der inländischen Grundstoffe geben die nachstehenden Indices Aufschluß.

Der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte ist von Februar zu März 1963 um 0,6% gestiegen und liegt damit um 2,2% über dem Stand des gleichen Monats im Vorjahr.

	Veränderung in % Marz 1963 gegen	
	Febr. 1963	Marz 1962
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	+ 0,6	+ 2,2
Pflanzliche Produkte	+ 0,5	+ 1,1
Getreide und Hülsenfrüchte	+ 0,7	+ 0,7
Saatgut	+ 2,1	+ 7,3
Hackfrüchte	+ 0,2	- 14,1
darunter Speisekartoffeln	+ 0,3	- 23,4
Ölpflanzen	-	+ 15,5
Heu und Stroh	- 2,3	+ 68,9
Genüßmittelpflanzen	- 0,7	+ 16,6
Obst	- 5,5	- 12,9
Gemüse	+ 3,1	+ 13,7
Tierische Produkte	+ 0,6	+ 3,7
Schlachtvieh	+ 0,9	- 1,5
Nutz- und Zuchtvieh	+ 10,2	+ 8,4
Milch	-	+ 3,6
Eier	- 8,6	+ 63,6
Wolle	+ 1,4	+ 9,7

Bei den pflanzlichen Produkten haben sich von Februar zu März 1963 die Preise für Roggen und Weizen um jeweils 0,8%, die für Futtergetreide um 0,2% erhöht. Für Braugerste brachte ein geringes Kaufinteresse einen Preisrückgang um 0,1%; die Verbilligung für Speiseerbsen (-0,3%) rührt von einem starken Angebot her. Die zu Frühjahrsbeginn rege Nachfrage nach Saatkartoffeln hatte eine Preiserhöhung um 4,2% zur Folge. Auch Speisekartoffeln (+ 0,3%) zogen leicht im Preis an. Die Heupreise gaben um 4,2% nach, gleichzeitig erhöhten sich die Strohpreise um 0,4%. Bei nur noch geringen Vorräten aus der Ernte 1962 verbilligten sich die Preise für Hopfen um 1%. Obst (z. Z. nur Äpfel) ging im Durchschnitt um 5,5% im Preis zurück; Gemüse verteuerte sich im Durchschnitt um 3,1%.

Bei den tierischen Produkten erhöhten sich infolge einer lebhaften Nachfrage im Hinblick auf die Feiertage die Preise für Rindvieh (+ 4,2%), Kalber (+ 6,7%), Schafe (+ 3,5%) und Geflügel (+ 4,1%). Lediglich die Schweinepreise gaben jahreszeitlich bedingt um 2,1% nach. Die Preise für Nutz- und Zuchtvieh stiegen bei lebhafter Nachfrage um 8,4% an. Die Erzeugerpreise für Eier verbilligten sich bei verstärkter Legelätigkeit um 8,6%; doch lagen sie im März 1963 noch um 64% höher als im März 1962. Die Auktionspreise für Wolle zogen von Februar zu März 1963 im Durchschnitt um 1,4% an.

Der Index für Rohholz aus Staatsforsten ging von Januar zu Februar 1963 um 0,2% zurück; er liegt damit um 7,9% unter dem Stand von Februar 1962. Bei den einzelnen Holzarten ergaben sich folgende Veränderungen:

	Veränderung in % Februar 1963 gegen	
	Jan. 1963	Febr. 1962
Rohholz aus den Staatsforsten insgesamt	- 0,2	- 7,9
Stammholz	- 0,4	- 8,1
Grubenholz	- 6,5	- 15,5
Faserholz	- 0,9	- 18,8
Brennholz	+ 4,5	+ 7,1

Die Preise für Schnittblumen und Topfpflanzen erhöhten sich von Januar zu Februar 1963 um 13,9%. Sie liegen um rd. 19% höher als im Februar 1962. Von Januar zu Februar 1963 haben sich vor allem Treibrosen, Treibnelken, Treibtulpen sowie Asparagus verteuert. Bei den Topfpflanzen waren die Preise im Februar für Cyclamen um 5,6% niedriger als im Vormonat, die für Azaleen stiegen in der gleichen Zeit um 3,3% an.

Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel stieg von Februar zu März 1963 um 0,7%; er liegt damit um 3,4% höher als im gleichen Monat des Vorjahres.

	Veränderung in % Marz 1963 gegen	
	Febr. 1963	Marz 1962
Landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt	+ 0,7	+ 3,8
Einkäufe von Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 1,0	+ 4,3
Handelsdünger	-	+ 0,1
Futtermittel	- 1,1	+ 7,1
Saatgut	+ 8,8	- 5,4
Nutz- und Zuchtvieh	+ 10,0	+ 8,0
Pflanzenschutzmittel	-	- 1,7
Brenn- und Treibstoffe	-	+ 1,0
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	+ 0,3	+ 3,2
Unterhaltung der Gebäude	-	+ 5,6
Unterhaltung von Maschinen und Geräten	+ 0,2	+ 4,5
Ausgaben für Neubauten und Maschinen	-	+ 2,6
Neubauten	-	+ 5,7
Maschinen	+ 0,1	+ 1,2

Der Rückgang der Preise von Februar zu März 1963 für Futtermittel ist vor allem auf die Preisermäßigungen bei Weizenkleie (-2,8%) und Sojaschrot (-4,9%) zurückzuführen.

#### Preisindexziffern<sup>1)</sup>

Jahr Monat	Weltmarkt		Binnenmarkt										
	Internationale Rohstoffpreise		Einkaufspreise für Auslands-güter <sup>2)</sup>	Verkaufspreise für Ausführgüter <sup>2)</sup>	Grundstoffpreise <sup>3)</sup>	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>2) 4)</sup>	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>2) 5)</sup>	Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte <sup>2) 6)</sup>	Erzeugerpreise industrieller Produkte		Einzelhandelspreise <sup>7)</sup>	Preise für die Lebenshaltung <sup>8) 9)</sup>	Preisindex für Wohngebäude <sup>10) 11)</sup>
	Moody <sup>2)</sup>	Reuter <sup>2)</sup>							Inlandsabsatz <sup>7)</sup>	Gesamtabsatz <sup>7)</sup>			
	1958 = 100			1957/59 = 100	1958/59 = 100	1954 = 100	1958 = 100						
1954 D	107	118	102,8	95,4	94,8	89,6	92,1	100	95,5	.	93	92,0	86,6
1958 D	100	100	100	100	100	100,4	100	114	100	100	100	100	100
1959 D	97	101	97,5	99,2	100,5	102,9	102,0	99	99,2	99,2	101	101,0	105,3
1960 D	93	102	98,2	100,5	100,5	98,1	103,6	100	100,4	100,4	101	102,4	113,2
1961 D	93	100	94,5	100,3	100,2	102,7	106,5	109	101,9	101,6	103	105,0	121,8
1962 D	93	100	93,6	100,6	100,1	...	...	107	103,0	102,7	107	108,7	132,4
1962 Januar	95	99	93,2	100,2	100,3	103,2	106,7	111	102,5	102,3	106	107,2	.
Februar	93	99	93,3	100,3	100,4	103,6	107,7	110	102,6	102,3	106	107,4	127,4
März	93	100	94,7	100,5	100,5	106,1	108,1	109	102,8	102,6	107	108,1	.
April	93	100	95,7	100,7	100,4	108,5	108,0	107	103,0	102,7	107	108,9	.
Mai	92	99	94,5	100,6	100,0	107,0	108,3	105	103,1	102,8	107	109,2	132,4
Juni	93	99	93,7	100,6	99,8	107,4	108,3	104	103,1	102,7	108	109,8	.
Juli	93	99	92,8	100,7	99,6	107,8	107,9	102	103,1	102,8	110	110,3	.
August	93	99	92,4	100,7	99,6	101,8	108,6	101	103,1	102,8	107	108,6	133,7
September	93	99	92,3	100,7	100,0	102,2	108,4	99	103,2	102,9	107	108,3	.
Oktober	92	99	92,4	100,7	99,9	102,2p	108,4	99	103,2	102,9	107	108,5	.
November	92	101	93,8	100,6	100,4	103,8p	108,9	99	103,3	103,0	107	108,8	136,0
Dezember	93	104	94,4	100,5	100,7	105,2p	109,3	99	103,4	103,1	108	109,4	.
1963 Januar	94	107	95,6	100,4	100,1	105,4p	110,4	101	103,5	103,1	109	111,1	.
Februar	94	109	96,2	100,6	100,5	107,8p	111,4	101	103,6	103,3	110	112,5	136,2
März	93	110	96,6p	100,5p	100,6	108,4p	112,2	...	103,6	103,2	110	112,9	.
Veränderung in % gegenüber dem jeweiligen Vormonat bzw. Vorvierteljahr													
1962 Dezember	+ 1,6	+ 2,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	.
1963 Januar	+ 0,5	+ 3,2	+ 1,3	- 0,1	- 0,6	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,1	-	+ 0,7	+ 1,6	.
Februar	- 0,2	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 2,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,1
März	- 0,6	+ 0,8	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	...	-	- 0,1	+ 0,3	+ 0,4	.

<sup>1)</sup> Angaben über den jeweiligen Gebietsstand enthalten die Tabellen im Tabellenteil. — <sup>2)</sup> Monatsdurchschnitte. — <sup>3)</sup> Preisstand am 21. jeden Monats. — <sup>4)</sup> D = Wirtschaftsjahresdurchschnitte Juli bis Juni (des folgenden Jahres). — <sup>5)</sup> Preisstand um Monatsmitte. — <sup>6)</sup> Rohholz aus Staatsforsten; D = Durchschnitte im Forstwirtschaftsjahr Oktober (des Vorjahres) bis September. — <sup>7)</sup> d. h. einschl. Verkaufspreise für Ausführgüter; ohne Erzeugnisse der Energiewirtschaft. — <sup>8)</sup> Mittlere Arbeitnehmer-Haushalte. — <sup>9)</sup> Bauleistungen am Gebäude.

führen. In beiden Fällen wirkte sich eine zurückhaltende Nachfrage aus; bei Sojaschrot kam der Wegfall der Transporterschwerniszuschläge verbilligend hinzu. Trotz dieses Rückgangs von Monat zu Monat liegen die Futtermittelpreise im März 1963 unter Weltmarkteinflüssen im Durchschnitt um 7% über denen vom März 1962. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Indexbewegung von Februar zu März 1963 war die Preisentwicklung bei Saatgut (+ 8,8%) und bei Nutz- und Zuchtvieh (+ 10,0%). Von der Preissteigerung für Saatgut war sowohl das für Hackfrüchte (Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben) als auch das für Futterpflanzen (Rotklee und Welsches Weidelgras) betroffen. Bei Nutz- und Zuchtvieh brachten starke Nachfrage und belebter Umsatz Preissteigerungen für Rinder, Schweine und Pferde. Die Preisbewegungen der übrigen in den Index einbezogenen Waren sind nur unerheblich gewesen.

Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte hat sich von Februar zum März 1963 nicht verändert; gegenüber März 1962 liegt er um 0,8% höher.

	Veränderung in % März 1963 gegen Febr. 1963	
	Febr. 1963	März 1962
Industrieerzeugnisse insgesamt	—	+ 0,8
Bergbauliche Erzeugnisse	— 0,1	+ 1,6
Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie	—	+ 0,8
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	+ 0,1	— 0,4
Investitionsgüterindustrien	—	+ 1,0
Verbrauchsgüterindustrien	+ 0,1	+ 1,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	— 0,2	+ 1,5
Erzeugnisse der Energiewirtschaft	—	— 0,5
Warengliederung (entsprechend dem Brutto-Produktionsindex)		
Investitionsgüter	+ 0,1	+ 1,7
Verbrauchsgüter	+ 0,1	+ 1,6

Auch bei den einzelnen Warengruppen ergaben sich von Februar zu März 1963 in den meisten Fällen im Durchschnitt nur geringfügige Änderungen. Steinkohle, Steinkohlenkoks und -briketts ließen infolge des Rückgangs der Winterzuschläge um 0,2% im Preis nach. Bei den Mineralölerzeugnissen brachte die Normalisierung der Heizölversorgung einen Preisrückgang für leichtes Heizöl um 0,4%, während Steinkohlenteerpech um 6,6% im Preis anzog. Unter den NE-Metallen haben sich Preiserhöhungen bei Kupfer und dessen Halbzeug sowie bei Nickelpulver und Preiserhöhungen bei Blei, Zink, Zinn und Silber ausgeglichen. Schnittholz und Sperrholz sind um 0,1% bzw. 0,8% im Preis gestiegen, während die Preise für Holzspanplatten wegen der Wettbewerbslage um 0,2% zurückgingen. Eine veränderte Marktlage brachte auch Preiserhöhungen für Kunststoffserzeugnisse (— 0,3%), Oberleder (— 0,5%) und Unterleder (— 0,8%). Bei den Erzeugnissen der Futtermittel- und Ernährungsindustrie verbilligten sich Kleie, Melasse, Trockenschnitzel und Mischfutter sowie Speiseöl; dagegen verteuerten sich Kartoffelstärke, Teigwaren und alle Brotsorten.

Für die Entwicklung der Verbraucherpreise zeigt der Preisindex für die Lebenshaltung mittlerer Arbeitnehmerhaushalte von Mitte Februar zu Mitte März 1963 einen Anstieg um 0,4%. Da sich der Index für Januar und Februar dieses Jahres jeweils gegenüber dem Vormonat um 1,6% bzw. um 1,3% erhöht hatte, bedeutet das neue Ergebnis eine bemerkenswerte Abflachung der Preiskurve. Im Vergleich zu März 1962 liegt der Index um

4,4% höher. In welchem Ausmaß die Veränderung von Februar auf März 1963 durch jahreszeitliche und witterungsmäßige Umstände bedingt war, zeigt der oben die am stärksten saisonabhängigen Waren berechnete Index; er stieg in dieser Zeit nur um 0,2%.

	Veränderung in % März 1963 gegen Febr. 1963	
	Febr. 1963	März 1962
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt	+ 0,4	+ 4,4
Ernährung	+ 0,5	+ 6,3
Getränke und Tabakwaren	+ 0,1	+ 0,9
Wohnung	+ 0,2	+ 6,4
Heizung und Beleuchtung	— 0,1	+ 2,4
Hausrat	— 0,2	+ 0,8
Bekleidung	+ 0,2	+ 2,4
Reinigung und Körperpflege	+ 0,2	+ 3,2
Bildung, Unterhaltung und Erholung	+ 0,6	+ 4,1
Verkehr	+ 0,9	+ 6,7

Bei den Nahrungsmitteln zogen am stärksten die Preise für Kartoffeln (+ 3,2%), Gemüse (+ 5,9%), Obst und Südfrüchte (+ 3,2%), Brot (+ 0,7%) sowie Backwerk (+ 1,6%) an. Gegenüber dem vergleichbaren Monat des Vorjahres ist Gemüse damit um 28% teurer; Kartoffeln haben dagegen innerhalb Jahresfrist im Preis um 5,0% nachgegeben. Andererseits sind von Februar auf März 1963 Eier um 4,5%, frisches Fleisch um 0,4% sowie Fische und Fischwaren um 2,4% billiger geworden. Im Vergleich zu März 1962 sind Eier jedoch noch um 62% im Preis gestiegen, Fische und Fischwaren um 7,7%, frisches Fleisch aber nur um 1,9%.

Nach den wöchentlichen Erhebungen in den Landeshauptstädten haben sich von Mitte bis Ende März 1963 die Preise für Brot und für Eier um etwa 1% erhöht, während Pflanzenöl in dieser Zeit um knapp 1% und Rotbarschilet um rd. 3% im Preis zurückgingen.

In den anderen Bereichen der Lebenshaltung ergaben sich von Mitte Februar auf Mitte März 1963 nur wenige stärkere Preisbewegungen. Die ab 1. März 1963 gültigen neuen Tarife der Deutschen Bundespost wirkten sich bei den im Index berücksichtigten Leistungen des Nachrichten- und Zahlungsverkehrs sowie der Güterbeförderung als eine Preiserhöhung um durchschnittlich 12,5% aus. Die Bücherpreise bei den im Index nachgewiesenen Sachgruppen zogen um durchschnittlich 1,1% an. Kinokarten wurden um 1,6% teurer. Von der ab 1. Januar 1963 gesetzlich gegebenen Möglichkeit der Mietanhebung bei den vor der Währungsreform fertiggestellten Wohnungen ist auch noch im März 1963 Gebrauch gemacht worden. Der Mietenindex bei dieser Baualterklasse erhöhte sich dadurch weiter um 0,4%; gegenüber Jahresende 1962 ist er damit um 7,2% gestiegen.

Demgegenüber wurden nachgebende Preise (von Februar auf März 1963) vor allem bei Kohle (— 0,4%), Heizöl (— 0,7%) und elektrotechnischen Geräten (— 1,0%) festgestellt.

Der Preisindex für die Lebenshaltung von Fürsorge- und Rentnern empfängern erhöhte sich von Februar auf März 1963 um 0,5%. Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes ergab sich ein Anstieg um 1,0%.

Der noch auf Originalbasis 1950 berechnete Index der Einzelhandelspreise zog von Februar auf März 1963 um 0,3% an. Die Indices der Hauptbranchen zeigten folgende Veränderungen: Lebensmittelgeschäfte + 0,5%, Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk + 0,2%, Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf 0%, sonstige Branchen + 0,1%. Bra.

Bedarfsgruppe	Insgesamt erfaßte Waren und Leistungen	Von Mitte Februar bis Mitte März 1963 festgestellte Preisänderungen										
		Preiserhöhungen in %					Unveränderte Preise	Preissenkungen in %				
		5,1 und mehr	1,1 bis 5,0	0,6 bis 1,0	bis 0,5	bis 0,5		0,6 bis 1,0	1,1 bis 5,0	5,1 und mehr		
Ernährung	110	8	18	7	22	28	16	4	5	2		
Getränke und Tabakwaren	17	—	—	—	3	12	2	—	—	—		
Wohnung	4	—	—	—	2	2	—	—	—	—		
Heizung und Beleuchtung	12	—	—	—	—	6	4	2	—	—		
Hausrat	103	—	3	4	49	30	11	2	4	—		
Bekleidung	74	—	—	5	49	13	7	—	—	—		
Reinigung und Körperpflege	47	—	2	—	9	35	—	—	1	—		
Bildung, Unterhaltung und Erholung	46	1	4	—	10	28	1	—	2	—		
Verkehr	23	3	1	1	3	15	—	—	—	—		
Insgesamt	436	12	28	17	147	169	41	8	12	2		
dagegen von Mitte Januar 1963 bis Mitte Februar 1963	436	18	26	38	150	162	33	4	5	—		

# Löhne

## Arbeiterverdienste im Handwerk im November 1962

Teils auf Grund tariflicher Lohnerhöhungen, teils infolge Änderungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft sowie im Zusammenhang mit innerbetrieblich vorgenommenen Verbesserungen des Arbeitsentgelts sind die Bruttostundenverdienste der Vollgesellen<sup>1)</sup> in der Zeit von Mai bis November 1962 um rd. 14 Pf oder 4,3% auf

<sup>1)</sup> Die männlichen Arbeiter werden mit Ausnahme des Damenschneiderhandwerks in allen einbezogenen Handwerkszweigen erfaßt, die Arbeiterinnen dagegen nur im Herren- und Damenschneiderhandwerk. Die folgenden Ausführungen beschränken sich daher auf die männlichen Arbeiter. Regional gesehen beziehen sich sämtliche Angaben auf das Bundesgebiet ohne Berlin.

3,45 DM gestiegen<sup>2)</sup>. Im einzelnen schwankten die Zunahmen in den neun erfaßten Handwerkszweigen zwischen 8 Pf oder 2,4% im Handwerkszweig „Malerei und Anstreicherei“ um 20 Pf oder 5,8% in der „Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation“.

Im Fleischerhandwerk, in dem sich die Zunahme der Bruttostundenverdienste ebenfalls auf nahezu 20 Pf belief (19 Pf oder 5,6%) und im Handwerkszweig „Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation“, waren die Durchschnittsverdienste der Vollgesellen mit rd. 3,65 DM bzw. 3,64 DM je Std die höchsten von allen erfaßten Handwerkszweigen. An vorletzter Stelle stand das Bäckerhandwerk mit 3,31 DM, in weitem Abstand

<sup>2)</sup> Vgl. Tabelle, S. 242\*.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Handwerk  
nach Handwerkszweigen und Arbeitergruppen  
Bundesgebiet ohne Berlin

Arbeitergruppe	Geleistete Wochenarbeitsstunden						Bezahlte Wochenstunden				Bruttostundenverdienste			Bruttowochenverdienste		
	insgesamt			dar. Mehrarbeitsstunden			Nov. 1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber		Nov. 1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber		Nov. 1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber		
	Nov. 1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber		Nov. 1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber			Mai 1962	Nov. 1961		Nov. 1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber		Nov. 1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber	
		Std	Mai 1962		Nov. 1961	Std	Mai 1962			Nov. 1961		Pf	Mai 1962		Nov. 1961	DM
		%				%				%				%		
<b>Männliche Arbeiter</b>																
<b>Kraftfahrzeugreparatur</b>																
Vollgesellen	42,5	+ 0,2	- 0,7	1,8	- 0,1	- 0,1	45,6	- 1,1	- 0,7	332,5	+ 3,6	+ 8,6	151,54	+ 2,4	+ 7,8	
Junggesellen	41,7	+ 0,7	- 0,5	1,1	- 0,1	- 0,1	44,7	- 0,9	- 0,4	256,3	+ 2,9	+ 9,2	114,61	+ 2,1	+ 8,7	
Übrige Arbeiter	43,1	+ 0,2	- 0,7	2,6	- 0,2	+ 0,1	46,4	- 0,9	- 0,4	276,9	+ 3,2	+ 10,6	128,51	+ 2,4	+ 10,1	
<b>Schlosserei</b>																
Vollgesellen	43,7	+ 1,2	- 0,9	3,4	+ 0,1	+ 0,3	46,7	-	- 1,3	354,4	+ 4,2	+ 11,1	165,70	+ 4,3	+ 9,9	
Junggesellen	42,9	+ 0,2	- 0,9	2,5	+ 0,2	+ 0,4	45,8	- 0,4	- 0,9	272,7	+ 6,0	+ 11,6	124,78	+ 5,4	+ 10,5	
Übrige Arbeiter	43,5	+ 1,2	- 1,4	3,8	+ 0,5	+ 0,7	47,3	+ 1,5	- 1,0	296,1	+ 4,4	+ 9,0	140,00	+ 5,9	+ 7,8	
<b>Bau- und Mobeltischlerei</b>																
Vollgesellen	43,2	+ 0,9	- 0,2	2,1	+ 0,3	- 0,1	46,5	+ 0,4	- 0,2	336,1	+ 4,5	+ 9,7	156,25	+ 5,0	+ 9,5	
Junggesellen	43,0	+ 1,4	-	1,4	+ 0,3	-	46,0	+ 0,7	- 0,2	257,8	+ 6,5	+ 9,9	118,47	+ 7,3	+ 9,6	
Übrige Arbeiter	43,5	+ 2,8	- 0,5	2,5	+ 0,4	- 0,2	46,8	+ 1,5	- 0,8	284,0	+ 5,5	+ 11,5	132,88	+ 7,1	+ 10,7	
<b>Herrenschneiderei</b>																
Vollgesellen	43,2	+ 0,5	- 0,2	1,1	- 0,2	-	45,9	- 0,9	- 0,9	270,6	+ 3,4	+ 10,1	124,15	+ 2,4	+ 9,2	
Junggesellen	42,2	+ 1,6	- 1,4	0,1	- 0,1	-	44,6	- 3,7	- 2,0	203,3	+ 7,8	+ 12,1	90,61	+ 3,9	+ 9,9	
Übrige Arbeiter	(38,3)	(- 9,9)	(- 10,7)	(1,4)	(+ 0,1)	(+ 0,3)	(41,4)	(- 9,8)	(- 9,2)	(183,4)	(- 3,1)	(- 1,1)	(75,88)	(- 12,7)	(- 10,3)	
<b>Bäckerei</b>																
Vollgesellen	44,9	- 0,2	+ 0,2	1,3	+ 0,1	-	47,8	+ 0,4	+ 0,2	331,0	+ 5,3	+ 9,6	158,21	+ 5,7	+ 9,8	
Junggesellen	44,7	- 0,4	- 0,2	0,7	- 0,1	- 0,1	47,4	- 0,4	- 0,4	265,2	+ 7,3	+ 11,4	125,60	+ 6,7	+ 10,9	
Übrige Arbeiter	44,4	+ 0,9	+ 2,3	1,0	+ 0,1	+ 0,1	47,3	+ 1,1	+ 1,7	280,7	+ 9,0	+ 18,5	132,64	+ 10,0	+ 20,4	
<b>Fleischerei</b>																
Vollgesellen	44,6	- 0,4	-	1,4	+ 0,1	+ 0,2	47,6	+ 0,2	+ 0,2	365,4	+ 5,6	+ 11,3	173,88	+ 5,8	+ 11,4	
Junggesellen	44,5	- 0,4	+ 0,2	0,7	- 0,1	-	47,2	- 0,2	-	283,2	+ 5,9	+ 10,6	133,60	+ 5,7	+ 10,6	
Übrige Arbeiter	45,9	+ 1,5	+ 0,9	3,5	+ 1,0	+ 1,1	49,0	+ 1,9	+ 1,0	269,2	+ 6,8	+ 14,0	131,80	+ 8,6	+ 15,1	
<b>Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation</b>																
Vollgesellen	43,2	- 0,7	- 2,5	2,8	+ 0,2	- 0,1	46,3	- 0,6	- 2,1	363,6	+ 5,8	+ 10,7	168,49	+ 5,1	+ 8,4	
Junggesellen	42,6	- 0,7	- 1,6	2,3	+ 0,3	+ 0,2	45,8	- 0,2	- 1,1	286,8	+ 5,6	+ 11,2	131,33	+ 5,4	+ 9,9	
Übrige Arbeiter	42,8	- 2,1	- 3,4	2,9	- 0,1	- 0,3	46,0	- 1,5	- 3,2	303,6	+ 4,4	+ 11,5	139,82	+ 3,0	+ 8,2	
<b>Elektroinstallation</b>																
Vollgesellen	44,0	+ 0,2	- 2,0	3,6	+ 0,5	+ 0,2	47,3	-	- 1,3	347,0	+ 5,4	+ 11,8	164,20	+ 5,5	+ 10,5	
Junggesellen	42,8	+ 0,2	- 1,4	2,2	+ 0,1	- 0,1	45,9	- 0,4	- 1,5	268,5	+ 7,8	+ 11,4	123,28	+ 7,4	+ 9,7	
Übrige Arbeiter	44,9	+ 1,1	-	3,8	+ 0,2	+ 0,2	47,8	- 0,2	- 1,2	308,3	+ 7,2	+ 18,5	147,46	+ 6,9	+ 17,2	
<b>Malerei und Anstreicherei</b>																
Vollgesellen	42,3	- 1,4	- 0,5	1,4	- 0,2	-	45,2	- 1,3	- 0,4	348,2	+ 2,4	+ 9,0	157,51	+ 1,2	+ 8,6	
Junggesellen	41,5	- 1,7	- 1,0	0,7	- 0,3	-	44,4	- 2,2	- 0,7	284,9	+ 2,8	+ 9,3	126,43	+ 0,6	+ 8,4	
Übrige Arbeiter	44,4	- 1,8	- 2,6	3,8	- 0,2	- 0,7	47,6	- 1,2	- 2,1	339,8	- 1,4	+ 7,0	161,60	- 2,7	+ 4,7	
<b>Alle erfaßten Handwerkszweige</b>																
Vollgesellen	43,3	- 0,2	- 0,7	2,0	+ 0,1	-	46,4	- 0,2	- 0,6	344,6	+ 4,3	+ 10,1	159,97	+ 4,1	+ 9,5	
Junggesellen	42,9	- 0,2	- 0,7	1,5	+ 0,1	+ 0,1	45,8	- 0,7	- 0,9	270,8	+ 5,4	+ 10,5	124,08	+ 4,8	+ 9,7	
Übrige Arbeiter	43,8	+ 0,7	- 0,9	2,9	+ 0,2	+ 0,1	47,0	+ 0,2	- 0,8	293,8	+ 4,5	+ 11,6	138,08	+ 4,6	+ 10,7	
<b>Weibliche Arbeiter</b>																
<b>Herrenschneiderei</b>																
Vollgesellinnen	41,5	- 1,0	- 1,0	0,3	- 0,4	-	44,4	- 1,3	- 1,1	225,8	+ 2,3	+ 11,7	100,35	+ 1,1	+ 10,7	
Junggesellinnen	41,7	- 0,7	- 1,4	0,2	- 0,1	+ 0,1	44,3	- 2,0	- 1,3	178,2	+ 4,0	+ 12,4	78,84	+ 1,8	+ 10,6	
Übrige Arbeiterinnen	41,4	+ 0,2	- 2,4	0,3	+ 0,1	+ 0,1	44,4	- 1,6	- 0,7	183,8	+ 3,0	+ 5,8	81,60	+ 1,4	+ 5,1	
<b>Damenschneiderei</b>																
Vollgesellinnen	41,4	- 0,5	- 0,5	0,3	-	+ 0,1	44,3	- 0,9	- 0,4	207,7	+ 5,2	+ 11,5	91,93	+ 4,2	+ 10,8	
Junggesellinnen	41,1	- 1,2	- 1,2	0,2	- 0,1	-	44,1	- 1,1	- 1,3	156,3	+ 4,9	+ 11,9	68,98	+ 3,7	+ 10,4	
Übrige Arbeiterinnen	41,7	+ 2,5	- 0,2	2,3	+ 1,7	+ 0,9	45,2	+ 3,4	+ 0,2	184,5	+ 2,3	+ 14,5	83,39	+ 5,9	+ 14,9	

Durchschnitte, die auf Angaben für weniger als 20 Erfaste beruhen, sind in Klammern gesetzt.

gefolgt von den Vollgesellen des Schneiderhandwerks, deren Bruttostundenverdienst nur 2,71 DM betrug.

Die Junggesellen hatten im November 1962 einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 2,71 DM, d. s. 14 Pf oder 5,4 % mehr als im Mai vergangenen Jahres. Absolut gesehen war das die gleiche Zunahme wie bei den Vollgesellen. Auch betrug die Zunahme in den einzelnen Handwerkszweigen im Höchstfalle annähernd 20 Pf, und zwar bei den Elektroinstallateuren (19 Pf oder 7,8 %), während die schwächste Zunahme mit 7 Pf oder 2,9 % bei den Kraftfahrzeugreparaturhandwerkern festgestellt wurde.

An der Spitze der Bruttostundenverdienskala stand bei den Junggesellen ebenfalls der Handwerkszweig „Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation“ (2,87 DM), dicht gefolgt von den Malern und Anstreichern (2,85 DM) sowie den Fleischern (2,83 DM). An letzter Stelle standen wiederum die Junggesellen des Herrenschneiderhandwerks (2,03 DM).

Der Bruttostundenverdienst der „Übrigen Arbeiter“ des Handwerks, die auf Grund ihrer Berufsausbildung keinen Anspruch auf den tariflichen Ecklohn haben (z. B. angelernte und ungelernete Arbeiter, Hilfsarbeiter, Fahrpersonal) hatten im November 1962 im Mittel aller erfaßten Handwerkszweige einen Bruttostundenverdienst von 2,94 DM, was eine Zunahme von 13 Pf oder 4,5 % gegenüber Mai 1962 bedeutet. Im einzelnen machte die Steigerung zwischen 9 Pf oder 3,2 % (Kraftfahrzeugreparatur) und 23 Pf oder 9 % (Bäckerei) aus. Nur für den Handwerkszweig „Malerei und Anstreicherei“ wird gegenüber Mai eine Abnahme der Bruttostundenverdienste der „Übrigen Arbeiter“ ausgewiesen. Das dürfte durch besonders günstige Verhältnisse im Mai zu erklären sein, denn gegenüber November 1961 zeigte sich eine Zunahme von immerhin 7 %.

Mit Ausnahme des Herrenschneiderhandwerks, das jedoch infolge der nur geringen Zahl von erfaßten Arbeitern hier außer Betracht gelassen werden kann, lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der „Übrigen Arbeiter“ in allen erfaßten Handwerkszweigen über demjenigen der Junggesellen, aber stets unter dem der Vollgesellen. Am höchsten war er mit 3,40 DM bei den Malern und Anstreichern, während die „Übrigen Arbeiter“ des Fleischerhandwerks mit 2,69 DM an letzter Stelle standen.

Die durchschnittliche Zahl der bezahlten Wochenstunden hat sich seit Mai 1962, im Durchschnitt aller erfaßten Handwerkszweige gesehen, nur geringfügig verändert, wobei im allgemeinen bei den einzelnen Handwerkszweigen und Arbeitergruppen eine abnehmende Tendenz zu beobachten war. Bei den Vollgesellen belief sich die Zahl der bezahlten Wochenstunden im November 1962 auf 46,4 Std, bei den

Junggesellen auf 45,8 Std und bei den „Übrigen Arbeitern“ auf 47,0 Std.

Auch die Zahl der geleisteten Wochenarbeitsstunden hat sich von Mai bis November 1962 nur in unbedeutendem Maße verändert. Sie betrug im November 1962 bei den Vollgesellen 43,3 Std, bei den Junggesellen 42,9 Std und bei den „Übrigen Arbeitern“ 43,8 Std. Von diesen Stunden waren bei den Vollgesellen 2,0 Std, bei den Junggesellen 1,5 Std und bei den „Übrigen Arbeitern“ 2,9 Std Mehrarbeitsstunden.

Da sowohl in den Mai als auch in den November gesetzliche Wochenfeiertage fielen, hat sich auch die Zahl der bezahlten Ausfallstunden gegenüber Mai 1962 kaum verändert. Sie belief sich im Durchschnitt aller erfaßten Handwerkszweige bei allen drei Arbeitergruppen im November 1962 auf rd. 3 Std je Woche.

Aus den obigen Ausführungen über die Entwicklung der Arbeitszeit ergibt sich schon, daß die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste etwa im gleichen Verhältnis gestiegen sein müssen wie die Bruttostundenverdienste. So stieg der Bruttowochenverdienst der Vollgesellen von Mai bis November 1962 um rd. 6 DM oder 4,1 % auf 160 DM. Der höchste Bruttowochenverdienst wurde für diese Arbeitergruppe mit rd. 174 DM im Fleischerhandwerk festgestellt. An letzter Stelle stand mit rd. 124 DM das Herrenschneiderhandwerk. Ebenso hoch war der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Junggesellen im Mittel aller erfaßten Handwerkszweige. Er hat damit seit Mai um etwa 6 DM oder 4,8 % zugenommen. Die Extremwerte fielen übrigens hier in die gleichen Handwerkszweige wie bei den Vollgesellen (134 DM im Fleischerhandwerk, 91 DM bei den Herrenschneidern). 138 DM, d. s. ebenfalls wieder 6 DM mehr als im Mai des gleichen Jahres, verdienten die „Übrigen Arbeiter“. Unter ihnen stand wiederum der Handwerkszweig „Malerei und Anstreicherei“ mit rd. 162 DM Wochenverdienst mit Abstand an der Spitze. Er reicht sogar bis auf 12 DM an die höchsten, überhaupt festgestellten durchschnittlichen Wochenverdienste heran (Vollgesellen im Fleischerhandwerk mit 174 DM). Sieht man von den wenigen erfaßten „Übrigen Arbeitern“ im Herrenschneiderhandwerk ab, so standen bei dieser Arbeitergruppe die Kraftfahrzeugreparaturhandwerker an letzter Stelle (129 DM).

Im Vergleich zum November des Jahres 1961 beläuft sich die Zunahme der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste bei den drei Arbeitergruppen auf rd. 10 bis 11 %. In den einzelnen Handwerkszweigen und bei den Arbeitergruppen wurden Zunahmen zwischen 4,7 % („Übrige Arbeiter“ im Handwerkszweig „Malerei und Anstreicherei“) und 20,4 % („Übrige Arbeiter“ im Bäckerhandwerk) festgestellt.

KI.

## Verbrauch

### Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1962

#### 1. Anzahl und Art der beteiligten Haushalte

Das Jahresergebnis 1962 der Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen in 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten beruht auf rund 4250 monatlich geführten Haushaltbüchern. In die Untersuchung waren je Monat 343 bis 369 Haushalte einbezogen. Im Durchschnitt berichteten 354 Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik über ihre Einnahmen und Ausgaben in der gewünschten Ausführlichkeit und Genauigkeit. 250 Haushalte befanden sich das ganze Jahr über in der Erhebung; die übrigen beteiligten sich nur für kürzere Dauer, da sie entweder auf eigenen Wunsch ausschieden oder den Auswahlkriterien nicht mehr genügten und durch andere Haushalte ersetzt werden mußten.

Die Bemühungen sind weiter darauf gerichtet, den seit Beginn 1961 angestrebten Erhebungsumfang von rund 400 Haushalten zu erreichen. (Von dieser „Sollzahl“ wurde übrigens bei der Verteilung der Haushalte auf die einzelnen

Bundesländer ausgegangen, deren Anteil nach dem Verhältnis von Bevölkerung im Bundesland zur Gesamtbevölkerung bestimmt wird.)

Die Auswahlmerkmale blieben gegenüber den Vorjahren unverändert. Untersucht werden also die Haushaltsrechnungen von städtischen (Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern) 4-Personen-Haushalten (Ehepaaren mit zwei Kindern, davon mindestens ein Kind unter 15 Jahren), die ein mittleres Einkommen haben. In den Haushalten gab es nur einen Hauptverdiener, der in der gewerblichen Wirtschaft bzw. im öffentlichen Dienst als Angestellter bzw. Arbeiter beschäftigt war. Die Haushalte sollten keine Kostgänger verpflegen und, wenn überhaupt, nur in geringem Umfang Eigenbewirtschaftung (Gartenland, Kleintierhaltung) betreiben.

Die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen dieser „mittleren Verbrauchergruppe“ werden häufig als Angaben über eine Art „Normalverbraucher“-Haushalt interpretiert. Untersucht werden insofern „normale Haushalte“, als die Erhebungen auf eine vollständige Familie (Elternpaar mit zwei Kindern) und damit auf eine vor allem sozialpolitisch wich-

tige Gruppe hinzielen, von der z. B. auch bei lohnpolitischen Überlegungen häufig ausgegangen wird.

Berechnungen darüber, wie stark diese Gruppe in der Gesamtzahl aller Haushalte vertreten ist, erlauben die Ergebnisse der 1%-Wohnungserhebung 1960<sup>1)</sup>, die auch — im Gegensatz zum Mikrozensus — über die Bedeutung der Einkommensgruppen unterrichten. Hiervon ausgehend läßt sich sagen, daß auf die von den Wirtschaftsrechnungen erfaßte Einkommensgruppe mindestens 30% bis 35% der 4-Personen-Angestellten-Haushalte und schätzungsweise 35% bis 45% der 4-Personen-Arbeiter-Haushalte oder 6% bis 7% sämtlicher Haushalte entfallen. Allerdings ist bei dieser Aussage die Zusammensetzung der 4-Personen-Haushalte (z. B. nach der Zahl der Einkommensbezieher) noch nicht berücksichtigt.

## 2. Verbrauch oder Marktentnahme

Die Statistik der Wirtschaftsrechnungen sollte ursprünglich vor allem das Niveau der Lebenshaltung einer fest umrissenen sozialen Gruppe darstellen, indem ihr „Verbrauch“ nach Umfang und Art nachgewiesen wurde. Nachdem bei der Vorbereitung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962 die Frage, ob bei derartigen Erhebungen der Verbrauch (im Sinne des Periodenverzehr) oder die Marktentnahme durch Käufe (realisierte Nachfrage) nachgewiesen werden soll und kann, eingehend geprüft worden ist<sup>2)</sup>, soll hier kurz untersucht werden, was bei den laufenden Wirtschaftsrechnungen zur Zeit geschieht.

Bei den laufenden Wirtschaftsrechnungen werden sowohl die Käufe der Haushalte (Marktentnahme) nach einem modifizierten Zahlungsprinzip<sup>3)</sup> und in einigen Fällen (Wohnungsnutzung u. ä.) nach dem Lieferungsprinzip<sup>4)</sup> als auch die „Sacheingänge“ aus Naturallohn, Sachgeschenken und Produkten aus Eigenbewirtschaftung nach dem Lieferungs- bzw. Eingangsprinzip (in den Haushalt) nach Waren bzw. Dienstleistungsarten und -gruppen zusammengefaßt und nachgewiesen. Die Eingänge durch Sachgeschenke, Eigenbewirtschaftung (auf sie wird vor allem wegen des vollständigen Nachweises des Nahrungsmittelverbrauchs Wert gelegt) und Naturallohn werden zu regionalen Einzelhandelspreisen bewertet<sup>5)</sup> und auf der Ausgabenseite des Budgets so behandelt, als seien sie über den Konsumgütermarkt in die Haushalte gelangt.

Bei diesem Verfahren ist also das Konzept der Marktentnahme nicht streng durchgeführt. Die Abweichung ist aber entsprechend der Art der beobachteten Haushalte nicht sehr groß. Sie kann an Hand der Buchungen auf der Einnahmenseite abgeschätzt werden, die auf Grund des bei den Wirtschaftsrechnungen verfolgten Prinzips der Budgetierung in Höhe des Werts der Sacheingänge erfolgen. Da die 4-Personen-Arbeiterhaushalte außer in Einzelfällen nicht Bezieher von Naturallohn und öffentlichen Unterstützungen in

Form von Sachleistungen sind, geben die Einnahmen aus eigener Bewirtschaftung und aus privaten Unterstützungen hierüber Aufschluß. Die Einnahmen aus eigener Bewirtschaftung<sup>6)</sup> betragen 1962 im Monatsdurchschnitt 6,07 DM oder 0,7% der Einnahmen insgesamt. Bezieht man diesen Betrag auf die Ausgaben für Nahrungsmittel, die durch die Eigenprodukte fast ausschließlich berührt werden, so ergibt das einen Anteil von 2,3%. Bei einzelnen Waren kann der Anteil der Eigenproduktion allerdings erheblich höher sein. Die Einnahmen aus privaten Unterstützungen hatten 1962 eine durchschnittliche Höhe von 28,10 DM im Monat, das sind 3,1% der Einnahmen insgesamt. Dieser Position werden u. a. die Werte der Sachgeschenke von anderen privaten Haushalten zugerechnet. Wird der Einfachheit halber unterstellt, daß dieser Betrag allein durch Sachgeschenke zustande gekommen ist, so wären 3,7% der Verbrauchsausgaben (bzw. 3,8% der Ausgaben für die Lebenshaltung) durch die diesen Ausgaben zugerechneten Sachgeschenke entstanden.

Marktentnahme und Verbrauch können weiter dadurch verschieden sein, daß während des Beobachtungszeitraums Vorräte angelegt oder aufgelöst werden. Da aber der größte Teil der Haushalte länger als ein Jahr an den Buchführungen beteiligt ist, verliert dieses Problem wenigstens hinsichtlich der Verbrauchsgüter (Nahrungsmittel, Heizmaterial) an Bedeutung, wenn angenommen wird, daß diese Vorräte jährlich umgeschlagen und ersetzt und wenn lediglich Jahresergebnisse dargeboten werden. Die Haushalte können zwar insbesondere durch äußere Anlässe (plötzliche politische Krisen, staatliche Aktionen [Eichhörndchen]) vorübergehend oder auf die Dauer zu einer umfangreicheren Lagerhaltung übergehen, doch haben sich solche Vorgänge in den Ergebnissen der Wirtschaftsrechnungen bisher kaum niedergeschlagen.

Im Ganzen gesehen wird man in Zukunft auch bei den Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsrechnungen besser nicht mehr von Aufschlüssen über den Verbrauch, sondern von solchen über die realisierte Nachfrage (1962 bei den 4-Personen-Arbeiterhaushalten zu 95%) im Rahmen der Einkommensverwendung sprechen. Es bedarf dann aber auch einiger Änderungen, z. B. in der Verbuchung der Eigenzeugnisse. Da das Problem hier aber — wie gezeigt — nur von relativ geringer Bedeutung ist, dürfen auch noch die praktischen Erfahrungen bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe abgewartet werden, ehe das Verfahren und die Terminologie bei den laufenden Wirtschaftsrechnungen umgestellt werden.

## 3. Zusammensetzung und soziale Merkmale der Haushalte

Die Erweiterung des Erhebungsumfanges erlaubt es erstmalig, Zusammensetzung und soziale Merkmale der beteiligten Haushalte etwas ausführlicher darzustellen.

Von den beobachteten Haushalten waren durchschnittlich 217 Arbeiterhaushalte und 137 Angestelltenhaushalte. 93% der Arbeiter und 75% der Angestellten übten ihre Tätigkeit in der gewerblichen Wirtschaft aus, während 7% der Arbeiter und 25% der Angestellten im öffentlichen Dienst be-

<sup>6)</sup> Es handelt sich um den Bruttoerlös. Der Nettoerlös läßt sich allein aus erhebungstechnischen und unüberwindlichen Zurechnungsschwierigkeiten hier kaum ermitteln.

Haushaltsmitglieder der einbezogenen Haushalte nach Altersgruppen  
4-Personen-Arbeiterhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe

Anzahl der Haushalte	der Haushaltsvorstände	Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren													
		der Ehefrauen				der Kinder									
		20—25	26—35	36—45	46 u. m.	0—5		6—9		10—15		16—19		20—25	
Anzahl der Ehefrauen				Haus-halte	Kinder	Haus-halte	Kinder	Haus-halte	Kinder	Haus-halte	Kinder	Haus-halte	Kinder		
8	20—25	5	3	—	—	8	16	—	—	—	—	—	—	—	—
171	26—35	22	138	11	—	144	217	78	88	33	37	—	—	—	—
221	36—45	—	73	146	2	79	95	119	144	145	180	20	21	2	2
93	46 und mehr	—	3	53	37	13	13	44	49	65	84	31	32	7	8
493 <sup>1)</sup>	insgesamt	27	217	210	39	244	341	241	281	243	301	51	53	9	10

<sup>1)</sup> Abweichungen von der angegebenen durchschnittlichen Zahl der Haushalte erklären sich dadurch, daß jeder beteiligte Haushalt gezählt wurde, unabhängig von der Dauer seines Mitwirkens.

schäftigt waren. Die Arbeiter bezogen ein durchschnittliches monatliches Arbeitseinkommen (brutto) von 755 DM, die Angestellten von 881 DM. Nach der laufenden Verdienststatistik betragen 1962 die Bruttomonatsverdienste der männlichen Arbeiter in der Industrie im Durchschnitt 699 DM und die der männlichen Angestellten in Industrie und Handel 855 DM. Die Absicht, bei den Wirtschaftsrechnungen die Haushalte „mittleren Einkommens“ zu erfassen, hat sich also trotz aller Schwierigkeiten bei der Werbung geeigneter Haushalte recht gut verwirklichen lassen.

Den Auswahrlinien entsprechend beteiligten sich vorwiegend Ehepaare jüngeren und mittleren Alters an den Buchführungen.

Das Alter der Kinder streut ziemlich gleichmäßig bis zum 15. Lebensjahr (vgl. Tabelle).

Von den erfaßten Haushalten bewohnten 15% eine Altbauwohnung (vor 1918 errichtet) mit einer durchschnittlichen Monatsmiete von rund 48 DM, 23% eine Neubauwohnung (zwischen 1918 und 1948 erstellt) mit einer durchschnittlichen Monatsmiete von rund 63 DM, während 62% Inhaber von Neubauwohnungen (nach 1948 erbaut) waren und eine durchschnittliche Monatsmiete von rund 77 DM aufzubringen hatten<sup>7)</sup>.

Gut ein Drittel der Haushalte befaßte sich mit Eigenbewirtschaftung, wobei der überwiegende Teil (90%) angab, ausschließlich einen eigenen Garten<sup>8)</sup> zu versehen, der Rest befaßte sich allein mit Kleintierhaltung oder mit beidem.

#### 4. Einnahmen

Im Durchschnitt hatten die Haushalte 1962 im Vergleich zum Vorjahr monatlich rund 73 DM mehr an ausgabefähigen Einnahmen zur Verfügung als 1961. Dieser Anstieg (von 10%) wurde vor allem durch die um rund 77 DM höheren Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf verursacht. Im Gegensatz zu den letzten Vorjahren nahmen auch die sonstigen Arbeitseinkommen zu, und die ebenfalls mehr zufallsbedingten „Anderen Einnahmen“ stiegen weiterhin an. Da, wie in den Vorjahren, die Ersparnisse kaum nennenswerte (absolute) Veränderungen erfuhren, flossen von dem Einkommenszuwachs rund 71 DM, also nahezu der volle Betrag, in den Konsum. Dies ist die wesentliche Erkenntnis aus den Wirtschaftsrechnungen, während wegen der Anzahl und Werbung der Haushalte auch hier davor gewarnt werden muß, ihre Ergebnisse zu allgemeinen Aussagen über die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmerhaushalte zu verwenden.

<sup>7)</sup> Nettomiete (= Bruttomiete abzügl. Einnahmen aus Untervermietung). — <sup>8)</sup> Durchschnittlich unter 100 qm Gartenland.

#### 5. Ausgaben

Dem nominellen Zuwachs sowohl der Verbrauchsausgaben als auch der Ausgaben für die Lebenshaltung von rund 10% entsprach eine reale Verbesserung des Lebenshaltungsniveaus von 7%.

An diesen Veränderungen waren die Ausgaben für die einzelnen Bedarfsgruppen sowohl in jeweiligen als auch in konstanten Preisen positiv, jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß beteiligt.

Bedarfsgruppe	Zunahme der Ausgaben in jeweiligen Preisen in konstanten Preisen	
	von 1961 zu 1962 in %	
Verkehr .....	+ 33,5	+ 32,4
Hausrat .....	+ 15,0	+ 11,8
Bildung und Unterhaltung .....	+ 14,1	+ 7,8
Reinigung und Körperpflege .....	+ 11,6	+ 7,4
Heizung und Beleuchtung .....	+ 11,5	+ 9,9
Getranke und Tabakwaren .....	+ 9,2	+ 8,3
Bekleidung .....	+ 8,7	+ 5,7
Wohnung .....	+ 8,5	+ 4,9
Nahrungsmittel .....	+ 5,5	+ 2,3

An der Spitze stehen wiederum die Zunahmen der Ausgaben für Verkehr (nominal +34%, real +32%) und Hausrat (nominal +15%, real +12%), deren Anteile an den Ausgaben für die Lebenshaltung (beides in konstanten Preisen von 1958) nunmehr 6,5% (im Vorjahr 5,3%) bzw. 9,4% (im Vorjahr 8,9%) betragen. Die Mehrausgaben für Verkehr entstanden durch die zunehmende Motorisierung und den Unterhalt der Fahrzeuge, die für Hausrat durch Käufe von elektrotechnischen Geräten, Gardinen und Teppichen.

Die Mehraufwendungen für Bildung und Unterhaltung, Reinigung und Körperpflege sowie Heizung und Beleuchtung lagen ebenfalls über dem Durchschnitt.

Der Zuwachs in der Bedarfsgruppe Bildung und Unterhaltung ist insbesondere auf die weiter ansteigenden Ausgaben für Reisen zurückzuführen, der bei Reinigung und Körperpflege auf zunehmende Käufe von Waren und Dienstleistungen (Friseurleistungen) für die Körperpflege, von Desinfektionsmitteln und — vermutlich auf Kosten der Einweich- und Wäschepflege, die zurückgingen — von Feinwaschmitteln.

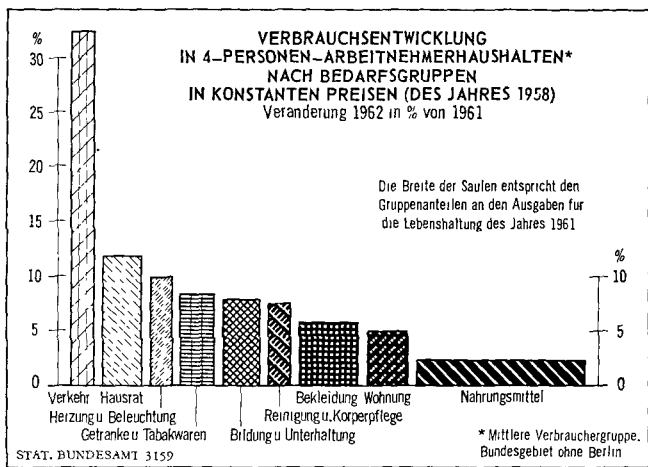
Offensichtlich waren die Haushalte in den ersten harten Wintermonaten noch ausreichend mit Brennmaterialvorräten versorgt, da sich in den Monatsergebnissen lediglich die Spitzen in den üblichen Einkellerungsmonaten zeigen und keine überdurchschnittlichen Zukäufe im November, Dezember 1962. Die Durchschnittswerte 1962 wurden also durch den

Monatliches Haushaltsbudget  
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe

Einnahmen- bzw. Ausgabenart	1950	1958	1960	1961	1962	Zu- (+) bzw. Abnahme (—)				
						1958 gegen 1950	gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %			
						1960	1961	1962		
Anzahl										
Erfasste Haushalte .....	224	275	273	309	354					
DM										
Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf .....	303,58	577,02	658,06	720,01	797,41	+ 90,1	+ 8,0	+ 9,4	+ 10,7	
Sonstige Arbeitseinkommen .....	13,50	35,46	33,58	25,40	26,53	+ 162,7	— 9,7	— 24,4	+ 4,4	
Anderer Einnahmen <sup>1)</sup> .....	25,74	61,52	67,48	72,52	81,46	+ 139,0	+ 7,9	+ 7,5	+ 12,3	
Einnahmen insgesamt .....	342,82	674,00	759,12	817,93	905,40	+ 96,6	+ 7,1	+ 7,7	+ 10,7	
abzüglich:										
Gesetzliche Versicherungen .....	28,88	65,22	73,94	75,29	79,30	+ 125,8	+ 7,0	+ 1,8	+ 5,3	
Steuern .....	8,86	11,35	14,73	24,23	34,99	+ 139,0	+ 64,0	+ 64,5	+ 44,4	
Ausgabefähige Einnahmen .....	305,08	597,43	670,45	718,41	791,11	+ 95,8	+ 6,3	+ 7,2	+ 10,1	
abzüglich:										
Ersparnisse <sup>2)</sup> .....	11,04	23,27	28,51	24,33	26,11	+ 110,8	— 0,4	— 14,7	+ 7,3	
Verbrauchsausgaben .....	294,04	574,16	691,94	694,08	765,00	+ 95,3	+ 6,6	+ 8,1	+ 10,1	
davon: Ausgaben für die Lebenshaltung .....	285,43	557,16	621,32	671,31	739,23	+ 95,2	+ 6,5	+ 8,0	+ 10,1	
Sonstige Verbrauchsausgaben <sup>3)</sup> .....	8,61	17,00	20,62	22,77	25,77	+ 97,4	+ 10,6	+ 10,4	+ 13,2	
Verbrauchsausgaben in konstanten Preisen des Jahres 1958 .....	350,22	574,16	632,38	666,61	713,40	+ 63,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 7,0	
Ausgaben für die Lebenshaltung in konstanten Preisen des Jahres 1958 .....	339,96	557,16	612,26	644,94	689,71	+ 63,9	+ 5,5	+ 5,3	+ 6,9	

<sup>1)</sup> Z. B. Renten, öffentliche und private Unterstützungen, Einnahmen aus eigener Bewirtschaftung usw. — <sup>2)</sup> Beiträge zu freiwilligen Versicherungen sowie Überschüsse der Barbestände am Ende der Monate, der Einzahlungen auf Konten und der Rückzahlung von Schulden über die Barbestände am Anfang, die Abhebungen von Konten, die Aufnahme von Schulden und die Einnahmen aus Verkauf und Tausch. — <sup>3)</sup> Ausgaben für eigene Bewirtschaftung und Eigenhaus, Unterstützungen und Geschenke, Verluste und Verschiedenes.





außergewöhnlichen Winter noch nicht besonders beeinflusst. Gegenüber den Vorjahren kauften die Haushalte allerdings doppelt so viel Holz und Heizöl, während sie nur geringfügig mehr Kohlen (darunter schnitten die Braunkohlen am besten ab) benötigten. Der fortschreitenden Ausstattung der Haushalte mit elektrotechnischen Geräten entsprach ein kräftiger Anstieg der verwendeten Strommengen (+ 7 kWh). Der Gasverbrauch blieb auf seinem üblichen Niveau.

Die Veränderungen der Ausgaben für Getränke und Tabakwaren, zu denen insbesondere ein höherer Bierkonsum beitrug, folgten in jeweiligen Preisen knapp dem Durchschnitt; die reale Steigerung lag geringfügig darüber.

Die Bedarfsgruppen mit den höchsten Anteilen an den Ausgaben für die Lebenshaltung: Nahrungsmittel 36% (263 DM), Bekleidung 13% (97 DM) und Wohnung 10% (74 DM) wuchsen (nominell und real) unterdurchschnittlich. Dazu führten bei Bekleidung größere Anschaffungen von Oberbekleidung (sowohl für Männer als für Frauen) und Rückgänge der Ausgaben für Unterbekleidung.

Den größten Anteil an den Ausgaben für Nahrungsmittel haben die Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, worunter

Fleisch und Fleischwaren, Milch, Butter und Eier die höchsten Beträge in Anspruch nahmen. Dann folgen die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs, unter denen für Brot und Backwaren und dann Obst das meiste Geld ausgegeben wurde. Bis 1957 stieg der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, während der für Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs sank; seitdem blieben sie für diese beiden Unterpositionen ziemlich konstant. Hervorzuheben ist eine bedeutendere Erhöhung der Ausgaben für „Fertige Mahlzeiten“ und Gemüsekonserven.

Ein Vergleich der Ausgabengruppen in jeweiligen und in konstanten Preisen (von 1958) ergibt, daß für den Ausgabenanstieg bei Nahrungsmitteln sowie Bildung und Unterhaltung gut zur Hälfte, bei Wohnung, Bekleidung, Reinigung und Körperpflege zu einem Drittel höhere Preise verantwortlich waren. Am wenigsten wurden die Aufwendungen für Verkehr, Getränke und Tabakwaren durch Verteuerungen belastet.

Trotz ansteigender Preise für manche Nahrungsmittel wichen die Haushalte hinsichtlich der eingekauften Mengen nicht auf billigere Substitute, deren Preise überdies häufig weniger oder gar nicht anzogen, und nur selten auf geringere Qualitäten<sup>9)</sup> aus. So stehen einem Rückgang von rd. 10 Liter Trinkmilch je Haushalt im Jahr 1962 Zunahmen bei (im Vergleich zu 1961 qualitativ hochwertigerer) kondensierter Milch und Sahne gegenüber; ebenso wurde weniger Margarine, aber mehr Butter, allerdings geringerer Qualität als 1961, verbraucht.

Betrachtet man die Entwicklung der verzehrten Fettmengen seit 1958 (= 100), so erhöhte sich der Butterkonsum um 45%, der von Speiseöl um 5%, während Schmalz und andere ausgegessene Fette (- 29%), Margarine (- 23%), Pflanzenfette (- 12%) und Speck (- rd. 20%) stark zurückgingen.

Unter den Fleischarten wurde die Nachfrage vor allem nach Hackfleisch, qualitativ besserem Geflügel und Büchsenfleisch bevorzugt, nach Kalbfleisch geringfügiger ausgedehnt. Beachtenswert sind noch Zukäufe bei Kernobst, Gemüse- und Obstkonserven und der — möglicherweise zufällige — Rückgang der eingekauften Mengen an frischen Fischen, Bohnen sowie Gurken und Salaten.

Re.

<sup>9)</sup> Vgl. Tabelle, S. 246\* und Tabelle auf nachfolgender Seite.

Durchschnittliche monatliche Verbrauchsausgaben je Haushalt nach Ausgabengruppen in konstanten Preisen des Jahres 1958  
4-Personen-Arbeitnerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe

Ausgabengruppe	1950					1958					Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr				
	1950	1958	1960	1961	1962	1950	1958	1960	1961	1962	1958 gegen 1950	1960 1961	1961 1962	1962	
	DM														
Nahrungsmittel	166,28	218,52	237,50	243,90	249,47	48,9	39,2	38,8	37,8	36,2	+ 31,4	+ 4,5	+ 2,7	+ 2,3	
darunter: tierischen Ursprungs	79,58	116,74	122,83	125,77	129,55	23,4	21,0	20,0	19,5	18,8	+ 46,7	+ 4,6	+ 2,4	+ 3,0	
pflanzlichen Ursprungs	80,88	91,14	102,17	104,18	105,16	23,8	16,4	16,7	16,2	15,2	+ 12,7	+ 4,7	+ 2,0	+ 0,9	
Getränke und Tabakwaren	14,00	38,56	42,76	46,62	52,65	4,1	6,9	7,0	7,6	7,6	+ 175,4	+ 7,2	+ 13,7	+ 8,3	
Heizung und Beleuchtung	22,12	26,92	28,18	30,11	33,10	6,5	4,8	4,6	4,7	4,8	+ 21,7	+ 3,9	+ 6,8	+ 9,9	
Wohnung <sup>1)</sup>	35,38	53,00	59,16	59,37	62,30	10,5	9,5	9,7	9,2	9,0	+ 47,7	+ 3,5	+ 0,4	+ 4,9	
Hausrat	14,83	47,60	51,46	57,71	64,51	4,4	8,6	8,4	8,9	9,4	+ 221,0	+ 2,6	+ 12,1	+ 11,8	
Anschaffung von															
Möbeln und anderen Einrichtungsgegenständen	5,37	21,85	23,55	28,42	27,80	1,6	3,9	3,9	4,4	4,0	+ 306,9	- 1,6	+ 20,7	- 2,2	
Öfen und Herden	1,06	2,44	2,59	2,28	2,66	0,3	0,4	0,4	0,3	0,4	+ 130,2	+ 5,3	- 12,0	+ 16,7	
Elektrotechnischen Geräten <sup>2)</sup>		5,53	6,36	6,53	8,86		1,0	1,0	1,0	1,3		+ 38,6	+ 2,7	+ 35,7	
Sonstigen Haus- und Gartengeräten	4,35	7,14	7,78	8,52	8,95	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	+ 64,1	+ 8,2	+ 9,5	+ 5,0	
Gardinen, Teppichen, Betten, Decken	3,15	6,41	6,44	7,28	10,65	0,9	1,2	1,1	1,1	1,6	+ 103,5	- 11,3	+ 13,0	+ 46,3	
Bett-, Haus- und Küchenwasche	0,90	3,09	3,10	2,98	3,69	0,3	0,6	0,5	0,5	0,5	+ 243,3	- 3,4	- 3,9	+ 23,8	
Reparaturen <sup>3)</sup>		1,14	1,64	1,70	1,90		0,2	0,2	0,3	0,3		+ 8,6	+ 3,7	+ 11,8	
Bekleidung	39,69	75,79	82,59	86,16	91,08	11,7	13,6	13,5	13,3	13,2	+ 91,0	+ 4,5	+ 4,3	+ 5,7	
Anschaffung von															
Oberbekleidung (ohne Schuhe)	16,51	39,04	40,72	42,64	46,63	4,8	7,0	6,7	6,6	6,8	+ 136,5	+ 1,0	+ 4,7	+ 9,4	
Schuhen und Zubehör	11,75	11,75	13,29	13,94	14,59	3,5	2,1	2,2	2,2	2,1		- 5,7	+ 4,9	+ 4,7	
Unterbekleidung	8,07	13,31	15,40	16,48	17,09	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	+ 64,9	+ 5,1	+ 7,0	+ 3,7	
Sonstigem persönlichen Bedarf	3,36	5,79	7,00	7,46	7,44	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	+ 72,3	+ 17,1	+ 6,6	- 0,3	
Reparaturen <sup>3)</sup>		5,90	6,18	5,64	5,33		1,1	1,0	0,9	0,7		+ 12,2	- 8,7	- 5,5	
Reinigung und Körperpflege	13,60	25,26	30,16	31,70	34,06	4,0	4,6	4,9	4,9	4,9	+ 85,7	+ 9,1	+ 5,1	+ 7,4	
davon: Reinigung von Bekleidung, Wohnung und Einrichtung	5,85	9,91	11,06	11,32	12,32	1,7	1,8	1,8	1,7	1,8	+ 64,4	+ 6,0	+ 2,4	+ 8,8	
Körper- und Gesundheitspflege	7,75	15,35	19,10	20,38	21,74	2,3	2,8	3,1	3,2	3,1	+ 98,1	+ 11,0	+ 6,7	+ 6,7	
Bildung und Unterhaltung	24,84	50,22	51,22	53,38	57,54	7,3	9,0	8,3	8,3	8,4	+ 102,2	- 0,1	+ 4,2	+ 7,8	
Verkehr	8,72	21,29	29,23	33,99	45,00	2,6	3,8	4,8	5,3	6,5	+ 144,2	+ 42,0	+ 16,3	+ 32,4	
davon: Öffentliche Verkehrsmittel		11,75	13,03	12,43	13,24		2,1	2,1	1,9	1,9		+ 4,6	+ 4,6	+ 6,5	
Sonstige		9,54	16,20	21,56	31,76		1,7	2,7	3,4	4,6		+ 99,5	+ 33,1	+ 47,3	
Lebenshaltung insgesamt	339,96	557,16	612,26	644,94	689,71	100	100	100	100	100	+ 63,9	+ 5,5	+ 5,3	+ 6,9	
Sonstige Ausgaben	10,26	17,00	20,12	21,67	23,69	3,0	3,1	3,3	3,4	3,4	+ 65,7	+ 9,0	+ 7,7	+ 9,3	
Verbrauchsausgaben insgesamt	350,22	574,16	632,38	666,61	713,40						+ 63,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 7,0	

<sup>1)</sup> Einnahmen aus Untervermietung abgesetzt. — <sup>2)</sup> 1950 mit sonstigen Haus- und Gartengeräten zusammengefaßt. — <sup>3)</sup> 1950 mit den entsprechenden Anschaffungen zusammengefaßt.

Entwicklung des Verbrauchs an Nahrungsmitteln in 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten einer mittleren Verbrauchergruppe 1961 zu 1962  
1961 = 100

Warengruppe bzw. Ware	Verbrauchsausgaben in		Verbrauchte Mengen	Durchschnittswert je Mengeneinheit <sup>2)</sup>	Preis je Mengeneinheit <sup>1)</sup>	Verbrauchte Qualitäten	Warengruppe bzw. Ware	Verbrauchsausgaben in		Verbrauchte Mengen	Durchschnittswert je Mengeneinheit <sup>2)</sup>	Preis je Mengeneinheit <sup>1)</sup>	Verbrauchte Qualitäten
	jeweiligen Preisen	konstanten Preisen <sup>1)</sup>						jeweiligen Preisen	konstanten Preisen <sup>1)</sup>				
Nahrungsmittel	105,5	102,3	.	.	.	.	Roggen-, Grau-, Misch- und Schwarzbrot	102,1	96,8	96,7	105,7	105,5	100
darunter:							Weißbrot und Weizenkleingeback	104,9	99,3	99,8	105,1	105,7	99
Vollmilch	98,0	97,8	96,9	101,0	100,2	101	Sonstiges Backwerk	113,4	114,6	111,3	101,9	99,0	103
Kondensierte Milch	110,9	110,6	109,1	101,6	100,2	101	Brot und Backwaren zusammen	108,0	102,7	98,6	107,5	103,2	104
Butter	114,2	108,1	109,1	104,7	105,7	99	Mehl	92,3	87,1	88,4	104,5	106,0	99
Fett- und Vollfettkase	101,5	100,4	98,9	102,6	101,1	102	Grieß	113,9	104,3	101,8	111,9	109,2	102
Sonstiger Kase (ohne Quark)	98,8	99,0	102,1	96,8	99,8	97	Reis	113,6	109,4	103,2	110,1	103,9	106
Quark	103,8	100,7	99,3	104,5	103,1	101	Nudeln und sonstige Teigwaren	100,3	97,7	94,9	105,7	102,6	103
Kase zusammen	101,5	100,3	99,6	102,0	101,2	101	Hulsenfrüchte	100,2	99,2	98,7	101,4	101,0	100
Eier	98,5	103,8	99,3	99,2	94,9	105	Nahrungsmittel zusammen	101,4	98,8	92,5	109,6	102,6	107
Rohfette, Schmalz und sonst. ausgel. Fette	88,0	89,9	98,1	89,7	97,9	92	Speiseöl	99,8	100,1	97,4	102,5	99,7	103
Margarine	91,5	91,5	91,3	100,2	100,0	100	Pflanzenfette	99,8	100,6	100,6	99,2	99,1	100
Tierische und gemischte Fette zusammen	91,2	91,3	91,8	99,4	99,9	100	Öle und pflanzliche Fette zusammen	99,8	100,2	98,3	101,5	99,6	102
Rindfleisch	106,8	105,7	104,3	102,4	101,1	101	Kartoffeln	104,4	96,1	100,0	104,4	108,6	96
Schweinefleisch	106,5	104,1	105,7	100,8	102,3	99	Frischgemüse	105,6	88,2	95,0	111,2	119,7	93
Kalbfleisch	110,7	107,8	110,8	99,9	102,7	97	Frischobst	109,1	97,1	100,9	108,1	112,4	96
Geflügel	109,7	113,2	105,4	104,1	96,9	107	Frische Sudfrüchte	106,3	106,8	108,6	97,8	99,5	98
Speck	93,5	92,7	92,6	100,9	100,9	100	Marmeladen	120,8	121,2	114,9	105,1	99,7	105
Schinken	104,7	101,5	99,7	105,0	103,1	102	Sirup, Kunsthonig, Malzextrakt	91,3	91,3	84,2	108,3	100,0	108
Wurst und Wurstwaren	103,8	101,9	101,3	102,5	101,8	101	Bienenhonig	126,5	117,1	121,2	104,4	108,0	97
Fleisch und Fleischwaren zusammen	105,5	104,0	102,9	102,5	101,5	101	Zucker	92,1	92,2	91,4	100,8	99,9	101
Frische Fische	103,0	96,7	93,0	110,7	106,5	104	Schokolade	108,0	109,8	109,3	98,8	98,3	100
Fischwaren, Fischdauern und Fischgerichte	104,6	100,2	95,2	109,8	104,4	105	Süßigkeiten	107,1	105,0	104,4	102,6	102,0	101
Fische und Fischwaren zusammen	105,0	100,0	95,8	109,6	105,1	104							

<sup>1)</sup> Des Jahres 1958. — <sup>2)</sup> Nach den Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen. — <sup>3)</sup> Einzelhandelspreise, mit den Einkaufsmengen der Wirtschaftsrechnungen nach Waren und Monaten gewogen.

## Anhang

### Systematisches Inhaltsverzeichnis des Textteils von „Wirtschaft und Statistik“, Januar bis April 1963, Heft 1 bis 4 Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Bundesgebiet ohne Berlin

<b>Bevölkerung</b>	Heft	Seite
Die jahreszeitliche Verteilung der Geburten	1	32
Die eheliche Geburtenhäufigkeit in den Ländern des Bundesgebietes	3	144
Auswanderung nach Übersee	4	209
Die Schichtung der Einkommen privater Haushalte (Stichprobenergebnisse 1957, 1960 und 1961)	4	195
<b>Gesundheitswesen</b>		
Meldepflichtige Krankheiten 1962	4	211
Heil- und Heilhilfspersonen im Jahr 1961	2	81
Krankenanstalten im Jahr 1961	4	212
<b>Erwerbstätigkeit</b>		
Erwerbstätigkeit und Lebensunterhalt (Terminologie und Ergebnisse)	3	137
Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen bis 1966	4	215
Ergebnisse des Mikrozensus		
Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich mit den geleisteten Arbeitsstunden 1957 bis 1961	3	140
Erwerbstätigkeit von Oktober 1961 bis Juli 1962	3	147
Die Schichtung der Einkommen privater Haushalte	4	195
Personal der Bundesbehörden und -betriebe am 2. Oktober 1962	1	33
Personal von Bund, Ländern und Gemeinden am 2. Oktober 1962	4	217
Streiks im Jahr 1962	2	82
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>		
Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960		
Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach der Zahl der Teilstücke	2	83
Die fachliche Vorbildung der Betriebsleiter und der Hausfrauen in den landwirtschaftlichen Betrieben	3	151
Arbeitskräfte und Arbeitsaufwand in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	2	86
Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1961		
Betriebe nach Art und Umfang ihrer gärtnerischen Nutzfläche	4	220
Anbau und Ernte landwirtschaftlicher Zwischenfrüchte 1962	2	91
Rübenernte 1962	2	92
Weinmosternernte 1962	2	93
Viehbestand am 3. Dezember 1962	1	35

	Heft	Seite
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Schweinebestand am 4. März 1963 .....	4	222
Milcherzeugung und -verwendung 1962 .....	2	95
Schlachtungen im Jahr 1962 .....	2	96
Seefischerei und Versorgung mit Seefischen im Jahr 1962 .....	3	153
<b>Unternehmen</b>		
Die Entwicklung von Zahl und Nominalkapital bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung 1962 .....	3	155
Bilanzen der Aktiengesellschaften für die Geschäftsjahre 1960 und 1961 .....	4	223
<b>Industrie und Handwerk</b>		
Beschäftigung und Umsatz der Industrie im Jahr 1962 .....	2	97
Industrielle Produktion im Jahr 1962 .....	1	37
Januar 1963 .....	2	101
Februar 1963 .....	3	159
März 1963 .....	4	226
Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie 1962 .....	3	157
Die Kostenstruktur im Handwerk (Ergebnis der Kostenstrukturstatistik 1958) .....	2	67
<b>Bauwirtschaft, Bautätigkeit und Wohnungen</b>		
Bauhauptgewerbe im Jahr 1962 .....	2	102
Das vorläufige Bauergebnis im Jahr 1962 .....	3	160
Wohnungsbestand am Jahresende 1961 .....	4	229
Tiefbauvorhaben im Jahr 1962 .....	4	226
Ergebnisse der Gebäudezählung 1961		
Die qualitative Abstufung der Wohngebäude im Juni 1961 .....	3	164
Ergebnisse der 1 %-Wohnungserhebung 1960		
Die Haushaltseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte .....	1	19
Die Schichtung der Einkommen privater Haushalte .....	4	195
Die Mietbelastung der Haushalte .....	1	23
Die Wohnverhältnisse kinderreicher Familien .....	1	29
<b>Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr</b>		
Umsätze des Großhandels 1962 .....	1	43
Umsätze des Einzelhandels 1962 .....	1	44
Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet 1962 .....	3	169
Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1962 .....	2	106
<b>Außenhandel</b>		
Außenhandel der Bundesrepublik einschl. Berlin (West) im Jahr 1962 .....	1	46
Januar 1963 .....	2	112
Februar 1963 .....	3	174
März und 1. Vj. 1963 .....	4	231
Außenhandel nach Waren im Jahr 1962 .....	2	109
nach Herstellungs- und Verbrauchsländern im Jahr 1962 .....	3	171
Lagerverkehr in der Außenhandelsstatistik 1962 .....	4	232
<b>Verkehr</b>		
Verkehrswirtschaft im Jahr 1962 .....	2	113
Straßenverkehrsunfälle im Jahr 1962 (Vorläufiges Ergebnis) .....	3	176
See- und Binnenschifffahrt im Jahr 1962 .....	4	234
<b>Geld und Kredit</b>		
Bodenkreditinstitute im Jahr 1962 .....	4	236
Kursbewegung an den Wertpapiermärkten 1962 .....	1	49
Zahlungsschwierigkeiten im Jahr 1962 .....	2	117
<b>Finanzen und Steuern</b>		
Staatlicher und kommunaler Aufwand für Straßen und seine Finanzierung .....	3	178
Die nicht ganzjährig beschäftigten Lohnsteuerpflichtigen .....	2	119
<b>Preise</b>		
Preisindices in der Sozialproduktberechnung .....	1	15
Preise im Jahr 1962 .....	1	53
Januar/Februar 1963 .....	2	124
Februar/März 1963 .....	3	181
März/April 1963 .....	4	240
<b>Löhne und Gehälter</b>		
Die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten 1960 .....	2	77
Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft im September 1962 .....	1	60
Gehalts- und Lohnstrukturerhebung im Erwerbsgartenbau 1962 .....	4	200
Arbeiterverdienste in der Industrie im November und im Jahr 1962 .....	3	183
Arbeiterverdienste im Handwerk im November 1962 .....	4	243
Angestelltenverdienste in Industrie und Handel im November und im Jahr 1962 .....	3	186
Index der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung im November und im Jahr 1962 .....	2	127

<b>Verbrauch</b>		Seite	Heft
Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten im 3. Vierteljahr 1962 .....		2	128
Jahr 1962 .....		4	244
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>			
Das Sozialprodukt im Jahr 1962 (Erste vorläufige Berechnung) .....		1	5
Preisindices in der Sozialproduktsberechnung .....		1	15

## Veröffentlichungen vom 13. März bis 16. April 1963

	Titel	Einzelpreis <sup>1)</sup> DM
<b>I. Zusammenfassende Veröffentlichungen</b>		
	Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1963 .....	6,30
	Statistischer Wochendienst, Heft 11—14/1963 .....	—,80
<b>II. Fachveröffentlichungen</b>		
<b>Fachserie A: Bevölkerung und Kultur</b>		
Reihe 3/II	Wanderungen über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes, 3. Vierteljahr 1962 ....	1,—
Reihe 4	Vertriebene und Flüchtlinge: Kulturstatistische Ergebnisse (Lehrpersonen und Studierende) Wintersemester 1960/61 .....	2,50
Reihe 6/IV	Streiks 1962 .....	—,50
Reihe 7/I	Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten, 4. Vierteljahr 1962 .....	—,50
	10. bis 16. Februar 1963 .....	—,50
	17. bis 23. Februar 1963 .....	—,50
	24. Februar bis 2. März 1963 .....	—,50
	3. bis 9. März 1963 .....	—,50
	17. bis 23. März 1963 .....	—,50
Reihe 7/II	Erkrankungen an Tuberkulose, 4. Vierteljahr 1962 .....	—,50
Reihe 7/IV	Sterbefälle nach Todesursachen, 4. Vierteljahr 1962 .....	—,50
<b>Fachserie B: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>		
Reihe 2/I	Anbauabsichten im Erwerbsgemüsebau 1963 (Vorbericht) .....	—,50
Reihe 2/II	Weinbestand, 31. Dezember 1962 (Vorbericht 1) .....	—,50
Reihe 3/II	Milch, Januar 1963 .....	—,50
	Februar 1963 (Vorbericht) .....	—,50
Reihe 3/III	Schlachtungen und Fleischgewinnung, Januar 1963 .....	—,50
	Februar 1963 (Vorbericht) .....	—,50
Reihe 4	Fangergebnis der See- und Küstenschifffahrt, Februar 1963 (Vorbericht) .....	—,50
	Landwirtschaftszählung vom 31. Mai 1960	
	Vorbericht 27: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit betriebseigenen Schlep- pern in den kleineren Verwaltungsbezirken .....	4,—
<b>Fachserie D: Industrie und Handwerk</b>		
Reihe 1	Beschäftigung und Umsatz, Brennstoff- und Energieversorgung der Industrie, Dezember 1962 .....	2,50
	Januar 1963 .....	3,—
Reihe 2	Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse, Index der industriellen Produktion, Januar 1963 .....	2,—
	Februar 1963 .....	2,—
Reihe 3	Index der industriellen Produktion, Februar 1963 (Vorbericht) .....	—,50
Reihe 6	Düngemittelversorgung, Januar 1963 .....	—,50
<b>Ergänzungsserie: Eisen und Stahl</b>		
Reihe 1	Eisenerzbergbau, Eisen schaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, 4. Vierteljahreshaft 1962 .....	10,— <sup>5)</sup>
	Februar 1963 .....	2,— <sup>5)</sup>
	März 1963 (Vorbericht) .....	1,— <sup>5)</sup>
Reihe 2	Zahlen zur Montanunion, Januar 1963 .....	3,— <sup>5)</sup>
	Februar 1963 .....	3,— <sup>5)</sup>
<b>Fachserie E: Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen</b>		
	1 %-Wohnungserhebung 1960, Vorbericht 12: Wohnungswünsche und Wohnungsbedarf .....	—,50
	Gebäudezählung vom 6. Juni 1961, Vorbericht 1: Gebäude und Wohnungen nach Art und Baualter .....	1,—
<b>Fachserie F: Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr</b>		
Reihe 1/I	Großhandel: Meßzahlen zur Umsatzentwicklung, Januar 1963 .....	—,50
	Schnellbericht zur Umsatzentwicklung, Februar 1963 .....	—,50
Reihe 2	Ein- und Verkaufsvereinigungen: Umsatzentwicklung, Februar 1963 .....	—,50
Reihe 3/I	Einzelhandel: Schnellbericht zur Umsatzentwicklung, Februar 1963 .....	—,50
	Meßzahlen zur Umsatzentwicklung, Februar 1963 .....	—,50
Reihe 5	Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet, 1962 .....	1,50
	Januar 1963 .....	1,50
	Februar 1963 .....	—,50
Reihe 6	Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost, Januar 1963 .....	—,50
Reihe 8/I	Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten, Dezember 1962 .....	1,—
	Jahr 1962 .....	1,50

# STATISTISCHE MONATSZAHLEN

## Inhalt

Das Inhaltsverzeichnis enthält die in den Heften 1 bis 4, Januar bis April 1963, veröffentlichten Tabellen, wobei die Seitenzahlen für das vorliegende Heft 4 durch Fettdruck hervorgehoben werden.

Die Spalte *Periodizität* weist die Erscheinungsfolge nach.

*Gebietsstand* ist im allgemeinen das Bundesgebiet ohne Berlin. Abweichungen davon sind in den Tabellen besonders vermerkt.

	Heft	Seite	Periodizität
<b>Abkürzungen</b> .....	4	<b>189*</b>	monatlich
<b>Bevölkerung</b>			
Bevölkerungsstand und -veränderung .....	4	<b>190*</b>	"
Natürliche Bevölkerungsbewegung .....	4	<b>190*</b>	"
Auswanderung nach Übersee 1946 bis 1961 .....	4	<b>191*</b>	einmalig
Über See- und Flughäfen Ausgewanderte und Fortzüge nach dem außereuropäischen Ausland .....	4	<b>191*</b>	"
<b>Gesundheitswesen</b>			
Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten 1962 .....	4	<b>192*</b>	"
Todesfälle an anzeigepflichtigen Krankheiten 1962 .....	4	<b>193*</b>	"
Ärzte, Zahnärzte, Heil- und Heilhilfspersonen, Apotheken und Personal der Apotheken, Personal der Gesundheitsämter .....	2	64*	"
Krankenanstalten nach ihrer Art, Größenklasse und Zweckbestimmung am 31. Dezember 1961 .....	4	<b>194*</b>	"
Heil- und Heilhilfspersonen in den Krankenanstalten am 31. Dezember 1961 .....	4	<b>195*</b>	"
Krankenbewegung in den Krankenanstalten 1961 .....	4	<b>195*</b>	"
<b>Erwerbstätigkeit</b>			
Abhängige Erwerbspersonen, Beschäftigte und Arbeitslose .....	2	66*	vierteljährlich
Arbeitslose, offene Stellen, Vermittlungen und Notstandsarbeiter .....	4	<b>197*</b>	monatlich
Arbeitslose und offene Stellen nach Berufsgruppen .....	4	<b>196*</b>	"
Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Wirtschaftsabteilungen .....	2	67*	halbjährlich
Personal der Bundesbehörden und -betriebe am 2. Oktober 1962 .....	1	6*	einmalig
Personal der Behörden und Einrichtungen und der Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in den Ländern am 2. Oktober 1962 .....	4	<b>198*</b>	"
<b>Ergebnisse des Mikrozensus</b>			
Abhängige nach Wirtschaftsbereichen, Wochenarbeitsstunden und Gründen für eine Wochenarbeitszeit unter 45 Stunden .....	3	128*	"
Erwerbstätige nach Anzahl der Tätigkeiten, Arbeitsstunden, Stellung im Beruf, Geschlecht und Wirtschaftsbereich .....	3	129*	"
Erwerbstätige nach Arbeitsstunden, Geschlecht und Wirtschaftsbereichen .....	3	130*	"
Erwerbstätige mit Wechsel der Arbeitsstätte und des Wirtschaftsbereiches .....	3	130*	"
Veränderung in der Beteiligung am Erwerbsleben und in der Stellung im Beruf .....	3	131*	"
Haushalte mit Einkommensangaben nach Haushaltsgröße .....	4	<b>197*</b>	"
Streiks 1962 nach Wirtschaftsgruppen .....	2	68*	"
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>			
<b>Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960</b>			
Land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach der Zahl der Teilstücke .....	2	69*	"
Arbeitskräfte und Arbeitsaufwand der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe .....	2	70*	"
Die fachliche Vorbildung der Leiter landwirtschaftlicher Betriebe und der Hausfrauen in landwirtschaftlichen Betrieben .....	3	134*	"
Landwirtschaftliche Fachschulen, Lehrkräfte, Schüler und Schülerinnen .....	3	134*	"
Die praktische Berufsausbildung von Landwirten und Landfrauen .....	3	134*	"
<b>Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1961</b>			
Betriebe nach den Flächen ihrer Hauptnutzungen .....	4	<b>199*</b>	"
Rübenernte 1962 .....	2	71*	"
Pferde-, Schaf-, Ziegen-, Federvieh- und Bienenvölkerbestand im Dezember 1962 .....	2	72*	"
Rindviehbestand im Dezember 1962 .....	2	72*	"
Schweinebestand im Dezember 1962 .....	2	72*	vierteljährlich
im März 1963 .....	4	<b>199*</b>	"
Tierseuchen .....	4	<b>199*</b>	monatlich
Milcherzeugung und -verwendung .....	4	<b>200*</b>	"
Gewerbliche Schlachtungen .....	4	<b>200*</b>	"
Fangergebnisse der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei .....	4	<b>200*</b>	"
Gesamtanlandungen nach wichtigen Fischarten und Fanggebieten .....	3	133*	einmalig
<b>Unternehmen</b>			
Zahl und Grundkapital der Aktiengesellschaften 1962 nach Wirtschaftsgruppen .....	3	135*	"
Vergleichbare Bilanzen 1960 und 1961 von 1844 Aktiengesellschaften .....	4	<b>201*</b>	"

	Heft	Seite	Periodizität
<b>Industrie und Handwerk</b>			
Beschäftigte, Umsatz, Kohle- und Stromverbrauch der Industrie .....	4	203*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Industriegruppen .....	4	204*	"
Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden und Umsatz der Industrie 1962 .....	2	76*	einmalig
Index der industriellen Nettoproduktion .....	4	206*	monatlich
Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter ....	4	208*	"
Produktion ausgewählter Erzeugnisse .....	4	208*	"
Steinkohle, Steinkohlenbriketts und -koks (Erzeugung, Inlandsversorgung) .....	4	205*	"
Elektrizitätserzeugung und -versorgung .....	4	205*	"
Gaserzeugung und -versorgung .....	4	205*	"
Beschäftigte und Umsatz im Handwerk .....	3	144*	vierteljährlich
<b>Bauwirtschaft, Bautätigkeit und Wohnungen</b>			
Bauhauptgewerbe .....	4	211*	monatlich
Erteilte Baugenehmigungen für Bauvorhaben des Hochbaus .....	4	212*	"
Genehmigungen für Hochbauten im Jahr 1962 .....	3	147*	einmalig
Erfasste Baufertigstellungen von Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen .....	4	212*	monatlich
Wohngebäude und Wohnungen nach Gebäudeart und Gebäudetypen .....	3	148*	einmalig
Ergebnisse der 1%-Wohnungserhebung			
Haushalte nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes, nach Haushaltsgröße und Art der Unterbringung .....	1	20*	"
Durchschnittsnettoeinkommen, -miete, -mietbelastung der Hauptmieterhaushalte ....	1	19*	"
Arbeitnehmerhaushalte von Ehepaaren nach der Kinderzahl und Einkommensgruppen	1	20*	"
Anteil des zusätzlichen Einkommens an Haushaltseinkommen .....	1	21*	"
<b>Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe, Fremdenverkehr</b>			
Umsatzwerte in ausgewählten Geschäftszweigen des einzelwirtschaftlichen Großhandels	4	213*	monatlich
Umsatz des Einzelhandels .....	4	214*	"
Warenverkehr mit Berlin (West) .....	4	215*	"
Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost .....	4	215*	"
Beherbergungskapazität am 1. April 1962 .....	3	151*	einmalig
Fremdenverkehr .....	4	216*	monatlich
<b>Außenhandel</b>			
Außenhandel (Spezialhandel)			
Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen .....	4	217*	"
Ein- und Ausfuhr nach Ländergruppen .....	4	218*	"
Einfuhr nach wichtigen Herstellungsländern .....	4	217*	"
Ausfuhr nach wichtigen Verbrauchsländern .....	4	218*	"
Ein- und Ausfuhr wichtiger Waren .....	2	92*	einmalig
nach Warengruppen und -zweigen .....	2	93*	"
nach Herstellungs- und Verbrauchslandern .....	3	155*	"
Lagerverkehr nach Warengruppen .....	4	216*	"
<b>Verkehr</b>			
Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs .....	4	219*	monatlich
Eisenbahnen (Deutsche Bundesbahn und Nichtbundeseigene Eisenbahnen) .....	4	220*	"
Güterverkehr nach Verkehrszweigen und Hauptgütergruppen .....	4	221*	vierteljährlich
Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern .....	3	159*	halbjährlich
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen .....	3	160*	monatlich
Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen .....	4	221*	"
Straßenverkehrsunfälle .....	4	222*	"
Binnenschifffahrt und Transporte an rohem Erdöl in Rohrleitungen .....	4	223*	"
Seeschifffahrt .....	3	161*	"
Luftverkehr .....	4	222*	"
Deutsche Bundespost .....	4	219*	"
<b>Geld und Kredit</b>			
Bargeldumlauf und Bankeinlagen von Nichtbanken, Bankkredite an Nichtbanken .....	4	223*	"
Passiv- und Aktivgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute .....	4	224*	"
Passiv- und Aktivgeschäft und Bestand der Boden- und Kommunalkreditinstitute .....	4	225*	einmalig
Auflegung, Absatz und Umlauf festverzinslicher Wertpapiere und Aktien .....	4	224*	monatlich
Index der Aktienkurse .....	4	226*	"
Kurs, Dividende und Rendite der börsennotierten Aktien .....	4	226*	"
Index der Aktienkurse 1962 .....	1	35*	einmalig
Kurs, Dividende und Rendite der börsennotierten Aktien 1961 und 1962 .....	1	35*	"
Kursdurchschnitt der festverzinslichen Wertpapiere .....	4	227*	monatlich
Kursdurchschnitt der festverzinslichen Wertpapiere 1958 bis 1962 .....	1	36*	einmalig
Konkurse, Vergleichsverfahren und Wechselproteste .....	3	163*	vierteljährlich
Konkurse und Vergleichsverfahren nach Wirtschaftszweigen .....	2	99*	einmalig

	H-ft	Seite	Periodizität
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>			
Hauptbetragsempfänger, Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und -hilfe .....	4	227*	monatlich
<b>Soziale Krankenversicherung</b>			
Kassenarten, Mitglieder und Krankenstand .....	4	228*	"
Hauptposten der Einnahmen und Ausgaben .....	3	165*	halbjährlich
Rentenversicherung der Arbeiter .....	3	165*	vierteljährlich
der Angestellten .....	4	228*	"
<b>Finanzen und Steuern</b>			
Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder und Berlins (West) .....	4	229*	monatlich
Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern .....	3	165*	vierteljährlich
<b>Preise</b>			
Weltmarktpreise wichtiger Handelsgüter .....	4	230*	monatlich
Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter .....	4	231*	"
Index der Verkaufspreise für Ausfuhr Güter .....	4	232*	"
Preisindex ausgewählter Grundstoffe .....	4	233*	"
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte .....	4	234*	"
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel .....	4	234*	"
Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte .....	3	172*	"
Index der Erzeugerpreise der Schnittblumen und Topfpflanzen .....	3	171*	"
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte .....	4	235*	"
Erzeugerpreise wichtiger Waren .....	4	237*	"
Verkaufspreise des Großhandels .....	4	238*	"
Preisindex für die Lebenshaltung .....	4	240*	"
nach Waren- und Leistungsgruppen .....	4	241*	"
Index der Einzelhandelspreise nach Branchen .....	4	234*	"
Verbraucherpreise wichtiger Waren .....	4	239*	"
Preisindex für Wohngebäude .....	2	115*	vierteljährlich
<b>Löhne und Gehälter</b>			
Bezahlte Wochenstunden und Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie ....	3	180*	"
Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Handwerk .....	4	242*	"
Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Angestellten in Industrie und Handel ....	3	182*	"
Indices der tariflichen Arbeitszeiten, Stundenlöhne und Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung .....	2	117*	"
<b>Versorgung und Verbrauch</b>			
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte, mittlere Verbrauchergruppe			
Monatliche Ausgaben je Haushalt .....	4	247*	monatlich
Eingekaufte Mengen an wichtigen Nahrungsmitteln .....	4	247*	"
Monatliche Einnahmen je Haushalt .....	4	243*	vierteljährlich
Monatliche Ausgaben je Haushalt .....	4	244*	"
Verbrauch an Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren .....	4	246*	"
Tabak, Bier, Branntwein, Schaumwein, Zucker, Mineralöl .....	4	246*	monatlich
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>			
Das Sozialprodukt, Entstehung des Inlandsprodukts, die Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt, die Verteilung des Volkseinkommens, das Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Verwendung des Sozialprodukts und Anlageinvestitionen .....	1	53*	einmalig

### Abkürzungen

MD = Monatsdurchschnitt	WiSta = Wirtschaft und Statistik	kWh = Kilowattstunde
VjD = Vierteljahresdurchschnitt	a = Ar	Vj. = Vierteljahr
HjD = Halbjahresdurchschnitt	ha = Hektar	Shj = Sommerhalbjahr
JD = Jahresdurchschnitt	qkm = Quadratkilometer	Whj = Winterhalbjahr
D = Durchschnitt nicht kumulierbarer, nicht addierfähiger Massen	Pkm = Personenkilometer	Std = Stunde
Pf = Pfennig	tkm = Tonnenkilometer	% = Prozent
RM = Reichsmark	ccm = Kubikzentimeter	‰ = Promille
DM = Deutsche Mark	cbm = Kubikmeter	BG = Bundesgebiet
\$ = Dollar	fm = Festmeter	SchH = Schleswig-Holstein
£ = Pfund Sterling	rm = Raummeter	Hmb = Hamburg
cts = Cents	l = Liter	Ndsa = Niedersachsen
sh = Schilling	hl = Hektoliter	Brm = Bremen
d = Pence	kg = Kilogramm	NrhW = Nordrhein-Westfalen
Mill. = Millionen	dz = Doppelzentner	Hess = Hessen
Mrd. = Milliarden	t = Tonne (1 000 kg)	RhPf = Rheinland-Pfalz
qm = Quadratmeter	t-eff = Effektivtonne	BaWü = Baden-Württemberg
km = Kilometer	BRT = Bruttoregistertonne	Bay = Bayern
	NRT = Nettoregistertonne	Saar = Saarland
	SKE = Steinkohleneinheit	Bln (W) = Berlin (West)
	PS = Pferdestärke	







# Gesundheitswesen

Zum Aufsatz: „Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten 1962“ in diesem Heft  
**Neuerkrankungen an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten 1962<sup>1)</sup>**

Land	Botulismus	Enteritis infectiosa		Übertragbare Gehirnentzündg.	Kinderlähmung		Ornithose		Paratyphus A u. B	Ruhr		Typhus abdominalis	Tularämie
		Salmonellose	übrige Formen		insgesamt	dar. paralyt. Fälle	Psittacose	übrige Formen		Bakterielle Ruhr	Amöbenruhr		
<b>Anzahl der gemeldeten Neuerkrankungen</b>													
Bundesgebiet ohne Berlin													
1960		2 945		121	4 139	3 110	191		2 388	3 009		1 510	3
1961		2 722		151	4 667	2 197	194		2 245	2 621		1 316	1
1962	86	2 148	238	161	291	219		116	975	1 574	22	1 128	-
davon (1962)													
Schlesw.-Holst.	1	52	4	2	26	20		7	71	28	3	53	-
Hamburg	-	148	-	-	10	8		17	30	89	-	27	-
Niedersachsen	7	144	68	13	38	21		6	108	47	-	125	-
Bremen	-	102	3	1	2	1		-	23	2	-	13	-
Nordrh.-Westf.	7	645	85	41	62	53		32	235	353	7	413	-
Hessen	2	72	7	11	14	10		18	56	265	9	70	-
Rheinld.-Pfalz	23	132	5	33	14	13		4	97	87	1	62	-
Baden-Württbg.	33	218	24	18	59	40		16	192	268	2	198	-
Bayern	13	426	42	40	61	53		15	112	429	-	157	-
Saarland	-	209	-	2	5	5		1	51	6	-	10	-
Berlin (West)													
1962	-	106	4	3	5	3	12	1	19	79	6	29	-
Auf 100 000 Einwohner <sup>2)</sup>													
Bundesgebiet ohne Berlin													
1960		5,5		0,2	7,8 <sup>a)</sup>	5,8 <sup>a)</sup>	0,4		4,5	5,6		2,8	0,01
1961		5,0		0,3	8,6 <sup>a)</sup>	5,9 <sup>a)</sup>	0,4		4,1	4,8		2,4	0,00
1962	0,2	3,9	0,4	0,3	0,5	0,4	0,2	0,2	1,8	2,9	0,04	2,1	-
davon (1962)													
Schlesw.-Holst.	0,04	2,2	0,2	0,1	1,1	0,9	0,3	0,1	3,0	1,2	0,1	2,3	-
Hamburg	-	8,0	-	-	0,5	0,4	0,9	0,5	1,6	4,8	-	1,5	-
Niedersachsen	0,1	2,1	1,0	0,2	0,6	0,3	0,1	0,1	1,6	0,7	-	1,9	-
Bremen	-	14,3	0,4	0,1	0,3	0,1	-	-	3,2	0,3	-	1,8	-
Nordrh.-Westf.	0,04	4,0	0,5	0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	1,5	2,2	0,04	2,6	-
Hessen	0,04	1,5	0,1	0,2	0,3	0,2	0,4	0,1	1,1	5,4	0,2	1,4	-
Rheinld.-Pfalz	0,7	3,8	0,1	1,0	0,4	0,4	0,1	-	2,8	2,5	0,03	1,8	-
Baden-Württbg.	0,4	2,7	0,3	0,2	0,7	0,5	0,2	0,03	2,4	3,4	0,03	2,5	-
Bayern	0,1	4,4	0,4	0,4	0,6	0,5	0,2	0,4	1,2	4,4	-	1,6	-
Saarland	-	19,2	-	0,2	0,5	-	-	-	4,7	0,5	-	0,9	-
Berlin (West)													
1962	-	4,9	0,2	0,1	0,2	0,1	0,6	0,05	0,9	3,6	0,3	1,3	-

Land	Milzbrand	Mikrosporie	Aussatz	Fleckfieber	Pocken	Diphtherie	Scharlach	Brucellose			Übertragbare Hirnhautentzündung		Hepatitis infectiosa
								Bang'sche Krankheit	Maltafieber	übrige Formen	Meningokokken-Meningitis	übrige Formen	
<b>Anzahl der gemeldeten Neuerkrankungen</b>													
Bundesgebiet ohne Berlin													
1960	11	5	4	1	-	1 946	27 800			251		832	
1961	10	4	4	2	4	1 265	22 588			185		936	
1962	13	8	10	1	37	801	24 153	156		5	3	1 038	765
davon (1962)													
Schlesw.-Holst.	-	1	-	1	-	11	1 084	15	-	-	-	39	58
Hamburg	-	-	1	-	-	2	1 438	3	-	-	-	48	16
Niedersachsen	-	-	1	-	-	41	2 411	7	-	-	-	47	108
Bremen	-	-	-	-	-	3	286	1	-	-	-	13	9
Nordrh.-Westf.	2	4	2	-	37	440	6 468	19	1	1	1	286	155
Hessen	-	-	1	-	-	27	2 150	3	-	-	-	97	102
Rheinld.-Pfalz	-	2	-	-	-	51	1 107	8	-	-	-	52	45
Baden-Württbg.	8	-	5	-	-	30	3 907	39	4	1	1	144	119
Bayern	3	1	-	-	-	193	4 941	55	-	1	1	294	153
Saarland	-	-	-	-	-	3	361	6	-	-	-	18	-
Berlin (West)													
1962	-	-	-	-	-	12	1 136	3	-	-	-	37	32
Auf 100 000 Einwohner <sup>2)</sup>													
Bundesgebiet ohne Berlin													
1960	0,02	0,01	0,01	0,00	-	3,7	52,0			0,5		1,6	
1961	0,02	0,01	0,01	0,00	0,01	2,3	41,7			0,3		1,7	
1962	0,02	0,01	0,02	0,00	0,1	1,5	44,1	0,3	0,01	0,01	0,01	1,9	1,4
davon (1962)													
Schlesw.-Holst.	-	0,04	-	0,04	-	0,5	46,3	0,6	-	-	-	1,7	2,5
Hamburg	-	-	0,1	-	-	0,1	78,0	0,2	-	-	-	2,6	0,9
Niedersachsen	-	-	0,01	-	-	0,6	36,0	0,1	-	-	-	0,7	1,6
Bremen	-	-	-	-	-	0,4	40,0	0,1	-	-	-	1,8	1,3
Nordrh.-Westf.	0,01	0,02	0,01	-	0,2	2,7	40,1	0,1	0,01	0,01	0,01	1,8	1,0
Hessen	-	-	0,02	-	-	0,6	43,9	0,1	-	-	-	2,0	2,1
Rheinld.-Pfalz	-	0,1	-	-	-	1,5	32,0	0,2	-	-	-	1,5	1,3
Baden-Württbg.	0,1	-	0,1	-	-	0,4	49,3	0,5	0,1	0,01	0,01	1,8	1,5
Bayern	0,03	0,01	-	-	-	2,0	51,1	0,6	-	0,01	0,01	3,0	1,6
Saarland	-	-	-	-	-	0,3	33,1	0,5	-	-	-	1,6	-
Berlin (West)													
1962	-	-	-	-	-	0,6	52,1	0,1	-	-	-	1,7	1,5

Fußnoten vgl. nächste Seite.

Neuerkrankungen an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten 1962<sup>1)</sup>

Land	Kindbettfieber		Leptospirose				Malaria		Trachom	Wundstarrkrampf	Trichinose	Q-Fieber	Toxoplasmose
	bei oder nach einer Geburt	Fehlgeburt	Weill'sche Krankheit	Feldfieber	Canicola-fieber	Übrige Formen	Ersterkrankung	Rückfall					
Anzahl der gemeldeten Neuerkrankungen													
Bundesgebiet ohne Berlin													
1960	23	47			82			30	-	5	7	-	.
1961	21	26			110			22	-	11	13	-	3
1962	9	23	26	4	2	13	27	19	17	120	1	7	405
davon (1962)													
Schlesw.-Holst.	-	-	3	-	-	-	3	-	-	1	-	-	4
Hamburg	-	-	2	-	-	-	6	2	-	2	-	-	3
Niedersachsen	-	2	2	-	-	-	3	3	4	8	-	-	40
Bremen	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	26
Nordrh.-Westf.	3	2	1	1	1	1	9	4	3	13	-	-	137
Hessen	-	2	6	2	1	-	-	4	-	9	-	-	37
Rheinld.-Pfalz	2	2	-	-	-	-	1	-	1	2	-	1	21
Baden-Württbg.	2	-	5	-	-	2	3	4	8	40	1	4	104
Bayern	-	15	6	1	-	7	1	1	1	45	-	2	24
Saarland	2	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9
Berlin (West)													
1962	1	-	1	-	-	1	1	-	-	3	-	-	132
Auf 100 000 Einwohner <sup>2)</sup>													
Bundesgebiet ohne Berlin													
1960	0,2	0,4			0,1		0,1	-	0,01	0,01	-	-	.
1961	0,2	0,2			0,2		0,04	-	0,02	0,02	-	-	3
1962	0,1	0,2	0,05	0,01	0,00	0,02	0,05	0,03	0,03	0,2	0,00	0,01	0,7
davon (1962)													
Schlesw.-Holst.	-	-	0,1	-	-	-	0,1	-	-	0,04	-	-	0,2
Hamburg	-	-	0,1	-	-	-	0,3	0,1	-	0,1	-	-	0,2
Niedersachsen	-	0,1	0,03	-	-	-	0,04	0,04	0,1	0,1	-	-	0,6
Bremen	-	-	-	-	-	-	0,1	0,1	-	-	-	-	3,6
Nordrh.-Westf.	0,1	0,1	0,01	0,01	0,01	0,01	0,1	0,02	0,02	0,1	-	-	0,9
Hessen	-	0,2	0,1	0,04	0,02	-	-	0,1	-	0,2	-	-	0,8
Rheinld.-Pfalz	0,3	0,3	-	-	-	0,03	0,03	-	0,03	0,1	-	0,03	0,6
Baden-Württbg.	0,1	-	0,1	-	-	0,03	0,04	0,1	0,1	0,5	0,01	0,1	1,3
Bayern	-	0,7	0,1	0,01	-	0,1	0,01	0,01	0,01	0,5	-	0,02	0,2
Saarland	0,9	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8
Berlin (West)													
1962	0,2	-	0,05	-	-	0,05	0,05	-	-	0,1	-	-	6,1

1) Die Angaben enthalten die Meldungen aus der Zeit vom 31.12.1961 bis 29.12.1962 = 52 Wochen. -(Strich) = keine Neuerkrankung, .(Punkt) = keine Meldung. - 2) Vorläufiges Ergebnis. Bei Kindbettfieber und fieberhafter Fehlgeburt bezogen auf die weiblichen Einwohner im Alter von 15 bis unter 45 Jahren. - a) Ohne Nordrhein-Westfalen, Saarland und Berlin.

Gemeldete Todesfälle an anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten 1962

[nach dem Bundesseuchengesetz § 3, Abs. 1 - 3]

Krankheit <sup>1)</sup>	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrh.-Westf.	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württbg.	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin	Berlin (West)
Meldepflichtig nach § 3, Abs. 1												
Botulismus	-	-	-	-	-	-	3	-	2	-	5	-
Enteritis infektiosa	-	1	3	-	8	-	-	2	2	1	17	-
Übertragbare Gehirnentzündung	-	-	1	-	1	1	5	5	6	-	10	-
Kinderlähmung	-	1	2	-	2	3	-	9	4	2	29	1
Ornithose	-	-	-	-	6	3	-	9	4	-	28	-
Paratyphus A u. B	-	-	2	-	6	3	-	9	4	-	25	-
Ruhr	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-
Typhus abdominalis	-	-	1	-	2	3	-	3	3	-	8	-
Milzbrand	-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	1	-
Pocken	-	-	5	-	6	-	3	5	6	1	26	1
Meldepflichtig nach § 3, Abs. 2												
Diphtherie	-	-	1	-	2	-	-	-	3	-	6	-
Scharlach	-	-	2	-	4	-	-	-	-	-	6	-
Brucellose	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1
Übertragbare Hirnhautentzündung	-	1	6	2	20	10	3	11	24	1	83	2
Hepatitis infectiosa	-	3	6	1	10	2	-	10	7	-	41	6
Kindbettfieber	-	2	4	-	7	6	1	14	11	1	46	6
Leptospirose	-	-	-	-	3	-	-	-	-	1	4	-
Wundstarrkrampf	-	-	1	-	-	1	1	-	-	1	4	-
Toxoplasmose	-	1	5	-	6	6	1	16	15	-	51	1
Meldepflichtig nach § 3, Abs. 3												
Grippe (Virusgrippe)	5	-	5	-	23	-	3	21	-	-	57	3
Keuchhusten	2	-	8	4	18	-	2	8	-	-	42	-
Masern	-	1	2	-	5	-	3	5	-	-	16	-

1) Es sind nur Krankheiten angegeben, die zu Todesfällen führten.



**Heil- und Heilhilfspersonen in den Krankenanstalten am 31. Dezember 1961**

**Pflegepersonen**

Land	Pflegepersonen ohne Pflegeschüler (-innen)									Pflegepersonen in Ausbildung (Schüler (-innen))				
	Krankenschwestern		Krankenpfleger		Kinderkranken-schwester	Hebammen			Sonst. Pflegekräfte		Kranken-schwester	Kranken-pfleger	Kinderkranken-schwester	Hebammen
	insgesamt	dar. i. d. Geisteskranken-pflege tätig	insgesamt	dar. i. d. Geisteskranken-pflege tätig		insgesamt	fest-ange-stellte	frei-berufl. tätig	insgesamt	dar. i. d. Geisteskranken-pflege tätig				
Schlesw.-Holst.	2 930	189	474	216	340	117	44	73	1 527	747	714	38	157	9
Hamburg	3 816	371	546	207	702	105	100	5	436	65	1 160	88	404	17
Niedersachsen	8 293	694	1 208	505	921	525	202	323	2 234	340	2 225	211	501	42
Bremen	1 196	77	225	98	209	35	34	1	217	82	299	24	151	-
Nordrh.-Westf.	20 028	1 116	2 679	1 030	2 404	1 607	544	1 063	5 452	1 952	5 213	623	1 857	135
Hessen	6 083	519	902	448	666	346	163	183	2 139	601	1 648	236	394	22
Rheinld.-Pfalz	3 613	255	595	229	362	384	89	295	870	117	1 059	188	255	27
Baden-Württbg.	10 458	536	1 348	605	1 447	703	297	406	2 671	890	2 347	115	864	110
Bayern	9 988	856	1 731	912	1 477	1 197	169	1 028	2 377	454	1 938	306	714	92
Saarland	1 341	105	281	95	215	307	27	280	183	14	377	88	132	7
Bundesgebiet ohne Berlin	67 746	4 718	9 989	4 345	8 743	5 326	1 669	3 657	18 106	5 262	16 980	1 917	5 429	461
dagegen 1960	67 151	4 829	9 689	4 248	8 207	5 099	1 536	3 563	15 618	4 498	16 464	1 671	5 118	479
Berlin (West)	6 798	365	616	162	762	101	98	3	1 835	271	1 269	68	437	10

**Apotheker, medizinisch-technische Hilfskräfte, Verwaltungs- und Wirtschaftskräfte**

Land	Apotheken-Personal		Med.-techn. Hilfskräfte Assist. / Gehilfen (-innen)	Kranken-gymnasten (-innen)	Masseure (-innen)	Masseure, Medizin. Bademeister	Medizin. Bademeister (-innen)	Fursorger, Gesundh.-pfleger (-innen)	Erzieh.- und Lehrkräfte	Desinfektoren	Sonst. med. Hilfs-personen	Verwalt.-kräfte	Wirtsch.-kräfte <sup>1)</sup>	
	Approb. Apotheker	sonst. pharmaz. Personal												
Schlesw.-Holst.	23	65	446	69	107	67	29	10	14	71	21	130	984	5 656
Hamburg	39	102	551	48	83	65	4	1	12	55	13	204	1 278	5 979
Niedersachsen	46	62	930	242	200	188	107	-	25	120	41	289	2 820	15 419
Bremen	11	24	159	17	38	17	5	2	1	5	3	90	330	2 261
Nordrh.-Westf.	141	343	2 585	1 185	378	543	339	57	46	407	153	764	6 533	40 119
Hessen	30	101	980	224	164	.	258 <sup>b)</sup>	.	21	266	30	4 861	2 285	6 775
Rheinld.-Pfalz	19	55	423	239	67	122	59	14	5	137	13	185	1 350	7 721
Baden-Württbg.	69	175	1 402	513	422	207	199	83	47	308	76	336	3 096	20 503
Bayern	61	94	1 208	469	358	221	227	.	39	305	.	790	4 587	20 876
Saarland	4	12	193	73	24	25	12	1	1	10	6	30	498	2 592
Bundesgebiet ohne Berlin	443	1 033	8 877	3 079	1 841	1 455 <sup>a)</sup>	1 239 <sup>b)</sup>	168 <sup>a)c)</sup>	211	1 684	356 <sup>c)</sup>	7 679	23 761	127 901
dagegen 1960	457	967	8 481	2 977	1 809	1 544	899	197 <sup>c)</sup>	181	1 508	344 <sup>c)</sup>	3 046	22 997	128 892
Berlin (West)	57	89	701	78	140	111	-	20	96	72	-	228	2 020	9 512

1) Einschl. Diätassistenten und -küchenleiter(-innen). - a) Ohne Hessen. - b) In Hessen einschl. Masseure(-innen) und Med. Bademeister(-innen). - c) Ohne Bayern.

**Krankenzugang in den Krankenanstalten 1961**

Land	Planmäßige Betten	Überzahlige (zusätzlich aufgestellte) Betten	Krankenbestand am 1.1.1961	Kranken-zugang	Zahl der stationär behandelten Kranken	Krankenzugang		Krankenbestand am 31.12.1961	Zahl der d. stationär behandelten Kranken	Durchschnittliche Verweildauer in Tagen <sup>1)</sup>
						insgesamt	darunter durch Tod			
Schleswig-Holstein	25 438	442	18 999	259 806	278 805	259 680	12 061	19 125	8 542 953	32,9
Hamburg	20 119	254	13 867	240 471	254 338	240 164	14 034	14 174	6 215 935	25,9
Niedersachsen	65 129	5 029	45 060	784 896	829 956	784 343	32 291	45 613	21 904 492	27,9
Bremen	6 445	1 179	4 842	92 727	97 569	92 486	4 620	5 083	2 377 267	25,7
Nordrhein-Westfalen	158 287	19 441	125 721	1 967 417	2 093 138	1 965 768	82 500	127 370	56 050 148	28,5
Hessen	48 734	6 383	34 965	601 476	636 441	601 168	21 234	35 273	17 670 166	29,4
Rheinland-Pfalz	37 214	755	23 685	430 736	454 421	430 060	13 540	24 361	11 969 628	27,8
Baden-Württemberg	85 938	3 499	62 124	978 564	1 040 688	978 501	32 262	62 187	28 255 509	28,9
Bayern	107 064	3 355	72 800	1 259 197	1 331 997	1 258 512	46 165	73 485	34 411 194	27,3
Saarland	9 693	142	6 895	137 163	144 058	137 234	4 358	6 824	3 214 763	23,4
Bundesgebiet ohne Berlin	564 061	40 459	408 958	6 752 453	7 161 411	6 747 916	263 065	413 495	190 612 055	28,2
Öffentliche Kranken-anstalten	313 832	20 975	237 899	3 508 036	3 745 935	3 506 623	155 939	239 312	106 635 091	30,4
Freie gemeinn. Kranken-anstalten	209 176	17 581	152 419	2 733 770	2 886 189	2 731 209	103 019	154 980	71 543 624	26,2
Private	41 053	1 903	18 640	510 647	529 287	510 084	4 107	19 203	12 433 340	24,4
Berlin (West)	30 581	2 585	26 651	293 749	320 400	293 240	25 546	27 160	11 063 734	37,7
dar. in Krankenanstalten für Akut-Kranke										
Schleswig-Holstein	16 118	399	10 576	248 577	259 153	248 434	11 235	10 719	5 351 848	21,5
Hamburg	18 817	254	12 575	240 394	252 969	240 077	14 008	12 892	5 746 734	23,9
Niedersachsen	42 776	3 817	27 327	698 142	725 469	697 835	30 407	27 634	14 182 908	20,3
Bremen	4 959	938	3 565	87 847	91 412	87 627	4 031	3 785	1 847 833	21,1
Nordrhein-Westfalen	118 146	15 701	85 698	1 902 370	1 988 068	1 900 982	78 332	87 086	41 093 175	21,6
Hessen	28 031	4 294	19 626	495 673	515 299	495 777	19 446	19 522	10 052 493	20,3
Rheinland-Pfalz	23 166	605	14 086	371 098	385 124	370 505	12 704	14 619	7 284 782	19,6
Baden-Württemberg	60 528	2 717	41 724	888 039	929 763	888 480	30 557	41 283	19 428 899	21,9
Bayern	70 007	2 426	46 367	1 086 971	1 133 338	1 086 199	43 660	47 139	22 022 843	20,3
Saarland	8 275	3	5 421	133 706	139 127	133 730	4 198	5 397	2 626 409	19,6
Bundesgebiet ohne Berlin	390 823	31 154	266 965	6 152 757	6 419 722	6 149 646	248 378	270 076	129 637 924	21,1
Berlin (West)	23 104	1 313	19 010	280 861	299 871	280 650	22 572	19 221	8 168 868	29,1

1) Errechnet nach der Formel:  $\frac{\text{Pflegetage} \times 2}{\text{Zugang} + \text{Abgang}}$

Zugang + Abgang

# Erwerbstätigkeit

## Arbeitslose und offene Stellen nach Berufsgruppen

(Nach den Unterlagen der Arbeitsämter)

Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr Monat — Geschlecht	Ins- gesamt	Acker- bauer- Tierzucht, Garten- bauer	Forst-, Jagd- u. Fischerei- berufe	Bergleute, Mineral- gewinner, -aufbe- reiter	Stein- arbeiter, Keramiker, Glasmacher	Bauberufe	Metallverz. u. Metall- bearbeiter	Schmiede, Schlosser, Mechaniker u. verw. Berufe	Elektriker	Chemie- werker	Kunst- stoffver- arbeiter	Holzver- arbeiter u. zugehörige Berufe
<u>Arbeitslose</u>												
1962 D	142 350	6 772	6 455	3 212	5 209	15 123	6 776	5 254	1 673	1 089	297	2 599
1962 Jan.	267 943	19 068	14 685	9 448	16 308	50 864	8 373	7 427	2 250	1 342	371	5 761
Febr.	257 172	17 578	23 707	8 973	14 192	43 022	8 338	7 053	2 236	1 360	383	5 512
Marz	189 898	10 779	16 710	4 688	7 696	23 718	7 622	6 160	1 943	1 192	347	3 429
April	122 104	4 250	2 611	1 075	1 501	6 701	7 178	5 265	1 759	1 140	296	2 061
Ma	97 947	1 978	465	759	1 010	3 655	6 451	4 676	1 585	1 005	257	1 506
Juni	87 645	1 351	367	612	835	3 021	6 062	4 348	1 507	965	258	1 366
Juli	84 874	1 224	321	717	825	2 505	5 734	4 133	1 369	935	269	1 266
Aug.	82 974	1 167	316	655	712	2 268	5 695	4 055	1 265	925	263	1 217
Sept.	83 246	1 098	334	642	694	2 250	5 748	4 116	1 296	921	247	1 138
Okt.	92 914	1 370	364	745	728	2 550	5 996	4 424	1 410	1 046	259	1 225
Nov.	120 791	4 769	5 047	2 062	3 111	6 789	6 445	4 668	1 483	1 020	277	1 544
Dez.	218 871	15 421	14 312	8 145	13 770	32 218	7 650	6 646	1 971	1 182	358	5 180
1963 Jan.	392 834	24 767	41 337	14 877	32 826	72 265	10 794	11 724	4 276	1 782	437	13 192
Febr.	400 835	25 147	43 112	14 848	33 555	73 056	11 218	12 777	4 974	1 823	487	13 351
dar. männlich	329 356	15 108	34 759	14 303	32 142	72 964	9 498	12 035	3 982	1 371	199	12 480
<u>Offene Stellen</u>												
1963 Febr.	477 234	8 689	637	10 866	6 479	47 543	37 380	42 943	17 814	4 962	2 145	10 631
dar. männlich	261 057	6 347	539	10 858	5 276	47 476	28 334	39 851	11 551	2 888	910	9 574
Jahr Monat — Geschlecht	Papier- herst. u. -verar- beiter	Licht- bildner, Drucker u. verw. Berufe	Textil- nersp. u. -verarbei- ter, Hand- schuh- macher	Leder- herst., Leder- u. Fellver- arbeiter	Nahr.- u. Genuss- mittel- hersteller	Warennach- seher, Versand- fertig- macher u. Lagerver- walter	Ungelernte Hilfs- kräfte	Ingenieure, Techniker u. verwandte Berufe	Technische Sonder- fachkräfte	Maschini- sten und zugeh. Berufe	Handels- berufe	Verkehrs- berufe
<u>Arbeitslose</u>												
1962 D	690	717	5 659	1 177	4 258	2 854	23 239	1 607	456	1 718	6 572	6 295
1962 Jan.	940	843	7 687	1 705	6 623	3 671	44 969	1 685	510	3 504	7 944	11 755
Febr.	862	785	7 016	1 839	6 562	3 590	42 062	1 603	489	3 306	8 382	11 128
Marz	811	747	6 249	1 501	6 255	3 346	32 023	1 605	462	2 242	7 376	7 951
April	756	746	5 812	1 324	5 684	3 200	20 561	1 709	488	1 381	7 431	5 264
Ma	650	678	5 218	1 228	3 791	2 812	15 996	1 556	466	1 209	6 483	4 293
Juni	602	616	5 246	1 083	2 832	2 429	14 745	1 439	375	1 086	5 669	3 982
Juli	534	608	4 971	908	2 388	2 273	14 022	1 570	426	1 001	5 520	3 869
Aug.	570	632	4 670	800	2 165	2 283	13 571	1 395	434	988	5 854	3 856
Sept.	589	642	4 570	793	2 313	2 366	13 620	1 546	391	972	5 597	3 928
Okt.	556	734	4 515	743	2 878	2 360	14 138	1 742	490	1 084	6 337	4 274
Nov.	600	767	4 822	817	3 826	2 579	18 748	1 725	470	1 289	5 996	5 444
Dez.	827	823	6 894	1 308	5 431	3 428	35 126	1 674	508	2 692	6 056	10 340
1963 Jan.	1 079	962	8 256	2 204	7 405	4 116	58 456	2 156	652	5 938	8 393	22 713
Febr.	1 053	930	8 016	2 687	7 735	4 178	60 505	2 124	617	6 322	8 913	23 715
dar. männlich	412	629	2 170	2 203	2 982	1 883	55 820	2 015	409	6 308	3 392	23 149
<u>Offene Stellen</u>												
1963 Febr.	4 420	3 862	33 400	7 271	20 112	7 055	39 197	6 970	2 705	2 567	21 893	16 140
dar. männlich	1 168	2 313	3 921	1 900	6 081	2 114	31 743	6 671	1 869	2 555	5 519	13 622
Jahr Monat — Geschlecht	Gast- stätten- berufe	Hauswirt- schaftl. Berufe	Reinigungs- berufe	Körper- pfleger	Dienst- u. Wachberufe	Organisat. Verwal- tungs- u. Büroberufe	Rechts- Ordnungs- u. Sicher- heits- wahrer	Sozial- pflege- berufe	Gesund- heits- dienst- berufe	Erzieh. u. Lehrberufe ubr. Ber. d. Wissen- sch. u. d. Geistes- lebens	Kunst- lerische berufe	Arbeits- kräfte mit un- bestimmten Beruf
<u>Arbeitslose</u>												
1962 D	2 608	2 346	3 711	708	2 579	13 225	217	157	1 158	1 005	1 983	2 952
1962 Jan.	4 293	3 222	4 751	1 069	3 090	14 948	256	182	1 526	1 202	2 691	2 980
Febr.	3 806	2 759	4 429	887	3 055	13 923	218	191	1 272	1 112	2 493	3 049
Marz	3 234	2 528	4 203	744	2 882	13 149	210	164	1 090	1 046	2 134	3 662
April	2 200	2 237	3 834	757	2 665	14 167	229	179	1 249	1 065	2 040	3 289
Ma	1 538	2 019	3 480	616	2 476	12 967	235	174	1 132	981	1 679	2 943
Juni	1 134	1 742	3 167	538	2 376	11 569	209	141	941	815	1 470	2 747
Juli	1 030	1 930	2 947	484	2 324	12 177	197	134	904	878	1 534	2 947
Aug.	1 065	1 837	2 934	466	2 246	12 098	200	133	935	928	1 516	2 662
Sept.	1 492	1 863	3 103	504	2 178	12 094	191	132	965	895	1 421	2 599
Okt.	2 804	2 335	3 458	735	2 298	14 124	203	138	1 226	975	1 967	2 683
Nov.	4 409	2 826	3 931	844	2 518	14 028	205	149	1 299	1 014	2 308	2 962
Dez.	4 112	2 849	4 273	911	2 842	13 866	222	165	1 297	1 003	2 277	3 094
1963 Jan.	4 203	3 123	5 354	1 280	3 330	16 098	234	182	1 481	1 144	2 301	3 497
Febr.	3 881	2 835	5 108	1 069	3 341	15 101	220	170	1 292	1 063	2 107	3 505
dar. männlich	1 922	19	1 140	386	3 125	7 283	206	30	224	381	1 643	2 784
<u>Offene Stellen</u>												
1963 Febr.	7 864	26 163	22 596	3 795	2 557	46 768	363	403	7 497	2 671	876	-
dar. männlich	1 496	25	3 437	1 009	2 229	7 848	304	66	606	308	649	-

Ab 1962 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1961. Letzte Aufgliederung nach der Systematik der Berufe, Ausgabe 1950 in WiSta 1962/10, S. 571\*.

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung



Zum Aufsatz: „Personal von Bund, Ländern und Gemeinden am 2. Oktober 1962“ in diesem Heft  
**Personal der Behörden und Einrichtungen<sup>1)</sup> in den einzelnen Ländern am 2. Oktober 1962<sup>2)</sup>**

Land -- Verwaltung	In unmittelbarem Dienstverhältnis vollbeschäftigtes Personal							Außerdem Teilbe- schäftigte <sup>4)</sup>
	Beamte und Richter <sup>3)</sup>	Angestellte	Arbeiter	insgesamt	darunter mit Zeitvertrag			
					Angestellte	Arbeiter	zusammen	
Schleswig-Holstein	23 912	11 350	4 143	39 405	1 164	279	1 443	996
Staatliche Verwaltung	4 595	12 538	7 613	24 746	575	585	1 160	3 487
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	28 507	23 888	11 756	64 151	1 739	864	2 603	4 483
dagegen am 2.10.1961	27 702	23 887	11 511	63 100	2 162	973	3 135	4 371
Niedersachsen	62 039	30 172	9 721	101 932	3 545	562	4 107	4 405
Staatliche Verwaltung	8 346	30 076	19 840	58 262	628	1 077	1 705	6 829
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	70 385	60 248	29 561	160 194	4 173	1 639	5 812	11 234
dagegen am 2.10.1961	68 826	57 899	30 073	156 798	3 835	2 035	5 870	9 315
Nordrhein-Westfalen	123 796	43 290	7 510	174 596	4 419	203	4 622	7 069
Staatliche Verwaltung	37 507	83 017	58 798	179 322	2 130	1 720	3 850	21 305
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	161 303	126 307	66 308	353 918	6 549	1 923	8 472	23 374
dagegen am 2.10.1961	158 065	122 290	64 999	345 354	6 262	1 811	8 073	26 326
Hessen	43 178	21 911	7 215	72 304	974	194	1 168	2 498
Staatliche Verwaltung	13 422	27 775	17 225	58 422	691	265	956	5 226
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	56 600	49 686	24 440	130 726	1 665	459	2 124	7 724
dagegen am 2.10.1961	53 827	47 847	23 555	125 229	1 406	693	2 099	6 686
Rheinland-Pfalz	30 285	14 659	4 381	49 325	1 126	132	1 258	1 628
Staatliche Verwaltung	6 272	13 440	9 251	28 963	146	295	439	2 759
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	36 557	28 099	13 632	78 288	1 272	425	1 697	4 387
dagegen am 2.10.1961	35 546	27 580	13 282	76 408	1 450	495	1 945	4 108
Baden-Württemberg	72 380	35 823	10 266	118 469	2 161	180	2 341	4 594
Staatliche Verwaltung	16 640	38 875	31 053	86 568	923	908	1 831	9 484
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	89 020	74 698	41 319	205 037	3 084	1 088	4 172	14 078
dagegen am 2.10.1961	85 576	71 896	40 817	198 289	3 732	1 107	4 839	12 606
Bayern	84 147	37 806	15 595	137 548	4 797	922	5 719	3 742
Staatliche Verwaltung	28 178	39 172	33 087	100 437	1 150	1 761	2 911	5 667
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	112 325	76 978	48 682	237 985	5 947	2 683	8 630	9 409
dagegen am 2.10.1961	110 505	73 955	48 020	232 480	4 810	3 109	7 919	8 920
Saarland	10 505	6 500	2 216	19 221	463	13	476	380
Staatliche Verwaltung	1 948	4 245	3 831	10 024	130	187	317	1 890
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	12 453	10 745	6 047	29 245	593	200	793	2 270
dagegen am 2.10.1961	12 086	9 994	6 110	28 190	531	275	806	2 179
Länder (ohne Stadtstaaten) zus.	450 242	201 511	61 047	712 800	18 649	2 485	21 134	25 312
Staatliche Verwaltung	116 908	249 138	180 698	546 744	6 373	6 796	13 169	56 647
Gemeindliche Verwaltung								
zusammen	567 150	450 649	241 745	1 259 544	25 022	9 281	34 303	81 959
dagegen am 2.10.1961	552 133	435 348	238 367	1 225 848	24 188	10 498	34 686	74 511
Hamburg	29 165	32 796	12 628	74 589	2 131	893	3 024	6 254
Bremen	11 002	9 247	5 299	25 548	456	114	570	2 296
Berlin (West)	43 354	39 851	21 667	104 872	1 506	1 329	2 835	5 167
Stadtstaaten zusammen	83 521	81 894	39 594	205 009	4 093	2 336	6 429	13 717
dagegen am 2.10.1961	82 608	79 889	40 343	202 840	4 246	2 043	6 289	13 085
Länder einschl. Stadtstaaten insgesamt	650 671	532 543	281 339	1 464 553	29 115	11 617	40 732	95 676
dagegen am 2.10.1961	634 741	515 237	278 710	1 428 688	28 434	12 541	40 975	87 596

1) Hoheits- und Kammereiverwaltungen ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern.- 2) Vorläufiges Ergebnis.- 3) Richter nur bei Hoheitsverwaltungen.- 4) Mit 20 und mehr Wochenstunden.

**Personal der Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in den einzelnen Ländern am 2. Oktober 1962<sup>1)</sup>**

Korperschaft	In unmittelbarem Dienstverhältnis vollbeschäftigtes Personal							Außerdem Teilbe- schäftigte <sup>2)</sup>
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen	darunter mit Zeitvertrag			
					Angestellte	Arbeiter	zusammen	
Staatliche Wirtschaftsunternehmen								
Schleswig-Holstein	135	49	480	664	-	110	110	-
Hamburg	10	38	174	222	-	24	24	4
Niedersachsen	1 131	513	5 041	6 685	72	756	828	28
Bremen	4	237	275	516	-	-	-	2
Nordrhein-Westfalen	388	211	1 806	2 405	4	82	86	262
Hessen	1 568	768	5 793	8 129	43	598	641	171
Rheinland-Pfalz	1 056	356	2 924	4 336	33	629	662	16
Baden-Württemberg	1 602	786	5 184	7 572	31	61	92	1 966
Bayern	2 402	1 211	15 024	18 637	29	1 521	1 550	450
Saarland	128	44	474	646	-	60	60	30
Berlin (West)	15	4 447	17 382	21 844	8	56	64	443
zusammen	8 439	8 660	54 557	71 656	220	3 897	4 117	3 629
dagegen am 2.10.1961	8 426	8 644	56 381	73 451	174	5 069	5 243	3 724
Gemeindliche Wirtschaftsunter- nehmen <sup>3)</sup>								
Schleswig-Holstein	129	2 303	4 609	7 041	55	167	222	170
Niedersachsen	144	3 682	7 696	11 522	54	153	207	269
Nordrhein-Westfalen	427	8 059	17 836	26 322	49	228	277	580
Hessen	336	3 224	8 830	12 390	23	254	277	541
Rheinland-Pfalz	207	1 963	4 672	6 842	5	100	105	298
Baden-Württemberg	1 033	4 694	14 555	20 282	60	479	539	1 547
Bayern	1 148	5 684	15 897	22 729	32	470	502	954
Saarland	22	736	1 343	2 101	5	10	15	88
zusammen	3 446	30 345	75 438	109 229	283	1 861	2 144	4 447
dagegen am 2.10.1961	3 768	31 202	79 772	114 742	327	2 225	2 552	4 373
Staatliche und Gemeindliche Wirtschaftsunternehmen insgesamt	11 885	39 005	129 995	180 885	503	5 758	6 261	8 076
dagegen am 2.10.1961	12 194	39 846	136 153	188 193	501	7 294	7 795	8 097

1) Vorläufiges Ergebnis.- 2) Mit 20 und mehr Wochenstunden.- 3) Ohne Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern.



# Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Zum Aufsatz: „Betriebe nach Art und Umfang ihrer gärtnerischen Nutzfläche“ in diesem Heft  
**Betriebe nach den Flächen ihrer Hauptnutzungen 1961**  
 Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1961

Land Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... bis unter ... ha Betriebsarten	Insgesamt		Von der gärtnerischen Nutzfläche entfallen auf										Unterglasanlagen	
			Obst		Gemüse im Freiland		Zierpflanzen im Freiland		Baumschul- kulturen 1)		Gemüse- und Blumensamen			
	Betriebe	Gärtnerische Nutzfl.	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
<b>Bundesgebiet ohne Berlin</b>														
<b>nach Ländern</b>														
Schleswig-Holstein	7 639	16 561	2 195	3 101	4 971	10 138	1 829	512	827	2 686	53	21	1 410	103
Hamburg	3 788	5 001	2 567	2 428	2 598	1 759	1 808	439	98	197	44	6	2 407	172
Niedersachsen	19 434	31 567	8 866	16 492	11 677	12 671	3 237	809	829	1 239	74	107	3 430	250
Bremen	330	206	55	21	78	53	251	77	37	30	-	-	257	25
Nordrhein-Westfalen	21 113	23 854	9 140	6 463	12 273	12 597	6 834	1 999	1 379	1 997	109	124	8 661	673
Hessen	19 463	8 992	9 041	4 085	8 824	3 693	2 076	520	531	483	37	41	2 310	170
Rheinland-Pfalz	26 796	13 501	15 107	7 658	13 088	5 034	1 598	311	266	382	51	23	1 761	94
Baden-Württemberg	52 865	26 359	30 974	16 931	27 099	7 274	3 556	609	954	1 134	153	46	4 290	367
Bayern	24 240	13 627	10 545	5 771	15 876	6 230	3 409	585	666	699	120	28	4 707	315
Saarland	1 231	1 053	752	523	440	385	268	62	36	64	8	0	370	19
<b>Insgesamt</b>	<b>176 899</b>	<b>140 721</b>	<b>89 242</b>	<b>63 473</b>	<b>96 924</b>	<b>59 834</b>	<b>24 866</b>	<b>5 923</b>	<b>5 623</b>	<b>8 911</b>	<b>649</b>	<b>396</b>	<b>29 603</b>	<b>2 188</b>
<b>nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche</b>														
unter 0,5	39 919	7 036	18 175	2 825	19 357	2 485	10 350	1 185	1 074	118	139	0	9 509	424
0,5 - 2	46 543	23 105	25 081	9 479	26 494	8 711	10 696	2 902	2 035	919	245	27	12 567	1 068
2 - 5	28 476	22 878	16 157	10 291	15 663	9 581	2 415	956	1 147	1 585	100	52	4 576	411
5 und mehr	61 961	87 699	29 829	40 880	35 410	39 054	1 405	878	1 367	6 289	165	317	2 951	283
<b>nach Betriebsarten</b>														
Reine Gartenbau- betriebe	30 258	40 190	11 385	13 689	17 137	12 467	19 206	5 093	3 862	6 889	366	205	22 190	1 848
Gartenbaubetriebe mit Landwirtschaft	10 555	21 789	5 916	10 541	7 580	9 165	1 940	395	717	1 411	74	58	3 652	213
Landwirtschaftliche u. sonst. Betriebe	136 086	78 743	71 941	39 244	72 207	38 201	3 720	431	1 044	611	209	131	3 761	124
<b>Berlin (West)</b>														
Berlin (West)	577	706	105	50	298	349	405	166	92	92	4	0	398	49

1) Ohne reine Forstbaumschulen.

Zum Aufsatz: „Der Schweinebestand im März 1963“ in diesem Heft  
**Schweinebestand am 4. März**  
 Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr Land	Schweine insgesamt	Ferkel unter 8 Wochen	Jungschweine 8 Wochen bis unt. 1/2 Jahr	Schlacht- und Mastschweine 1/2 Jahr und älter 1)	Zuchtsauen (ohne die zur Mast aufgestellten Sauen)				Eber 1/2 Jahr und älter
					1/2 bis unter 1 Jahr trächtig		1 Jahr und älter trächtig		
					trächtig	nicht trächtig	trächtig	und älter nicht trächtig	
1960	14 378,2	4 193,8	6 748,8	1 999,6	214,7	126,0	621,2	434,2	39,9
1961	15 420,7	4 586,9	7 237,5	1 999,8	252,5	139,3	697,8	463,7	43,3
1962	16 501,5	4 806,8	7 852,5	2 211,1	225,3	135,0	715,9	509,1	45,8
1963 <sup>2)</sup>	15 826,1	4 589,6	7 476,7	2 206,9	207,7	124,0	676,9	499,4	45,1
<b>nach Ländern (1963)</b>									
Schlesw.-Holst.	1 576,7	492,0	772,1	135,8	27,8	15,4	78,0	49,6	6,0
Hamburg	21,9	4,8	9,0	6,4	0,3	0,3	0,6	0,4	0,1
Niedersachsen	4 511,2	1 347,2	2 150,0	544,2	58,9	35,8	205,4	157,7	12,1
Bremen	16,4	4,0	7,1	3,6	0,3	0,2	0,6	0,4	0,0
Nordrh.-Westf.	2 682,8	719,7	1 202,3	503,5	38,9	25,0	110,9	76,3	6,1
Hessen	1 109,6	288,1	511,4	211,0	15,6	9,3	41,6	29,4	3,2
Rheinl.-Pfalz	712,6	164,1	367,1	125,5	7,6	5,4	23,4	17,7	1,9
Baden-Württbg.	1 722,3	512,9	795,7	242,2	20,8	11,9	72,3	61,0	5,5
Bayern	3 405,2	1 041,5	1 625,8	424,3	36,8	20,1	141,7	105,0	10,0
Saarland	67,5	15,4	35,9	10,4	0,7	0,7	2,3	1,9	0,2

1) Einschl. der zur Mast aufgestellten Sauen und kastrierten Eber.- 2) Vorläufiges Ergebnis.

## Tierseuchen

Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Monatsanfang	Ansteckende Blutarmut der Pferde		Maul- und Klauenseuche		Tuberkulose des Rindviehs <sup>1)</sup>		Deckinfektionen des Rindviehs <sup>2)</sup>		Rotlauf der Schweine		Schweinepest		Räude der Schafe		Hunnerpest	
	Zahl der versuchten															
	Gemein- den	Gehöfte	Gemein- den	Gehöfte	Gemein- den	Gehöfte	Gemein- den	Gehöfte	Gemein- den	Gehöfte	Gemein- den	Gehöfte	Gemein- den	Gehöfte	Gemein- den	Gehöfte
1961 Okt.	15	15	28	39	2	3	124	713	32	39	88	104	1	1	28	56
Nov.	13	13	33	83	2	2	96	624	19	22	119	153	1	1	25	57
Dez.	16	16	173	665	3	3	89	605	29	31	133	147	1	1	43	64
1962 Jan.	11	11	461	2 353	2	2	82	673	14	19	107	151	-	-	38	81
Febr.	10	10	482	1 723	1	1	71	645	16	16	86	112	-	-	91	147
Marz	9	9	396	764	-	-	71	698	7	7	91	124	-	-	113	207
April	5	5	392	932	-	-	60	600	7	8	107	150	-	-	124	267
Mai	4	4	366	891	1	1	52	495	7	7	93	133	-	-	78	212
Juni	9	9	264	577	-	-	56	564	11	11	81	111	-	-	42	158
Juli	9	9	195	486	-	-	49	554	16	16	60	76	-	-	69	154
Aug.	9	9	119	223	-	-	46	613	14	17	43	49	-	-	59	122
Sept.	7	7	81	201	-	-	43	616	21	21	49	58	1	1	27	68
Okt.	7	7	70	137	1	1	42	600	10	12	67	78	1	1	15	23
Nov.	6	6	71	176	1	1	39	507	15	15	67	86	-	-	21	33
Dez.	4	4	317	641	-	-	46	602	7	7	74	97	-	-	27	36

1) Soweit anzeigepflichtig nach § 10 VG.- 2) Insbesondere Trichonomadenseuche.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten







# Industrie und Handwerk

## Beschäftigte, Umsatz, Kohle- und Stromverbrauch der Industrie<sup>1)</sup>

### Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

Jahr Monat -- Land	Am Monatsende			Geleistete Arbeiter- stunden  Mill. Std.	Brutto-		Umsatz 2)	
	Erfasste Be- triebe (örtl. Einheiten)	Beschäftigte			Lohn- summe	Gehalt- summe	insgesamt	dar. Aus- lands- umsatz 3)
		insgesamt	dar.Arbeiter					
	Anzahl	1 000				Mill. DM		
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>								
1954 <sup>4)</sup>	50 784	6 062	5 070	960	1 624	503	11 745	1 543
1958 <sup>4)</sup>	52 257	7 273	5 979	1 031	2 413	835	17 089 <sup>a)</sup>	2 572 <sup>a)</sup>
1959	52 817	7 477	6 100	1 045	2 564 <sup>a)</sup>	924 <sup>a)</sup>	18 819 <sup>a)</sup>	2 885 <sup>a)</sup>
1960	53 178	7 776	6 311	1 079	2 971	1 081	21 516	3 331
1961	54 372	8 002	6 435	1 079	3 317	1 252	23 160	3 310
1962	55 498	8 037	6 395	1 049	3 630	1 424	24 546	3 668
1961 Okt.	54 477 <sup>r</sup>	8 035	6 442	1 112	3 381	1 272	25 012	3 640
Nov.	54 575	8 049	6 451	1 107	3 616	1 358	24 710	3 523
Dez.	54 651	7 977	6 383	1 044	3 633	1 472	23 495	3 766
1962 Jan.	54 879	7 974	6 373	1 078	3 523	1 366	22 822	3 538
Febr.	55 118	7 985	6 377	1 011	3 216	1 321	22 109	3 467
März	55 329	8 000	6 387	1 071	3 480	1 364	24 605	3 781
April	55 420	8 055	6 419	1 025	3 488	1 382	22 968	3 431
Mai	55 498	8 062	6 418	1 084	3 710	1 406	24 900	3 828
Juni	55 539	8 044	6 401	1 022	3 650	1 414	23 885	3 631
Juli	55 588	8 059	6 413	1 024	3 676	1 412	24 323	3 452
Aug.	55 694	8 069	6 415	1 045	3 778	1 412	24 789	3 579
Sept.	55 694	8 057	6 396	1 023	3 517	1 415	25 502	3 753
Okt.	55 720	8 068	6 405	1 121	3 763	1 426	27 705	3 956
Nov.	55 746	8 071	6 405	1 092	3 926	1 520	26 841	3 779
Dez.	55 747	7 994	6 332	988	3 831	1 646	24 108	3 826
1963 Jan.	55 806	7 957	6 293	1 044	3 745	1 516	23 155	3 407
Febr.	55 986	7 949	6 282	955	3 272	1 456	21 945	3 439
<u>nach Ländern (Februar 1963)</u>								
Schlesw.-Holst.	1 544	173	139	22	69	27	518	59
Hamburg	1 508	225	160	24	89	58	1 042	144
Niedersachsen	5 002	725	585	88	298	118	2 194	436
Bremen	505	97	73	11	37	19	329	43
Nordrh.-Westf.	16 414	2 814	2 250	339	1 262	523	8 219	1 191
Hessen	4 948	677	516	77	260	142	1 690	316
Rheinld.-Pfalz	3 220	358	280	43	140	67	948	161
Baden-Württbg.	10 802	1 449	1 135	175	570	269	3 737	587
Bayern	11 381	1 262	1 002	154	463	204	2 896	379
Saarland	662	169	142	21	85	30	372	123
<u>Berlin (West)</u>								
1963 Febr.	2 850	296	222	32	101	59	728	78
<u>Verbrauch an Brennstoffen</u>								
Jahr Monat -- Land	Kohle	darunter			Heizöl	Gas	Strombezug aus dem öffentlichen Netz	Strom- verbrauch
		Steinkohlen u. Steinkoh- lenbriketts	Steinkohlen- koks	Braunkohlen- briketts- und -koks				
		1 000 t-SKE 6)	1 000 t					
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>								
1954 MD <sup>4)</sup>	5 403	2 640	1 676	513	114	1 198	2 096	3 828
1958 MD <sup>4)</sup>	5 779	2 814	1 967	523	403	1 498	2 938	5 228
1959 MD	6 185	2 936	2 307	481	530	1 442	3 397	5 800
1960 MD	6 448	2 928	2 596	449	723	1 520	3 840	6 426
1961 MD	6 174	2 804	2 484	390	895	1 526	4 065	6 740
1962 MD	5 955	2 814	2 273	340	1 099	1 481	4 284	7 038
1961 Okt.	6 384	2 982	2 451	383	946	1 547	4 273	7 066
Nov.	6 512	3 134	2 421	382	1 065	1 470	4 160	7 005
Dez.	6 352	3 095	2 348	379	1 130	1 485	4 022	6 792
1962 Jan.	6 396	3 065	2 412	383	1 165	1 539	4 134	7 051
Febr.	5 922	2 846	2 240	345	1 133	1 406	3 895	6 585
März	6 482	3 108	2 456	371	1 244	1 529	4 249	7 199
April	5 724	2 709	2 222	337	1 029	1 505	4 048	6 697
Mai	5 788	2 669	2 303	350	1 025	1 532	4 375	7 071
Juni	5 369	2 464	2 187	314	937	1 471	4 193	6 734
Juli	5 533	2 469	2 248	319	937	1 526	4 388	7 017
Aug.	5 588	2 533	2 217	304	951	1 506	4 448	7 107
Sept.	5 615	2 581	2 199	322	973	1 444	4 347	6 958
Okt.	6 354	3 051	2 313	343	1 163	1 491	4 628	7 556
Nov.	6 401	3 138	2 272	347	1 294	1 415	4 468	7 411
Dez.	6 283	3 133	2 205	340	1 337	1 405	4 233	7 071
1963 Jan.	6 933	3 458	2 486	323	1 540	1 478	4 338	7 386
Febr.	6 067	3 019	2 177	286	1 420	1 380	4 015	6 791
<u>nach Ländern (Februar 1963)</u>								
Schlesw.-Holst.	47	17	29	0	62	9	59	86
Hamburg	21	12	9	0	64	9	89	102
Niedersachsen	439	165	221	40	169	69	252	492
Bremen	40	10	29	0	35	7	46	54
Nordrh.-Westf.	3 951	2 005	1 361	146	542	1 066	1 944	3 592
Hessen	203	126	43	10	115	36	245	394
Rheinld.-Pfalz	285	178	87	29	64	30	250	461
Baden-Württbg.	260	200	51	12	184	20	497	653
Bayern	370	120	80	47	175	16	570	762
Saarland	452	186	265	0	11	118	64	195
<u>Berlin (West)</u>								
1963 Febr.	39	26	7	9	18	14	.	68

Vgl. Fachserie D, Reihe 1, Beschäftigung und Umsatz, Brennstoff und Energieversorgung der Industrie.

1) Ohne Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung sowie ohne Bauindustrie.- 2) Ohne Umsatz in Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern.- 3) Umsätze der Industriebetriebe mit Abnehmern im Ausland (bis Juli 1959 auch im Saarland) sowie - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren.- 4) Ohne Saarland.- 5) Für Betriebe und Beschäftigte D aus 12 Monaten.- 6) In Tonnen Steinkohle-Einheiten; 1 t Steinkohle entspricht: 1 t Steinkohlenbriketts, 1 t Steinkohlenkoks, 3 t Rohbraunkohle, 1,5 t Braunkohlenbriketts, 1,5 t Braunkohlenkoks, 2 t tschechischer Hartbraunkohle, 1,5 t bayerischer Pechkohle.- a) Januar bis Juni Bundesgebiet ohne, Juli bis Dezember einschl. Saarland.



**Steinkohle, Steinkohlenbriketts und -koks**  
**Erzeugung, Inlandversorgung**  
**Bundesgebiet ohne Berlin**  
**1000 t (t = t)**

Jahr Monat	Steinkohlenförderung		Kokserzeugung und Brikett- herstellung	Aus Produktion verfügbare Menge	Zum Absatz verfügbar 2)	Halden- bestände 3)	Einfuhr 4)	Ausfuhr	Inlands- versorgung 5)
	insgesamt	abzogl. Ein- satzkohle <sup>1)</sup>							
1954 MD	10 670	6 660	3 139	9 799	8 377	2 079	721	2 220	7 016
1958 MD <sup>6)</sup>	11 049	6 244	3 788	10 012	8 601	13 065	1 362	1 748	7 188
1959 MD	10 466	6 222	3 286	9 509	8 131	16 449	-	-	-
1960 MD	11 857	7 275	3 537	10 803	9 244	11 481	611	2 403	7 986
1961 MD	11 895	7 338	3 493	10 828	9 309	11 988	607	2 351	7 522
1962 MD	11 761	7 270	3 476	10 739	9 155	9 935	666	2 383	7 608
1961 Okt.	12 108	7 447	3 581	11 024	9 447	12 039	651	2 345	7 672
Nov.	12 462	7 990	3 440	11 426	9 759	12 317	627	2 399	7 708
Dez.	11 671	7 120	3 485	10 601	8 860	11 988	674	2 501	7 362
1962 Jan.	12 836	8 140	3 618	11 753	9 974	11 790	674	2 639	8 208
Febr.	11 219	7 133	3 118	10 249	8 628	11 699	479	2 187	7 012
März	12 138	7 584	3 481	11 062	9 259	11 500	649	2 419	7 688
April	11 166	6 633	3 500	10 131	8 602	10 986	724	2 078	7 762
Mai	11 533	6 833	3 638	10 469	9 050	10 577	755	2 403	7 811
Juni	11 308	7 091	3 416	10 504	9 170	10 080	759	2 452	7 974
Juli	11 697	7 092	3 561	10 648	9 308	10 120	769	2 485	7 552
Aug.	11 886	7 333	3 528	10 855	9 428	10 173	814	2 477	7 712
Sept.	10 879	6 528	3 378	9 893	8 362	10 041	583	2 308	6 769
Okt.	12 674	8 139	3 556	11 690	9 971	10 357	633	2 438	7 850
Nov.	12 461	8 061	3 450	11 489	9 763	10 610	559	2 443	7 627
Dez.	11 138	6 672	3 473	10 128	8 341	9 923	592	2 273	7 347
1963 Jan.	13 067	8 373	3 709	12 069	9 899	8 974	537	2 196	9 190
Febr.	11 338	6 988	3 409	10 384	8 416	7 416r	633	2 143	8 463r
März	12 304	7 711	3 604	11 299	9 562	6 383	677	2 712	8 560

1) Einsatzkohle der Zechenkokereien und Brikettfabriken.- 2) Aus Produktion verfügbare Menge abzüglich Zechenselbstverbrauch, Kohlenverbrauch zur Erzeugung der an Dritte abgegebenen Energie sowie Deputate.- 3) Ende des Berichtszeitraumes.- 4) Einfuhr ohne Verbrauch der Zechenkokereien.- 5) Berechnet aus der zum Absatz verfügbaren Menge unter Berücksichtigung der Veränderung der Haldenbestände sowie der Ein- und Ausfuhr.- 6) Ohne Saarland.

Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.

**Elektrizitätserzeugung und -versorgung**  
**Bundesgebiet ohne Berlin**  
**Mill. kWh**

Jahr Monat	Stromerzeugung					Selbst- verbrauch 2)	Einfuhr 3)	Ausfuhr 4)	Inlands- versorgung (Einschl. Leistungs- verluste)
	in		insgesamt	davon in					
	öffentlichen Werken 1)	industriellen Stromerzeu- gungsanlagen		Wasser- kraftwerken 1)	Wärme- kraftwerken				
1954 MD	3 454	2 202	5 656	871	4 785	273	208	111	5 480
1958 MD	4 795	3 056	7 851	1 064	6 787	392	377	172	7 663
1959 MD	5 289	3 448	8 738	889	7 848	447	373	148	8 516
1960 MD	5 866	3 703	9 574	1 048	8 526	484	486	138	9 439
1961 MD	6 268	3 970	10 237	1 043	9 195	520	498	158	10 078
1962 MD	6 811	4 325	11 136	1 007	10 129	576	456	203	10 812
1961 Okt.	6 690	4 440	11 130	715	10 415	575	385	199	10 741
Nov.	6 935	4 430	11 365	712	10 653	583	260	219	10 823
Dez.	7 123	4 356	11 478	1 027	10 452	557	250	195	10 976
1962 Jan.	7 076	4 582	11 658	1 017	10 640	544	247	172	11 188
Febr.	6 508	4 165	10 673	1 024	9 649	485	214	221	10 181
März	7 044	4 641	11 685	994	10 691	546	259	275	11 123
April	6 301	3 993	10 294	1 220	9 074	523	400	164	10 007
Mai	6 475	4 006	10 582	1 441	9 141	555	569	66	10 529
Juni	6 081	3 703	9 784	1 281	8 502	543	723	56	9 907
Juli	6 318	3 970	10 288	1 230	9 058	558	692	69	10 353
Aug.	6 238	4 199	10 437	1 074	9 363	548	734	64	10 558
Sept.	6 566	4 253	10 819	855	9 964	588	500	187	10 544
Okt.	7 343	4 860	12 203	672	11 530	653	410	267	11 692
Nov.	7 619	4 791	12 410	593	11 817	667	378	356	11 765
Dez.	8 058	4 737	12 795	681	12 113	706	349	546	11 892
1963 Jan.	8 485	5 136	13 620	612	13 009	734	367	506	12 747
Febr.	7 439	4 730	12 169	451	11 718	511	271	520	11 271

1) Einschl. Speicher- und Pumpspeichelerzeugung.- 2) Selbstverbrauch der öffentlichen Werke sowie Verbrauch der Pumpspeicherwerke.- 3) Bis Juli 1959 einschl. Bezug aus dem Saarland und aus der sowjetischen Besatzungszone; ab August 1959 einschl. Bezug aus der sowjetischen Besatzungszone.- 4) Bis Juli 1959 einschl. Lieferungen an das Saarland und die sowjetische Besatzungszone; ab August 1959 einschl. Lieferungen an die sowjetische Besatzungszone.- 5) Ohne Saarland.

Bundesministerium für Wirtschaft

**Gaserzeugung und -versorgung**  
**Bundesgebiet ohne Berlin**  
**Mill. cbm (Ho = 4300 kcal/cbm)**

Jahr Monat	Gaserzeugung			Selbstverbrauch			Einfuhr 1)	Ausfuhr 2)	Inlands- versorgung 3)
	insgesamt	Ortsgas	Kokereigas	in					
				Ortsgaswerken	Kokereien				
1954 MD	1 503	214	1 289	470	17	453	27	6	1 068
1958 MD	1 890	295	1 636	668	28	640	30	9	1 259
1959 MD	1 701	255	1 447	517	31	486	30	8	1 223
1960 MD	1 974	267	1 707	590	30	560	-	25	1 404
1961 MD	1 964	261	1 702	617	34	583	-	26	1 365
1962 MD	1 932	280	1 652	606	41	565	-	24	1 358
1961 Okt.	1 987	261	1 726	662	40	622	-	20	1 346
Nov.	1 931	276	1 656	582	29	553	-	28	1 389
Dez.	2 016	307	1 709	585	30	554	-	32	1 449
1962 Jan.	2 055	308	1 747	589	32	557	-	26	1 499
Febr.	1 851	277	1 574	509	27	486	-	22	1 378
März	2 041	303	1 738	558	25	533	-	31	1 518
April	1 927	269	1 658	647	43	604	-	22	1 309
Mai	1 960	269	1 691	661	45	615	-	20	1 330
Juni	1 851	238	1 612	662	47	615	-	22	1 210
Juli	1 921	246	1 675	689	47	641	-	18	1 260
Aug.	1 875	234	1 640	678	45	633	-	15	1 230
Sept.	1 839	257	1 583	617	50	567	-	23	1 255
Okt.	1 923	278	1 645	581	44	537	-	28	1 377
Nov.	1 915	314	1 601	535	47	488	-	26	1 420
Dez.	2 019	360	1 660	542	44	498	-	32	1 510
1963 Jan.	2 127	381	1 747	518	25	494	-	28	1 726
Febr.	1 941	344	1 597	547	42	505	-	28	1 488

1) Einschl. Bezug aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Saarland.- 2) Einschl. Lieferungen an die sowjetische Besatzungszone und bis 1959 an das Saarland.- 3) Unter Berücksichtigung der Bestandsänderung der Untergründspeicherung.- 4) Ohne Saarland.

Bundesministerium für Wirtschaft/Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.







**Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter**  
**Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)**  
**arbeitstäglich 1950 = 100**

Jahr Monat	Investitionsgüter													
	insgesamt		Stahl- bauten	Maschinen und maschinelle Anlagen						Kraftfahrzeuge			Elektro- techn.	Sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter
	einschl. Personenkraftwagen über 1,5 Liter	ohne		insgesamt	Landwirt- schaft- liche Maschinen	Metall- bear- beitungs- maschinen	Textil-, Näh-, Schuh- u. Leder- maschinen	Maschinen für die Nahrungs- mittel- industrie	Sonstige Maschinen und ma- schinelle Anlagen	insgesamt	Personen- kraft- wagen über 1,5 Ltr.	Kombi.- Liefer- u. Lastkraft- wagen ein- schl. Zug- maschinen		
1954	180	178	142	171	149	207	113	133	191	197	201	193	192	199
1958	272	257	197	234	201	281	138	191	266	397	435	363	284	274
1959	288	273	182	244	215	300	134	213	274	445	450	440	310	281
1960	322	304	193	280	234	354	155	258	314	496	532	464	360	294
1961	353	333	217	310	264	396	168	276	348	531	574	494	416	300
1962	364	341	230	315	252	428	164	255	368	570	620	526	424	297
1962 Jan.	340	315	209	289	252	375	158	204	329	536	618	465	411	279
1962 Febr.	357	335	206	309	271	454	175	242	334	551	616	494	435	300
1962 März	359	336	204	315	273	426	172	256	348	567	626	515	422	293
1962 April	376	353	203	334	283	469	179	276	369	578	635	529	446	312
1962 Mai	378	353	211	336	258	471	170	264	386	593	662	533	429	314
1962 Juni	387	361	221	344	245	492	177	276	399	606	680	543	446	312
1962 Juli	328	322	209	303	223	411	156	265	351	428	396	455	413	282
1962 Aug.	321	299	212	267	180	343	138	248	318	528	567	494	378	253
1962 Sept.	384	358	253	328	200	407	171	262	408	618	678	566	448	302
1962 Okt.	364	335	237	293	199	384	149	244	351	630	689	578	412	301
1962 Nov.	387	358	267	313	214	416	159	248	377	655	712	606	433	325
1962 Dez.	398	383	340	371	191	524	173	286	468	559	579	543	428	303
1963 Jan. 1)	331	304	222	254	194	360	148	197	289	600	637	568	384	261
1963 Febr. 1)	341	323	237	278	229	364	142	212	320	555	543	565	419	272
1963 März	359	329	206	297	236	365	151	243	348	632	707	567	411	276

Jahr Monat	Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)											
	insgesamt		Textilien, Bekleidung und Schuhe	Fahrzeuge			Elektrotechnische Verbrauchsgüter			Pharmazent. u. kosmet. Artikel, Wasch- u. Putzmittel	Sonstige im Index erfaßte Verbrauchs- güter	
	einschl. Personenkraftwagen bis 1,5 Ltr.	ohne		insgesamt	Personen- kraftwagen bis 1,5 Ltr.	Kraftrader, Fahrräder	insgesamt	Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte	Sonstige elektro- technische Verbrauchs- güter			Möbel
1954	165	160	149	218	271	162	257	147	410	183	144	159
1958	243	228	199	350	593	95	634	406	952	275	204	207
1959	265	243	210	430	743	101	707	442	1 076	299	218	219
1960	298	267	227	560	985	113	808	491	1 251	334	238	239
1961	315	284	241	561	1 007	91	844	457	1 386	361	262	257
1962	334	298	257	620	1 147	65	843	419	1 436	390	294	268
1962 Jan.	316	282	247	592	1 092	66	855	411	1 474	320	288	238
1962 Febr.	329	294	258	609	1 121	69	850	413	1 460	340	299	256
1962 März	325	289	256	620	1 139	73	799	387	1 375	346	289	255
1962 April	346	310	270	640	1 174	77	870	384	1 548	394	315	269
1962 Mai	347	308	270	663	1 219	77	876	398	1 543	396	302	266
1962 Juni	326	286	226	663	1 225	70	857	375	1 531	403	309	265
1962 Juli	278	257	203	414	752	57	760	327	1 364	354	278	242
1962 Aug.	290	258	230	537	1 004	46	607	330	995	366	253	239
1962 Sept.	359	319	280	671	1 253	59	871	480	1 417	431	299	289
1962 Okt.	368	327	289	697	1 302	60	911	511	1 470	443	291	292
1962 Nov.	394	351	302	728	1 357	67	1 014	551	1 661	476	314	320
1962 Dez.	341	305	249	620	1 154	57	879	465	1 456	425	301	290
1963 Jan. 1)	324	285	259	648	1 215	51	804	436	1 317	315	305	237
1963 Febr. 1)	327	289	265	636	1 189	54	819	422	1 373	309	330	226
1963 März	348	295	271	819	1 538	62	782	420	1 289	312	318	255

1) Vorläufige Zahlen.

**Produktion ausgewählter Erzeugnisse**  
**Bundesgebiet ohne Berlin**

1000 t

Jahr Monat	Stein- kohle, 1) 2) (Förderung)	Zechenkoks 2)	Braunkohle, roh (Förderung) 2)	Braunkohlen- briketts 2)	Eisenerz (Fe-Inhalt der Förderung)	Absatzfähige Kalisalze (berechnet auf K <sub>2</sub> O)	Erdöl (roh) 2)	Zement (o.z. Absatz best. Zement- klinker)	Gebannter Kalk einschl. Sinter- dolomit
1954 MD 3)	10 670	2 671	7 318	1 389	296	135	222	1 302	563
1958 MD	12 403	3 376	7 807	1 370	395	143	369	1 644	681
1959 MD	11 807	2 994	7 804	1 267	399	153	425	1 932	754
1960 MD	11 857	3 102	8 012	1 270	417	165	461	2 075	809
1961 MD	11 895	3 087	8 099	1 293	418	170	517	2 262	828
1962 MD	11 761	3 004	8 438	1 317	372	161	565	2 383	808
1961 Okt.	12 108	3 133	8 675	1 355	415	176	552	2 630	873
1961 Nov.	12 462	2 995	8 676	1 308	414	173	534	2 247	767
1961 Dez.	11 671	3 078	8 449	1 280	388	158	541	1 622	637
1962 Jan.	12 836	3 157	8 595	1 361	398	183	532	1 317	634
1962 Febr.	11 219	2 833	7 894	1 253	375	172	497	1 393	613
1962 März	12 138	3 122	8 775	1 379	388	182	556	1 751	769
1962 April	11 166	3 023	7 590	1 185	358	135	549	2 588	820
1962 Mai	11 533	3 125	7 871	1 309	384	161	582	2 957	896
1962 Juni	11 508	2 947	7 566	1 229	371	150	560	2 817	868
1962 Juli	11 697	3 072	8 263	1 350	377	156	580	3 024	922
1962 Aug.	11 886	3 004	8 274	1 390	375	169	576	3 036	917
1962 Sept.	10 879	2 894	8 305	1 310	370	154	571	2 925	885
1962 Okt.	12 674	2 984	9 491	1 424	386	176	601	3 039	918
1962 Nov.	12 461	2 898	9 259	1 321	373	166	582	2 475	778
1962 Dez.	11 138	2 995	9 368	1 287	315	134	590	1 249	583
1963 Jan.	13 067	3 163	10 077	1 405	335	167	537	320	484
1963 Febr.	11 338	2 919	8 944	1 276	314	151	508	310	480
1963 März 5)	12 304	3 061	9 139	1 377	330	163	584	1 770	753

Vgl. Fachserie D, Reihe 2, Produktion ausgewählter industrieller Erzeugnisse, Index der industriellen Produktion und Reihe 3, Industrielle Produktion.

1) Ohne Stockheimer Steinkohle.- 2) Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. für Kohlenzahlen; Wirtschaftsverband Erdölgewinnung e.V. für Erdöl.- 3) Ohne Saarland.- 4) Die Durchschnittswerte werden z.T. aus besonders ermittelten Jahreszahlen (vgl. Fachserie D, Reihe 3) und nicht aus den angegebenen Monatszahlen errechnet.- 5) Vorläufige Ergebnisse.











**Umsatzindex des Einzelhandels<sup>1)</sup>**  
**Bundesgebiet ohne Berlin**  
**1954 = 100**

Jahr <sup>2)</sup> Monat	Werte zu jeweiligen Preisen					Werte zu konstanten Preisen				
	Warenbereich					Warenbereich				
	insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Bekleidung, Wasche, Schuhe	Hausrat und Wohnbedarf	Sonstige Waren	insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Bekleidung, Wasche, Schuhe	Hausrat und Wohnbedarf	Sonstige Waren
1958 D	139	135	136	155	147	130	127	127	139	136
1959 D <sup>3)</sup>	146	143	140	165	155	135	132	132	148	143
1960 D	159	151	153	178	172	146	140	142	158	156
1961 D	174	162	170	195	189	156	148	154	167	167
1962 D	188	173	181	209	210	163	152	160	172	179
1962 Jan.	157	153	147	172	176	138	137	131	145	152
Febr.	152	152	127	165	178	133	135	113	138	153
Marz	181	179	152	192	214	158	159	135	160	184
April	191	174	197	194	213	166	152	175	161	184
Mai	182	168	170	196	211	158	146	151	162	181
Juni	182	177	172	184	201	157	154	152	152	173
Juli	179	168	169	201	204	152	140	150	165	174
Aug.	174	173	147	202	196	151	152	130	166	167
Sept.	171	164	150	200	192	148	146	132	164	162
Okt.	202	176	209	231	214	176	157	184	189	181
Nov.	214	175	234	247	224	186	156	205	202	188
Dez.	271	220	300	322	299	234	195	262	263	251
1963 Jan.	166	160	154	173	193	142	140	134	141	161
Febr. <sup>4)</sup>	154	160	119	153	189	131	137	104	124	157
Marz	187	179	165	184	228	158	153	143	149	190
Jahr <sup>2)</sup> Monat	Lebens- mittel aller Art	Obst, Gemüse, Süßfrüchte	Fische und Fischwaren	Milch u. Milcher- zeugnisse	Schokolade und Süßwaren	Tabakwaren	Konsum- genossen- schaften	Ober- bekleidung	Textil- waren aller Art	Meterwaren
1958 D	132	136	143	123	129	130	146	129	125	123
1959 D <sup>3)</sup>	140	141	153	129	127	134	154	129	124	125
1960 D	148	143	166	131	156	142	163	144	132	128
1961 D	159	154	172	139	143	151	172	167	144	134
1962 D	170	162	182	148	147	159	178	178	153	142
1962 Jan.	151	138	202	131	99	141	159	142	132	137
Febr.	150	135	175	128	114	137	159	108	116	126
Marz	177	161	194	151	140	156	193	159	128	141
April	170	163	194	145	207	153	182	227	154	145
Mai	165	182	148	147	134	152	175	180	138	144
Juni	175	206	126	160	117	155	182	170	142	132
Juli	165	186	140	152	121	155	169	161	146	132
Aug.	170	176	142	156	125	160	175	125	135	121
Sept.	161	155	164	146	125	151	167	154	124	119
Okt.	174	149	212	154	140	162	181	237	164	153
Nov.	172	134	208	151	156	160	179	229	180	158
Dez.	212	166	285	160	292	229	216	247	274	199
1963 Jan.	159	132	196	138	95	144	165	140	140	133
Febr. <sup>4)</sup>	158	136	187	137	112	136	165	99	111	116
Marz	176	157	...	154	139	156	188	179	134	144
Jahr <sup>2)</sup> Monat	Wasche und Bettwaren	Wirk-, Strick- u. Kurzwaren	Herrn- artikel, Hüte, Schirme	Schuhwaren	Eisenwaren u. Küchen- gerate	Beleuch- tungs- u. Elektro- gerate	Rundfunk-, Fernseh-, Phono- artikel	Möbel	Teppiche und Gardinen	Bücher
1958 D	139	124	123	130	149	155	183	139	137	150
1959 D <sup>3)</sup>	140	125	122	138	159	164	189	139	147	163
1960 D	150	132	142	153	173	173	193	146	161	178
1961 D	163	141	161	161	188	189	211	154	170	193
1962 D	173	151	168	166	204	199	218	160	182	209
1962 Jan.	149	136	128	120	165	179	208	128	165	190
Febr.	138	117	115	99	154	169	197	127	164	166
Marz	147	125	133	125	180	185	207	153	169	185
April	162	134	178	210	183	175	186	157	170	218
Mai	153	120	143	162	194	179	185	154	175	216
Juni	157	125	137	187	189	165	170	147	163	165
Juli	174	123	126	156	201	181	184	165	181	176
Aug.	169	114	111	132	206	186	190	165	193	160
Sept.	153	133	121	133	203	182	194	161	166	170
Okt.	179	173	176	185	224	217	237	179	193	205
Nov.	204	213	244	220	230	238	263	177	201	238
Dez.	298	297	403	263	324	335	397	205	241	414
1963 Jan.	148	154	128	121	170	188	202	119	157	200
Febr. <sup>4)</sup>	127	121	101	81	143	163	181	112	144	170
Marz	147	132	...	146	174	176	183	137	...	200
Jahr <sup>2)</sup> Monat	Papier- und Schreib- waren	Galante- rie- und Lederwaren	Uhren, Gold- und Silber- waren	Apotheken	Drogerien	Seifen, Bürsten, Parfüm- artikel	Photo und Optik	Fahrräder, Krafträder und Zubehör	Kraftwagen und Zubehör	Brenn- material
1958 D	137	132	147	134	134	163	159	119	175	137
1959 D <sup>3)</sup>	144	134	154	137	143	181	168	130	201	130
1960 D	158	149	174	146	152	202	177	137	236	139
1961 D	173	162	195	156	168	229	192	139	263	147
1962 D	185	168	213	165	180	255	203	137	300	181
1962 Jan.	181	111	153	170	146	210	158	97	237	188
Febr.	159	100	139	166	141	200	151	102	272	182
Marz	174	137	182	175	171	233	177	145	348	201
April	191	176	189	169	171	237	181	165	341	157
Mai	183	153	161	161	171	244	194	154	345	161
Juni	150	143	151	159	184	241	209	157	329	161
Juli	154	155	171	162	183	236	239	154	303	180
Aug.	147	141	179	158	190	250	246	143	282	175
Sept.	159	127	167	151	166	222	205	127	288	171
Okt.	183	148	186	165	173	253	194	128	315	183
Nov.	204	199	247	170	191	263	182	119	285	189
Dez.	333	428	635	176	276	465	301	157	256	218
1963 Jan.	185	104	139	176	157	217	162	83	227	295
Febr. <sup>4)</sup>	159	94	131	182	152	209	148	87	247	273
Marz	174	145	164	186	173	245	...	151	388	221

Vgl. Fachserie P, Reihe 3, Einzelhandel.

1) Ergebnisse der repräsentativen Umsatzstatistik, gewogen nach der Umsatzsteuerstatistik 1954. Umsatzwerte in den Geschäftszweigen zu jeweiligen Preisen. - 2) D errechnet aus 12 Monaten. - 3) Ohne Saarland. - 4) Vorläufiges Ergebnis.











# Verkehr

## Meßzahlen des Personen- und Güterverkehrs Bundesgebiet ohne Berlin 1954 = 100

Jahr Monat	Personenverkehr									Güterverkehr		
	Bundesbahn 1)			Straßenbahn 4)		Omnibusse 5)				Bahn und Binnenschiffahrt		
	Beforderte Personen 2)	Personen-kilometer 2)	Wagenachs-kilometer 3)	Beforderte Personen	Wagen-kilometer	Ortsverkehr		Überlandverkehr 6)		Beforderte Güter	Netto-tkm	
						Beforderte Personen	Wagen-kilometer	Beforderte Personen	Wagen-kilometer			
kalendertäglich											arbeitstäglich	
1958 } 7)	106	117	107	98	96	172	156	137	122	114	116	
1959	102	116	104	95	93	183	168	141	110	117	120	
1960	102	116	105	93	87	205	182	155	137	142	139	
1961	96	117	106	91	81	219	195	164	142	142	141	
1962	90	116	106	86	76	223	198	173	149	144	145	
1961 Okt.	96	108	99	91	80	215	180	165	144	145	141	
Nov.	91	96	96	80	70	244	177	145	152	150	146	
Dez.	93	113	100	90	78	245	205	170	140	136	140	
1962 Jan.	98	101	99	91	79	236	199	187	149	136	136	
Febr.	96	103	100	94	79	243	201	189	152	137	136	
März	87	100	100	90	79	233	201	177	148	136	139	
April	93	109	102	88	77	221	193	172	143	147	147	
Mai	87	114	103	88	76	219	194	170	146	154	155	
Juni	89	138	115	85	75	211	196	165	148	155	155	
Juli	94	152	121	82	74	205	197	160	150	151	154	
Aug.	82	138	124	76	75	200	199	159	152	146	151	
Sept.	100	126	114	84	74	213	196	168	151	146	150	
Okt.	84	110	100	87	76	221	199	176	154	142	138	
Nov.	85	94	96	89	75	239	201	183	152	143	140	
Dez.	87	113	101	86	73	234	195	174	143	134	134	
1963 Jan.	92	99	100	...	...	...	...	...	...	96	100	

1) Schienenverkehr.- 2) Nur öffentl. Verkehr.- 3) Einschl. Militärverkehr.- 4) Einschl. Stadtechnellbahnen und Obusunternehmen.- 5) Privater und behördlicher Linienverkehr und Linienähnlicher Arbeiterverkehr.- 6) Einschl. Nachbarortsverkehr, ohne Feriierzweizeisverkehr.- 7) Ohne Saarland.- 8) Einschl. Dienstgut- und Militärverkehr.- 9) Beladene Güterwagen.- 10) Beladene und leere Güterwagen.- 11) Auslandsverkehr einschl. Verkehr mit Häfen der sowjetischen Besatzungszone und der Deutschen Ostgebiete, z.Z. unter fremder Verwaltung.

## Deutsche Bundespost Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Jahr Monat	Brief-sen-dungen 2)	Gewöhn-liche Paket-sen-dungen	Über-mit-telte Tele-gramme	Fernsprechdienst			Ton-5)	Fern-sprech-Rundfunk-genehmigungen 4)	Einzahlungen auf Zahlkarten und Postanweisungen	Postscheckdienst			Postsparkassendienst			
				Sprech-stellen 3) 4)	Orts-sprache	Fern-sprache				Gut-7) haben auf den Konten	Last-schriften	Gut-7) haben auf den Konten	Ein-lagen	Rück-zahl-lungen		
															1 000	Mill.
1954 MD	479	18	2 365	3 686	201	41	12 800	84	27	2 776	1 122	11 921	11 915	833	86	66
1958 MD } 6)	639	22	2 566	5 019	244	67	15 013	2 128	31	4 160	1 727	18 454	18 428	2 086	170	137
1959 MD	660	22	2 672	5 248	266	78	15 506	2 790	32	4 521	1 904	20 057	20 050	2 593	190	154
1960 MD	708	24	2 709	5 738	289	91	15 732	4 112	32	4 898	2 067	21 984	21 972	3 063	200	169
1961 MD	758	25	2 703	6 509	304	102	16 270	5 887	33	5 367	2 331	23 819	23 746	3 558	218	188
1962 MD	776	26	2 739	7 047	317	126	16 696	7 213	34	5 867	2 586	25 808	25 801	4 055	227	201
1962 Jan.	789	23	2 368	6 561	326	108	16 351	6 099	33	5 449	2 554	26 496	27 315	3 825	249	152
Febr.	719	23	2 392	6 607	314	105	16 412	6 263	32	5 029	2 448	22 385	22 356	3 908	234	149
März	841	26	2 710	6 653	302	109	16 455	6 392	34	5 905	2 436	26 010	25 777	3 824	271	184
April	730	26	2 776	6 692	324	111	16 481	6 493	33	5 510	2 487	23 394	23 275	4 061	224	199
Mai	783	26	2 830	6 741	320	117	16 515	6 578	33	5 653	2 566	25 749	25 896	4 087	227	204
Juni	687	21	2 808	6 783	323	116	16 522	6 643	32	5 958	2 386	25 833	25 524	4 105	233	222
Juli	726	22	2 931	6 826	313	117	16 524	6 693	32	5 981	2 372	25 890	26 141	4 126	257	248
Aug.	715	22	3 045	6 868	311	118	16 539	6 747	31	6 030	2 341	26 451	26 558	4 119	242	258
Sept.	726	24	2 732	6 913	297	117	16 560	6 820	31	5 754	2 575	24 773	24 389	4 116	213	204
Okt.	879	30	2 822	6 958	294	122	16 595	6 916	40	6 186	2 423	27 224	27 474	4 122	204	216
Nov.	893	35	2 463	7 005	323	124	16 643	7 052	36	6 108	2 673	26 888	26 805	4 100	162	184
Dez.	826	37	2 990	7 047	361	125	16 696	7 213	40	6 837	2 943	28 598	28 004	4 091	203	187
1963 Jan.	779	23	2 356	7 097	359	123	16 767	7 419	32	5 973	2 728	28 412	29 052	4 265	231	151
Febr.	853	22	2 192	...	...	...	16 809	7 574	33	5 474	2 593	23 775	23 772	4 341	223	144

1) Landespostdirektion Berlin.- 2) Gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen.- 3) Haupt- und Nebenanschlüsse und öffentliche Sprechstellen.- 4) Jahres- bzw. Monatsende.- 5) Ohne Zweitgeräte.- 6) Ohne Saarland.- 7) Monatsdurchschnitt.

Posttechnisches Zentralamt









**Binnenschifffahrt<sup>1)</sup> und Transporte an rohem Erdöl in Rohrleitungen  
Bundesgebiet ohne Berlin**

Jahr Monat	Binnenschifffahrt									Erdöl in Rohrleitungen	
	Beforderte Güter					Geleistete Tonnenkilometer 2)				Transport- menge	leistung
	innerhalb des Bundes- gebietes	Versand 3)	Empfang 3)	Durch- gangs- verkehr	insgesamt	insgesamt	auf deutschen Schiffen 4)	ohne Durch- gangs- verkehr	1 000 t		
	1 000 t					Mill. tkm				1 000 t	Mill. tkm
1954 MD	4 978	1 955	1 687	494	9 115	5 860	2 087	1 309	1 779	.	56
1958 MD	5 599	1 954	3 315	548	11 417	7 100	2 731	1 670	2 385	122	56
1959 MD	6 261	2 153	2 938	491	11 845	7 453	2 782	1 721	2 471	634	147
1960 MD	7 233	2 647	3 821	579	14 280	8 626	3 365	2 023	2 996	1 109	247
1961 MD <sup>6)</sup>	7 568	2 681	3 557	546	14 351	8 816	3 351	2 039	3 006	1 514	313
1962 MD	7 566	2 547	3 526	532	14 171	8 756	3 302	1 998	2 961	1 778	366
1961 Okt.	7 501	2 544	3 395	458	13 896	8 638	3 069	1 911	2 779	1 432	290
Nov.	7 278	2 606	3 410	302	13 595	8 469	2 926	1 867	2 736	1 421	294
Dez.	6 092	2 534	3 171	418	12 213	7 241	2 840	1 704	2 577	1 725	362
1962 Jan.	6 686	2 524	4 009	587	13 806	8 207	3 387	2 009	3 014	1 704	355
Febr.	6 701	2 538	3 389	549	13 178	7 958	3 269	1 960	2 921	1 632	328
März	7 690	2 873	4 094	612	15 269	9 219	3 722	2 217	3 331	1 781	346
Aprill	7 288	2 457	3 673	542	13 960	8 402	3 364	2 996	3 016	1 806	364
Mai	8 802	3 108	3 685	620	16 216	9 905	3 892	2 333	3 492	1 827	400
Juni	8 572	2 928	3 712	673	15 885	9 808	3 794	2 254	3 359	1 615	331
Juli	9 010	2 992	4 320	792	17 113	10 537	4 131	2 432	3 618	1 890	394
Aug.	9 341	3 048	4 129	734	17 253	10 646	4 092	2 424	3 614	1 944	405
Sept.	7 983	2 614	3 421	573	14 592	9 107	3 424	2 060	3 055	1 729	350
Okt.	7 655	2 201	2 992	348	13 196	8 601	2 809	1 795	2 589	1 666	343
Nov.	6 172	1 802	2 293	191	10 458	6 911	2 013	1 359	1 895	1 763	378
Dez.	4 895	1 484	2 590	157	9 127	5 774	1 730	1 138	1 631	1 984	399
1963 Jan.	1 265	300	1 410	104	3 079	1 721	613	330	546	2 072	384

1) Einschl. Seeverkehr der Binnenhäfen.- 2) Ohne die jenseits der Seegrenzen geleisteten Tonnenkilometer.- 3) Einschl. Verkehr mit Berlin (West), dem Sowjetsektor von Berlin und Häfen der Deutschen Ostgebiete, z.Z. unter fremder Verwaltung.- 4) Einschl. Verkehrsleistungen der im Bundesgebiet und in der sowjetischen Besatzungszone beheimateten Schiffe.- 5) Ohne Saarland.- 6) Vorläufige Zahlen.

## Geld und Kredit

### Bargeldumlauf und Bankeinlagen von Nichtbanken, Bankkredite an Nichtbanken Bundesgebiet einschl. Berlin (West)

Mill. DM

Jahres- bzw. Monatsende	Bargeldumlauf und Bankeinlagen						Kredite 4)				
	Bargeld- umlauf außerhalb der Kredit- institute 1)	Einlagen inländischer Nichtbanken 2)				Bank- und Spareinl. ausland. Nicht- banken 2)	kurzfristige		mittel- u. langfristige		
		Sichteinlagen		Termineinlagen			insgesamt	darunter an Wirtschaft u. Private	insgesamt	darunter an Wirtschaft u. Private	
		Wirtschaft u. Private	Offentl. Hand 3)	Wirtschaft u. Private	Offentl. Hand						
1954	12 751	13 719	2 426	5 126	4 946	17 205	566	27 450	25 846	32 341	26 382
1958	17 940	21 738	7 124	9 791	6 720	36 065	1 076	38 885	31 999	68 992	54 316
1959	19 369	24 545	4 941	10 689	7 500	44 170	1 613	40 025	34 916	84 181	65 176
1960	20 772	26 580	7 104	11 450	8 013	52 863	1 895	47 247	41 002	98 139	76 121
1961	23 138	31 238	9 005	11 861	9 343	60 073	1 978	53 537	47 268	116 233	89 609
1962 <sup>6)</sup>	24 164	33 845	9 503	12 819	9 904	69 254	2 236	56 975	50 646	135 128	105 953
1962 Jan.	22 191	28 829	8 751	12 412	9 801	61 410	1 849	52 638	46 100	117 490	90 291
Febr.	22 756	28 421	8 699	12 519	10 341	62 398	1 819	53 239	46 810	118 371	91 268
März	23 474	28 171	9 650	12 020	9 901	63 226	1 868	53 854	48 268	119 145	92 095
April	23 343	29 538	8 909	12 462	9 768	63 672	1 878	53 726	48 047	120 311	93 314
Mai	23 479	30 023	9 096	12 641	10 443	64 249	1 938	54 919	48 449	122 035	94 813
Juni	23 821	30 028	9 939	12 065	10 249	64 603	2 008	55 931	50 142	123 805	96 057
Juli	23 653	30 877	9 516	12 132	10 294	65 090	2 013	54 962	49 328	125 663	97 693
Aug.	24 009	30 951	8 349	12 179	10 609	65 567	1 986	55 624	48 974	127 493	99 400
Sept.	24 330	30 853	10 725	12 007	10 215	66 019	2 008	55 769	50 273	129 001	100 612
Okt.	23 910	31 901	8 679	12 518	9 989	66 660	2 114	55 785	49 172	131 163	102 499
Nov. <sup>5)</sup>	24 997	32 347	8 222	12 474	10 216	66 946	1 971	56 175	49 370	133 183	104 256
Dez. <sup>5)</sup>	24 164	33 845	9 503	12 819	9 904	69 254	2 236	56 975	50 646	134 991	105 816
Dez. <sup>6)</sup>	24 159	33 868	9 507	12 823	9 905	69 253	2 236	56 980	50 650	135 175	105 989
1963 Jan.	23 631	31 148	8 914	13 190	10 152	71 013	2 016	56 934	49 630	136 299	106 633
Febr.	24 402	30 914	8 824	13 334	10 276	72 254	2 004	57 358	50 324	137 401	107 625

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschl. der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.- 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank, bei Geschäftsbanken sowie bei Postcheck- und Postsparkassenämtern.- 3) Bis Juli 1957 ohne die zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen. Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1.8.1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen.- 4) Kredite der Deutschen Bundesbank, der Geschäftsbanken, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft, der Teilzahlungskreditinstitute sowie der Postscheckkammer und Postsparkasse.- 5) Ohne Saarland.- 6) Die Berichtspflicht wurde im Dezember 1962 für die ländlichen Kreditgenossenschaften neu festgesetzt. 1. Reihe Dezember und Jahreszahl 1962 = alter Berichtskreis; 2. Reihe Dezember = neuer Berichtskreis.

Deutsche Bundesbank

**Auflegung, Absatz und Umlauf festverzinslicher Wertpapiere und Aktien**  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)  
Mill. DM

Jahr Monat	Auflegung								Bruttoabsatz		Umlauf am Jahres- bzw. Monatsende		
	festverzinsliche Wertpapiere								Aktien	fest- verzinsl. Wert- papiere	Aktien	fest- verzinsl. Wert- papiere	Aktien
	inländischer Emittenten						ausländ. Emittenten	insgesamt 1)					
	Öffentl. Hand	Öffentl. rechtl. Kredit- anstalten	Private Hypo- theken- banken	Unternehmen		Öffentl.							
1954 MD) 2)				47,4	110,8		128,1	14,2	74,4	-	374,9	41,5	390,9
1958 MD)	188,6	218,9	268,2	38,1	100,4	7,7	822,0	92,8	677,3	95,0	27 957,4	27 856,4	
1959 MD	243,3	338,5	209,9	25,8	63,4	31,2	912,3	112,2	837,3	115,3	36 528,6	27 852,7	
1960 MD	133,4	172,4	166,8	-	6,3	1,2	480,1	159,1	447,7	158,7	40 914,5	31 702,9	
1961 MD	238,7	297,7	243,2	9,6	35,1	1,0	825,2	196,8	801,7	182,7	48 902,9	35 077,7	
1962 MD	286,6	379,4	310,3	23,3	81,6	8,3	1 089,6	124,1	995,4	125,3	58 530,0	37 259,9	
1961 Dez.)	105,0	268,7	335,0	-	151,5	-	860,2	210,7	897,2	126,0	48 902,9	35 077,7	
Dez. 1)	34,6	89,7	38,1	-	6,3	-	168,7	-	-	-	-	-	
1962 Jan.	451,5	793,0	255,5	-	113,0	-	1 613,0	125,9	1 472,2	130,2	50 182,7	35 292,1	
Febr.	605,5	408,0	219,8	75,0	75,0	100,0	1 483,3	189,4	1 474,5	135,2	51 571,3	35 539,4	
März	-	510,0	251,2	75,0	-	-	836,2	45,1	731,7	54,3	52 138,3	35 606,8	
April	305,5	350,0	307,0	-	-	-	962,5	226,6	770,3	224,8	52 798,9	35 834,3	
Mai	355,0	210,3	278,6	-	160,0	-	1 003,9	106,4	977,2	151,9	53 695,9	36 005,5	
Juni	-	175,0	342,0	40,0	210,0	-	767,0	60,1	651,6	51,8	54 089,2	36 078,7	
Juli	665,0	495,0	340,4	-	100,0	-	1 690,4	162,0	1 702,8	166,6	55 372,5	36 330,6	
Aug.	357,0	218,2	435,7	25,0	-	-	1 035,9	83,9	977,2	81,2	56 224,2	36 459,2	
Sept.	139,0	498,0	418,7	-	156,0	-	1 211,7	31,3	816,8	44,2	56 799,5	36 550,1	
Okt.	264,1	295,0	226,1	-	-	-	785,2	112,2	874,8	107,5	57 480,5	36 666,3	
Nov.	3,0	369,5	153,8	65,0	75,0	-	666,3	139,8	632,2	134,8	57 905,3	37 003,2	
Dez. 1)	293,0	231,0	495,3	-	-	-	1 019,3	206,3	863,2	224,2	58 530,0	37 259,9	
Dez.	331,3	58,1	17,2	-	-	-	406,6	-	-	-	-	-	
1963 Jan.	954,0	706,0	281,0	-	145,0	-	2 086,0	109,1	2 231,7	104,1	60 404,1	37 373,6	
Febr.	494,6	340,6	228,2	135,0	20,0	-	1 218,4	98,4	1 231,8	96,1	61 370,7	37 470,9	
März	75,7	570,0	456,7	100,0	50,0	100,0	1 352,4	179,6	1 140,2	172,8	62 226,6	37 646,9	

1) Im Laufe des Jahres zurückgezogene Emissionen: 1954 = 86,3 Mill. DM; 1958 = 398,0 Mill. DM; 1959 = 385,3 Mill. DM; 1960 = 113,6 Mill. DM; 1961 = 168,7 Mill. DM; 1962 = 406,6 Mill. DM.- 2) Ohne Saarland.

Deutsche Bundesbank

**Passiv- und Aktivgeschäft der Boden- und Kommunkreditinstitute**  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)  
Mill. DM

Jahres- bzw. Monatsende	Umlauf der Schuldverschreibungen			Darlehensbestand <sup>1)</sup> , Neugeschäft (ohne Verwaltungskredite)									
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter					Herkunft der Mittel			
		Hypotheken- Pfandbriefe	Kommunal- obligationen 2)		Wohnungs- neubauten	Hypotheken auf			Kommunal- darlehen	Schiffs- hypotheken	Deckungs- darlehen	Darlehen aus	
						gewerblichen Betriebs- Grundstücken	landwirt- schaftlichen Grundstücken	öffentlichen Mitteln				sonstigen Mitteln	
1954 } 3)	6 740	4 671	1 978	12 611	6 651	760	686	634	6 636	3 909	2 066		
1958 } 3)	17 077	9 512	7 192	31 340	14 206	2 155	1 948	1 601	18 795	8 289	4 256		
1959	22 129	12 242	9 451	37 212	16 801	2 678	2 410	1 896	23 308	9 382	4 522		
1960	25 395	14 471	10 481	41 784	19 277	3 046	2 907	1 228	26 549	10 311	4 925		
1961	30 770	17 764	12 522	48 469	22 048	3 838	3 567	1 979	31 541	11 053	5 874		
1962	36 466r	21 361r	14 543	56 668	25 646	5 005	4 204	14 931	37 027	12 130	7 510		
1962 Jan.	31 606	18 298	12 825	48 972	22 252	3 893	3 615	13 013	31 836	11 142	5 993		
Febr.	32 164	18 570	13 104	49 428	22 455	3 939	3 658	13 126	32 182	11 189	6 057		
März	32 643	18 881	13 262	49 817	22 638	3 991	3 710	13 189	32 455	11 249	6 112		
April	33 015	19 103	13 416	50 329	22 841	4 094	3 729	13 324	32 843	11 308	6 178		
Mai	33 471	19 337	13 624	51 144	23 147	4 211	3 805	13 644	33 317	11 281	6 545		
Juni	33 773	19 579	13 681	51 725	23 410	4 280	3 839	13 829	33 784	11 472	6 469		
Juli	34 333	19 893	13 930	52 477	23 516	4 384	3 916	14 026	34 308	11 579	6 590		
Aug.	34 809	20 230	14 069	53 367	24 077	4 472	3 975	14 275	34 902	11 638	6 827		
Sept.	35 217	20 472	14 210	53 948	24 378	4 564	4 024	14 342	35 249	11 774	6 925		
Okt.	35 529	20 723	14 268	54 826	24 759	4 702	4 078	14 543	35 817	11 880	7 129		
Nov.	35 948	20 977	14 431	55 789	25 148	4 896	4 141	14 775	36 377	11 997	7 414		
Dez.	36 466r	21 361r	14 543	56 668	25 646	5 005	4 204	14 931	37 027	12 130	7 510		
1963 Jan.	37 309	21 843	12 545	57 129	25 877	5 035	4 246	15 080	37 420	12 205	7 504		
Febr.	37 767	22 078	12 916	57 587	26 032	5 097	4 292	15 217	37 750	12 267	7 570		

1) Darlehensnehmern der privaten und öffentlichen Wirtschaft unmittelbar gewährte langfristige Kredite (einschl. durchlaufender Mittel).- 2) Enthält u.a. auch Landesbodenbriefe, Landwirtschaftsbriefe, Bodenkulturschuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Kommunalschatzanweisungen und Kassenobligationen.- 3) Ohne Saarland.



**Index der Aktienkurse**  
**Bundesgebiet ohne Berlin**  
**31. Dezember 1953=100**

Jahr <sup>1)</sup> Monat <sup>2)</sup>	Ins- gesamt	Industrie											Übrige Wirtschaftsgruppen		
		zusammen	Grundstoffindustrien			Metallverarbeitende Industrien				Sonst. verarb. Industrien			zusammen	darunter	
			zusammen	darunter	darunter	zusammen	darunter			zusammen	darunter				
							Stein- kohlen- bergbau	Eisen- u. Stahl- ind.	Ma- schinen- bau		Straßen- fahrz.- bau	Elektro- technik		Farben- werte	Textil- ind.
1954 D	125	126	130	129	146	121	122	119	124	125	132	117	119	121	117
1958 D	239	235	209	184	243	258	224	330	267	251	237	181	253	318	228
1959 D	409	399	315	251	379	492	397	863	463	438	438	260	449	574	395
1960 D	649	636	412	314	512	965	743	2 680	629	697	703	410	698	871	611
1961 D	675	638	379	311	436	1 046	804	3 054	693	694	729	383	808	991	729
1962 D	527	482	289	239	330	814	558	2 378	645	507	517	258	696	759	664
1962 Jan.	635	584	352	299	393	980	731	2 796	719	616	606	318	822	956	763
Febr.	626	571	344	291	384	956	706	2 673	734	605	604	300	827	943	780
März	622	565	334	280	370	950	696	2 663	738	601	611	297	833	967	781
April	601	546	322	270	357	928	661	2 649	732	576	583	286	806	915	762
Mai	552	503	305	258	345	850	593	2 451	676	525	528	259	731	821	693
Juni	499	459	284	236	325	771	526	2 280	607	475	466	248	647	702	614
Juli	484	445	276	230	319	744	501	2 176	603	462	462	246	627	640	607
Aug.	465	426	260	215	303	718	468	2 123	597	443	465	233	610	636	589
Sept.	460	420	253	208	297	716	454	2 163	589	437	452	234	605	629	588
Okt.	421	385	233	189	277	653	398	2 027	525	401	424	216	553	568	538
Nov.	470	428	248	198	295	729	468	2 193	596	456	491	229	624	649	607
Dez.	494	447	252	201	301	769	490	2 338	624	480	510	237	663	686	645
1963 Jan.	475	430	240	190	284	737	466	2 240	604	466	495	232	642	656	623
Febr.	463	419	230	190	263	719	449	2 209	587	458	485	237	623	632	605
März	463	416	226	186	258	714	444	2 219	578	458	491	233	636	642	623

Vergl. Fachserie J, Reihe 2, I "Index der Aktienkurse vom 31.1.1963 und Entwicklung seit 1950".

1) Die Angaben für die Jahre sind aus den Monatszahlen errechnet.- 2) Die Angaben für die Monate sind aus den Kursnotierungen an den vier Bankstichtagen jeden Monats errechnet.

**Kurs, Dividende und Rendite der börsennotierten Aktien**  
**Bundesgebiet ohne Berlin**

Jahres- bzw. Monatsende Wirtschaftsgruppe	Zahl der Aktien	Nominalkapital	Kurswert	Dividende 1)	Durchschnittswerte		
					Kurs	Dividende 1)	Rendite
1954	677	10 578,2	19 156,0	507,2	181	4,80	2,65
1958	657	14 275,0	40 271,0	1 324,2	282	9,28	3,29
1959	658	14 572,8	70 813,5	1 548,4	486	10,63	2,19
1960	628	16 386,7	98 563,5	1 931,9	602	11,79	1,96
1961	644	18 359,3	97 103,0	2 417,6	529	13,17	2,49
1962	643	19 064,3	75 723,8	2 602,1	397	13,65	3,44
1961 Oktober	643	18 292,4	96 144,0	2 399,0	526	13,11	2,49
November	644	18 345,4	99 857,9	2 414,6	544	13,16	2,42
Dezember	644	18 359,3	97 103,0	2 417,6	529	13,17	2,49
1962 Januar	645	18 421,7	94 908,0	2 433,8	515	13,21	2,56
Februar	644	18 603,4	94 977,6	2 478,7	511	13,32	2,61
März	644	18 613,6	93 774,2	2 481,0	504	13,33	2,65
April	644	18 794,0	91 070,6	2 520,3	485	13,41	2,77
Mai	645	18 801,6	78 309,3	2 528,7	417	13,45	3,23
Juni	645	18 899,8	72 536,7	2 532,5	384	13,40	3,49
Juli	644	18 975,7	69 688,3	2 582,0	367	13,61	3,71
August	643	19 003,2	72 414,7	2 593,8	381	13,65	3,58
September	643	19 044,3	68 639,5	2 598,7	360	13,65	3,79
Oktober	643	19 051,6	66 805,1	2 599,9	351	13,65	3,89
November	643	19 058,2	77 853,2	2 600,9	409	13,65	3,34
Dezember	643	19 064,3	75 723,8	2 602,1	397	13,65	3,44
1963 Januar	640	19 090,9	72 976,6	2 609,4	382	13,67	3,58
Februar	642	19 226,6	69 767,9	2 618,7	363	13,62	3,75
März	642	19 338,9	72 269,8	2 623,9	374	13,57	3,63
Aktien mit Dividende	580	18 850,0	71 607,5	2 623,9	380	13,92	3,66
Aktien ohne Dividende	62	488,9	662,3	-	135	-	-
nach Wirtschaftsgruppen (März 1963)							
Grundstoffindustrien	82	6 022,1	9 869,8	656,5	164	10,90	6,65
Metallverarbeitende Industrien	125	3 996,0	20 689,9	606,7	518	15,18	2,93
Sonstige verarbeitende Industrien	259	4 907,0	19 731,0	734,7	402	14,97	3,72
Industrie zusammen	466	14 925,1	50 290,7	1 997,8	337	13,39	3,97
Übrige Wirtschaftsgruppen	176	4 413,7	21 979,1	626,1	498	14,19	2,85

1) Für die Berechnung ist die jeweils zuletzt bekanntgegebene Dividende (einschl. 0 %) herangezogen worden.

**Kursdurchschnitt der festverzinslichen Wertpapiere  
Bundesgebiet ohne Berlin**

Jahr Monat <sup>1)</sup>	Pfandbriefe						Kommunalobligationen						Industrieobligationen	
	steuerfrei		tarifbesteuert				steuerfrei		tarifbesteuert				alle	6 %
	5 %	5 1/2 %	5 %	5 1/2 %	6 %	7 1/2 %	5 %	5 1/2 %	5 %	5 1/2 %	6 %			
1954 D	96,30	99,45	-	-	-	-	97,04	99,23	-	-	-	-	.	.
1958 D	101,63	103,55	96,97	95,45	65,61	101,57	101,33	102,93	96,90	95,54	95,44	101,33	.	.
1959 D	111,93	113,05	96,92	99,45	101,68	103,40	111,43	111,45	96,90	99,19	101,33	101,33	.	.
1960 D	110,97	112,46	90,31	93,04	95,01	101,63	110,83	111,13	89,99	92,64	94,99	94,99	.	.
1961 D	112,91	114,36	93,62	97,31	100,24	101,81	112,68	112,76	93,36	97,07	100,03	100,03	.	.
1962 D	114,28	115,66	91,66	95,89	100,04	101,16	113,76	112,94	91,18	95,55	99,76	99,76	99,29	100,46
1962 Jan.	113,16	114,68	92,82	96,28	100,09	101,48	112,69	112,40	92,42	96,05	100,04	99,82	100,53	100,53
Febr.	113,92	115,53	93,00	96,68	100,86	101,33	113,41	112,88	92,60	96,40	100,36	100,17	101,03	101,03
März	114,21	115,67	93,16	97,10	101,42	101,43	113,80	113,01	92,72	96,83	100,91	100,68	101,70	101,70
April	114,66	116,06	93,32	97,45	101,82	101,35	114,04	113,01	92,77	97,19	101,27	100,92	102,06	102,06
Mai	114,85	116,29	92,76	97,00	101,16	101,26	114,18	113,11	92,33	96,76	100,86	99,71	100,94	100,94
Juni	114,61	116,04	91,88	96,51	100,23	101,54	114,13	113,07	91,34	96,06	100,09	99,07	100,02	100,02
Juli	114,88	116,19	91,45	96,08	99,99	101,32	114,29	113,41	91,09	95,75	99,93	99,22	100,42	100,42
Aug.	115,02	116,27	90,87	95,27	99,50	101,06	114,36	113,42	90,40	94,88	99,43	98,69	99,91	99,91
Sept.	114,96	116,15	90,66	95,06	99,23	100,86	114,39	113,63	90,20	94,65	99,06	98,57	100,11	100,11
Okt.	113,61	114,90	90,09	94,60	98,83	100,78	113,42	112,60	89,52	94,10	98,50	98,10	99,24	99,24
Nov.	113,39	114,73	89,80	94,22	98,61	100,83	113,01	112,20	89,22	93,87	98,20	98,02	99,00	99,00
Dez.	114,09	115,41	90,14	94,39	98,72	100,82	113,43	112,59	89,50	94,01	98,46	98,53	100,49	100,49
1963 Jan.	115,24	116,52	91,11	95,12	99,46	101,00	114,18	113,16	90,49	94,73	99,36	99,17	101,21	101,21
Febr.	116,00	117,33	91,05	95,06	99,37	100,97	114,77	113,56	90,49	94,66	99,25	99,26	101,28	101,28
März	116,55	117,91	91,00	94,96	99,33	100,75	115,17	113,75	90,45	94,57	99,22	99,33	101,17	101,17

1) Die Angaben für die Monate sind aus den Kursnotierungen an den vier Bankstichtagen jeden Monats errechnet, die Angaben für die Jahre aus den Monatszahlen.

## Öffentliche Sozialleistungen

### Hauptbetragsempfänger, Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe

Jahr Monat	Hauptbetragsempfänger (Stand Monatsmitte)				Einnahmen		Ausgaben			Überschuß (+), Fehlbetrag (-) im Rechnungs- bzw. im Berichtsmonat		
	insgesamt	Leistungsfälle in der Arbeitslosen- versicherung			insgesamt <sup>1)</sup>	darunter Beiträge	insgesamt	Arbeitslosen- hilfe				
		insgesamt	darunter männlich	insgesamt				darunter männlich	versicherung 2)4)		hilfe 3)4)	
		1 000						Mill. DM				
<b>Bundesgebiet ohne Berlin</b>												
1954 <sup>5)</sup>		1 040,9	487,8	319,0	553,1	390,3	232,0	147,0	189,7	79,1	63,8	+ 507,7
1958 <sup>5)</sup>		576,0	450,9	292,7	145,1	108,5	162,2	115,4	157,8	95,1	20,7	+ 52,8
1959	} 6) bzw. MD	430,8	356,2	235,7	94,6	72,9	-	-	-	-	-	-
1960		198,4	157,4	108,2	41,0	32,9	175,7	145,2	69,2	24,2	5,2	+ 106,5
1961		126,9	107,5	72,6	19,4	15,6	129,7	100,6	85,4	38,9	3,3	+ 44,3
1962		112,0	97,7	67,8	14,3	11,7	110,7	80,8	110,2	61,5	2,4	+ 0,6
1961 Okt.		68,0	56,8	35,1	11,2	9,0	24,6	7,2	64,9	16,4	2,1	- 40,3
Nov.		74,3	62,7	38,3	11,6	9,4	21,1	5,3	62,7	16,7	1,9	- 41,6
Dez.		121,4	107,9	69,6	13,5	11,0	69,1	4,0	94,5	35,4	2,1	- 25,4
1962 Jan.		237,7	221,7	166,2	16,1	13,0	43,0	3,1	144,7	100,5	2,9	- 101,7
Febr.		236,0	216,5	164,4	19,5	15,8	27,2	3,6	164,5	122,2	2,7	- 137,3
März		205,9	176,4	132,6	29,4	23,8	28,8	4,1	204,5	158,8	4,6	- 175,7
April		104,4	80,8	52,1	23,7	19,1	48,7	5,5	155,3	108,3	4,4	- 106,6
Mai		76,0	61,4	36,5	14,6	11,6	93,0	74,9	114,7	70,7	3,0	- 21,6
Juni		64,1	52,7	31,9	11,4	9,3	153,7	126,5	88,3	36,8	2,1	+ 65,4
Juli		58,7	48,7	29,5	10,0	8,3	187,0	133,5	78,2	26,2	2,0	+ 108,9
Aug.		55,4	46,4	28,4	9,0	7,5	140,6	128,3	66,1	19,3	1,6	+ 74,5
Sept.		54,4	45,6	28,0	8,8	7,4	129,5	117,6	59,3	13,7	1,3	+ 70,2
Okt.		57,3	48,5	30,3	8,8	7,3	158,9	127,0	66,6	17,0	1,4	+ 92,3
Nov.		65,3	56,1	34,3	9,3	7,6	134,7	120,0	67,2	16,0	1,4	+ 67,6
Dez.		128,8	117,4	79,7	11,4	9,4	183,5	125,8	112,6	48,2	1,8	+ 70,9
1963 Jan.		273,3	259,2	207,2	14,1	11,6	152,0	117,2	187,7	139,7	2,7	- 35,7
Febr.		346,2	328,4	276,7	17,8	14,7	121,6	94,8	387,9	341,7	2,8	- 266,3
<b>Berlin (West)</b>												
1963 Febr.		13,3	11,1	7,6	2,2	1,3	3,8	3,3	12,3	9,8	0,4	- 8,5

1) Einschl. des errechneten Zuschußbedarfs für die Aufwendungen der Arbeitslosenhilfe, die vom Bund zu tragen sind.- 2) Arbeitslosen- einschl. Kinder- und Schlechtwettergeld sowie Lohnausfallvergütungen.- 3) Unterstützung.- 4) Einschl. Krankenversicherungsbeiträge und Leistungserstattungen an die Krankenkassen.- 5) Ohne Saarland.- 6) Hauptbetragsempfänger: Kalenderjahr, D errechnet aus 12 Monatswerten (1/2 Dezember des Vorjahres + Januar bis November + 1/2 Dezember des laufenden Jahres); Einnahmen und Ausgaben: Rechnungsjahre 1954 bis 1959 (1. April bis 31. März), Rechnungsjahr 1960 (1. April bis 31. Dezember) MD.

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

**Soziale Krankenversicherung**  
**Kassenarten, Mitglieder und Krankenstand<sup>1)</sup>**  
**Bundesgebiet einschl. Berlin (West)**

Jahr <sup>2)</sup> Monat Kassenart	Mitglieder										Krankenstand der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen		
	insgesamt			darunter Pflichtmitglieder						Rentenbezieher und -bewerber		männlich	weiblich
				ohne Rentenbezieher und -bewerber		dar. mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen		Rentenbezieher und -bewerber					
	zusammen	männlich <sup>3)</sup>	weiblich <sup>3)</sup>	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich <sup>3)</sup>	männlich	weiblich		
1 000											%		
1954	23 773	11 542 <sup>a)</sup>	6 091 <sup>a)</sup>	14 965	9 845	11 067	7 758	6 140	-	4,11	4,08		
1958	26 113	15 386	10 727	17 452	11 064	12 175	8 475	5 147	2 168	5,51	5,44		
1959	26 279	15 493	10 786	17 383	11 000	12 189	8 535	5 253	2 213	5,46	5,50		
1960	26 961	15 875	11 002	17 676	11 157	12 444	8 713	5 498	2 290	5,94	5,98		
1961	27 593	16 286	11 221	17 752	11 170	12 600	8 900	5 580	2 312	6,11	6,24		
1962	27 866	16 453	11 325	17 597	11 048	12 556	8 914	5 617	2 308	6,06	6,18		
1961 Okt.	27 724	16 371	11 267	17 682	11 118	12 630	8 950	5 597	2 314	6,63	6,87		
Nov.	27 747	16 372	11 289	17 696	11 110	12 683	8 978	5 599	2 314	6,96	7,33		
Dez.	27 792	16 386	11 320	17 737	11 122	12 731	9 003	5 602	2 313	6,69	6,51		
1962 Jan.	27 582	16 248	11 248	17 477	10 951	12 544	8 873	5 605	2 313	5,99	5,99		
Febr.	27 622	16 291	11 245	17 499	10 981	12 573	8 910	5 616	2 317	7,67	8,23		
Marz	27 642	16 317	11 239	17 503	10 995	12 594	8 938	5 615	2 315	7,80	8,31		
April	27 641	16 343	11 209	17 457	10 995	12 611	8 970	5 617	2 312	6,69	7,24		
Mai	27 920	16 490	11 342	17 712	11 122	12 657	8 996	5 611	2 307	5,25	5,46		
Juni	28 003	16 537	11 378	17 770	11 152	12 689	9 019	5 606	2 302	5,46	5,66		
Juli	27 983	16 526	11 369	17 691	11 104	12 611	8 964	5 605	2 299	5,35	5,17		
Aug.	27 972	16 530	11 354	17 658	11 093	12 518	8 899	5 611	2 301	5,31	5,08		
Sept.	27 980	16 535	11 357	17 630	11 075	12 459	8 853	5 617	2 302	5,38	5,32		
Okt.	27 990	16 535	11 367	17 576	11 040	12 436	8 831	5 624	2 305	5,73	5,89		
Nov.	28 021	16 545	11 388	17 592	11 038	12 479	8 854	5 631	2 309	6,06	6,36		
Dez.	28 041	16 542	11 409	17 602	11 030	12 500	8 859	5 640	2 314	6,05	5,86		
1963 Jan.	27 819	16 392	11 339	17 302	10 834	12 302	8 719	5 652	2 320	5,48	4,98		
<u>nach Kassenarten (Januar 1963)</u>													
Ortskrankenkassen	15 313	8 698	6 527	9 581	6 324	8 294	5 535	3 794	1 350	5,41	4,95		
Landkrankenkassen	419	248	172	194	115	174	105	65	29	3,93	2,29		
Betriebskrankenkassen <sup>5)</sup>	3 738	2 664	1 074	2 812	2 092	2 303	1 796	589	300	5,69	5,69		
Innungskrankenkassen	1 066	802	264	916	691	720	578	59	35	4,61	4,04		
Seekrankenkasse	68	65	4	53	52	37	37	7	4	4,07	6,95		
Knappschaftliche Krankenkassen	1 356	1 017	339	574	555	495	487	756	440	7,05	4,92		
Ersatzkassen für Arbeiter	262	204	58	200	153	171	129	15	10	4,97	3,87		
Ersatzkassen für Angestellte	5 596	2 695	2 901	2 972	851	109	53	367	153	6,14	6,80		

1) Bestand Monatsanfang. - 2) D errechnet aus 12 Monaten. - 3) Ohne Rentenbezieher und -bewerber der Ortskrankenkasse für das Saarland. - 4) Bis April 1960 ohne Saarland. - 5) Einschl. Betriebskrankenkassen der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und des Bundesverkehrsministeriums. - a) Ohne Rentenbezieher und -bewerber.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

**Rentenversicherung der Angestellten**  
**Rentenbestand sowie Einnahmen und Ausgaben<sup>1)</sup>**  
**Bundesgebiet einschl. Berlin (West)**

Jahr Vierteljahr	Rentenbestand am Ende des Berichtszeitraums		Einnahmen				Ausgaben								
	ins- gesamt	dar. Renten an Ver- sicherte	ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	darunter					Kosten d. Heil- ver- fahren <sup>2)</sup>	Kranken- ver- sicherung der Rentner	Verwal- tungs- kosten <sup>3)</sup>
				Beiträge	Zinsen	Zah- lungen des Bundes		insgesamt	Renten an Ver- sicherte	Witwen- und Witwer- renten	Waisen- renten	Anteile an Wander- vers. der Knappsch.			
	1 000														
Mill. DM															
1954	1 442,8	689,2	2 383,6	1 700,9	66,1	612,7	1 817,2	1 581,6	1 037,3	398,8	126,2	19,2	92,0	99,1	42,0
1958	1 756,9	899,3	5 106,0	3 616,4	171,7	805,0	4 806,1	4 223,7	2 692,9	1 235,6	187,4	59,7	143,2	316,9	84,8
1959	1 830,4	961,2	5 614,4	4 017,5	201,5	897,8	5 236,0	4 587,8	3 003,7	1 330,4	179,4	66,3	144,9	308,5	87,5
1960	1 886,4	1 006,8	6 220,9	4 542,0	231,9	946,2	5 674,0	5 024,7	3 268,0	1 442,9	168,6	69,8	169,0	312,2	99,0
1961	1 925,3	1 043,6	7 797,8	5 316,8	244,9	1 713,5 <sup>a)</sup>	6 356,9 <sup>b)</sup>	5 517,3 <sup>b)</sup>	3 592,0	1 585,9	160,2	72,3	196,4	387,2	111,5
1961 1.Vj.	1 877,3	1 011,1	1 624,4	1 265,0	6,8	229,5	1 472,2 <sup>b)</sup>	1 344,1 <sup>b)</sup>	842,4	372,5	40,6	18,2	42,0	36,0	22,6
2.Vj.	1 892,3	1 020,6	1 638,6	1 234,8	41,8	230,7	1 566,1	1 360,4	896,6	394,0	39,4	18,4	49,5	95,7	28,1
3.Vj.	1 897,5	1 027,9	1 691,3	1 261,5	70,6	231,5	1 613,9	1 399,4	922,9	406,5	40,6	17,3	54,1	97,0	28,5
4.Vj.	1 925,3	1 043,6	2 843,5	1 555,5	125,7	1 021,8 <sup>a)</sup>	1 704,2	1 413,5	930,1	413,1	39,6	18,5	50,7	158,5	32,2
1962 1.Vj.	1 927,4	1 053,6	1 851,1	1 380,9	9,8	222,2	1 657,9 <sup>c)</sup>	1 490,8 <sup>c)</sup>	945,1	415,9	39,6	19,3	49,4	48,4	26,4
2.Vj.	1 942,3	1 062,9	1 876,7	1 369,8	40,2	223,9	1 746,6	1 505,9	997,0	436,8	38,0	22,0	53,9	118,3	30,5
3.Vj.	1 954,6	1 075,3	1 964,3	1 402,9	81,4	223,7	1 793,6	1 541,4	1 020,5	449,3	39,1	20,4	50,9	123,4	35,8

1) Vorläufige Ergebnisse. - 2) Enthält auch Kosten der allgemeinen Maßnahmen der Krankenbehandlung (einschl. Zuschüsse für Zahnersatz). - 3) Personliche und sachliche Verwaltungskosten sowie Vergütungen an Beitragseinzugs-, Ausgabe- und Auszahlstellen. - 4) Ohne Saarland. - a) In diesem Betrag sind die zum Ausgleich der Forderungen nach § 90 BVG zugewiesenen Bundesschuldbuchforderungen in Höhe von 785,4 Mill. DM enthalten. - b) Einschl. 58,2 Mill. DM Rentennachzahlungen nach dem 3. Renten Anpassungsgesetz. - c) Einschl. 58,8 Mill. DM Rentennachzahlungen nach dem 4. Renten Anpassungsgesetz.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

# Finanzen und Steuern

Einnahmen aus Steuern<sup>1)</sup>  
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)  
Mill. DM

Jahr <sup>2)</sup> Monat	Steuereinnahmen			Besitz- und Verkehrssteuern						
	insgesamt <sup>3)</sup>	aus Steuern des Bundes	der Länder	insgesamt	Lohn- steuer	veranl. Einkom- mensteuer	n.veranl. Steuern v. Ertrag	Körper- schafts- steuer	Vermögen- steuer	Erbs- schafts- steuer
1954 MD	2 638,7	1 446,0 <sup>a)</sup>	1 192,7 <sup>a)</sup>	1 269,2	333,6	396,0	25,5	259,2	43,6	6,4
1958 MD	3 662,5	2 413,7	1 248,7	1 772,2	479,3	485,1	46,6	443,1	78,8	8,1
1959 MD	4 115,6	2 687,5	1 428,1	2 025,1	529,7	634,9	70,4	428,4	92,1	11,5
1960 MD	4 749,2	3 049,6	1 699,7	2 421,4	675,1	746,9	70,5	542,5	91,6	16,8
1961 MD	5 519,5	3 475,0	2 044,5	2 918,3	871,1	901,5	81,7	622,7	118,2	20,2
1962 MD	6 104,9	3 794,3	2 310,6	3 289,7	1 026,2	1 018,2	94,2	649,2	149,9	24,0
1961 Okt.	4 682,8	3 297,9	1 384,9	1 899,1	1 041,9	260,1	38,3	138,3	69,2	38,7
Nov.	4 926,9	3 356,1	1 570,9	2 059,7	981,2	236,3	18,0	170,2	338,2	15,8
Dez.	8 524,3	4 716,9	3 807,4	5 634,8	1 102,1	2 336,5	43,9	1 740,0	96,2	22,0
1962 Jan.	5 515,2	3 680,8	1 834,5	2 573,9	1 274,1	416,0	136,0	262,3	74,3	72,0
Febr.	4 438,3	2 892,9	1 545,4	2 024,3	860,5	348,7	15,6	164,5	309,6	27,1
März	7 407,0	4 046,2	3 360,8	4 969,1	714,9	2 282,6	73,0	1 496,6	50,2	21,8
April	4 541,3	3 137,0	1 404,3	1 970,0	840,7	424,0	76,2	218,5	42,2	21,0
Mai	4 946,9	3 232,2	1 714,7	2 272,7	891,0	434,0	76,8	176,2	349,8	21,3
Juni	8 192,4	4 526,1	3 666,3	5 420,4	955,1	2 328,4	176,2	1 544,6	79,2	20,9
Juli	5 092,7	3 484,6	1 608,1	2 244,1	1 034,6	391,4	178,9	186,9	80,6	23,7
Aug.	5 206,6	3 458,9	1 747,7	2 308,8	1 034,4	258,2	191,1	122,6	354,1	17,3
Sept.	7 967,3	4 495,3	3 472,0	5 157,2	1 102,6	2 217,1	40,3	1 447,8	29,5	9,8
Okt.	5 193,9	3 739,9	1 454,0	2 002,2	1 172,0	262,0	34,1	120,3	40,4	18,2
Nov.	5 358,5	3 681,9	1 676,5	2 220,8	1 141,9	224,6	52,8	122,7	334,7	17,5
Dez.	9 398,6	5 156,4	4 242,2	6 313,4	1 293,2	2 631,4	79,1	1 927,1	53,7	16,9
1963 Jan.	5 742,3	3 935,5	1 806,8	2 567,2	1 418,0	424,3	101,1	208,1	25,4	25,1
Febr.	4 640,2	2 979,8	1 660,4	2 174,7	978,1	328,5	60,5	129,6	337,0	13,3
Jahr <sup>2)</sup> Monat	noch: Besitz- und Verkehrssteuern							Umsatz- u. Umsatzausgleichsteuer		
	Grund- erwerb- steuer	Kapital- verkehr- steuer	Kraft- fahrzeug- steuer	Versi- cherung- steuer	Rennt- wett- und Lot- teriest.	Beför- derung- steuer	Sonstige	insgesamt	Umsatz- steuer	Umsatz- ausgleich- steuer
1954 MD	6,2	7,1	51,2	10,7	11,5	14,9	103,4	829,9	785,4	44,5
1958 MD	10,5	13,0	92,5	18,0	20,6	52,7	23,8	1 096,9	1 013,8	83,2
1959 MD	12,2	19,5	105,6	17,0	21,8	60,0	22,0	1 217,4	1 124,6	92,8
1960 MD	13,7	19,6	122,9	18,1	22,9	64,1	16,6	1 345,7	1 235,7	110,0
1961 MD	17,1	16,8	139,9	20,9	23,8	67,0	17,5	1 488,8	1 368,5	120,3
1962 MD	18,8	16,2	157,4	23,1	26,2	68,8	15,7	1 600,8	1 460,4	140,4
1961 Okt.	19,8	10,3	151,6	18,9	26,5	70,2	15,5	1 553,1	1 412,2	140,9
Nov.	19,0	13,1	135,0	21,5	24,0	69,0	18,3	1 601,7	1 469,3	132,4
Dez.	15,8	15,9	137,9	20,4	23,1	64,1	16,8	1 575,4	1 449,0	126,4
1962 Jan.	19,0	15,7	174,5	20,7	27,9	64,3	17,0	1 835,9	1 701,1	134,8
Febr.	18,7	13,5	131,9	30,4	24,2	59,0	20,5	1 387,4	1 246,4	141,0
März	17,0	21,6	165,1	29,0	25,2	58,3	17,6	1 336,1	1 213,5	122,6
April	18,7	21,2	170,1	25,2	25,9	65,2	21,1	1 518,3	1 405,9	112,4
Mai	20,7	12,6	160,0	23,2	27,1	63,8	16,1	1 515,5	1 388,6	126,9
Juni	15,3	18,8	146,0	21,8	25,9	71,6	16,6	1 559,7	1 433,4	126,3
Juli	22,0	18,9	167,0	24,0	26,6	74,2	15,4	1 622,5	1 469,8	152,7
Aug.	21,5	18,3	146,8	19,9	26,9	79,7	18,1	1 634,2	1 467,7	166,5
Sept.	15,9	11,5	146,7	19,3	23,2	78,6	14,9	1 611,1	1 472,0	139,1
Okt.	22,5	10,4	182,8	20,1	28,9	73,3	17,3	1 660,1	1 497,4	162,8
Nov.	19,7	14,7	152,8	27,1	27,2	70,6	14,5	1 787,2	1 628,4	158,8
Dez.	15,2	17,4	144,8	20,0	25,2	67,0	22,3	1 741,9	1 601,0	140,9
1963 Jan.	19,7	8,1	199,9	21,7	29,1	68,7	18,1	1 945,1	1 772,9	172,2
Febr.	17,3	24,6	143,4	36,1	24,3	59,5	22,6	1 446,1	1 257,2	188,9
Jahr <sup>2)</sup> Monat	Zölle und Verbrauchsteuern									Nach- richtlich
	insgesamt <sup>3)</sup>	Zölle	Tabak- steuer	Kaffee- steuer	Zucker- steuer	Bier- steuer	a. Brannt- wein- monopol <sup>3)</sup>	Mineralöl- steuer	Sonstige	Lasten- ausgleich
1954 MD	539,5	129,3	195,5	25,4	31,6	33,0	43,0	67,5	14,3	185,7
1958 MD	793,3	187,9	260,4	41,5	12,8	50,5	74,0	151,8	14,4	184,4
1959 MD	873,0	205,6	277,2	53,5	13,3	55,2	75,5	176,6	16,1	186,0
1960 MD	982,1	232,1	294,8	57,4	14,7	58,3	85,3	222,0	17,5	168,6
1961 MD	1 112,4	260,8	324,3	62,1	14,8	63,6	91,4	277,1	18,3	168,6
1962 MD	1 214,3	287,3	350,4	63,9	14,5	68,3	101,9	308,3	19,9	174,4
1961 Okt.	1 230,6	284,4	358,8	62,6	15,5	76,1	78,4	337,6	17,1	87,1
Nov.	1 265,5	328,5	338,9	66,4	15,7	75,5	113,5	309,0	18,0	394,7
Dez.	1 314,1	352,6	371,9	62,7	21,9	66,3	115,9	301,7	21,2	72,6
1962 Jan.	1 105,4	251,8	341,8	60,8	8,6	59,0	71,0	290,5	22,0	77,4
Febr.	1 026,7	234,4	268,4	79,2	11,4	67,4	80,0	261,7	24,2	400,4
März	1 101,9	253,2	356,2	72,6	12,8	50,9	97,1	238,4	20,6	98,7
April	1 053,0	273,4	302,8	35,4	10,9	50,1	119,2	242,3	19,0	133,1
Mai	1 158,7	271,9	338,2	53,0	12,9	60,5	123,9	281,6	16,7	397,9
Juni	1 212,2	301,4	321,2	61,7	12,1	71,6	113,5	305,9	24,9	57,6
Juli	1 226,1	286,2	339,6	69,2	15,0	69,0	92,8	337,4	16,9	82,6
Aug.	1 263,6	319,0	339,6	69,9	16,2	83,2	91,2	329,1	15,5	331,7
Sept.	1 199,1	238,7	369,6	58,9	18,4	78,2	108,4	311,5	15,5	30,6
Okt.	1 531,6	343,7	476,2	71,3	17,0	86,4	113,7	403,0	20,3	67,5
Nov.	1 350,5	387,4	353,0	61,8	15,6	68,5	109,3	335,1	19,8	367,0
Dez.	1 343,2	286,0	398,7	72,6	22,9	74,8	102,2	362,7	23,3	48,0
1963 Jan.	1 229,9	260,7	347,2	82,2	10,3	63,6	101,1	341,3	23,5	59,3
Febr.	1 019,4	296,4	197,9	73,2	11,5	70,2	95,3	252,7	22,2	335,8

1) Ausschließlich der auf Landesgesetz beruhenden Steuern einzelner Länder.- 2) Bis 1959 Rechnungsjahr (1. April - 31. März), ohne Saarland. Ab 1960 Kalenderjahr.- 3) Einschl. der nicht über Kassen der Länder geleiteten Beträge.- a) Die von den Ländern an den Bund abgeführten Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind 1954 in den Ländersummen enthalten.

















**Erzeugerpreise wichtiger Waren  
DM**

Jahr Monat	Boggen		Weizen		Futter- Gerste Hafer		Speise- kartoffeln	Schlachtvieh, lebend. Ochsen, Kl.A. Kühe, Kl.B. Schweine, Kl.c			Eier inkl. Kl.B	Butter, inkl. Marken-, einschl. Faß	Steinkohle 2) Pettkohl- kohle I Breechhoks II 3)
	frei Verladestation							frei Empfangstation			ab Kennz.-St.	frei Empf.-Stat.	ab Zeche Ruhr-Revier
	Frankfurt/Main				München		Frankfurt/Main		Bayern	Bayern	Nössa	Bundesgebiet	
	1 000 kg Durchschnittsqualität												
1954 D	406,4	426,9	356,7	327,1	5,25	96,2	76,6	133,5	18,13	568,68	51,00	64,63	
1958 D	415,7	440,7	360,8	337,8	5,53	110,3	89,2	125,0	17,62	612,78	61,30	79,53	
1959 D	406,6	441,5	364,1	340,7	6,93	117,9	96,2	136,6	15,36	625,80	61,30	78,65	
1960 D	401,1	441,1	361,9	340,2	5,91	116,3	94,7	130,6	15,73	574,29	63,30	76,58	
1961 D	400,6	439,6	360,0	320,0	5,90	116,7	94,2	132,6	15,49	608,00	63,30	76,42	
1962 D	410,1	443,2	365,6	331,1	8,75	115,7	90,7	131,0	14,71	641,25	64,10	77,50	
1961 Okt.	390,5	428,0	360,0	315,0	6,44	115,6	96,1	140,3	14,34	630,83	63,30	77,50	
Nov.	397,1	432,5	360,0	315,0	6,61	115,7	92,6	136,9	17,21	636,67	63,30	79,50	
Dez.	401,3	437,0	360,0	315,0	7,33	115,8	89,3	133,0	14,92	636,67	63,30	79,50	
1962 Jan.	404,6	441,5	362,5	317,5	8,13	118,2	92,4	132,9	12,94	636,67	63,30	79,50	
Febr.	409,5	446,0	362,5	321,3	8,25	117,0	92,1	129,0	11,17	636,67	63,30	79,50	
März	413,6	450,5	365,0	325,0	8,90	118,5	92,0	124,0	11,52	636,67	63,30	77,50	
April	418,3	455,0	365,0	327,5	9,73	119,3	91,4	118,2	13,65	636,67	63,30	71,50	
Mai	420,0	459,5	365,0	327,5	9,94	118,7	92,7	118,7	12,90	636,67	63,30	72,50	
Juni	426,3	464,0	365,0	327,5	12,44	117,6	94,2	129,3	12,80	636,67	63,30	73,50	
Juli	424,0	464,0	370,0	350,0	16,32	115,5	91,8	126,7	13,17	644,17	64,90	76,50	
Aug.	382,0	417,5	367,5	335,0	7,06	116,1	90,9	136,5	14,73	646,67	64,90	77,50	
Sept.	387,5	422,3	362,5	331,3	6,08	113,3	88,8	141,6	16,88	646,67	64,90	79,50	
Okt.	395,8	427,0	362,5	327,5	6,18	113,0	90,1	141,0	17,13	645,83	64,90	79,50	
Nov.	417,5	431,5	362,5	332,5	5,99	111,4	88,4	140,1	19,20	645,83	64,90	81,50	
Dez.	422,0	439,0	377,5	350,0	5,94	109,9	84,0	137,4	20,44	645,83	64,90	81,50	
1963 Jan.	422,5	447,0	390,0	372,5	6,45	111,6	84,8	131,7	21,86	645,83	64,90	81,50	
Febr.	426,3	450,0	387,5	373,1	6,88	112,4	83,4	129,5	23,11	645,83	64,90	80,50	
März	426,3	452,0	385,0	371,3	7,00	114,6	87,6	125,2	19,75	645,83	64,90	79,50	

Vgl. Fachserie M, Reihe 3 und 4 sowie die Fußnoten in WiSta 1963/4.  
1) D errechnet aus 12 Monaten (bei Speisekartoffeln aus 11 Monaten); die Monatspreise werden aus den Preisen von 7. und 21. oder im Durchschnitt aller Tage ermittelt. Ausnahmen der Durchschnittsbildung: Speisekartoffeln im Juli und August aus 2 und mehr Wochenpreisen, Schlachtvieh aus 4 oder 5 Wochenpreisen.











# Löhne

## Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Arbeiter im Handwerk Bundesgebiet ohne Berlin

Monat	Erfaste Handwerkszweige											
	Kraft- fahrzeug- reparatur	Schlos- serei	Bau- und Möbel- tischlerei	Herren- schnei- derei	Bäke- rerei	Flai- scherei	Klempnerei, Gas-u. Was- serinstall.	Elektro- instal- lation	Malerei u. Anstrei- cherei	ins- gesamt	Herren- schneiderei	Damen- schneiderei
	männlich										weiblich	
Geleistete Wochenarbeitsstunden												
Vollgesellen												
1960 Nov.	43,2	44,7	43,6	43,6	44,8	45,0	44,0	44,9	43,0	43,9	42,2	41,6
1961 Nov.	42,8	44,1	43,3	43,3	44,8	44,6	44,3	44,9	42,5	43,6	41,9	41,6
1962 Mai	42,4	43,2	42,8	43,0	45,0	44,8	43,5	43,9	42,9	43,4	41,9	41,6
Nov.	42,5	43,7	43,2	43,2	44,9	44,6	43,2	44,0	42,3	43,3	41,5	41,4
Junggesellen												
1960 Nov.	42,4	43,7	43,6	42,7	44,8	44,9	43,4	43,9	42,5	43,6	42,6	41,8
1961 Nov.	41,9	43,3	43,0	42,8	44,8	44,4	43,3	43,4	41,9	43,2	42,3	41,6
1962 Mai	41,4	42,8	42,4	42,9	44,9	44,7	42,9	42,7	42,2	43,0	42,0	41,6
Nov.	41,7	42,9	43,0	42,2	44,7	44,5	42,6	42,8	41,5	42,9	41,7	41,1
Übrige Arbeiter												
1960 Nov.	44,4	44,3	43,9	40,5	42,6	46,2	44,1	44,3	46,0	44,3	42,4	41,6
1961 Nov.	43,4	44,1	43,7	42,9	43,4	45,5	44,3	44,9	45,6	44,2	42,4	41,8
1962 Mai	43,0	43,0	42,3	42,5	44,0	45,2	43,7	44,4	45,2	43,5	41,3	40,7
Nov.	43,1	43,5	43,5	38,3	44,4	45,9	42,8	44,9	44,4	43,8	41,4	41,7
Bezahlte Wochenstunden												
Vollgesellen												
1960 Nov.	46,2	47,9	47,1	46,7	47,7	48,0	47,1	48,0	45,9	47,0	45,2	44,5
1961 Nov.	45,9	47,3	46,6	46,3	47,7	47,5	47,3	47,9	45,4	46,7	44,9	44,5
1962 Mai	46,1	46,7	46,3	46,3	47,6	47,5	46,6	47,3	45,8	46,5	45,0	44,7
Nov.	45,6	46,7	46,5	45,9	47,8	47,6	46,3	47,3	45,2	46,4	44,4	44,3
Junggesellen												
1960 Nov.	45,5	46,7	46,7	45,2	47,6	47,7	46,5	46,9	45,4	46,6	45,4	44,9
1961 Nov.	44,9	46,2	46,1	45,5	47,6	47,2	46,3	46,6	44,7	46,2	44,9	44,7
1962 Mai	45,1	46,0	45,7	46,3	47,6	47,3	45,9	46,1	45,4	46,1	45,2	44,6
Nov.	44,7	45,8	46,0	44,6	47,4	47,2	45,8	45,9	44,4	45,8	44,3	44,1
Übrige Arbeiter												
1960 Nov.	47,5	48,1	47,4	43,3	45,5	49,3	47,2	47,5	48,8	47,5	44,8	44,9
1961 Nov.	46,6	47,8	47,2	45,6	46,5	48,5	47,5	48,4	48,6	47,4	44,7	45,1
1962 Mai	46,8	46,6	46,1	45,9	46,8	48,1	46,7	47,9	48,2	46,9	45,1	43,7
Nov.	46,4	47,3	46,8	41,4	47,3	49,0	46,0	47,8	47,6	47,0	44,4	45,2
Bruttostundenverdienst in Pf												
Vollgesellen												
1960 Nov.	269,9	286,4	270,7	231,5	268,8	294,0	291,5	275,2	278,1	276,8	189,8	161,1
1961 Nov.	306,1	318,9	306,4	245,7	302,1	328,4	328,5	310,5	319,5	313,1	202,1	186,3
1962 Mai	321,0	340,2	321,6	261,7	314,3	346,0	343,7	329,2	340,0	330,3	220,7	197,5
Nov.	332,5	354,4	336,1	270,6	331,0	365,4	363,6	347,0	348,2	344,6	225,8	207,7
Junggesellen												
1960 Nov.	206,0	214,7	205,2	166,1	209,4	229,1	230,9	210,6	233,6	217,0	148,7	125,1
1961 Nov.	234,8	244,3	234,5	181,3	238,0	256,1	257,9	241,0	260,7	245,0	158,6	139,7
1962 Mai	249,1	257,2	242,0	188,6	247,2	267,4	271,6	249,1	277,1	256,9	171,3	149,0
Nov.	256,3	272,7	257,8	203,3	265,2	283,2	286,8	268,5	284,9	270,8	178,2	156,3
Übrige Arbeiter												
1960 Nov.	222,2	239,2	221,7	174,9	203,1	217,6	241,9	226,6	270,7	230,2	153,4	149,1
1961 Nov.	250,3	271,6	254,6	185,5	236,8	236,2	272,2	260,1	317,6	263,2	173,8	161,1
1962 Mai	268,2	283,5	269,3	189,3	257,6	252,1	290,7	287,7	344,6	281,2	178,4	180,3
Nov.	276,9	296,1	284,0	183,4	280,7	269,2	303,6	308,3	339,8	293,8	183,8	184,5
Bruttowochenverdienst in DM												
Vollgesellen												
1960 Nov.	124,78	137,06	127,39	108,08	128,30	141,21	137,21	132,01	127,73	130,06	85,78	71,71
1961 Nov.	140,52	150,79	142,75	113,68	144,10	156,12	155,44	148,65	145,08	146,11	90,67	82,94
1962 Mai	147,92	158,85	148,79	121,27	149,61	164,42	160,26	155,66	155,61	153,71	99,26	88,22
Nov.	151,54	165,70	156,25	124,15	158,21	173,88	168,49	164,20	157,51	159,97	100,35	91,93
Junggesellen												
1960 Nov.	93,72	100,22	95,91	75,09	99,68	109,30	107,43	98,87	106,08	101,16	67,57	56,16
1961 Nov.	105,47	112,97	108,07	82,45	113,24	120,80	119,48	112,36	116,60	113,16	71,26	62,46
1962 Mai	112,27	118,36	110,46	87,24	117,74	126,43	124,64	114,80	125,67	118,42	77,43	66,51
Nov.	114,61	124,78	118,47	90,61	125,60	133,60	131,33	123,28	126,43	124,08	78,84	68,98
Übrige Arbeiter												
1960 Nov.	105,64	115,15	105,08	75,63	92,33	107,38	114,26	107,54	132,21	109,39	68,75	66,98
1961 Nov.	116,72	129,82	120,06	84,60	110,14	114,50	129,17	125,77	154,37	124,78	77,62	72,59
1962 Mai	125,44	132,24	124,08	86,92	120,57	121,32	135,77	137,92	166,08	131,96	80,47	78,78
Nov.	128,51	140,00	132,88	75,88	132,64	131,80	139,82	147,46	161,60	138,08	81,60	83,39













## Veröffentlichungen vom 13. März bis 16. April 1963

	Titel	Einzelpreis <sup>1)</sup> DM
<b>Fachserie G: Außenhandel</b>		
Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten, Januar 1963 .....	2,50
	Februar 1963 .....	2,50
Reihe 2	Spezialhandel nach Waren und Ländern, Dezember und Jahr 1962 .....	12,—
Reihe 3	Spezialhandel nach Ländern und Warengruppen, Oktober/Dezember und Jahr 1962 ..	11,—
Reihe 4	Ein- und Ausfuhr von Mineralöl, Januar 1963 .....	2,—
Reihe 6	Durchfuhr, Oktober 1962 .....	1,50
Reihe 7	Außenhandel nach Warengruppen und -zweigen des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik — Spezialhandel —, 1958 bis 1962 .....	—,50
<b>Fachserie H: Verkehr</b>		
Reihe 1	Binnenschifffahrt 1962 (Vorbericht) .....	1,—
Reihe 2	Seeschifffahrt, Dezember 1962 .....	1,—
Reihe 3	Luftverkehr, März 1962 .....	2,—
	April 1962 .....	2,—
Reihe 6	Straßenverkehrsunfälle, Oktober 1962 .....	1,—
Reihe 7	Grenzüberschreitender Reiseverkehr, 1962 .....	1,50
	Januar 1963 .....	1,—
<b>Fachserie I: Geld und Kredit</b>		
Reihe 1	Boden- und Kommunalkreditinstitute, Dezember und Jahr 1962 .....	1,—
Reihe 2/I	Index der Aktienkurse, 7. März 1963 .....	—,50
	15. März 1963 .....	—,50
	22. März 1963 .....	—,50
	29. März 1963 .....	—,50
	5. April 1963 .....	—,50
Reihe 2/II	Kurs, Dividende und Rendite der Aktien, Ende Februar 1963 .....	—,50
<b>Fachserie L: Finanzen und Steuern</b>		
Reihe 8/I	Absatz von Tabakwaren, Januar 1963 .....	—,50
Reihe 8/II	Absatz von Bier, Januar 1963 .....	—,50
	Februar 1963 .....	—,50
<b>Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen</b>		
Reihe 1	Preise und Preisindizes für Außenhandelsgüter, Februar 1963 .....	1,—
Reihe 2	Preise und Preisindex ausgewählter Grundstoffe, Februar 1963 .....	—,50
Reihe 3	Preise und Preisindizes für industrielle Produkte, Index der Erzeugerpreise, 1962 .....	1,50
Reihe 3	Preise und Preisindizes für industrielle Produkte (Erzeugerpreise), Februar 1963 .....	1,—
Reihe 4	Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, Februar 1963 .....	1,—
Reihe 5/I	Meßziffern für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke, Februar 1963 (Vorbericht) .....	—,50
Reihe 6	Einzelhandelspreise und Indizes der Verbraucherpreise, Februar 1963 (Eilbericht) .....	—,50
	Februar 1963 .....	1,50
	22. Februar bis 1. März 1963 .....	—,50
	1. bis 8. März 1963 .....	—,50
	8. bis 15. März 1963 .....	—,50
	15. bis 22. März 1963 .....	—,50
	März 1963 (Eilbericht) .....	—,50
	29. März bis 5. April 1963 .....	—,50
Reihe 8	Verkaufspreise des Großhandels, Februar 1963 .....	1,50
Reihe 9/I	Großhandelspreise, Grundstoffe, Teil 1, Winter 1962/63 .....	2,—
	Weitmarktpreise ausgewählter Waren, März 1963 .....	1,—
Reihe 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, März 1963 .....	—,50
Reihe 11/III	Index der Tariflöhne und -gehälter: Tarifliche Stundenlöhne, Monatsgehälter, Wo- chenarbeitszeiten und Wochenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung, November 1962 .....	1,—
Reihe 13/I	Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten, 3. Vierteljahr 1962 .....	1,—

<sup>1)</sup> Preise verstehen sich ausschließlich Porto und Verpackung.

<sup>2)</sup> Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf.

Bezugsquelle für alle Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes:

Verlag W. Kohlhammer GmbH, Abt. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, 65 Mainz, Postfach 1150

**Schriftleitung:** Dr. Gerhard Fürst, Präsident des Statistischen Bundesamtes, 62 Wiesbaden, Gustav-Stresemann-Ring 11, Postfach 628

Verlag: W. Kohlhammer GmbH, Abt. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, 65 Mainz, Postfach 1150

Druck: Union Druckerei GmbH 7 Stuttgart, Cottastraße 13

Bezugspreis: Jährlich (12 Hefte) 70,00 DM. Einzelheft 6,30 DM (zuzüglich Versandgebühren).

Nachdruck nur mit Quellenangabe und Einsendung von 2 Belegexemplaren gestattet.